Mittwoch, 4. April 1984 - D * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 81 - 14.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien [illegible], Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden [illegible] skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Weltraumwaffen: Präsident Reagan hat Verhandlungen mit Moskau über ein Verbot von Anti-Satelliten-Waffen abgelehnt. Ein solches Abkommen lasse sich nicht überwachen. (S. 16)

NATO: Die westliche Allianz begeht heute den 35. Jahrestag ihrer Gründung. In einer Würdigung erklärte Bundesaußenminister Genscher, die NATO habe sich als Kraft des Friedens bewährt und Europa eine der längsten Friedensperioden seiner Geschichte ermöglicht. (S. 2 und 5)

Neo-Nazi: Fünf Jahre Haft erhielt in Wien der Deutsche Ekkehard Weil wegen „Wiederbetätigung für die verbotene NSDAP" und wegen Sprengstoffanschlägen.

Mittag in Bonn: Kanzler Kohl trifft am Freitag mit dem Mitglied des Staatsrates der „DDR", Günter Mittag, zusammen. (S. 4)

Briefporto: Postminister Schwarz-Schilling hat nachdrücklich Berichte dementiert, wonach ab 1985 das Porto für Briefe, die am nächsten Tag zugestellt werden sollen, verdoppelt werde. Es bleibe bei 80 Pfennig.

Israel: Mit dem blutigen Anschlag eines palästinensischen Kommandos in Jerusalem sollte nach Angaben von PLO-Chef Arafat an die Massaker in den libanesischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila erinnert werden. (S. 6)

Frankreich: KP-Chef Marchais hat Präsident Mitterrand aufgefordert, seinen umstrittenen Stahlplan aufzugeben. Er stellte klar, daß trotz der gegenwärtigen Krise an ein Verlassen der Koalition mit den Sozialisten nicht gedacht werde. (S. 2)

Manöver: Zu ihrer bislang größten Übung im Nordmeer zog die UdSSR 29 Überwasser-Kriegsschiffe sowie U-Boote und Marineflugzeuge *zusammen.*

Staatsbesuch? Eine Einladung des israelischen Präsidenten Herzog an Königin Elizabeth II. hat die britische Diplomatie verunsichert. Besonders ein Besuch in Jerusalem wäre problematisch.

Heute: Marsch französischer Stahlarbeiter auf Paris. – Nukleare Planungsgruppe setzt Tagung in der Türkei fort. – Kabinett erörtert Emissionsschutzbericht.

WELT-Report Hannover-Messe

Wer technologische und handelspolitische Trends aufspüren, wer Chancen und Risiken neuer Märkte analysieren und Fachwissen aktualisieren will, für den ist die „Messe der Messen" ein Pflichttermin. Sie öffnet heute für eine Woche ihre Pforten. 6400 Aussteller aus aller Welt werden erwartet. Die WELT veröffentlicht einen farbigen Report.

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Das verarbeitende Gewerbe kann für das laufende Jahr mit einem Produktionsanstieg um vier Prozent rechnen, so das Ifo-Institut. (S. 17)

Japan: Von diesem Monat an dürfen Firmen Euroyen-Bonds ausgeben. (S. 18)

Krupp: Der Auftragseingang von Krupp-Welt stieg in den ersten drei Monaten 1984 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 19 Prozent auf 4,7 Milliarden DM. (S. 21)

Frankreich: Die Linksregierung will in diesem Jahr erstmals zusätzliche Staatsausgaben nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch die Kürzung anderer Etats ausgleichen. (S. 18)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern uneinheitlich. WELT-Aktienindex 150,7 (150,3). Am Rentenmarkt verhielten sich die Anleger abwartend. Dollar-Mittelkurs 2,6166 (2,5863) Mark. Goldpreis je Feinunze 380,40 (387,20) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„An der Notwendigkeit, zu Berlin zu stehen, hat sich nichts geändert. Wir halten zu dieser Stadt"

Bundespräsident Karl Carstens bei seiner Ernennung zum Ehrenbürger Berlins (S. 4)
FOTO: DPA

KULTUR

Alarich: Bei dem Fund unweit von Cosenza in Kalabrien handelt es sich nicht um das Grab des im Jahre 410 gestorbenen Westgotenkönigs, stellten Experten fest. Das ausgegrabene Steingebilde sei eine historisch bedeutungslose Mauer, die die Umgebung vor Hochwasser schützen sollte.

Albert Schweitzer: Mit einer Gedenkstätte in Weimar will die „DDR" das geistige Werk des 1965 gestorbenen Arztes, Philosophen und Theologen weiter pflegen. In fünf Räumen in einem unter Denkmalschutz stehenden spätbarocken Bürgerhaus wird sein Lebensweg nachgezeichnet.

SPORT

Le Mans: Lancia unterstützt Porsche nicht beim Le-Mans-Boykott. Eine Regeländerung zwang Porsche zum Rückzug. *(S. 11)*

Fußball: Heinz Höher verlängerte seinen Trainer-Vertrag beim Bundesligaklub 1. FC Nürnberg um *zwei Jahre.*

AUS ALLER WELT

Freigrenze angehoben: Rechtzeitig zum Beginn der Reisesaison erhöhen die EG-Staaten die Freigrenze für Mitbringsel und Souvenirs von Reisen innerhalb der EG von bisher 500 auf 650 Mark. Für Irland, Dänemark und Griechenland gelten Sonderregelungen.

Konsulatsbesetzer: Die zehn türkischen Asylbewerber, die im November 1982 das Generalkonsulat ihres Landes in Köln besetzt hatten, sind wegen Geiselnahme mit Waffengewalt zu vier bis viereinhalb Jahren Haft verurteilt worden. (S. 32)

Wetter: Stark bewölkt, noch vereinzelt Niederschlag. Um 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Franke: Konjunktur-Einflüsse am Arbeitsmarkt „abgekühlt"

Zahl der Arbeitslosen sank im März um 143 000 / Koalition optimistisch

GISELA REINERS, Bonn

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland ist im März um 143 300 auf knapp 2,4 Millionen – genau: 2 393 300 – zurückgegangen. Der neue Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, begründete dies gestern ausdrücklich mit der jahreszeitlichen Entwicklung. „Die konjunkturellen Einflüsse sind etwas abgekühlt", sagte Franke bei der Vorstellung des Monatsberichts in Nürnberg. „Alles in allem sind die Auftriebskräfte noch nicht stark genug, um die Situation am Arbeitsmarkt zu verbessern".

Dennoch blieb die CDU/CSU bei ihrer Einschätzung, daß die Arbeitslosigkeit 1984 insgesamt spürbar eingedämmt werde. Die FDP sah Prognosen widerlegt, die Arbeitslosigkeit werde in diesem Winter die 3-Millionen-Grenze überschreiten. Von der SPD wurde darauf hingewiesen, daß Frankes Amtsvorgänger Josef Stingl noch vor einer Woche einen Rückgang um rund 200 000 vorausgesagt hatte.

Die Arbeitslosenquote ging von 10,2 Prozent im Februar auf 9,6 Prozent zurück. Im März 1983 hatte sie 9,8 Prozent betragen. Absolut gerechnet ist die Arbeitslosigkeit in diesem März jedoch die höchste in einem März seit Kriegsende. Die Zahl der offenen Stellen hat jedoch von 80 000 auf 93 000 zugenommen, die Kurzarbeit ging um vier Prozent auf rund 618 000 zurück. Die Anzeigen von Unternehmen (sie ist Pflicht bei mehr als 50 betroffenen Mitarbeitern) für Kurzarbeit im April hat sich fast halbiert. Dies deutet, so Franke, darauf hin, daß die Erwartungshaltung der Betriebe doch nicht allzu negativ ist.

Saisonbereinigt (also nach Ausschluß von jahreszeitlichen Einflüssen) hat die Zahl der Erwerbslosen, die im Vormonat stagnierte, um rund 25 000 Jobsucher zugenommen. Dies wird einerseits auf das für die vergangenen drei Monate atypische Wetter zurückgeführt. Andererseits hat aber wohl der sich im Herbst abzeichnende Aufschwung in der Bauwirtschaft nicht ganz getragen. Jedenfalls „hinkt in dieser Branche die Nachfrage hinter der Erwartung zurück".

Einen Lichtblick biete die Entwicklung bei den Jugendlichen unter 20 Jahren. Nach wie vor würden gut ausgebildete junge Leute überdurchschnittlich stark nachgefragt. Während die Arbeitslosenzahl insgesamt um 5,7 Prozent von Februar auf März sank, ging sie bei Jugendlichen um 8 Prozent zurück. Stieg im Jahresvergleich die Zahl der Beschäftigungsuchenden um 0,3 Prozent, so nahm sie bei den unter 20jährigen um rund 14 Prozent ab.

Die zweite Gruppe, die sich verbessern konnte, sind die ausländischen Arbeitnehmer. Ihr Anteil an den Beschäftigungsuchenden ging in einem Jahr um 6,3 Prozent zurück. Doch ist darin auch die Rückkehrerzahl enthalten. Denn es scheiden zur Zeit mehr Ausländer aus als neue nachkommen.

An der Spitze der Arbeitslosigkeit liegt nach wie vor Dortmund mit einer Quote von 16,5 Prozent, gefolgt von Duisburg mit 16,2. In Nordrhein-Westfalen insgesamt waren rund 730 000 Menschen ohne Arbeit, das sind 11 Prozent. Die niedrigste Rate weist wieder Baden-Württemberg auf mit 230 000 Erwerbslosen (5,9 Prozent).

DER KOMMENTAR

Deutungen

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

So wie Petrus den in Hannover prächtig zur Schau gestellten Konjunktur-Frühling mit einer Schneedecke überzog, so trübte Heinrich Franke als Nachfolger der „Kassandra" Stingl die Freude über den Rückgang der Arbeitslosenzahl im März um fast 150 000. Er tat es mit dem harschen Kommentar, diese Erleichterung am Arbeitsmarkt sei allein entlastenden Einwirkungen der Jahreszeit zu verdanken. Gleichen Tages rief Graf Lambsdorff zur Eröffnung der Messe den sich selbst tragenden konjunkturellen Aufschwung aus, um kategorisch hinzuzusetzen: „Es geht um mehr Arbeitsplätze – um sonst gar nichts."

Während Franke es vorzog, als Nürnberger Unke zu starten, machte der Optimist im Amt des Bundeswirtschaftsministers sich selbst und uns allen Mut, wir seien schon auf dem richtigen Weg. Sein Credo: Die Not der Arbeitslosigkeit könne nur durch einen kräftigen Aufschwung überwunden werden. Da mag es gut sein, das Augenmerk auf Hemmnisse der sich aufschwingenden Konjunktur zu lenken, von denen weniger laut die Rede ist, als vom Parforceritt einiger DGB-Gewerkschaften zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Dieser Aufgabe unterzog sich Arbeitgeber-Präsident Esser in Hannover mit deutlichen Hinweisen darauf, daß der Gesetzgeber die Unternehmen zu wasserköpfiger Bürokratie nötige und das Arbeitsrecht den Betrieben die Lähmungserscheinungen einer angaloppierenden „englischen Krankheit" verursache. Essers Warnung, wenn da nicht Wandel geschaffen werde, könnten „Unternehmer nur zögernd und relativ spät Neueinstellungen vornehmen", sollte in Bonn nicht überhört werden.

Schließt sich hier der Kreis zu Frankes Befund zum aktuellen Stand der Arbeitslosigkeit? Der Aufschwung könnte den Arbeitsmarkt erheblich schneller entlasten, *wenn nicht so viele am Werke* wären, ihn in Fesseln zu schlagen. Wenn die Gewerkschaften mit Streikgeschrei die Belastbarkeit der Wirtschaft erproben und zugleich erklären, sie wollten sich keinesfalls auf die Selbstheilungskräfte der sozialen Marktwirtschaft verlassen; wenn frischfröhliche Steuerreformer schon wieder dabei sind, vorerst nur in Aussicht stehende Wachstumsprozente dem Volke bereits als Füllhorn spendabler Umverteilung anzupreisen; wenn die Konsolidierung der Staatsfinanzen nur noch zögerlich auf Platz eins der Prioritätenliste gehalten wird, dann ist es Zeit, diejenigen an ihren Taten zu messen, die am lautesten über die Massenarbeitslosigkeit klagen.

„Steuersystem ist Wachstumsbremse"

Hannover-Messe: Lambsdorff für schnelle Reform / Warnung vor 35-Stunden-Woche

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat sich gestern abend bei der Eröffnung der Hannover-Messe dafür ausgesprochen, daß die Steuerreform „wenigstens zum großen Teil" Anfang 1986 in Kraft tritt. Es komme darauf an, die „leistungstötende und zur Schwarzarbeit führende Abgabenlast" vor allem im mittleren Einkommensbereich zu vermindern.

Die Bundesregierung habe den Abbau der Arbeitslosigkeit zum wichtigsten Ziel erklärt. Deshalb, so argumentierte der Minister, müsse wachstumspolitische Vorsorge getroffen werden. Nach den Worten Lambsdorffs erweist sich das heutige Steuersystem als Wachstumsbremse. Folglich müsse die Politik gegen die Arbeitslosigkeit auch im Steuerrecht ihren Niederschlag finden. Nicht zuletzt habe die Steuerreform auch tarifpolitische Bedeutung. Lambsdorff: „Beim jetzigen Abkassieren des Staates ist schwer vorstellbar, wie vernünftige Tarifabschlüsse zustandekommen sollen." Auch unter dem Aspekt der Familienfreundlichkeit gäbe es beträchtliches zu korrigeren.

Das erforderliche Finanzierungsvolumen in Höhe von 25 Milliarden DM müsse zum größten Teil durch strenge Haushaltsdisziplin erwirtschaftet werden, „wenn das Ganze überhaupt Sinn machen soll." Er, Lambsdorff, sei allerdings zuversichtlich, daß die

SEITE 17:
Erholungsprozeß
SEITE 21:
Weitere Berichte

Konsolidierung mit der weiteren Konjunkturerholung rasche Fortschritte machen werde.

Als günstig bezeichnete der Minister die Voraussetzungen dafür, daß sich der Anstieg der Weltkonjunktur weiter fortsetzen wird. In besonderem Maße gelte diese Aussage für die Bundesrepublik Deutschland. Hier habe der konjunkturelle Erholungsprozeß seit dem vergangenen Herbst ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Die Bundesregierung rechnet mittlerweile mit einem höheren Wachstum als den im Jahreswirtschaftsbericht genannten 2,5 Prozent.

Von der Hannover-Messe, mit rund 6800 Ausstellern aus 50 Ländern die größte ihrer Geschichte, erhofft sich Lambsdorff weitere positive Anhaltspunkte für die derzeitige Standortbestimmung der Wirtschaft. Gerade in Hannover werde deutlich, daß die deutsche Industrie auf dem technologischen Gebiet hervorragend und auf breiter Basis mithalten kann, daß sie ihren Einfallsreichtum unter Beweis stellt.

Lambsdorff und Arbeitgeberpräsident Otto Esser warnten auf der Eröffnungsveranstaltung vor der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Der Minister bezeichnete es als „schlicht falsch", das Arbeitslosenproblem ließe sich primär durch Arbeitszeitverkürzung oder Arbeitsumverteilung lösen. Gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit in vernünftiger und vertretbarer Weise sei nichts einzuwenden. Abwegig aber sei es, durch eine noch stärkere Verteuerung der Arbeit zusätzliche Arbeitsplätze schaffen zu wollen.

Druckindustrie vor einem Arbeitskampf?

lz./DW. München

In der deutschen Druckindustrie deuteten gestern alle Zeichen auf einen bevorstehenden Arbeitskampf. Arbeitgeber und Gewerkschaft erklärten in München das Scheitern der Schlichtungsverhandlung, bei der über einen neuen Manteltarif, eine neue Lohnstruktur sowie über Lohnerhöhungen beraten wurde. „Ein Streik wird sich nicht mehr vermeiden lassen", sagte der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Erwin Ferlemann, nach der Sitzung. Die Tarifkommission der Gewerkschaft wollte gestern abend über weitere Schritte beraten, der erweiterte Vorstand der IG Druck tritt am Freitag in Frankfurt zusammen.

Sollte es zu einem Streik kommen, so hätte die relativ kleine IG Druck und Papier die Führungsrolle dieser Tarifauseinandersetzung übernommen, in der es vor allem um die Forderung nach der 35-Stunden-Woche geht. Nach der Satzung dieser Gewerkschaft kann auch ohne Urabstimmung ein Arbeitskampf ausgerufen werden.

Die Arbeitgeber hatten in letzter Minute einen Kompromißvorschlag vorgelegt. Danach sollten Löhne und Gehälter um drei Prozent erhöht sowie die Zahl der Lohngruppen vermehrt werden. Außerdem wurden ein neues Rationalisierungs-Schutzabkommen und eine Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze vorgeschlagen.

Die Gewerkschaft aber sagte nein, weil die Arbeitgeber eine Verlängerung des Manteltarifvertrags bis Ende 1988 fordern.

Stahlkrise: Koalition in Paris belastet

dpa, Paris

Die Stahlkrise, die durch ein Sanierungsprogramm der französischen Regierung ausgelöst wurde, hat sich zur bisher schwersten Belastungsprobe für die Regierungskoalition von Sozialisten und Kommunisten ausgeweitet. Georges Marchais, Parteichef der Kommunisten, die mit vier Ministern in der Regierung vertreten sind, hat Staatspräsident François Mitterrand aufgefordert, den Sanierungsplan aufzugeben. Statt mindestens 20 000 Arbeitsplätze einzusparen, solle er das Gegenteil tun und durch Investitionsförderung ganz auf Wachstum setzen. Vorreiter dazu sollten die verstaatlichten Firmen sein.

Mitterrand wird darauf voraussichtlich heute auf einer Pressekonferenz antworten. Zugleich haben die Gewerkschaften in Lothringen für heute zu einem Streik aufgerufen, der vermutlich das Ausmaß eines Generalstreiks annehmen wird. In der kommenden Woche wollen die lothringischen Stahlarbeiter einen „Marsch auf Paris" unternehmen, für den Marchais seine Beteiligung angedeutet hat. An einem „Marsch zum Elysée", dem Präsidentensitz, werde er jedoch nicht teilnehmen. In der Fernsehsendung „Stunde der Wahrheit" bekannte sich Marchais trotz allem zum linken Regierungsbündnis.

Die Protestaktionen gegen den Stahlplan hielten gestern in Lothringen, aber auch in Marseille und bei Lille weiter an. Bei Nancy kippte ein Stahlarbeiterkommando drei Erzwaggons um und blockierte damit den gesamten Bahnverkehr.

Dregger: Steuerreform in einem Paket

Gegen Stoltenbergs Stufenplan / Plädoyer für Verzicht auf Steuererhöhungen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Befürworter einer großen Steuerreform schon zum 1. Januar 1986 nehmen zu. Nach der FDP und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß hat sich jetzt auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, für diesen Termin ausgesprochen. Zugleich machte Dregger deutlich, daß er eine „Paketlösung" für wünschenswert hält und – wenn irgend möglich – auf Steuererhöhungen zur Teilfinanzierung des auf 25 Milliarden Mark veranschlagten Entlastungsprogramms verzichtet werden sollte.

In Bonn fiel auf, daß Dregger diese Positionen bereits vor der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion gestern nachmittag bezog. Dies läßt den Schluß zu, daß sich Dregger der Mehrheits*meinung in der Fraktion sicher ist.* Von einem Stufenplan, wie er von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg zur Diskussion gestellt worden ist, hält Dregger nichts. Es sei nicht sinnvoll, so meinte er, das Entlastungsprogramm in „zwei Portiönchen aufzuteilen". Bei einem solchen Verfahren würde das Ergebnis der Steuerreform, die in ihrem Ausmaß einzigartig sei, für den Einzelnen „nicht sichtbar".

Ob es gelinge, bei der Finanzierung des Pakets ganz ohne die Anhebung von Verbrauchssteuern auszukommen, hänge noch von den ausstehenden Berechnungen der Experten, von der Wirtschaftsentwicklung und den Steuerschätzungen ab. „Wünschens-

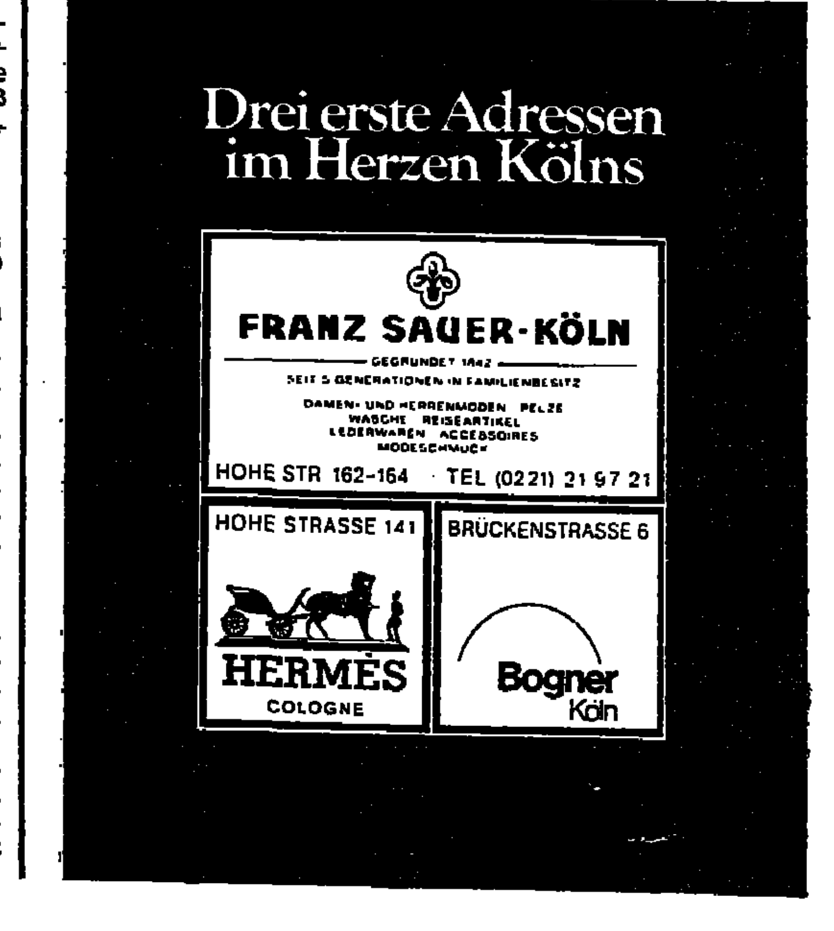
SEITE 2
Schon sparmüde?

wert" wäre es, wenn ohne Steuererhöhungen die Reform finanziert werden könnte.

Jedenfalls sei es das Ziel der Koalition, den Bürgern die heimlichen Steuererhöhungen zurückzugeben, sagte Dregger. Auf die Zeitspanne *1982 bis 1986* gerechnet, wird dieser Betrag mit 16 bis 17 Milliarden Mark beziffert. Der Finanzminister hat außerdem Vorschläge für einen Subventionsabbau in Höhe von drei Milliarden Mark unterbreitet und den Fraktionen eine weitere Liste vorgelegt, die „zur unbegrenzten Verfügung steht", betonte Dregger. Die spezielle „Kinderkomponente" bei den Entlastungen werde rund 5,2 Milliarden Mark betragen. Im Zusammenhang mit diesen Überlegungen erinnerte Dregger daran, ob nicht statt Freibeträge das Familiensplitting realisiert werden sollte. Großen Wert legte er darauf, den Fraktionen den Spielraum für Veränderungen zu erhalten. Was Stoltenberg präsentiert habe, sei „nichts anderes als eine Diskussionsgrundlage".

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick sagte, es sei die Meinung in der Koalition, „daß versucht werden soll, das Paket ohne jede Steuererhöhung zu finanzieren". Grundsatz aller Überlegungen sei, daß die Steuerlastquote 1986/87 auf keinen Fall höher sein solle als 1982. Ob auf Steuererhöhungen verzichtet werden könne, hänge auch von der Entwicklung der Netto-Neuverschuldung ab. Wenn die konjunkturelle Entwicklung weiter günstig verlaufe, bestehe die Hoffnung, daß die Neuverschuldung so weit sinke, daß das Paket ohne Steuererhöhungen finanziert werden könne.

Anzeige



Armee beendet Regime Sekou Tourés

„Versöhnungsrat" des Militärs will Grundlagen „einer wirklichen Demokratie" schaffen

M. GERMANI, Johannesburg

Nur eine Woche nach dem Tod des ehemaligen guineanischen Staatspräsidenten Sekou Touré ist das von ihm installierte politische Regime durch einen Staatsstreich der Armee zumindest vorläufig ausgeschaltet worden. In einer gestern über Radio Conakry verbreiteten Erklärung wurden die Auflösung der Einheitspartei „Demokratische Partei Guineas" und die Aussetzung der Verfassung bekanntgegeben.

Ein Armeesprecher teilte die Bildung eines „Militärischen Rates der Versöhnung" mit. Die Herrschaft Sekou Tourés sei „eine ruchlose und blutige Diktatur" gewesen. Die Armee wolle jetzt die Grundlage für eine „wirkliche Demokratie" legen und eine „künftige personale Diktatur" verhindern. Die Befehlshaber der 33 Militärregionen wurden zu Provinzgouverneuren ernannt.

Der Putsch scheint sich in erster Linie gegen die herrschende Gruppe aus Familienmitgliedern und engen Mitarbeitern des früheren Staatspräsidenten zu richten. Dafür spricht auch die Äußerung eines Armeesprechers, der als Ziel des Staatsstreiches die Beendigung von „Korruption, Betrug, Willkür und Demagogie" nannte. Dagegen wurde Sekou Touré nur indirekt angegriffen. Sein Regime sei „unter dem Einfluß seiner ehrlosen Kampfgenossen und dem feudalistischen Druck seiner Familie" in die Diktatur abgeglitten, hieß es. Gleichwohl sei der ehemalige Präsident „einer der glorreichsten Söhne des Landes" mit großen außenpolitischen Erfolgen gewesen. Über das Schicksal des bisherigen Premierministers Louis Lansana Beavogue, der die Funktion des Präsidenten kommissarisch übernommen hatte und dem gute Aussichten für eine Nachfolge Sekou Tourés zugebilligt wurden, ist nichts bekannt.

In Paris äußerten sich Oppositionskreise befriedigt über die Ankündigung der neuen Herrscher, die Demokratie wieder herstellen zu wollen. Durch den Staatsstreich dürften auch die Aussichten für ein Abhalten der nächsten Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) erheblich sinken. Der Staatschef des Gastgeberlandes übernimmt jeweils die OAU-Präsidentschaft.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schon sparmüde?

Von Paul Spree

Die wirtschaftliche Belebung gewinnt an Fahrt. Export und Investitionslust ziehen an. Der Bundeswirtschaftsminister war gestern sogar so kühn, den Aufschwung mit dem entscheidenden Zusatz „selbsttragend" zu versehen. Warum also sind die Steuerreformer so knauserig, wenn doch höheres Wachstum, wie man weiß, auch mehr Steuergeld in die Kassen des Fiskus spült? Spricht nicht alles dafür, daß die Staatsverschuldung ihren Schrecken verloren hat, zumal der Bundesfinanzminister, wie man flüstert, schon einige Milliarden in der Hinterhand verbirgt?

Vor dieser verharmlosenden Weltsicht ist zu warnen. Die Staatsverschuldung ist von dieser Bundesregierung um keine müde Mark verringert worden. Vielmehr häufte sich der Schuldenberg weiter auf, wenn auch nicht mehr in dem atemberaubenden Tempo wie bisher. Die Zinsen, die der Staat zahlen muß, sind ein Ressort von der Bedeutung des Sozialen oder der Verteidigung geworden – finanziell jedenfalls.

Andererseits könnte wohl in einigen Jahren der Zeitpunkt kommen, wo die jährliche Neuverschuldung des Bundes unter zwanzig Milliarden Mark liegt. Erreichbar ist das jedoch nur, wenn Sparen als Daueraufgabe empfunden wird, wenn nicht plötzlich wieder eine große Verteilung ausbricht (die doch nichts anderes ist als die Verteilung ungedeckter Schecks). Und: ein etwas längerer Sparprozeß ist leichter zu ertragen als ein überstürzt abgebrochener mit seinen schädlichen Folgen für Wirtschaft und Arbeitsplätze.

Gerhard Stoltenberg ist auf die Klarheit und die Wahrheit seines Budgets verpflichtet. Er nimmt beides sehr ernst, was sein Ansehen erklären mag. Dabei vermeidet er die Fehler seiner Vorgänger, sich reich zu rechnen mit der Folge, daß ständige Nachtragshaushalte nötig wurden und sich Mißtrauen wie Mehltau über die Finanzpolitik legte.

Der heutige Finanzminister rechnet vorsichtig nicht mit der jeweils günstigsten Erwartung; er will auch auf andere Wechselfälle vorbereitet sein. Die Europäische Gemeinschaft, die uns unvermutet mit acht bis zehn Milliarden Mark zusätzlich beansprucht, bestätigt diesen Kurs. Gewiß ist der beste Aufbewahrungsort für des Bürgers Geld seine eigene Tasche. Aber, wenn es denn Überraschungen geben kann, welche ist angenehmer – wenn ein Mann unvermutet einen Haufen Schuldscheine aus der Tasche zieht, oder wenn er eine überraschend gut gefüllte Brieftasche präsentiert?

Seine schwerste Stunde

Von August Graf Kageneck

Präsident Mitterrand stellt sich am heutigen Mittwoch mit seiner Erklärung zum Stahlplan der bisher schwersten Kraftprobe seines langen politischen Lebens. Als er 1981 nach dreimaligem Anlauf endlich zur höchsten Macht im Staate kam, stand in seiner Wahlplattform aus 110 Punkten, daß die Arbeiter künftig ein besseres Leben haben sollten. Denn man werde ihre Betriebe der Obhut des Staates anvertrauen und die Mehrkosten von den Reichen tragen lassen.

Heute brechen ganze Fronten dieses Programms zusammen. Die Euphorie ständiger Lohnerhöhung und immerwährender Kaufkraftsteigerung wurde von einer Austerity abgelöst, wie sie bürgerliche Regierungen den französischen Lohnempfängern noch nicht zugemutet haben. Die Paradepferde der verstaatlichten Großindustrie – der Stahl, die Kohle und der Schiffbau – müssen eines nach dem anderen aus dem Rennen genommen werden, weil sie lahmen und mit der internationalen Konkurrenz nicht mehr mithalten können.

Allein im Stahlsektor müssen in Lothringen, an der Kanalküste und am Mittelmeer 25 000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz ohne Aussicht auf Ersatz aufgeben. Die Antwort der Betroffenen flimmert seit Tagen über Europas Fernsehschirme: Blokkierte Straßen und Schienen in Lothringen, brennende Mitterrand-Portraits auf den Plätzen in Dünkirchen und Longwy und Marseille.

Mitterrand hat keine andere Wahl. Die Lehre aus seiner USA-Reise war, daß Frankreichs Zukunft als Industriemacht mit der Modernisierung seines Produktionsapparates steht und fällt. Er hat sich dem Stahldiktat der EG unterworfen und damit europäische Treue bewiesen. Ob seine Regierungskoalition und seine Partei die Belastung ertragen, muß ihm gleichgültig sein. Er spielt va banque, die Quittung wird er in zwei Jahren an den Urnen finden.

Alt-Heisenberg, du feiner

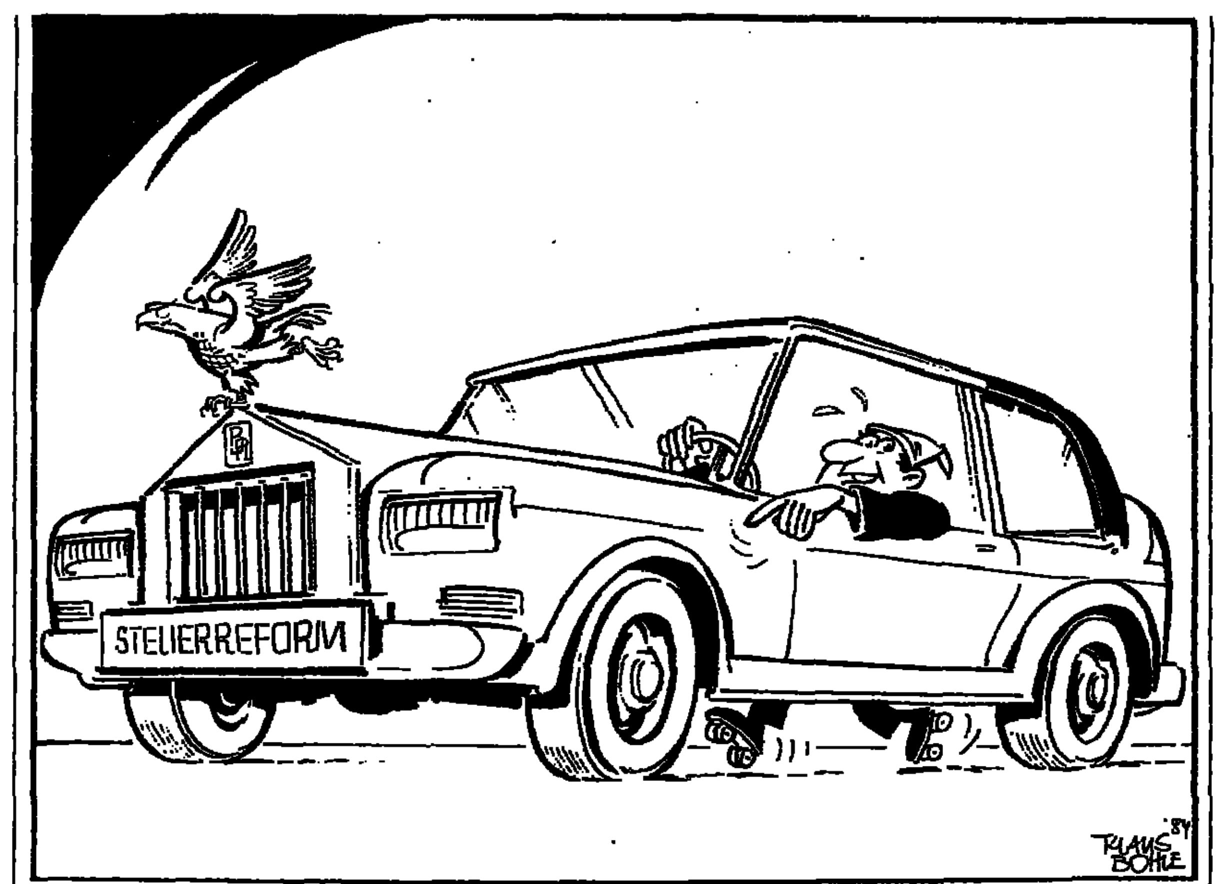
Von Günter Zehm

Die Hochbegabtenförderung in der Bundesrepublik kommt nicht voran. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist, wie jetzt bekannt wird, im letzten Jahr auf ihren üppig ausgestatteten „Heisenberg-Stipendien" sitzengeblieben. Millionen Mark an bereitgestellten Fördergeldern konnten nicht ausgegeben werden, weil sich nicht genug geeignete Bewerber dafür einfanden. Zwar gab es viele Antragsteller, aber nur ein Bruchteil erfüllte die hohen Ansprüche, die die Gewährung des Heisenberg-Stipendiums voraussetzt.

Wo blieben die wirklichen Begabungen, die potentiellen Genies, für die „Heisenberg" speziell gedacht ist? Glücklicherweise ist es (noch) nicht so, daß der biologische Nachwuchs in Deutschland so etwas einfach nicht mehr hergibt. Wir haben genug Hochbegabte, aber die meisten von ihnen scheuen – leider nicht zu unrecht – die Risiken, die mit der zusätzlichen „Heisenberg"-Lernphase verbunden sind.

Der ideale Heisenberg-Kandidat ist ein junger naturwissenschaftlicher Doktor, der in seinen Arbeiten die Pranke der Begabung schon deutlich gezeigt hat und nun durch das Stipendium in die Lage versetzt werden soll, sich ohne materielle Sorgen zu habilitieren, um dann einen Lehrstuhl an einem Elite-Institut zu übernehmen. Solche Leute gibt es, wie gesagt, doch sie erhalten in der Regel schon sehr früh verlokkende Angebote von der Industrie oder von amerikanischen Forschungsinstituten. „Heisenberg" hingegen kann ihnen keine gesicherte Zukunftsperspektive bieten. Nach Absolvierung des berühmten Stipendiums sind sie zwar habilitiert, aber dann auch schon Mitte Dreißig, und ihre Aussicht, einen Lehrstuhl zu erhalten, ist faktisch gleich Null.

Die Spätfolgen der „Hochschulreform", das zeigt sich hier wieder einmal, sind verheerend. Man hat die Universitäten mit Mittelmaß vollgestopft und akademische Karrieren für eine ganze Generation des wissenschaftlichen Nachwuchses blokkiert. Einrichtungen wie das Heisenberg-Stipendium greifen ins Leere. Was not täte, wäre eine Vorruhestands-Regelung für schlechte Professoren. Doch um so etwas durchzusetzen, bedürfte es in Deutschland nicht einer Bildungsreform, sondern einer Bildungsrevolution.



Hauptsache, ich hab' ein neues Modell! ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ein Bündnis auf Dauer

Von Rolf Friedemann Pauls

Noch nie in der Geschichte hat sich ein multilaterales Bündnis über einen so langen Zeitraum als so wirkungskräftig erwiesen wie die Nordatlantische Allianz in den vergangenen 35 Jahren. Immer wieder hat sie innere Auseinandersetzungen überstehen müssen. Das ist ganz natürlich angesichts der machtpolitischen Größenunterschiede und der regionalen Verschiedenheiten des politischen Interesses der fünfzehn oder nun sechzehn verbündeten Mächte. Das wird auch in Zukunft so sein, denn es handelt sich um Gegebenheiten, die durch keine Strukturverbesserung aus der Welt geschafft werden können. Im Finden arbeitsfähiger Kompromisse hat die Allianz stets bewiesen, daß sie damit zu leben versteht, ohne die wesentliche Aufgabe aus dem Auge zu verlieren: die Erhaltung des Friedens.

Viele tadeln, dieser Friede sei nicht mehr als die Abwesenheit von Krieg. Man sollte das nicht so gering achten. Es ist vielmehr entscheidend – und in weltpolitischen Spannungsräumen ist Friede in Jahrtausenden kaum je mehr gewesen als eben die Abwesenheit von Krieg. Zwischen den widerstreitenden Polen menschlichen Verhaltens, dem Bedürfnis nach Harmonie und dem Bedürfnis, einander zu bekämpfen, ist es sehr viel, die dadurch entstehenden Ungleichgewichte ständig auszubalancieren.

Durch den Aufbau einer überzeugenden Verteidigungsfähigkeit, die politisch und militärisch abschreckend wirkt, weil sie jeden Angriff auf das Bündnis zu einem tödlichen Risiko für den Angreifer macht, hat die NATO seit 1949 den Frieden in Europa, der unter dem Eindruck der sowjetischen Machtergreifung in der Tschechoslowakei 1948 und des Ausbruchs des Korea-Kriegs akut bedroht schien, gesichert. Sie hat als militärisches Verteidigungsbündnis begonnnen und ihre militärische Zusammenarbeit in einem Maße integriert, wie das in Friedenszeiten keinem Bündnis vorher je gelungen ist. Sie ist dabei aber nicht stehengeblieben, sondern hat die politische Zusammenarbeit unter den Verbündeten beständig intensiviert und mit dem Harmel-Report 1962 ein bündnispolitisches Konzept geschaffen, das über das rein Militärische weit hinausgreift und Begrenzung, Kontrolle und Abbau von Rüstung, verbunden mit einer Minderung der Spannung, zum Inhalt und Ziel gemeinsamer Bündnispolitik macht.

Manche beklagen, mit der NATO-Nachrüstung sei eine unerträgliche nukleare „Grenzsituation" entstanden. Eine solche Bewertung verkennt, daß diese Grenzsituation in unser aller Leben getreten ist, seit es Atomwaffen gibt. Sie hat sich qualitativ und quantitativ verändert, wie alles auf Erden sich laufend verändert. Es gibt nirgends einen bleibenden Zustand. Das Problem ist nicht, Atomwaffen abzuschaffen. Das wird so wenig gelingen, wie man die Elektrizität oder die Sünde abschaffen kann. Das Problem ist, diese Waffen unter Kontrolle zu halten und zu vermindern.

Das bedarf einer beständigen mühevollen Anstrengung. Abschreckung ist als verteidigungspolitisches Prinzip uralt. So alt wie das Streben von Menschen, sich gegen das gewaltsame Eingreifen anderer in ihr Leben zu schützen. Die nukleare Abschreckung ist eine sicherheitspolitische Revolution, wie es die Erfindung der Feuerwaffen im ausgehenden Mittelalter war. Mit dem qualitativen Unterschied freilich, daß Nuklearwaffen bloße Abschreckungswaffen sind, daß ihre Verwendung Angreifer und Verteidiger zerstört zurückließe, daß sie Kriege unführbar machen. In dieser Grenzsituation leben wir Menschen seit Jahrzehnten und werden damit für nicht absehbare Zeit leben müssen.

Allerdings müssen wir sehen, daß unsere kollektive Sicherheit heute nicht nur in der kontinentalen Ost/West-Dimension bedroht werden kann. In den letzten zwanzig Jahren ist die Sowjetunion eine expansionistische Weltmacht mit weltweiter militärischer Handlungs- und Einflußmöglichkeit geworden. Sie ist unter Verwendung von Erfüllungsgehilfen sehr aktiv dort, wo die Verhältnisse sich nicht so festgefügt gegenüberstehen wie zwischen Nordkap und Kaukasus, sondern labil sind: in den riesigen Räumen Lateinamerikas, Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens, in Südostasien.

Bedroht sind die freien Zugänge zu den für den Westen lebenswichtigen Rohstoffressourcen. Die Europäer neigen dazu, in Verkennung ihrer eigenen Interessen die Sorge darum den Amerikanern zu überlassen. Das ist ein doppelter Fehler: Einmal, weil eine gut koordinierte Politik möglichst aller Verbündeten eine stärkere Warnung an die sowjetische Adresse wäre, nichts zu Riskantes zu wagen. Der Freiheitskampf des afghanischen Volkes gegen die sowjetische Invasion ist eine flammende Mahnung. Eine sowjetische Nachfolgeführung, für die Krieg nicht mehr furchtbare Erfahrung eigenen Lebens ist, könnte geneigt sein, mit der enormen militärischen Macht in ihren Händen skrupelloser umzugehen. Zum anderen würde es das Bündnis von innen her im Bewußtsein der politischen amerikanischen Öffentlichkeit aushöhlen und gefährden, wenn wir Europäer in dieser lebenswichtigen politischen Frage – es ist erst in zweiter Linie ein militärisches Problem – die Amerikaner allein ließen. Wir müssen die Zusammenarbeit mit allen in den gefährdeten Räumen suchen, vor allem auch den großen Mächten des Fernen Ostens, China und Japan. Atlantische und pazifische Sicherheit sind unteilbar.

GAST-KOMMENTAR



Rolf Friedemann Pauls diente der Bundesrepublik Deutschland unter anderem als Botschafter in Israel, in den USA, in China und bei der NATO FOTO: SVEN SIMON

IM GESPRÄCH Brenda Dean

Der Boß ist eine Dame

Von Siegfried Helm

Brenda Dean ist eine platinblonde Vierzigjährige mit klugen Augen und gewinnendem Lächeln. Ein Typ, nach dem sich Männer umdrehen. Die Tochter eines Eisenbahners aus Manchester, die nach dem Schulabschluß mit sechzehn als Stenotypistin in einer Druckerei angefangen hatte, schaffte jetzt den Sprung von der Sekretärin ins Top-Management – in einer so typischen britischen Männerbastion wie den Gewerkschaften. Brenda Dean wurde zur Generalsekretärin der Druckergewerkschaft „Sogat 82" (225 000 Mitglieder) gewählt. Sie ist damit der erste weibliche Boß einer der großen Industriegewerkschaften Englands.

Eine Queen, eine „Eiserne Lady" als erste Premierministerin und jetzt eine Frau als „Herr" über eine noch dazu als militant geltende Union. Matriarchat im Establishment des Vereinigten Königreichs? Brenda Dean wehrt ab: „Ich habe nicht als Feministin kandidiert, sondern als Gewerkschaftler."

Sie hatte sich als leitender Sogat-Bezirksfunktionär in Manchester sechs Jahre lang als geschickte Verhandlungsführerin bei schwierigen Lohndisputen einen Namen gemacht. Sonst hätte sie im letzten Sommer kaum zwölf (männliche) Gegenkandidaten bei der Wahl des Unions-Präsidenten übertrumpft und bei dem Gerangel um den Posten des Generalsekretärs jetzt sechs (männliche) Konkurrenten aus dem Felde geschlagen. Das Rezept dieser noch unverheirateten Frau beim Umgang mit Männern am Verhandlungstisch: „Wenn ein Mann mit der Faust auf den Tisch schlägt und seine Gegner mit Schimpfwörtern traktiert, dann halten ihn alle für einen mit allen Wassern gewaschenen Militanten. Täte ich das, würde jeder sagen: 'Typisch weibliche Hysterie.' Deshalb setze ich auf kühle Logik."



Gewerkschaftler, nicht Feministin: Brenda Dean FOTO: AP

Die Wahl Brenda Deans ist als Indiz für eine bevorstehende Kursänderung ihrer Gewerkschaft gewertet worden, die sich bei den Geburtswehen der Einführung neuer Drucktechnologien in der Fleet Street bis zur Selbstzerfleischung gewehrt hatte. So gesehen, paßt die Wahl in die politische Gewerkschafts-Landschaft, die allenthalben einen Trend zur gemäßigten Mitte und gar nach rechts zeigt. „Ich bin in erster Linie Gewerkschaftsführer und kein Politiker", betonte die Nachfolgerin von Bill Keys als Boß der größten britischen Druckergewerkschaft. Die Entpolitisierung der Gewerkschaften ist in vollem Gang und drängt doktrinäre Marxisten wie den Bergarbeiterführer Arthur Scargill zunehmend in Außenseiterpositionen ab. Brenda Dean, die nach ihrer „Machtübernahme" sicher auch ihren Einzug in den Gewerkschaftsdachverband TUC halten wird, gilt als realistisch.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung kommentiert den Terroranschlag in Jerusalem:

Man kann wie in der Vergangenheit mit Vergeltungsmaßnahmen Israels rechnen. Die Repressalien könnten sich im übrigen gegen die syrischen Truppen in Libanon richten. Diese scheinen in der Tat die Palästinenser bei ihren Angriffen auf israelische Stellungen in Südlibanon zu unterstützen. Am Montag hat die israelische Artillerie zum ersten Mal seit einem Jahr palästinensische Stellungen in der von den Syrern kontrollierten Bekaa-Ebene bombardiert. Damaskus ist andererseits nur 35 km von der israelischen Frontlinie entfernt.

Westfälische Nachrichten

Die Münsteraner Zeitung äußert sich zum Gurtmuffel-Bußgeld:

Ein Vorwurf kann dem Verkehrsminister nicht erspart bleiben. Die Erfolglosigkeit der Werbekampagnen des Deutschen Verkehrssicherheitsrates für den Gurt war schon vor Beginn abzusehen ... Wer den Gurt einmal vergessen hat und 40 Mark in die Polizeikasse zahlen muß, kann aber mit einem Trostpflästerchen rechnen: Die angekündigte Erhöhung der Prämien in der Autohaftpflichtversicherung wird zumindest teilweise rückgängig gemacht werden.

Kölnische Rundschau

Zur geplanten Steuerreform meint die Zeitung:

Die Belebung der Wirtschaft und die sich darauf langsam bessernden Steuereinnahmen reichen vorerst nicht aus, die von Stoltenberg für 1988 anvisierte große Lösung schon 1986 in Kraft zu setzen – es sei denn, daß dafür andere Steuern erhöht werden. Stoltenberg glaubt, in diesem Fall rund 10 Milliarden Mark an zusätzlichen Einnahmen zu brauchen. Die Politiker der Koalition wollen aber keine finanzpolitischen Umschichtungen, sie wollen, daß die Wähler möglichst bald – und das heißt, rechtzeitig vor den nächsten Bundestagswahlen – ein positives Ergebnis in der eigenen Brieftasche verspüren. Dagegen hat Stoltenberg es viel schwerer, auf Vorteile seiner Inflationsbekämpfung hinzuweisen.

Hamburger Abendblatt

Zum Tarifabschluß im Baugewerbe heißt es hier:

Die IG Bau hat wieder einmal, wie in den meisten Jahren zuvor, Augenmaß bewiesen. Das wird ihr so manche Schwestergewerkschaft verübeln. Nichts zeigt deutlicher den Riß, der durch die DGB-Gewerkschaften geht als eben dieser Abschluß. Da fordert eine von der IG Metall angeführte Gruppe die Einführung der 35-Stunden-Woche bei gleichzeitiger Erhöhung des Verdienstes um 3,3 bis 3,5 Prozent. Und da gibt sich eine andere Gewerkschaft mit 3,3 Prozent zufrieden, ist aber gleichzeitig bereit, die 40-Stunden-Woche bis Ende 1988 festzuschreiben, wenn die Rente mit 58 Wirklichkeit wird. Nicht nur diese unterschiedliche Interessenlage gibt Anlaß zu Auseinandersetzungen im DGB. Als besonders verwerflich dürften IG Metall, IG Druck und andere die prinzipielle Bereitschaft der Bauarbeiter-Gewerkschaft brandmarken, auf das Angebot der Bundesregierung zur Vorruhestandsregelung einzugehen. Die radikaleren Arbeitnehmerorganisationen sehen in dieser Regelung den Versuch Bonns, die gemeinsame Front der Gewerkschaften zu durchbrechen. Helmut Kohl und Norbert Blüm ist ein erster Erfolg beschieden.

Wo IG Bau abschließt, ruft IG Druck nach Urabstimmung

Hie Vorruhestand, dort Kampf um des Kampfes willen / Von Peter Gillies

Nie ist ein Feldherr wegen des von ihm erzeugten Schlachtenlärms in die Geschichte eingegangen. Stets war es der Ausgang des Kampfes, den die Historiker notierten (die Kanonade von Hornberg vielleicht ausgenommen). In Verteilungskämpfen sind die Streithähne versucht, diese Erkenntnis zu vergessen. Dabei lehrt die Erfahrung, daß Drohgebärden den Inhalt der Lohntüte nicht zwingend beeinflussen.

Mit einem Verhandlungsgeschick, das man fast ein beiläufiges nennen möchte, ist die Industriegewerkschaft Bau ihrer Tradition treu geblieben und hat einen ansehnlichen Tarifabschluß getätigt. Zwar belastet er viele Betriebe mit dünneren Auftragsbüchern beträchtlich, aber er ist von sozialer Verantwortung getragen und – vor allem – er überzeugt. Die IG Bau beweist dem teilweise noch ungläubigen Gewerkschaftslager: Es ist beides erreichbar, Arbeitszeitverkürzung wie auch Lohnerhöhung. Der im Grundsatz abgesprochene Vorruhestand ermöglicht noch eine Lohnerhöhung von 3,3 Prozent – zusätzlich.

Es werden also die jüngeren Arbeitnehmer einen Teil der möglichen Lohnerhöhung zugunsten ihrer älteren Kollegen abgeben. Dennoch ist ihr Reallohn, soweit man das heute abzusehen vermag, durch die 3,3 Prozent gesichert. Wieviel jüngere Arbeitslose dadurch wieder in Lohn kommen, daß ältere Mitarbeiter mit 58 und mehr Jahren ihren Arbeitsplatz freimachen, wird sich in der betrieblichen Praxis erweisen. Wenn dort mit soviel Vernunft und Augenmaß geplant wird wie während der Tarifverhandlungen, braucht einem nicht bange zu sein.

Nun wird diese Gewerkschaft, die sich schon mehrfach mit bemerkenswerten Modellen in die deutsche Sozialgeschichte einschrieb – ebenfalls ohne Lärm –, von den angeblich progressiven Gewerkschaften wie IG Metall oder Druck der Spaltung geziehen. Abschätzig nennt man die IG Bau und vier andere die „Fünfer-Bande". Ihr Merkmal ist, daß sie sich nicht stur in eine einzige Form der Arbeitszeitverkürzung festbeißen, sondern flexibel bleiben wollen. Wie jedermann weiß, trifft dies genau die Stimmung der Arbeitnehmerschaft, die von der angeblich segen- und jobspendenden 35-Stunden-Woche nichts hält.

Natürlich zerrt dies an den Nerven derjenigen, die sich für die Erzeugung von Schlachtenlärm zuständig fühlen. Wenn die IG Metall jetzt rascher als erwartet auf das Angebot zu einem Spitzengespräch eingeht, mag man auch daraus – wie aus mancherlei deutungsfähigen Reden – Realismus entnehmen. Die Bemerkung „ohne Vorbedingungen" heißt, daß die Arbeitgeberposition der 40-Stunden-Woche weiterhin als Verhandlungsgrundlage betrachtet wird (bei der IG Bau wird diese Wochenarbeitszeit übrigens bis 1988 festgeschrieben). Wenngleich man die Tatsache eines Spitzengesprächs – wahrscheinlich in dieser Woche – nicht mit einer Lösung des Tarifkonflikts verwechseln darf, so zeigt sie doch, daß ein Kompromiß möglich und der Arbeitskampf keineswegs schicksalhaft ist.

Manches spricht dafür, daß in der Führungsmannschaft der großen IG Metall heftig und kontrovers nachgedacht wird. Die Siegesgewißheit (wenn sie je bestanden hätte), die Arbeiterklasse werde sich wie ein Mann erheben, um den verhaßten Kapitalisten die Zähne zu zeigen, ist längst gewichen. Der deutsche Arbeitnehmer empfindet sich nicht als Mitglied einer ausgebeuteten Masse, sondern als Bürger, der seine wirtschaftlichen Interessen kraftvoll, aber mit Augenmaß wahrzunehmen weiß. Derzeit ist er überzeugt, daß sich Kampf und Streik wegen eines bestimmten, auf die Zahl 35 eingeengten Zieles nicht lohnen.

Die IG Druck weigert sich, diese allgemeine Bewußtseinslage zur Kenntnis zu nehmen. Ziel ihrer Kampfmaßnahmen ist nicht der Lohn, sondern der Kampf, am besten der Kampf als solcher. Diese Gewerkschaft, in Zahl und Bedeutung weiter schrumpfend, ist schon lange nicht mehr der Prototyp der deutschen Gewerkschaften, die den sozialen Frieden erhalten halfen, ohne zahnlos zu werden, und die dabei auch viel erreichten. Ihr Ruf nach Urabstimmung kommt aus dieser besonderen Lage; hier geht es um politische Dinge eigener Art.

Eine Schlacht sehenden Auges durchzupeitschen, die Gefolgschaft kostet und vielleicht die Kriegskasse, oder sie rechtzeitig in eine geordnete Friedensverhandlung überzuleiten – worin liegt die größere Führungsaufgabe eines Gewerkschaftsfunktionärs? Der Applaus ist vermutlich mit der schneidigen Attacke leichter zu erhaschen. Aber er ist rasch verklungen, und in der Lohntüte sucht man ihn vergebens. Das Bild vom schicksalhaften Aufeinanderprallen der Tarifparteien in der Metallindustrie hatte nie gestimmt, stimmt nach dem Abschluß auf dem Bau noch weniger. Beide Seiten wissen das auch, signalisieren es sogar vorsichtig. Warum also soll ein Arbeitskampf um „das Prinzip" nötig sein, wo es doch kein wichtigeres Prinzip gibt als die Sicherung der vorhandenen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze?

Das Zahlenspiel um den Tod im Verkehr

Knapp 60 Prozent der Autofahrer machen vom „Lebensretter Nummer eins" Gebrauch. Verkehrsminister Dollinger ist dies zu wenig: Wo Appelle nicht fruchteten, soll nun ein Bußgeld von 40 Mark nachhelfen, damit der Sicherheitsgurt angelegt wird.

Von HANS-J. MAHNKE

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger wollte das Bußgeld für Gurtmuffel nicht, das er jetzt verkünden ließ. Daran besteht überhaupt kein Zweifel. Aber jetzt bekommen die Autofahrer zu spüren, daß sie nicht auf den Minister gehört haben. Und der erntet dafür noch Lob derjenigen, die schon früher in Sanktionen das Allheilmittel gesehen hatten. Immerhin hatte Dollingers Vorgänger Volker Hauff bereits einen Verordnungsentwurf für ein Bußgeld für Nicht-Anschnaller von 20 Mark ausarbeiten lassen.

Aber Dollinger schwor solchen Vorstellungen bereits am Tag seines Amtsantritts ab, und zwar nicht, weil er etwas gegen den Gurt hätte. Im Gegenteil: „Ich schnalle mich an." Dollinger wurde nicht müde, dies bei jeder Gelegenheit zu betonen. Dazu wollte er auch andere bringen, allerdings nicht durch Strafen, sondern durch Überzeugung. Der mündige Bürger im Straßenverkehr, nicht Gängelung, gegen eine neue Vorschriftenflut – und so ähnlich lauteten die Schlagworte.

„Mir kommt es auf Dauererfolge an. Und die sind nur mit Überzeugung, mit richtigem Verhalten aller Verkehrsteilnehmer, mit Rücksichtnahme zu erreichen, nicht mit Angst vor Strafen, mehr Vorschriften oder mehr Verkehrsschildern. Man muß den Verkehrsteilnehmer überzeugen", ließ sich Dollinger vernehmen. Und so startete er im Sommer vergangenen Jahres zusammen mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat eine mit vier Millionen Mark aus dem Bundeshaushalt alimentierte Aufklärungs- und Überzeugungsaktion.

In der vergangenen Woche, als er den Ländern das verkehrssicherheitspolitische Programm der Bundesregierung übersandte, schrieb er noch: „Noch ist die Wirkung dieser Aktion nicht überzeugend." Aber er hoffte immer noch, daß die weitere Entwicklung der Anlegequoten die Entscheidung rechtfertigen würde, von einer Bußgeldbewährung abzusehen.

Nachdem die Bundesanstalt für das Straßenwesen nun ihre jüngsten Ermittlungen über das Anlegeverhalten der Autofahrer vorgelegt hatte, sah Dollinger „zu seinem Bedauern keinen anderen Weg mehr, als der bestehenden gesetzlichen Gurtanlegepflicht mit einem Verwarnungsgeld zu größerer Beachtung zu verhelfen". Denn eines hatte sich gezeigt, weder die Appelle noch die Vorwarnung, daß möglicherweise doch etwas kommen könnte, hatten gefruchtet: Die Autofahrer schnallten sich nicht häufiger an als in den vergangenen Jahren, was von allen Parteien als unbefriedigend angesehen wurde.

Sicher, in den vergangenen zehn Jahren hat sich einiges verbessert. So lag 1974 die Anlegequote im Fernverkehr erst bei 14,5 Prozent, im Berufsverkehr bei 14,2 Prozent und im Innerortsverkehr sogar nur bei 8,7 Prozent. 1979 schnallten sich auf Autobahnen bereits rund 85 Prozent der Fahrer an, auf den Landstraßen immerhin 67 Prozent und im Stadtverkehr waren es 45 Prozent. Daraus errechnete die Bundesanstalt einen Durchschnitt von 59 Prozent. Und dabei ist es auch geblieben. Zuletzt wurden sogar nur 58 Prozent gezählt. Und das, obwohl der Sicherheitsgurt als der „Lebensretter Nummer eins" im Straßenverkehr gilt.

Immerhin hatte die Bundesanstalt für Straßenwesen errechnet, daß allein im Jahre 1979 2300 Pkw-Fahrer und ihre Beifahrer vor dem Tode und 24 000 vor schweren Verletzungen durch den Sicherheitsgurt bewahrt worden waren.

„Und je ein Prozent Steigerung der Anlegequote bedeutet 40 Verkehrstote weniger." Eine Berechnung von damals, die heute vom Hause Dollinger noch unterstrichen wird. Würde es also gelingen, die durchschnittliche Anlegequote von derzeit 58 Prozent auf 83 Prozent anzuheben, wären 1000 Verkehrstote pro Jahr weniger zu beklagen. Solche Zahlen mußte sich Werner Dollinger in den vergangenen Wochen verstärkt von seinen Kritikern vorhalten lassen, die unverzüglich das Bußgeld für Gurtmuffel forderten. Sie wiesen zudem darauf hin, daß im vergangenen Jahr erstmals wieder die Zahl der Toten im Straßenverkehr zugenommen hatte, und zwar um 0,8 Prozent auf 11 701.



Minister im Crash-Test: Werner Dollinger erprobt die Wirkung des Sicherheitsgurts FOTO: DPA

Es wurde auch auf den Schaden hingewiesen, der durch das Nichtangurten entsteht, auf die Produktionsausfälle, auf den medizinischen Aufwand und ähnliches. Immerhin hat die Bundesanstalt den volkswirtschaftlichen Schaden des Nichtangurtens auf nahezu zwei Milliarden Mark pro Jahr veranschlagt. Ein Anstieg der Gurtanlegequote um nur ein Prozent bedeutet demnach ein Nutzenzuwachs von 50 Millionen Mark jährlich für die Volkswirtschaft.

Seit Anfang der 70er Jahre bemühten sich Experten, Automobilklubs, Verkehrswachten und die Bundesregierung, den Sicherheitsgurt populär zu machen. Für 13 Milliarden Mark startete das Verkehrsministerium 1974 und 1975 eine großangelegte Werbekampagne. Im Januar 1976 waren bereits 81 Prozent aller Pkw's mit Gurten auf den Vordersitzen versehen. Und 62 Prozent aller Fahrer legten den Gurt auch an. Eine Quote, die nie wieder erreicht wurde, obwohl das Ministerium 1976 und 1977 noch eine mit drei Millionen Mark dotierte Erinnerungswerbung nachschob.

Die Entwicklung wurde aber auch durch staatliche Vorschriften beeinflußt. 1974 wurde der Einbau von Gurten bei Neuwagen vorgeschrieben. Bis 1976 mußte ein Teil der älteren Fahrzeuge nachgerüstet sein und seit dem 1. Mai 1979 müssen alle Sitze in den Neuwagen mit einem Gurt versehen sein. Vor allem: Seit dem 1. Januar 1976 besteht für Fahrer und Beifahrer eine gesetzliche Pflicht zum Gurtanlegen. Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, dem drohen bislang noch keine Konsequenzen, denn auf Sanktionen wurde verzichtet, allerdings nur auf direkte.

Die Richter haben bereits in den vergangenen Jahren in unangreifbaren Urteilen den Schluß gezogen, daß derjenige die Unfallfolgen – also seine eigenen körperlichen Schäden – mitverursacht, der den Sicherheitsgurt nicht anlegt. So wurde selbst bei einem Unfall, der nicht selbst verschuldet war, der Schadensersatzanspruch in der Regel um 30 Prozent gekürzt. Aus einem Schmerzensgeld von 1000 Mark wurden eben nur 700 Mark.

Schwerer wiegt jedoch etwas anderes: Wenn der Unfall zur Arbeitsunfähigkeit geführt hat, fällt der Anspruch auf Lohnfortzahlung weg, wenn sich der Autofahrer nicht angeschnallt hat. Und das, obwohl er am Unfall selbst keine Schuld hatte.

Trotzdem ließen sich viele Autofahrer nicht bekehren. Bequemlichkeit spielte dabei sicher eine Rolle, Überschätzung der eigenen Fähigkeiten aber auch. Dabei müßte derjenige, der mit einer Geschwindigkeit von nur 30 Stundenkilometer gegen einen Baum prallt, bereits das 20fache seines Körpergewichtes stemmen, wenn er diesen Aufprall abfangen wollte. Die Wucht des Aufpralls bei 50 Stundenkilometer kommt gar einem Sprung aus dem vierten Obergeschoß eines Hauses gleich, bei 80 Stundenkilometer entspricht sie dem Fall aus 25 Metern.

Auch das Bekenntnis des früheren Weltmeisters Emerson Fittipaldi – „ich fahre grundsätzlich nur angeschnallt, auch bei Stadtfahrten" – machte keine Schule, obwohl gerade bei geringeren Geschwindigkeiten der Gurt besonders wirksam ist. Schließlich blieb nur das Bußgeld. Dabei spielten auch die ausländischen Erfahrungen eine erhebliche Rolle. So schnellte in der Schweiz nach Einführung der Geldbuße die Anschnallquote innerorts von 31 auf 81 und außerorts von 49 auf 89 Prozent nach oben. In Norwegen stiegen sie von 45 auf 70 bzw. von 80 auf 90 Prozent. Durch die Buße soll der gesetzlichen Pflicht der Charakter einer unverbindlichen Empfehlung genommen werden.

Mit dem „Vorwärts" zurück in die guten alten Zeiten

Von einem großen Zeitungsimperium ist der SPD praktisch nur der „Vorwärts" geblieben. Und auch der kränkelt. Die Parteispitze möchte, daß ihn jedes SPD-Mitglied – bei höheren Beiträgen – kostenlos erhält; doch an der Basis gibt es Widerstand.

Von PETER PHILIPPS

SPD-Sprecher Wolfgang Clement und Parteigeschäftsführer Peter Glotz ziehen in Sachen Parteizeitung in diesen Wochen durch die sozialdemokratischen Basis-Gliederungen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Sie versuchen in den Bezirken und Unterbezirken der SPD, den Genossen eine Beitragserhöhung von durchschnittlich 2,25 Mark monatlich schmackhaft zu machen, um auf diese Weise die Verwandlung des publizistisch relativ unbedeutend gewordenen „Vorwärts" in eine attraktive Wochenzeitung finanzieren zu können.

12 Seiten Umfang soll der „Mantel" des neuen „Vorwärts" haben, jeder Landesverband fügt dann einen eigenen 4seitigen Regionalteil hinzu. Geplant wird nach dem Motto des Leitantrags für den Mai-Parteitag in Köln, „alle Kräfte anzuspannen, um der publizistischen Übermacht des regierenden Blocks entgegenwirken zu können".

Doch die Genossen sind nicht überzeugt, von keiner Seite kam so harsche Kritik an den neuen Zeitungsplänen des SPD-Vorstands wie aus der eigenen Partei; auch aus der Redaktion des „Vorwärts".

Überall schimmert die Skepsis durch, ob diese Partei überhaupt in der Lage ist, ein tragfähiges Konzept für eine Zeitung zu entwickeln, die mehr als nur eine „Lyrik-Auflage" hat. In dem Leitantrag des Parteivorstands ist auch ehrlicherweise ein „mea culpa" eingebaut: „Im übrigen läßt sich nicht darüber hinwegsehen, daß die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahrzehnten sich beim Umgang mit eigenen Zeitungen durch falsche Personal- oder Investitionspolitik auch selbst geschwächt haben." Darüber läßt sich in der Tat nicht hinwegsehen. Denn kurz nach dem Krieg besaß die SPD in der Form von Lokal- und Regionalzeitungen einen Medienkonzern, der die Bundesrepublik Deutschland flächendeckend überzog.

Da gab es z. B. bis 1972 in Berlin zwei sich ergänzende Tageszeitungen – „Telegraf" und „nachtdepesche" –, von denen der „Telegraf" in seinen besten Zeiten Ende der 40er Jahre eine Auflage von 530 000 Exemplaren hatte. Noch 1960 brachten beide zusammen immerhin knapp 140 000 Stück täglich auf den Weg zu den Käufern. Oder: Wer erinnert sich heute noch an das „Hamburger Echo" (mit dem außenpolitischen Redakteur Herbert Wehner), an die „Fränkische Tagespost" in Nürnberg, die „Allgemeine Zeitung" in Mannheim, die „Kieler Volkszeitung", „Die Freiheit" in Mainz und die „Hannoversche Presse"? Dabei sind dies nur die bekannteren aus der großen Zahl der SPD-Blätter gewesen. Das letzte Opfer der parteieigenen Pressepolitik war die „Hamburger Morgenpost", die nach langem Siechtum 1979 verkauft wurde. Von 2,8 Millionen Auflagen nach dem Krieg blieben der SPD im wesentlichen nur noch die 56 000 des ehemaligen Zentralorgans „Vorwärts".

Alle SPD-Zeitungen – vielleicht mit Ausnahme der am längsten florierenden „Hamburger Morgenpost" – hatten nach der Zerschlagung durch die Nationalsozialisten am Ende des Zweiten Weltkriegs wieder dort begonnen, wo sie aufgehört hatten: als klassische, parteiliche Arbeiterzeitungen. Es dauerte lange, zu lange, ehe erkannt wurde, daß die Deutschen nach dem Ende des Dritten Reichs die Nase voll hatten von Parteizeitungen. Und selbst nach dieser Erleuchtung war es nicht mehr möglich, das Steuer des schwerfälligen Medien-Tankers SPD herumzuwerfen. Denn zum einen hatte sich die Gewohnheit zu tief eingefressen, verdiente Funktionäre statt professioneller Journalisten und Kaufleute an entscheidenden Stellen zu beschäftigen. Und wer von ihnen nicht drinnen saß, hatte dafür gesorgt, daß er von außen jederzeit für entsprechende Plazierung der Partei-Meinung im Blatt sorgen konnte.

Außerdem hatten die Bonner Partei-Schatzmeister zu lange nur Geld aus den Unternehmen herausgezogen ohne zu investieren, daß die Substanz der Zeitungen für ein Durchstarten nicht mehr ausreichte. Der anschließende Umgang mit den

Vorwärts

Mitarbeitern – wenn der Einstellungsbeschluß gefallen war – war das einzige, was nicht mit sozial oder solidarisch zu tun hatte in der Geschichte dieser Zeitungen: Redaktion und Verlag des „Telegraf" in Berlin beispielsweise – aber bei den anderen Blättern war es nicht wesentlich anders – erfuhren aus einer fremden Nachrichtenagentur, daß ihre Zeitung am nächsten Tag zum letzten Mal erscheinen würde.

Nachdem sie selbst mit ihren Zeitungen am eigenen Unvermögen und an den wirtschaftlich erfolgreichen Konzentrationen anderer, privater Verlage gescheitert war, versuchte die SPD vergeblich in den siebziger Jahren über Ansätze einer Mediengesetzgebung den privaten Zeitungsverlagen Daumenschrauben anzulegen.

Nun versucht die Partei also eine Art Quadratur der Kreise: Ein neuer, lesernaher „Vorwärts" soll entstehen, der parteinah aber nicht parteiuntertan ist, der sich aufgrund seiner Qualität auch am Kiosk verkauft und zugleich Mitgliedsorgan ist. Glotz und Clement – unter der schützenden Hand des Vorsitzenden Willy Brandt – haben sich so viel vorgenommen, wie es als Aufgabe eines erfolgreichen privaten Zeitungsverlages würdig wäre. Im alten „Vorwärts" stand einmal geschrieben: „Wenn aus der SPD-Baracke eine Anleitung zum Zeitungmachen kommt – das klingt wie die Geschichte der O., herausgegeben vom Erzbistum Köln." Man darf gespannt sein, ob sich daran etwas geändert hat.

Beim Gurt ist den Briten das Muffeln vergangen

Von HELMUT VOSS

Am 21. Februar vorigen Jahres hielt der Wildhüter Charlie Chapman am Rande einer Straße in Südengland den Daumen hoch. Ein Auto hielt. Chapman stieg ein. Der Wagen fuhr los, und wenige Minuten später war der Wildhüter tot: Der Fahrer des Wagens hatte beim Versuch, ihm mit einer Hand beim Anlegen des ungewohnten Sitzgurtes behiflich zu sein, die Kontrolle über das Fahrzeug verloren und einen schweren, für den Beifahrer tödlichen, Unfall verursacht.

Sein Tod brachte Chapman eine kuriose Sonderstellung in der britischen Verkehrsstatistik ein. Er wurde der erste Brite, der sein Leben als Folge des zwanzig Tage zuvor landesweit eingeführten Gurtzwanges für Fahrer und Vordersitz-Beifahrer verlor. Der tragische Tod des Anhalters ist einer der wenigen Dämpfer, die die Gurtzwang-Euphorie bei Polizeidienststellen, Ärzte-Organisationen und Automobilklubs in Großbritannien seit dem 31. Januar vorigen Jahres erfahren hat: Die in der Werbung lautmalerisch „Clunk-Click" genannte Aufforde- rung zum Anschnallen, der der Gesetzgeber mit einer kürzlich auf 100 Pfund (fast 400 Mark) erhöhten Geldstrafe Nachdruck verleiht, hat sich alles in allem als durchschlagender Erfolg herausgestellt.

„Wir haben zwar noch keine endgültigen Zahlen für die ersten zwölf Monate mit Gurtzwang vorliegen", erklärt eine Sprecherin des britischen Verkehrsministeriums gestern, „aber wenn wir die Erfahrungen der ersten acht Monate zugrundelegen, als die Zahl der Todesopfer unter Auto-Insassen auf Vordersitzen um rund 25 Prozent zurückging, hat es in einem Jahr rund 550 weniger Tote im Straßenverkehr gegeben. Die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten dürfte im gleichen Zeitraum um 7000 und 16 000 zurückgegangen sein." Ähnliche Beobachtungen wurden bei einer von dem Belfaster Arzt Willim Rutherford geleiteten zweijährigen Studie in 15 verschiedenen Krankenhäusern gemacht. „Das Ergebnis soll am 25. April auf einem Ärztekongreß enthüllt werden", erklärte ein Mitarbeiter Rutherfords, Dr. Mike Hayes, der WELT, „ich kann aber schon so viel verraten, daß in den beobachteten Krankenhäusern die Zahl der Verkehrsverletzten insgesamt um 20 Prozent und die der Schwerverletzten sogar um 35 Prozent zurückgegangen ist."

Ein Krankenhaus in Portsmouth „klagte", daß sich als Folge der „Seat Belt-Law" ein Mangel an gespendeten Nieren für Transplantationen bemerkbar mache. Am Edinburgher „Royal Infirmary" staunten Ärzte über Wochen, in denen „nicht ein einziges nennenswertes, schwerer verletztes Verkehrsopfer eingeliefert wurde: So etwas hat es in Edinburgh noch nie gegeben."

Am Anfang hatte es ernsthafte Zweifel daran gegeben, ob die als Individualisten bekannten Briten sich wohl per Gesetz zwingen lassen würden, die lästigen Gurte umzulegen. Die Zeitungen waren voll von Berichten über „Rebellen", wie den Range-Rover-Fahrer Terry Hayden aus London, der mit „getürkten" – nämlich abgeschnittenen – Gurten die Polizei zu narren versuchte.

Doch die Skeptiker wurden schnell eines Besseren belehrt: Während sich 1982 nur 40 Prozent der Autofahrer auf britischen Straßen angeschnallt haben, sind es heute rund 95 Prozent. Die Briten muffeln nicht mehr.

Selbst der „Royal Automobile Club", der den Gurtzwang im Namen seiner Mitglieder heftig bekämpft hatte, änderte mittlerweile seine Meinung: „Das Gesetz hat sich als nützlich erwiesen – wir stehen heute voll hinter ihm." Der britische Ärzteverband plädiert bereits auch für Gurtzwang für Rücksitz-Passagiere. Er schätzt, daß damit jährlich das Leben von weiteren 350 Menschen gerettet werden könnte.

(SAD)

Am Anfang von Dirk Keglers Firma stand nur seine Idee. Warum sind wir trotzdem gleich mit eingestiegen?



Erstens kannten wir Herrn Kegler seit vielen Jahren als guten Kunden. Zweitens hat uns seine Idee überzeugt, sich mit einem Verfahren zur Herstellung elektronischer Bauteile selbständig zu machen. Etwas Startkapital hatte sich Herr Kegler schon angespart. Jetzt beschafften wir ihm zusammen mit unserer regionalen Zentralbank zinsgünstige Kredite zur Existenzgründung aus ERP- und Landesmitteln. Daß wir Herrn Kegler bei den Formalitäten für die staatlichen Förderprogramme halfen, war selbstverständlich. Bei uns konnte er auch die Versicherungen abschließen, die seine Firma und seine Familie absichern.

Um all diese Leistungen zu erhalten, brauchte Herr Kegler nur mit uns zu sprechen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft.* Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,6 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank
8 regionale Zentralbanken
*
Bausparkasse Schwäbisch Hall
DG HYP Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank
DIFA Deutsche Immobilien Fonds AG
Münchener Hypothekenbank eG
R + V Versicherung
Union-Investment-Gesellschaft

Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Was Kohl mit seinem „DDR"-Gast bespricht

Eine analytische Betrachtung des Besuchs von Mittag

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird am Freitag in Bonn das für Wirtschaftsfragen zuständige SED-Politbüromitglied Günter Mittag empfangen. Er erhält dadurch die Möglichkeit, sieben Wochen nach seinem Moskauer Treffen mit dem „DDR"-Staatsratvorsitzenden Erich Honecker den innerdeutschen Dialog mit einem qualifizierten Gesprächspartner fortzusetzen.

Vor einem Jahr war eine Kanzler-Verabredung mit Mittag wegen des plötzlichen Todes des Transitreisenden Rudolf Burkert während einer „DDR"-Grenzkontrolle geplatzt. Diesmal vollzieht sich die Zusammenkunft vor dem Hintergrund einer von der SED seit Januar zugelassenen und bewußt gesteuerten Ausreisewelle.

Dahinter steht als Hauptmotiv offensichtlich Honeckers Absicht, durch die quasi Abschiebung unruhiger Elemente „Dampf aus dem Kessel" abzulassen und die innere Lage in der „DDR" zu entspannen.

Es ist klar, daß diese Aktion in absehbarer Zeit wieder auslaufen wird. Gerade deshalb erstrebt Bonn generelle Reiseerleichterungen. Darüber wird Kohl sicherlich mit Mittag sprechen.

Honecker selbst hat, von westdeutschen Besuchern auf derartige Möglichkeiten, etwa nach dem ungarischen oder dem polnischen Reisemodell, angesprochen, erwidert, er wolle darüber nachdenken. Ohne Bonner (finanzielle) Nachhilfe aber wird das Nachdenken vermutlich kaum zu Ergebnissen führen. Noch dazu angesichts der Tatsache, daß von Ost-Berliner Seite ausdrücklich auf unterschiedliche Meinungen im Politbüro hingewiesen worden ist.

Differenzen hat es offenbar auch bei der parteiinternen Diskussion über die Behandlung von „DDR"-Bewohnern gegeben, die sich in westliche Botschaften geflüchtet hatten.

Ob der Emissär aus Berlin beim Kanzler den Wunsch nach einem weiteren Milliardenkredit der „DDR" anmelden wird, ist kaum vorauszusehen. Bisher war die SED-Führung mit einer solchen Bitte nicht an Bonn herangetreten. Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß Bonn ein weiteres Darlehen zu den Bedingungen des ersten Kredits - das heißt ohne verbriefte Gegenleistung - gewähren wird.

Auch ohne neuen Kredit sind die innerdeutschen Beziehungen aber gegenwärtig sehr intensiv: Auf 17 Gebieten wird zur Zeit verhandelt. Dabei werden den bevorstehenden Verhandlungen über Umweltschutz – zunächst über die Werra-Verschmutzung - besondere Chancen eingeräumt.

Kein Spielraum

Von der SPD - die im übrigen mit der Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher weitgehend einverstanden ist - wird in letzter Zeit zur weiteren Auflockerung des innerdeutschen Verhältnisses ein zumindest teilweises Eingehen auf die 1980 von Honecker aufgestellten „Geraer Forderungen" empfohlen. Sie bezogen sich auf die Anerkennung der „DDR"-Staatsbürgerschaft, eine Umwandlung der Ständigen Vertretungen Bonns und Ost-Berlins in Botschaften, die Festlegung der Elbgrenze zwischen Schnackenburg und Lauenburg in der Strommitte und die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter.

Sollte Mittag am Freitag den Kanzler darauf ansprechen, so wird er allerdings enttäuscht werden. Denn Bundesregierung und Koalition sehen hier so gut wie keinen Bewegungsspielraum. Im einzelnen werden Honeckers Geraer Punkte heute folgendermaßen beurteilt:

1. Staatsbürgerschaft: Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel und der SPD-Abgeordnete Jürgen Schmude haben in der Bundestagsdebatte zur Lage der Nation am 15. März die Ansicht vertreten, das Grundgesetz verbiete nicht, „mit der Staatlichkeit der DDR auch ihre Personalhoheit zu respektieren, solange nur niemand daran gehindert wird, die fortdauernde deutsche Staatsangehörigkeit dann in Anspruch zu nehmen, wenn er sie in Anspruch nehmen will".

Union widerspricht

Diesem Argument ist von der CDU/CSU energisch widersprochen worden. Die rechtliche Grundlage dafür lieferte der Berliner Senator Professor Rupert Scholz, einer der führenden Kommentatoren des Grundgesetzes. Nach seiner Überzeugung kann es laut Artikel 16 Absatz 1 des Grundgesetzes nur eine deutsche Staatsangehörigkeit geben. Deshalb dürfe eine eigenständige „DDR"-Staatsangehörigkeit auch nicht „respektiert" werden, denn dies würde auf eine Form „faktischer Anerkennung" hinauslaufen.

2. Ständige Vertretungen: Zwischen Regierung und Opposition gibt es keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß eine völkerrechtliche Aufwertung der Ständigen Vertretungen Bonns und Ost-Berlins nicht in Frage kommen kann.

3. Elbgrenze: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel hat es im Bundestag als möglich bezeichnet, die Feststellung zu treffen, „daß die Elbegrenze zwischen Schnackenburg und Lauenburg durchgängig in der Strommitte verläuft, wenn eine erneute Prüfung des Materials ergibt, daß auch diese Auslegung vertretbar erscheint". Der Möglichkeit einer solchen „Auslegung" haben der CSU-Landesgruppenvorsitzende Theo Waigel und Staatsminister Alois Mertes (CDU) energisch widersprochen, weil es in der gemischten Grenzkommission nicht um Interpretationen, sondern nur um die Feststellung der Grenze aufgrund der alliierten Vereinbarungen gehe.

Verwirrung entstand allerdings durch ein „Spiegel"-Interview, in dem Staatsminister Jenninger meinte, der ursprünglich festgelegte Grenzverlauf sei noch nicht hinreichend geklärt. Die Bundesregierung sei noch dabei, zusammen mit dem Land Niedersachsen die Lage zu prüfen. Jenninger fügte hinzu: „Vielleicht läßt sich ein modus vivendi finden."

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht und andere führende CDU/CSU-Politiker vertreten demgegenüber unverändert die Auffassung, daß die Grenze laut alliiertem Londoner Protokoll vom 12.9.1944, wie aus einer entsprechenden Karte hervorgehe, im fraglichen Abschnitt am Nordostufer der Elbe verlaufe. Es gilt als sicher, daß die Regierung am Ende davon nicht abweichen wird. Ungeachtet der Differenzen mit Ost-Berlin könnte jedoch - so ist Jenningers Schlußfolgerung zu verstehen - ein „modus vivendi" gefunden werden, bei dem es um praktische Regelungen für den Verkehr auf der Elbe geht.

4. Salzgitter: In der Bundesregierung versteht man nicht, weshalb die SPD jetzt ohne östliche Gegenleistungen auf die Erfassungsstelle in Salzgitter verzichten will.

Kiel will die Subventionen abbauen

Von C. GRAF SCHWERIN

Mut zur eigenen Courage wird nun Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) aufbringen müssen. Denn schon jetzt ist vorauszusehen: Der Ärger über die Vorschläge der Sachverständigen-Kommission zum Abbau der Subventionen im Landeshaushalt 1985 wird groß sein, das Ergebnis, Einsparungen in Höhe von 0,72 Prozent (75,5 Millionen bei einem Etat von 10,4 Milliarden), erscheint dagegen minimal.

Da sich für die Sparmaßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts keine breite parlamentarische Mitwirkung fand, faßte im August letzten Jahres Barschel den Beschluß, eine überparteiliche Kommission von fünf Männern mit den Vorschlägen von Subventionsstreichungen zu beauftragen. Gerd Lausen, Vorstandsvorsitzender der Landesbank und früherer Finanzminister, der dem Sachverständigengremium vorstand: auf diese Weise sei jede Beeinflussung unterblieben und von ihren Absichten nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Der Kommission gehörten Vertreter der Industrie- und Handelskammer, des Landesrechnungshofes, des Gewerkschaftsbundes und eines Unternehmerverbandes an.

Zuwendungen und Investitionsmaßnahmen hatten im Landeshaushalt 1984 einen Umfang von 2,8 Mrd. DM betragen, das entspricht etwa 27 Prozent des gesamten Volumens, die sich auf 750 Ausgabenzettel verteilen. Maßgabe der Kommission war es, daß die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates sich in erster Linie auf das Setzen von Rahmenbedingungen zu beschränken habe, die Vergabe von Zuwendungen nur in Ausnahmefällen folgen solle.

In der Begründung ihres Vorschlages, die „Frachthilfe für Zonenrandgebiete" zu streichen, heißt es in dem Bericht: „Subventionen, die dazu dienen, Unternehmen, die auf Grund der Standortbedingungen nicht mehr konkurrenzfähig sind, die Existenz

Landesbericht Schleswig-Holstein

zu sichern, sollten grundsätzlich nicht gewährt werden, da in einer sozialen Marktwirtschaft der Marktmechanismus über die Produktion und Verteilung entscheiden soll".

Der Bericht, der dem Ministerpräsidenten jetzt übergeben wurde, umfaßt 217 Seiten. Er untersucht einen jeden Haushaltstitel der Ministerien und gibt dort, wo Maßnahmen gefordert werden, die Höhe des Haushaltsansatzes und der Einsparung, die Rechtsgrundlage und Zielsetzung an. Vorgeschlagen werden Streichungen oder Kürzungen von Einzeltiteln, Umgestaltung von Fördermaßnahmen, neue Richtlinien zur Vergabe von Zuwendungen an Verbände und Vereine und einige wenige Streichungen von Personalstellen.

Aufgabe der Kommission war es nicht, einen Plan zur Sanierung des Haushalts vorzunehmen, denn sonst hätte sie sich des größten Ausgabenblocks des Personals annehmen müssen. Betroffen vom Subventionsabbau ist vor allem der Haushalt des Wirtschaftsministeriums mit 27,4 Mill. DM für 1985 und des Landwirtschaftsministeriums (28,1 Mill. DM).

Die Gesamteinsparung der Kürzungsvorschläge belaufen sich für 1985 auf 75,5 Mill. DM, 1986 auf 74,7 und 1987 auf 85,6 Mill. DM. Und diese Größenordnung entspricht den Einsparungen, die die Regierung bereits 83 und 84 hat durchsetzen können.

Drei Vorschläge der Kommission werden gegenwärtig auf besonderen Widerstand stoßen:

1. Die Forderung an die Landesregierung ihre Beteiligung an den Howaldtswerken abzugeben. Diese Beteiligung habe zu spürbaren Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der mittelständischen Werften und zu einer Erhöhung der Fertigstunde von 45 auf 80 DM geführt, die die Werften konkurrenzunfähig gemacht und nicht zur Sicherung der Arbeitsplätze beigetragen haben.

2. Die Forderung den sozialen Wohnungsbau einzustellen und verstärkt Eigentumsmaßnahmen zu fördern. Hier müssen eine Vielzahl von Bundesgesetzen, die Bundeswohnpolitik geändert werden, und die Landesregierung wird aufgefordert im Bundesrat Einfluß darauf zu nehmen. In Schleswig-Holstein sei ein Sättigungsgrad am Wohnungsmarkt erreicht, so daß an einigen Stellen im Lande etwa 1000 Wohnungen nicht zu vermieten seien. Sozial Bedürftige sollen Zuwendungen zur Eigentumsbildung erhalten.

3. Das Land soll seine Maßnahmen zur Verbesserung der Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft so umstrukturieren, daß aus ihnen keine Produktionsausweitung mehr gefördert wird.

Die Regierung wird nun zu entscheiden haben, welche Vorschläge der Kommission sie ganz oder teilweise in den Etatentwurf für 1985 übernimmt. Hier wird sich zeigen, ob diese Politik zu einem „Kieler Modell" von bundesweiter Bedeutung wird, wie es Finanzminister Asmussen erhofft. Denn ein Umdenken in der Subventionspolitik sei erforderlich, um „die marktwirtschaftlichen Steuermechanismen nicht weiter zu schwächen und den Konsolidierungsprozeß in den öffentlichen Haushalten weiter voranzutreiben".

Streit beim SFB erreicht neuen Höhepunkt

F. D. Berlin

Die im Sender Freies Berlin (SFB) wegen einer geplanten Ablösung zweier Moderatoren der „Abendschau" schwelenden Auseinandersetzungen haben einen neuen Höhepunkt erreicht. Am Montagabend rügten die 26 Mitglieder des SFB-Rundfunkrates das Verhalten des wegen eines Herzinfarktes noch krankgeschriebenen Intendanten Lothar Loewe. Er hatte die beabsichtigte Versetzung der beiden Moderatoren Richard Schneider (SPD) und Werner Thies (parteilos – früher FDP) von seinem Kuraufenthalt aus über Telefon dem Chefredakteur Joachim Braun mitgeteilt.

Der Rundfunkrat richtete nun in seiner Sitzung in einem mit 15 zu elf Stimmen gefaßten Beschluß die Bitte an den Intendanten, „von der Ausübung der Dienstgeschäfte abzusehen, solange er nicht in der Lage ist, seine Entscheidungen vor den Aufsichtsgremien zu vertreten".

Neues Strafrecht: CSU hat Bedenken

ms. Bonn

Auf Wunsch von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ist die für heute im Bundeskabinett vorgesehene Beratung des Strafrechtsänderungsgesetzes von der Tagesordnung abgesetzt worden. Bei dem Änderungsgesetz, das Bundesjustizminister Heinz Engelhard (FDP) vorgelegt hat, geht es um eine Modifizierung der Bewährungspraxis für Straftäter. Zimmermann vertritt die Auffassung, daß diese Gesetzesvorlage vor einer Beratung und Verabschiedung im Bundeskabinett zunächst noch in den Koalitionsgremien erörtert werden muß. Offensichtlich gibt es Bedenken der CSU.Der Gesetzentwurf sieht vor, daß bei längeren Freiheitsstrafen von vornherein schon im Urteil festgelegt werden kann, ob und in welchem Umfang ein Teil dieser Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden kann. Es bleibt dabei, daß der Richter in seine Gesamtwürdigung die Person des Straftäters und die Umstände der Tat einbeziehen muß. Die Landesjustizverwaltungen sind an einer solchen Gesetzespraxis interessiert, weil sie sich davon eine Entlastung der Haftanstalten versprechen.

„Mauer nicht letztes Wort der Geschichte"

Carstens 90. Ehrenbürger von Berlin / Schwächeanfall

F. DIEDERICHS, Berlin

Der 90. Ehrenbürger Berlins (seit 1808) bewies auch im Moment der Schwäche Standhaftigkeit und Humor eines Staatsmannes. Geplagt von 40 Grad Fieber und Schüttelfrost, stand Bundesrpäsident Karl Carstens dennoch die Geduldsprobe unter gleißendem Scheinwerferlicht durch, um den protokollarischen Rahmen des Festaktes im Rathaus Schöneberg aufrechtzuerhalten.

Die Tatsache, daß er deshalb seine Dankesrede für die Verleihung der Ehrenbürgerwürde gleich um mehrere Absätze kürzte und anschließend, von Empfangsteilnehmern gestützt, in einem Ruheraum um eine Tasse schwarzen Tees bat, kommentierte er wenig später so: „Es ist wohl das erste Mal in der Geschichte Berlins, daß ein Ehrenbürger bei seiner Dankesrede momentane Absencen hat. Aber darüber, so glaube ich, kommen wir weg."

Zuvor hatte der am 30. Juni nach fünf Jahren Amtszeit ausscheidende Bundespräsident aus der Hand des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen (CDU) die Ehrenbürger-Urkunde entgegengenommen. In der Schrift heißt es, Carstens habe „das Bewußtsein der Bürger gestärkt, daß Berlin für alle Deutschen eine nationale Aufgabe erfüllt". Der Bundespräsident habe sich den Herausforderungen unserer Zeit mit Überzeugungskraft, Toleranz und Weitsicht gestellt.

Eberhard Diepgen wies anschließend in der gemeinsamen Feierstunde von Senat und Parlament darauf hin, Carstens habe „das Anliegen der deutschen Einheit in einer Art und Weise zum Ausdruck gebracht, daß selbst bei Gegnern und Skeptikern unseres nationalen Anliegens Respekt und Nachdenklichkeit ausgelöst worden sei. Die Ausstrahlung seines Amtes, so Diepgen in seiner Laudatio, sei insbesondere auch der Ausstrahlung Berlins zugute gekommen.

Carstens leiste einen besonderen Beitrag „zur Heilung des versehrten deutschen National- und Geschichtsbewußtseins", hob Diepgen hervor. Er wirke dabei mit „unkonventionellen Mitteln", die über die üblichen Mittel eines Politikers, wie das gesprochene Wort, weit hinausgingen. Diepgen nannte in diesem Zusammenhang die Wanderungen des Bundespräsidenten und sein Engagement als Sammler und Herausgeber deutscher Gedichte.

Der Bundespräsident bedankte sich für die Ehrenbürgerwürde, die seit Kriegsende 25mal, unter anderem auch an die vier Amtsvorgänger von Carstens, vergeben worden war und hob im Plenarsaal des Rathauses seine besondere Verbundenheit mit Berlin und seine Bewunderung für den Freiheitswillen der Bürger hervor. Die Stadt habe nicht nur eine große historische Rolle in der Vergangenheit gespielt, sondern habe auch heute und in Zukunft „eine Aufgabe für alle Deutschen". Mehr als jede andere Stadt sei Berlin auf realistische Entspannung zwischen Ost und West angewiesen.

Das Engagement für Berlin habe er als einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit als Bundespräsident betrachtet, sagte Carstens. Dies sei bei voller Respektierung des Viermächte-Abkommens „Ausdruck der engen Verbundenheit des Bundes mit Berlin". Carstens wörtlich: „An der Notwendigkeit, zu Berlin zu stehen, hat sich nichts geändert. Wir halten zu dieser Stadt." Berlin sei weiter ein „Symbol für Freiheit und Selbstbestimmung". Das geteilte Berlin bleibe ein Symbol der Teilung und zugleich des Willens, an der Einheit der Nation festzuhalten. „Die Mauer wird nicht das letzte Wort der Geschichte sein."

Wegen der Erkrankung von Carstens wurde gestern das gesamte weitere Besuchsprogramm in Berlin abgesagt. Der Bundesrpäsident sollte ursprünglich eine längere Unterredung mit Eberhard Diepgen führen, am Nachmittag waren ein Besuch des Bundesgesundheitsamtes und eine Besichtigung der Degas-Ausstellung in der Berliner Nationalgalerie vorgesehen. Carstens will sich jetzt in seinem Berliner Amtssitz, dem Schloß Bellevue, erholen.

EKD sucht neue Wege für die Landwirtschaft

Denkschrift setzt die Ökologie vor die Ökonomie

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Nicht so sehr die Skepsis über die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft, obwohl auf die negativen Folgen der jetzt vereinbarten Quotenregelung auf dem Milchmarkt überaus deutlich hingewiesen wird, steht im Mittelpunkt der neuen Denkschrift der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für Sozialordnung, die jetzt vorgelegt wurde, sondern eher der Versuch für die Landwirtschaft neue Perspektiven zu entwickeln.

„Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Wachsen und Weichen, Ökologie und Ökonomie, Hunger und Überfluß", so der Titel der Denkschrift, umreißt das, worum es den Verfassern geht: Die staatliche Agrarpolitik muß heute drei Ziele gleichzeitig verfolgen: die Überschußproduktion verringern, ökologische Belange stärker berücksichtigen und soziale Härten im Strukturwandel wegen fehlender außerlandwirtschaftlicher Beschäftigungsmöglichkeiten vermeiden. Wörtlich: „Die Agrarpolitik darf nicht zum Wachstumszwang oder zum Hinausdrängen in die Arbeitslosigkeit führen."

Es müsse verhindert werden, so Professor Theodor Strohm, der Vorsitzende der Kammer für Sozialordnung, daß immer mehr bäuerliche Familienbetriebe wirtschaftlich resignieren und meist ohne Zukunftschancen in die großen Ballungsgebiete auswandern müssen. „Bei umfassender Nutzung des zur Zeit verfügbaren technisch-wissenschaftlichen Fortschritts wären statt der gegenwärtig vorhandenen rund 450 000 landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nur noch weniger als 200 000 erforderlich. Dies ist aber aus gesellschaftlichen, ökologischen und arbeitsmarktpolitischen Gründen weder wünschenswert noch durchsetzbar", heißt es in der Denkschrift.

Rund 100 000 Problembetriebe, deren Einkommen am unteren Ende rangieren, sähen sich einem Verdrängungswettbewerb ausgesetzt, dem sie ohne sinnvolle Stütze und längerfristige Zukunftspespektive nicht gewachsen sind. Deutlicher als die amtliche Landwirtschaftspolitik orientiert sich die EKD an dieser Gruppe. Der Strukturwandel sollte zwar weitergehen aber sollte nicht gefördert werden. Die Kammer plädiert bei kleineren und mittleren bäuerlichen Betrieben für eine stärkere finanzielle Entlastung und auch direkte Einkommensübertragungen. Gedacht wird auch an ein Entgeld für landschafts- und waldpflegerische Maßnahmen. All dies kostet dem Staat weniger Geld als die Mitfinanzierung von Arbeitslosigkeit und die Behebung ökologischer Schäden.

Eine bäuerlich geprägte Landwirtschaft als regional unterschiedliches Mit- und Nebeneinander von landwirtschaftlichen Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben hat sich nach Ansicht der EKD als diejenige Lebensform erwiesen, die einer ganzheitlichen Betrachtung agrarpolitischer Ziele an ehesten gerecht werde. Da die vor allem ökonomisch begründete Intensivierung der Landbewirtschaftung immer sichtbarer an ökologische Grenzen stößt, sollte sie in Problemgebieten nicht weiter ausgebaut werden. „Im Zweifelsfall sollten heute ökologische Forderungen Vorrang vor ökonomischen Erwägungen haben, zumal langfristig nur das ökonomisch sinnvoll ist, was auch ökologisch verantwortet werden kann", so ein Zentralsatz der Denkschrift. Daraus leitet sich unter anderem die Begrenzung des Einsatzes von mineralischem Dünger und von chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln und pharmazeutischen Präparaten ab. Die Verbraucher würden durch umweltbewußteres Verhalten ihren Beitrag leisten müssen, nicht zuletzt durch Zahlung höherer Preise bei ökologisch unbedenklicheren Produktionsverfahren.

Eindringlich wird die Mitverantwortung für die Dritte Welt beschworen. Alle Maßnahmen von der direkten Nahrungsmittelhilfe in Katastrophenfällen bis hin zu geringeren Agrarimporten aus Entwicklungsländern müßten sich daran messen lassen, ob wirklich Hilfe zur Selbsthilfe geleistet wird und wieweit auch die ärmsten Zielgruppen miterreicht werden.

Flick: Entscheidung ist weiter offen

hey. Bonn

Beim Bonner Landgericht sind umfangreiche Erklärungen zu den Anklagen der Staatsanwaltschaft von vier der fünf in der Flick-Affäre Beschuldigten eingegangen, denen Bestechung oder Bestechlichkeit vorgeworfen wird. Dafür war ihnen eine Frist bis zum vergangenen Montag eingeräumt worden. Die zuständige Kammer des Landgerichts will jetzt prüfen, ob sie gegen sie das Hauptverfahren eröffnet. Nach WELT-Informationen ist gegenwärtig offen, wann darüber eine Entscheidung gefällt wird. Dazu wurde betont, daß auch die Staatsanwaltschaft rund zwei Jahre für ihre Anklagen benötigt hatte, die am 29. November auf einer spektakulären Pressekonferenz in Bonn vorgelegt worden waren. Zurückgewiesen wurden allerdings ausdrücklich jüngste Meldungen, nach denen die Eröffnung der Verfahren bereits bevorstehe.

DIE WELT (usps 605-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



Investitionen anpacken

Investitionen sind notwendig. Wir müssen investieren, um die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart zu lösen. Und die Zukunft zu meistem. Diese Investitionen kosten Geld. Wir geben es Ihnen. Durch Leasing. Als Investitionskredit. Oder Mietkauf. Je nachdem, welche Lösung sich für Sie am besten eignet.



GEFA
Leasing · Kredit · Factoring

GEFA, Laurentiusstr. 19/21, 5600 Wuppertal 1, Tel. (02 02) 38 21 · Berlin · Bielefeld · Düsseldorf · Frankfurt
Freiburg · Hamburg · Hannover · Karlsruhe · Kassel · Koblenz · München · Nürnberg · Regensburg
Saarbrücken · Siegen · Stuttgart · Ulm · Würzburg · Wuppertal

35 Jahre NATO: Vom Eisernen Vorhang zur Atlantischen Partnerschaft

Churchills Weitblick und Stalins Machthunger standen Pate

Von RÜDIGER MONIAC

Die Kapitulations-Urkunde über das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte vom 8. Mai 1945 war kaum ausgefertigt, als Großbritanniens Premier Winston Churchill vier Tage später in einem visionären Alarmruf dem amerikanischen Präsidenten Truman telegraphierte: „Wie wird die Lage in einem oder zwei Jahren sein, wenn die britischen und amerikanischen Streitkräfte hinweggeschmolzen sind, die französischen Truppen noch nicht in nennenswertem Umfang aufgebaut worden sind und sich die Sowjets vielleicht dazu entschließen, 200 oder 300 aktive Divisionen beizubehalten?" Und im Tone größter Besorgnis fügte der Premier hinzu: „Vor Rußland ist ein eiserner Vorhang niedergegangen. Wir wissen nicht, was dahinter vorgeht ... " Das Wort war geboren. Der „Eiserne Vorhang" wurde zum Begriff für die auf Expansion und Abriegelung des eigenen Machtbereichs gerichtete Politik der Sowjetunion.

Nach der Niederschlagung Hitler-Deutschlands zogen die USA und Großbritannien, verpflichtet auf die während des Zweiten Weltkrieges gegebenen Zusicherungen, die Streitkräfte zu demobilisieren, rasch die Masse ihrer Truppen vom europäischen Kontinent ab. Am Tage der Kapitulation betrug die Gesamtstärke der alliierten Streitkräfte in Europa etwa fünf Millionen Mann. Ein Jahr später war ihre Zahl auf nicht mehr als 880 000 Mann geschrumpft.

Moskau blieb unnachgiebig

Anders die Sowjetunion. Sie hielt ihre Armee auf Kriegsstärke. 1945 betrug sie mehr als vier Millionen Mann. Ihre Rüstungsindustrie lief auf voller Kapazität weiter. Alle westlichen Versuche, mit Stalin zu einer Verständigung zu kommen und die gerade gegründete Organisation der Vereinten Nationen zu einem wirksamen Instrument des Friedens zu machen, scheiterten an sowjetischer Unnachgiebigkeit. Sowjetische Truppen waren bis ins Herz Deutschlands vorgedrungen. Schon sehr bald wurde den westlichen Mächten klar, daß Moskau nicht willens war, vom Erreichten auch nur um einen Millimeter zurückzuweichen. Systematisch ließ Stalin Territorien im westlichen Vorfeld der Sowjetunion schon während des Krieges annektieren: Estland, Lettland und Litauen sowie Teile Finnlands, Polens, Rumäniens und der östlichen Tschechoslowakei.

Nach der Niederwerfung Deutschlands dehnte Moskau seine Macht auch auf Albanien, Bulgarien, den östlichen Teil Deutschlands, Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei aus. Auf den sowjetischen Druck auch auf Griechenland und die Türkei reagierten die USA mit der „Truman-Doktrin". Ihr Präsident erklärte am 12. März 1947 vor dem Kongreß: „Es muß die Politik der Vereinigten Staaten sein, freie Völker zu unterstützen, die sich Unterwerfungsversuchen bewaffneter Minderheiten oder dem Druck von außen widersetzen." An beide Länder ging in reichlichem Maße Wirtschaftshilfe.

Ein weiteres Programm zum Wiederaufbau Europas, am 5. Juni 1947 vom amerikanischen Außenminister George Marshall vorgeschlagen, „gegen kein Land und gegen keine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos" gerichtet, *trug ganz wesentlich zum wirtschaftlichen* Wiederaufbau der westlichen Länder Europas bei.

Den östlichen, einschließlich der Sowjetunion, wäre der „Marshall-Plan" auch zugute gekommen. Doch lehnte Stalin die Hilfe brüsk ab und zwang auch die Satellitenregierungen trotz des Interesses von Polen und der Tschechoslowakei zu der gleichen Entscheidung.

Europa sah sich gespalten. Die expansionistische Politik Moskaus zwang den freien Teil Europas zu einer Reaktion, wenn er nicht auch noch unter den sowjetischen Machteinfluß geraten wollte.

Bereits 1946 hatten Churchill und der kanadische Außenminister Louis St. Laurent ein Verteidigungsbündnis im Rahmen der Vereinten Nationen ins Auge gefaßt. Nach vielfältigen politischen Bemühungen gewannen solche Ideen schließlich Gestalt im Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948, in dem sich Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Länder zum Aufbau eines gemeinsamen Verteidigungssystems und zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bande verpflichteten.

Wenig später, im Juni 1948, begann die Sowjetunion die Blockade West-Berlins. Sie wollte den Vorposten der Freiheit im Satellitenring austrocknen. 323 Tage dauerte sie. Nur durch eine Luftbrücke der Westmächte wurde verhindert, daß Moskau sein Ziel der Abschnürung West-Berlins erreichte. Die Arroganz der Mächtigen im Kreml beschleunigte letztlich nur die westlichen Bestrebungen zum Aufbau einer Verteidigungsallianz.

Keimzelle Brüsseler Vertrag

Der Brüsseler Vertrag wurde zur Keimzelle der NATO, denn führende Politiker beiderseits des Atlantiks erkannten, daß der sowjetischen Expansionspolitik in Europa nur im Bündnis der Europäer mit der Weltmacht Amerika auf dem alten Kontinent zu begegnen ist. Die Idee der „Atlantischen Partnerschaft" nahm Gestalt an.

Kanadas Premier St. Laurent schlug schon im April 1948 kurz nach Unterzeichnung des Brüsseler Vertrages vor, auch die USA und sein Land sollten sich an einem auf gegenseitiger Hilfeleistung beruhenden militärischen Verteidigungsbündnis beteiligen. In Washington mußten die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für den Beitritt in ein Atlantisches Bündnis geschaffen werden (Vandenberg-Erklärung). Schon am 6. Juli 1948 begannen in der amerikanischen Hauptstadt die Vorbereitungen zwischen Amerikanern, Kanadiern und Vertretern aus den fünf europäischen Ländern des Brüsseler Vertrages. Ihr Bericht vom 9. September 1948 fand bei allen Regierungen Beifall.

Die Grundsätze eines Verteidigungspaktes für den nordatlantischen Raum waren schon einen Monat später beschlossen, auf ihnen baute der Text des NATO-Vertrages auf, der am 18. März 1949 veröffentlicht wurde. Zur feierlichen Unterzeichnung am 4. April 1949 kamen nach Washington die Gründungsmitglieder: neben den USA und Kanada die fünf Länder des Brüsseler Vertrages sowie Dänemark, Island, Italien, Norwegen und Portugal.

Erfahrung und Ernüchterung – eine Chronik

Von WOLFRAM von RAVEN

Die Sowjetunion, die sich bereits bis Kriegsende 500 000 Quadratkilometer fremden Bodens mit 23 Millionen Menschen einverleibt sowie weitere 1,2 Millionen Quadratkilometer Land mit 90 Millionen Bürgern anderer Völker unterworfen hatte, war mit den Eroberungen in Osteuropa offenbar noch nicht gesättigt; denn die Expansion schien sich fortzusetzen:

- in Griechenland, dessen Guerilla-Kampf nicht aufhörte, weil er aus den kommunistischen Nachbarländern genährt wurde;
- in der Türkei, die sich Forderungen auf Kars und Ardahan sowie auf Machtpositionen an den Meerengen ausgesetzt sah;
- im Iran, wo die sowjetischen Streitkräfte unter Verletzung des Teheran-Vertrages einen Stützpunkt zu halten versuchten.

Was der Gigant des Ostens in seinem Herrschaftsraum und im Griff über dessen Grenzen hinaus unternahm, löste im Westen die Alarmglocke aus. Zögernd und bemüht, zu einem brauchbaren Arrangement mit der anderen Seite zu gelangen, machten sich die Staaten und Völker der freien Welt auf den politischen Weg zur militärischen Allianz:

Am **17. März 1948** kommt das Brüsseler Bündnis zustande. Am **11. Juni 1948** nimmt der Senat der Vereinigten Staaten auf Vorschlag von Arthur H. Vandenberg eine Entschließung an, die für den Schutz freier Nationen Hilfe bei Selbsthilfe verheißt. Am **6. Juni 1948** setzen die Verhandlungen über die Bildung des Paktes ein, zu denen die Blockade Berlins zusätzlichen Anstoß gibt.

Am **4. April 1949** wird von Amerikanern, Belgiern, Briten, Dänen, Franzosen, Isländern, Italienern, Kanadiern, Luxemburger, Niederländern, Norwegern und Portugiesen der NATO-Vertrag besiegelt.

Der Korea-Krieg, der am 25. Juni 1950 beginnt und erst am 23. Juli 1953 mit dem Waffenstillstand von Panmunjon beendet wird, läßt die Bereitschaft wachsen, die Wehrgemeinschaft zur Sicherung des Europa-Friedens zu erweitern, so daß am 2. Oktober 1950 die Türkei die Einladung akzeptiert, sich an der Verteidigung des Mittelmeeres gegen einen Angriff zu beteiligen. Griechenland folgt am 5. Oktober 1950.


Dwight D. Eisenhower war der erste NATO-Chef


Bernard W. Rogers kommandiert die NATO heute FOTOS: UPI

Am **18. Februar 1952** werden die Türken und die Griechen Mitglieder des Bündnisses, womit sich die Allianz auf 14 Partner ausdehnt.

Am **27. Mai 1952** wird der Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft unterzeichnet, der im Rahmen einer gemeinsamen Streitmacht auch die Deutschen einschließt. Am **29. August 1954** scheitert jedoch die Ratifizierung dieses EVG-Vertrages in der französischen Nationalversammlung, was den deutschen NATO-Beitritt in direkter Form nötig macht.

Am **23. Oktober 1954** wird die Bundesrepublik Deutschland, gemeinsam mit Italien, in die WEU aufgenommen, die sich als europäischer Pfeiler der atlantischen Gemeinschaft begreift. Am **5. Mai 1955** reiht sich die Bundesrepublik dem Nordatlantikpakt ein, der damit nun 15 Alliierte umfaßt sowie den Raum und die Kraft Deutschlands zum Schutz Europas erwirbt. Damit ändert sich die Stellung des Westens gegenüber der Position des Ostens:

- Während die westliche Politik der Eindämmung, die dem östlichen Streben nach Ausdehnung einen Riegel vorschiebt, psychologisch auf wirksame und dauerhafte Weise gefestigt wird, entsteht für die westliche Strategie der Abschreckung, die sich gegen den östlichen Versuch der Einschüchterung wendet, gleichzeitig ein breiteres Spektrum militärischer Möglichkeiten. Dabei entwickelt sich unser Land vom Glacis zum Zentrum, da sich das Gebiet der Verteidigung gegen einen Angriff bis zum Rand des westlichen Terrains erweitert.

Aber die Steigerung der konventionellen Kampfkraft bleibt nach Zeit und Zahl hinter den Erwartungen zurück, so daß es sich empfiehlt, atomare Kampfmittel nach vorne zu schieben. Am **14. Dezember 1956** wird die politische Überlegung, europäische *Truppen mit amerikanischen Kernwaffen auszustatten*, auf der Pariser Tagung des Atlantikrats zum militärischen Programm. Vier Jahre später, am **16. Dezember 1960** wird den Europäern von den Amerikanern ein Potential von „Polaris"-Raketen in gemeinsamer Verfügungsgewalt angeboten, womit die NATO zur Atommacht werden soll.

Das Projekt einer Atomflotte des Paktes, die unter dem Titel MLF (Multilateral Force) firmiert, scheitert jedoch am Widerwillen von Paris und London wie auch an seiner eigenen Unzulänglichkeit. Nach der Konfrontation von Kuba setzt sich in Washington allmählich der Kurs zur Kooperation mit Moskau durch, wie es sich 1963 zunächst in dem Abkommen über einen heißen Draht zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml und sodann in dem Teststop-Vertrag zeigt. In einer Zeit, in der die Entspannung in den Vordergrund zu treten, die Abschreckung indes in den Hintergrund zu rücken scheint, wandelt sich die Konzeption der Allianz – was durch das Ausscheiden *Frankreichs aus der Streitkräfte-Struktur* des Bündnisses zwar nicht verursacht, aber beschleunigt wird.

Am **1. Juli 1966** entzieht Paris seine Truppen dem NATO-Befehl, während der Pakt die Verlegung seiner Hauptquartiere nach Casteau und Brunssum, seines Führungszentrums nach Brüssel plant.

Am **14. Dezember 1966** wird die Nukleare Planungsgruppe der NATO gegründet, die sich allmählich zum Organ der europäischen Mitsprache in der amerikanischen Atomstrategie entwickelt. Genau ein Jahr später beschließt der Atlantikrat den Wechsel des NATO-Dispositivs von der „massiven Vergeltung" zur „flexible response", und er verabschiedet den **Harmel-Bericht.**
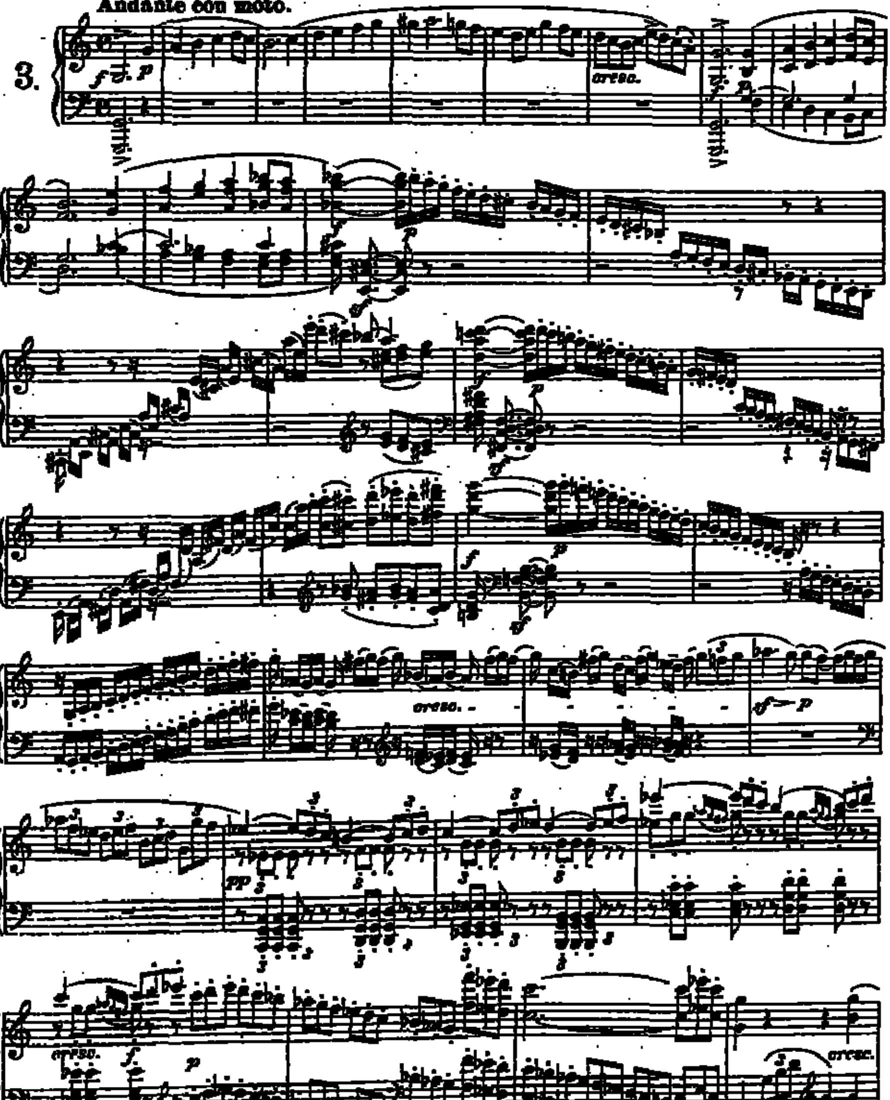
In diesem „Doppelkonzept" der Allianz, das Abschreckung und Entspannung gleichrangig nebeneinander stellt, fällt es schwer, den Notwendigkeiten der Rüstungsgestaltung Rechnung zu tragen, da sich die Öffentlichkeit allzu leicht auf die Anstrengungen zur Rüstungsbegrenzung konzentriert. Bezeichnungen wie SALT, MBFR, KSZE erzeugen Euphorien, die sich kaum dämpfen lassen, so daß der Westen zu einer schleichenden Abrüstung tendiert, während der Osten offen seine Aufrü*stung weiter betreibt.*

Am **19. Juni 1974** unternimmt der Atlantikrat dann den zaghaften Versuch, den Wirklichkeiten des west-östlichen Verhältnisses gegenüber den Wünschen wieder öffentliche Geltung zu geben. Aber erst am **11. Mai 1977** wird auf der Londoner Gipfelkonferenz ein Programm (LTDP) auf den Weg gebracht, das der östlichen Vorrüstung mit westlicher Nachrüstung begegnen soll.

Am **12. Oktober 1977** konkretisiert sich in der nuklearen Planungsgruppe das Bemühen, das Instrumentarium der westlichen Strategie soll angesichts der östlichen Drohung durch Modernisierung der Kernwaffen verbessert werden. Am **12. Dezember 1979** schließlich formuliert der Atlantikrat den „Doppelbeschluß", der den westlichen Aufbau von Mittelstreckenwaffen nur dann vorsieht, wenn der östliche Kontrahent den Abbau verweigert. Trotz enormen außenpolitischen Drucks und innenpolitischen Protests hat das Bündnis diesen Plan durchgehalten und durchgesetzt, was immerhin ein Zeichen dafür ist, daß in der Hierarchie der Erfordernisse die Abschreckung ihre Stellung wieder gewinnen kann, ohne daß die Entspannung ihre Position darum verlieren muß. Beides nicht in Konkurrenz zueinander zu betreiben, sondern in Kongruenz miteinander zu steuern, wird nach einer Phase der Ernüchterung, ja, Enttäuschung zu den wichtigsten Aufgaben der Allianz gehören.
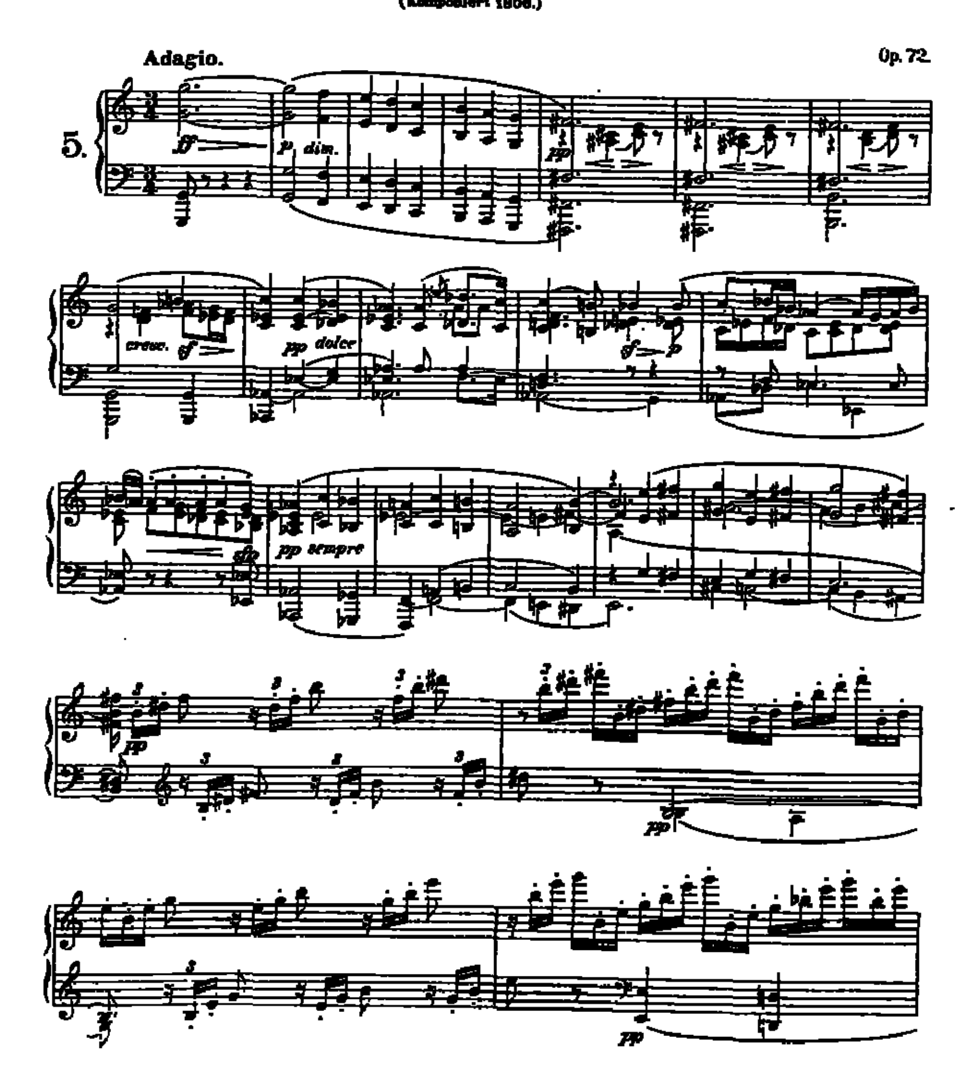
Das Denken in Alternativen ist bei uns Praxis.

Leonore.
OUVERTÜRE Nº 1.
(Komponiert 1807.)



Leonore.
OUVERTÜRE Nº 2.
(Komponiert 1805.)
Adagio. Op. 72.
4.

Leonore.
OUVERTÜRE Nº 3.
(Komponiert 1806.)



Es mag überraschen, daß Ludwig van Beethoven mehrere Versionen seiner Leonore-Ouvertüre geschrieben hat. Aber auch in der Kunst kommt es vor, daß nicht die erste Lösung die zufriedenstellendste ist. Im Geschäftsleben ist das Denken in Alternativen eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg.

Keiner unserer Kunden ist wie der andere. Für jeden finden wir eine individuelle Lösung.

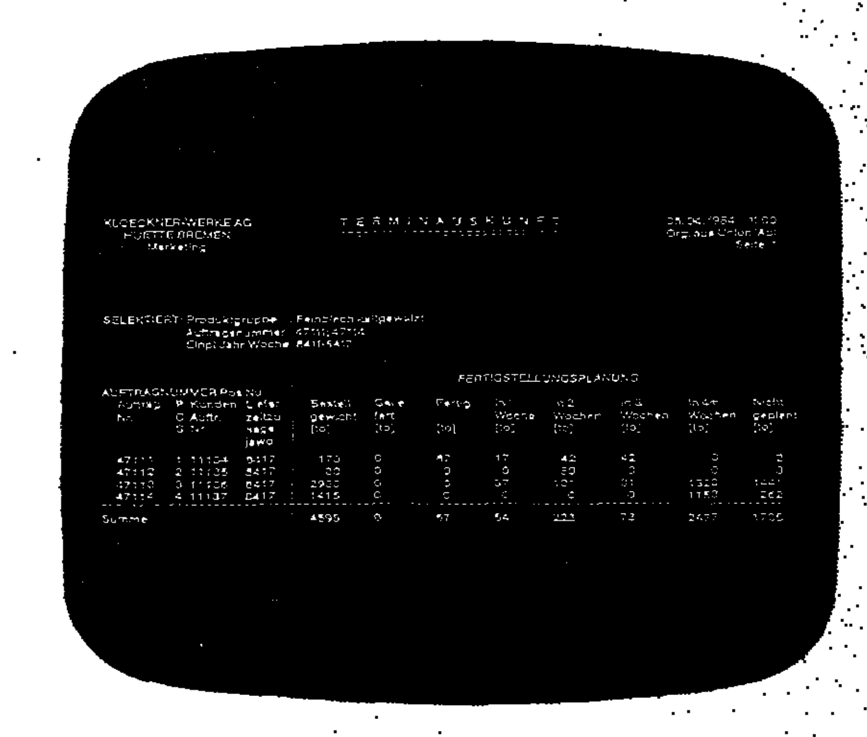
Da die naheliegendste selten auch die optimale Lösung ist, bieten wir Ihnen bei der Finanzierung von Investitionen mehr als ein vorgefertigtes Standardangebot. Wir suchen gemeinsam mit Ihnen nach verschiedenen Wegen, wie Sie Ihr Ziel erreichen können. Oft haben wir auch diesen oder jenen praxisnahen Ratschlag für Sie. Denn die vielfältigen Branchenerfahrungen unserer Kundenberater können sehr hilfreich sein. Deshalb sollten Sie mit uns so früh wie möglich sprechen. Wir finden den richtigen „Auftakt" für Ihr Geschäft.

Fordern Sie uns.

BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.

HANNOVER-MESSE 1984

KLÖCKNER macht den Fortschritt sichtbar.



z.B. "Terminauskünfte mit moderner Kommunikationstechnik" Dieser neue kundenfreundliche Service der Klöckner-Werke AG, Hütte Bremen, wird erstmals auf der Hannover-Messe einem breiten Publikum vorgestellt.



z.B. Klöckner Ferromatik Desma zeigt Spritzgießmaschinen mit neuer FM-Steuerung in zwei Varianten: FMT-Terminal mit Farbbildschirm, FMP-Eingabe-Panel. Beide Lösungen in Microprozessortechnik mit Datenspeicherung.

Außerdem informieren wir über die Bereiche:
Stahlerzeugung, Stahlverarbeitung, Maschinenbau, Spritzgieß- und Verpackungstechnik, Abfüll- und Verfahrenstechnik, Hart-PVC-Folien, Bergbautechnik, Bau-Steine-Erden.

Wir freuen uns über Ihren Besuch.



KLÖCKNER-WERKE AG
Freigelände Stahlstraße/Ecke Berliner Allee
Telefon (0511) 89951-5

Tindemans übt Selbstkritik: EG bietet deprimierendes Schauspiel

Christdemokraten legen Programm für Europawahl vor / Vereinigte Staaten als Ziel

ULRICH LÜKE, Rom

Die Christdemokraten in der EG, die in der Europäischen Volkspartei (EVP) zusammengeschlossen sind, halten „an ihrem politischen Ziel fest, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen". Der dazu notwendige nächste Schritt sei die Gründung der Europäischen Union.

Das sind zwei der Kernsätze des Programms der EVP zur zweiten Direktwahl für das Europäische Parlament, die in der Bundesrepublik am 17. Juni stattfindet. Das Wahlprogramm wird heute vom EVP-Kongreß in Rom beschlossen.

Der belgische Außenminister und EVP-Präsident Leo Tindemans nutzte den Kongreßauftakt zu einer harschen Kritik an den Mitgliedsregierungen der Gemeinschaft und zu einem Plädoyer für die Verwirklichung des Vertragsenwurfes des Europa-Parlaments zur Gründung der Europäischen Union. Dieser Vorschlag stelle „die einzig durchdachte Konzeption dar" und sei zudem „mittelfristig realisierbar".

Die „weltpolitische Verantwortung" fehlt

Bisher ist der Vertragsentwurf vor allem in den Beneluxstaaten, in Italien und in der Bundesrepublik Deutschland auf Zustimmmung gestoßen. Die Regierungschefs von vier dieser fünf Staaten werden heute vor dem EVP-Kongreß sprechen.

Tindemans bedauerte in Rom vor allem, daß die EG ihrer „weltpolitischen Verantwortung" nicht gerecht werde. Libanon, Polen, Mittel- und Südamerika, meinte Tindemans, „dort überall ist die EG gefragt aber sie hat keine Antwort". Der EVP-Präsident sprach von einem „deprimierenden Schauspiel", das die Gemeinschaft zur Zeit biete. Verantwortlich machte er dafür die Mitgliedsregierungen, die die Römischen Verträge mißachteten.

Die „Methode der Umgehung oder des Unterlaufens der Gemeinschaftsspielregeln" habe die EG „in die Sackgasse geführt". „Wir wären ein gutes Stück weiter, wenn auch nur ein Teil der Energie, die während der letzten Monate im EG-Ministerrat darauf verwandt worden ist, nationale Interessen durchzusetzen, dafür eingesetzt worden wäre, sich auf der Basis der Kommissionsvorschläge zu Entscheidungen durchzuringen", sagte Tindemans und er fügte hinzu: „Das nämlich ist die Aufgabe des EG-Ministerrates: Entscheidungen zu treffen auf der Grundlage von Vorlagen der Kommission, die das Gemeinschaftsinteresse vertritt. Und wenn im Rat über die vorgeschlagene Gemeinschaftslösung keine Einigung erzielt werden kann, dann muß eben die Mehrheitsregel gelten."

Das in fünf Kapitel gegliederte Wahlprogramm der EVP stellt neben der Forderung nach der politischen Union Europas den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in den Vordergrund. Anders als das Wahlmanifest des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der Gemeinschaft verzichtet das EVP-Programm jedoch auf spektakuläre Einzelvorschläge wie die Einführung der 35-Stunden-Woche binnen weniger Jahre oder die Durchführung staatlicher Beschäftigungsprogramme in Milliardenhöhe.

„Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der EVP", heißt es in dem Programm, „richtet sich vor allem auf den Ausbau und die Vollendung des Binnenmarktes, auf eine koordinierte Umstrukturierung der Industrie und auf die Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche und Frauen."

Dazu gehöre „die Zusammenfassung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten in einer europäischen Strategie", deren Kernelemente sein müßten: Verminderung der staatlichen Haushaltsdefizite, Stärkung der Ertragslage der Unternehmen, Verminderung der Inflationsraten.

Schwarzarbeit energischer als bisher bekämpfen

Zur Verkürzung der Arbeitszeit hält die EVP eine Vielzahl national unterschiedlicher Schritte für möglich. Nebentätigkeit und Überstunden müßten auf ein Minimum beschränkt, Schwarzarbeiten energischer als bisher bekämpft werden.

Im außenpolitischen Programmteil bekennen sich Europas Christdemokraten zu Verhandlungen mit dem Ostblock. Sie seien „das beste Mittel zur Erhaltung des Weltfriedens". Hauptziel der EVP-Politik sei dabei „eine Verringerung der Rüstung, insbesondere der Nuklearwaffen", ohne jedoch Europas Sicherheit zu gefährden. Schließlich heißt es: „Die EVP wünscht eine verbesserte Kapazität im Bereich der konventionellen Waffen und eine Verteidigungsstrategie für Europa und die ganze atlantische Allianz, die zu einer möglichst hohen Schwelle für einen eventuellen Einsatz von nuklearen Waffen führt."

Eine neue Dimension des Terrors

Nach dem Anschlag der PLO in Jerusalem Selbstmörder-Angriffe

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

„Die Verantwortlichen für dieses Attentat werden ihrer Strafe nicht entgehen", versprach Premierminister Itzhak Shamir nach dem Terroranschlag in Jerusalem am Montag, der 48 Verletzte forderte. Shamirs Aussage wird als Anzeichen gedeutet, daß ein militärischer Vergeltungsschlag gegen Terroristen-Ziele bevorsteht. Der ehemalige Chef des militärischen Nachrichtendienstes, General Jesja Saguy, sagte noch am Abend in einem Interview, alle Anzeichen wiesen darauf hin, daß die Angreifer aus Libanon gekommen waren. Das steht im Einklang mit Nachrichten aus libanesischen Quellen, die am Dienstag auch über israelische Truppenverschiebungen in Libanon berichteten.

Eli Cohen – Held des Tages

Die israelischen Militärbehörden haben auch die Übergänge zwischen Nord- und Mittellibanon einerseits und dem israelisch besetzten Südlibanon andererseits unter schärfere Kontrolle gestellt. Sie können jedoch die Übergänge nicht absperren, denn ein zunehmender Teil der israelischen Exporte geht heute nach Libanon – und von dort in andere arabische Länder.

Die öffentliche Reaktion auf das Jerusalemer Blutbad steht auch unter dem Eindruck, daß Zivilisten mindestens ebensoviel – wenn nicht mehr – dazu beigetragen haben, daß die Zahl der Opfer nicht noch höher liegt. Der Held des Tages ist der 29jährige Versicherungsagent (und Hauptmann d. R. im Fallschirmjägerkorps) Eli Cohen. Als er aus seinem Bürofenster im King George Boulevard einen der Terroristen beim Schießen erblickte, nahm er die Pistole, die er mit amtlichem Waffenschein besitzt, aus seiner Aktentasche, lief auf die Straße und eröffnete das Feuer auf den Terroristen. Er verfolgte ihn, bis dieser tödlich getroffen zusammenbrach. Eli Cohen wurde von einem Granatsplitter in der Hüftgegend getroffen. Auch andere Zivilisten mit behördlich genehmigten Handfeuerwaffen beteiligten sich an der Abwehr der drei Angreifer. Die Militärbehörden bekannten, daß dies vermutlich die Pläne der Attentäter durchkreuzt und sie zu voreiliger Flucht veranlaßt hat.

Der Jerusalemer Polizeipräsident lobte den freiwilligen Einsatz der Zivilisten als „Heldentum". Die liberale Abendzeitung „Ma'Ariv" schloß sich der allgemeinen Genugtuung darüber an, wies aber auf eine Gefahr hin, die sich aus dem Kampfeinsatz waffentragender Zivilisten ergibt: „Jeder falsche Alarm kann voreilige Waffenträger zum Schießen auf Unschuldige verleiten ... Einzelne, die nichts voneinander wissen, können auch aufeinander schießen. Es gibt mehrere Tausend von solchen Waffenscheinbesitzern im Land ... Ihrer sollte sich die Bürgerwehr annehmen und sie im Umgang mit Waffen ausbilden."

Mehrere Zeitungen berufen sich auf die vom Innen- und Polizeiminister Josef Burg hervorgehobene Tatsache, daß es sich hier um „eine neue Dimension des Terrors" handelt – um Selbstmörder-Angriffe. Die Attentäter waren bereit zu sterben, sie wollten nur recht viele Israelis mit in den Tod ziehen.

Neue Terrorwelle

Die Oppositionszeitung „Davar" betont, der Anschlag zeige, daß „die Zerstörung der PLO-Infrastruktur", die die Regierung als Grund für den Libanonkrieg angegeben hatte, irrelevant sei. Für Selbstmordangriffe brauche man keine Infrastruktur. „In den letzten Wochen sind wir Zeugen einer neuen Terrorwelle. Sie droht, uns in die Epoche der spektakulären Mordanschläge zurückzuversetzen."

Die liberale Tageszeitung „Ha'Aretz" faßt zusammen: „Der anti-israelische Terror geht weiter. Wir müssen bereit sein, uns zu wehren und dabei auch die Initiative zu ergreifen." (SAD)

Polnische Offiziere für freie Wahlen. Aus dem „Offenen Brief an das Volk"

DW. Bonn/Warschau

Das polnische Militärregime unter General Jaruzelski stößt auch bei Offizieren der Streitkräfte auf entschiedenen Widerstand. Im Herbst 1983 hat eine Gruppe von Offizieren die Warschauer Führung des Verrats im Namen einer „ausländischen Diktatur" beschuldigt und freie Wahlen verlangt (WELT vom 24.10.83). Der Wortlaut dieses Aufrufs ist jetzt in den Westen gelangt. Er wird von der Zeitschrift „Kontinent" in ihrer jüngsten Ausgabe veröffentlicht.

Der Brief wurde zum 40.Jahrestag der Gründung der polnischen „Volksarmee" verfaßt und beginnt mit einer selbstkritischen Bestandsaufnahme, in der es heißt:

„Trotz offenkundiger Fehler beim Regieren des Landes und sogar grauenhafter Verbrechen, die der Stalinismus mit sich brachte, blieben wir der Idee des Sozialismus treu ..." „Mit innerem Schmerz und Zerrissenheit, aber gleichwohl entschieden sind wir gegen die demonstrierenden Arbeiter in Posen 1956, an der Küste 1970 ebenso wie in anderen Fällen vorgegangen, als es galt, die führende Rolle der Partei zu verteidigen.

Am 13. Dezember 1981 – der tatsächlichen Ursachen des Verfalls unserer Wirtschaft und Moral sowie der unzulänglichen Regierungsfähigkeit in unserem Lande nicht voll gewärtig – sind wir gegen die Versuche einer wirklichen Erneuerung angetreten. Vom Rest der Gesellschaft isoliert, sahen wir in der Tätigkeit der unabhängigen und selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarnosc", des Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung „KOR", der Konföderation für ein unabhängiges Polen (KPN) und anderen gesellschaftlichen Bewegungen die alleinige Quelle unseres nationalen Unglücks, das unser Vaterland peinigt. Wir glaubten unseren Vorgesetzten im Militärrat zur nationalen Errettung (WRON), daß Polen nur durch die Unterwerfung des Volkes dem Kriegsrecht, durch die Ausschaltung jeglicher Opposition und Erhaltung der führenden Rolle

POLEN

der Partei in der Machtausübung gerettet werden könne ..." „Die Zeit hat jedoch bewiesen, daß eine kleine, monopolistisch herrschende gesellschaftliche Gruppe in der Scheu vor Verantwortung nicht imstande war, sich aus dem Morast des Mißbrauchs, Dummheit und Böswilligkeit in der Führung des Landes zu befreien ..." „Das Volk wurde erneut gezwungen, gemäß den bankrotten Regeln der Sowjetunion zu leben und zu arbeiten ..."

„Anstatt das Vaterland vor einem äußeren Feind zu schützen, wurde die polnische Volksarmee zum Gendarmen und Unterdrücker des eigenen Volkes, dessen Hoffnungen in brutaler Weise zunichte gemacht wurden. Die von unserer Regierung eingegangenen Verpflichtungen und Bündnisse verneinen wir nicht, wir halten jedoch eine Unterordnung unter die Idee der Welteroberung im Namen der Großmachtpolitik der Sowjetunion nicht für ein nationales Anliegen."

Weiterhin beschuldigen die Offiziere einen Teil der Führung des Verteidigungsministerium, „vor dem Parlament und vor dem Volk die tatsächlichen Kosten, welche unter dem Vorwand der Nachrüstung unserer Armee in globale militärische Abenteuer im Namen der sogenannten „internationalistischen Hilfe" fließen, verheimlicht zu haben", während gleichzeitig das polnische Verteidigungssystem in technischer und qualitativer Hinsicht grob vernachlässigt würde.

Der Mißbrauch der „allgemeinen Wehrpflicht zur Verunglimpfung aller fortschrittlichen Geistesströmungen ebenso wie der Religion" wird von den Unterzeichnern des offenen Briefes ebenfalls angeprangert, die angesichts solcher Tatsachen feststellen, daß die Armee erst gegenüber einer vom polnischen Volk frei gewählten Regierung sinnvoll ihren Dienst erfüllen könne.

„Möge dieser Brief all jenen eine Warnung sein", – heißt es zum Schluß – „die mit ihrer Habgier, ihrem Egoismus, ihrer Niedertracht, mit schierer Dummheit und serviler Unterordnung unter ein fremdes Diktat unser Vaterland ruiniert haben und jetzt, verborgen unter dem Mäntelchen der Streitkräfte, auf Straffreiheit hoffen."

Moskau kann Partnern nicht mehr Öl liefern

rtr/DW. Budapest/Moskau

Die Sowjetunion ist nach Angaben ihres Planungschefs Nikolai Baibakow vorerst nicht in der Lage, ihre Ölexporte an die Partnerländer im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu erhöhen. Im ungarischen Fernsehen erklärte Baibakow, die Sowjetunion plane zwar, die Ölproduktion zu vergrößern. Dazu müsse aber die Förderung in die nördlichen Regionen des Landes verlegt werden, was ernsthafte Probleme schaffe.

Baibakow sagte: „Wir werden die Produktion erhöhen, aber in einem langsameren Tempo und zu höheren Kosten. Auf dieser Basis kann man nicht annehmen, daß die sowjetischen Öllieferungen steigen werden." Der Planungschef kündigte an, zur Versorgung Osteuropas werde eine neue Erdgasleitung von 4700 Kilometern Länge gebaut.

Gegenwärtig liefert die Sowjetunion ihren RGW-Partnern täglich rund 1,8 Millionen Barrel (ein Barrel sind 159 Liter) Erdöl. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin vertritt die Auffassung, daß die Exporte der Sowjetunion an die Ostblockländer 1982 um zehn Prozent verringert wurden. Dies übe auf die Länder Osteuropas den Zwang aus, verstärkt Energie einzusparen. Insgesamt lag das Fördervolumen in der UdSSR 1983 zwischen 12,4 und 12,6 Millionen Barrel pro Tag. Westliche Experten erwarten nicht, daß die Sowjetunion und der Ostblock ihre Industrie rasch genug von Öl auf andere Energiequellen umstellen können.

Konservative Kritik an EG-Politik

fu. London

Die britische Regierung unter Premierministerin Thatcher sieht sich mit wachsender Kritik aus eigenen konservativen Reihenan ihrer Europa-Politik konfrontiert. So kam es im Unterhaus zu scharfen Attakken von konservativen Hinterbänklern gegen den von London mitgetragenen Agrar-Kompromiß vom vergangenen Wochenende über eine deutliche Reduzierung der Milchproduktion.

Nach Ansicht etlicher konservativer Abgeordneter aus ländlichen Wahlkreisen werden die britischen Landwirte vom Brüsseler Milch-Abkommen, das eine Kürzung der EG-Milchproduktion vorsieht, deutlich stärker benachteiligt als die in anderen Mitgliedsländern.

Wie es aussieht, erhält die Gruppe der konservativen Abgeordneten, die mehr oder weniger offen Londons Mitgliedschaft kritisieren, zur Zeit wachsende Sympathien. Dies engt den eurpa-politischen Spielraum von Regierungschefin Thatcher noch stärker ein.

Union weist Kritik Engelhards zurück

STEFAN HEYDECK, Bonn

In scharfer Form hat die Union kritische Äußerungen von Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) zur Novellierung des Datenschutzgesetzes, bei der Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) die Federführung hat, zurückgewiesen. Der parlamentarische Staatssekretär im Bonner Innenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), warf Engelhard gestern vor, „persönliche Angriffe" gegen Zimmermann gestartet zu haben. Er beschuldigte den FDP-Minister, mit einem „Querschuß" die Bemühungen des CSU-Ressortchefs „torpediert" zu haben, in enger Abstimmung mit dem Justizministerium und den Koalitionsfraktionen einen neuen Gesetzesentwurf für den Datenschutz zu erarbeiten. Engelhard solle „wieder auf den Weg der Kooperation zurückfinden".

Kritisch äußerte sich auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner (CDU): Engelhard könne es „unter Umständen entgangen sein", daß dessen Forderung nach weitreichenden Verbesserung beim Datenschutz bereits entsprochen sei. Es seien bereits umfassende Vorarbeiten eingeleitet, „die in besonderem Maße auf die tatkräftige Initiative" von Zimmermann zurückzuführen sei.

Engelhard hatte die Spannungen mit der Erklärung ausgelöst, er werde nur marginale Korrekturen beim Datenschutz nicht hinnehmen.

Neue Arbeitsplätze für Berlin

dpa, Berlin

Der Computerhersteller Nixdorf (Paderborn) will auf dem ehemaligen AEG-Gelände in Berlin in den nächsten Jahren nach Angaben von Senatssprecher Winfried Fest rund 6 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Anfang August will Nixdorf mit den Bauarbeiten beginnen. Die erste Baustufe ist in drei Jahren fertig.

Die Nixdorf Computer AG beschäftigt in Berlin gegenwärtige rund 1200 Mitarbeiter. In die Erweiterung ihrer Anlagen beabsichtigt sie, so Fest, „erheblich mehr als 100 Millionen Mark" zu investieren.


HERR SALBEI

Holen Sie sich einen, mit dem alle können


FRAU WEST


HERR KIRN


FRAU WEDEKIND


FRAU SILBER

FRAU SINK

Der Buchhalter die Buchhaltung. Der Planer die Planung. Der Businessman die Business-Grafik. Die Schreibdame das Schreiben. Der *Außendienst den Außendienstservice.*

Schon bei unserem Professional-Computer können Sie erfahren, was integrierte Bürokommunikation bei Wang heißt. Mit ihm allein lösen Sie Aufgaben, die Sie bis heute nur mit größeren Systemen bewältigen konnten: Multiplan, Datenbank, Telekommunikation, Business-Grafik, Text- und Datenverarbeitung. Sie können ihn an Großrechner anschließen, die nicht Wang heißen, vor allem aber an alle Wang-Systeme. Holen Sie sich also gleich einen, mit dem alle können. Ganz gleich, an welchem Platz sie sitzen.

Wie immer Sie Ihr Büro auch organisieren wollen, Sie sollten mit uns reden. Für jeden Arbeitsplatz, für jede Abteilung, für das ganze Unternehmen erarbeiten wir Ihnen maßgeschneiderte Lösungen. Alle Computer-Systeme von Wang arbeiten reibungslos miteinander. Und mit fast allen anderen Systemen. In Text und Daten. Intern und extern. Eins paßt zum anderen. Alles ist nahtlos zu verbinden. Und auch in Zukunft werden Sie jedes Wang-System an Ihr System anschließen können. Und anders als bei anderen wird auch die Software immer voll integrierbar sein. Von Anfang an haben wir uns nur mit integrierter Bürokommunikation beschäftigt. Weltweit. So haben wir auch eine Systemberatung und einen Service aufgebaut, der Ihnen immer die richtige Lösung bietet.

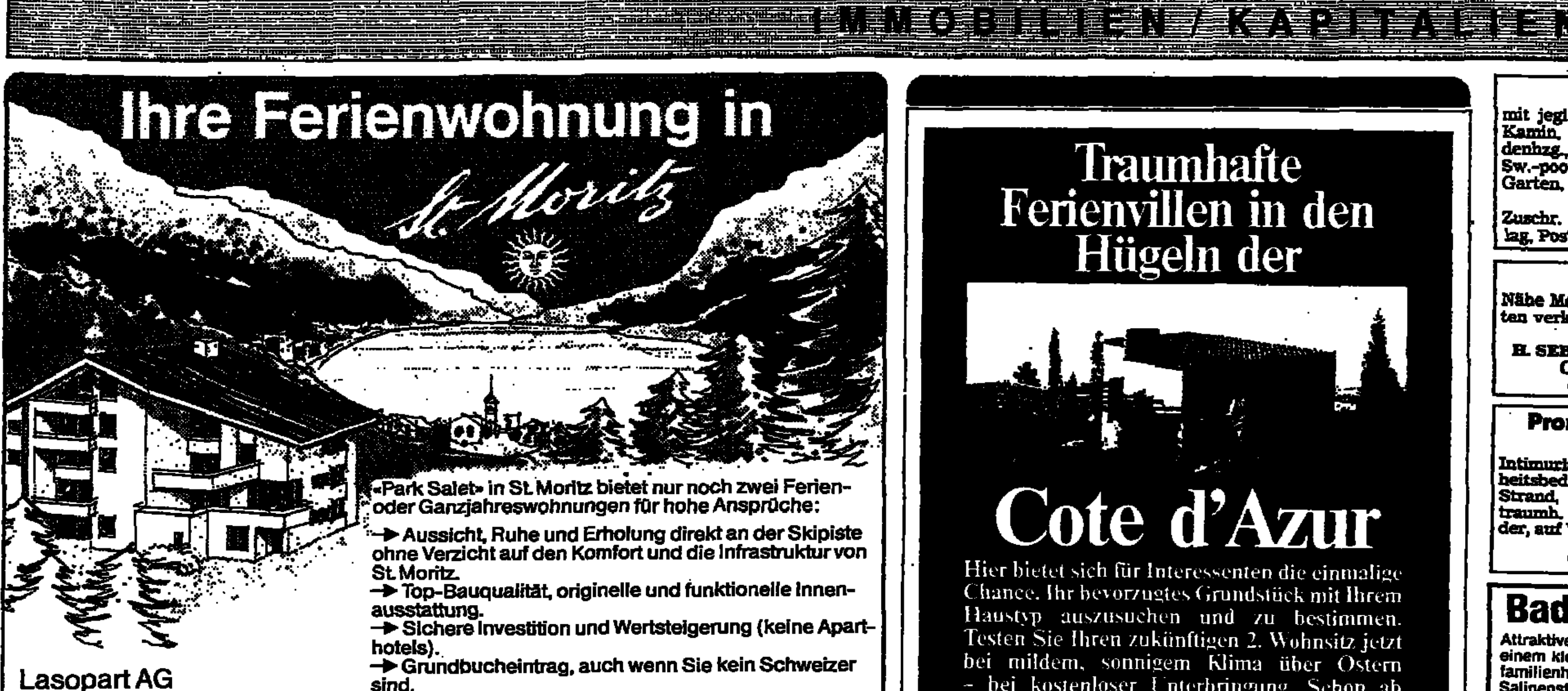


The Office Automation Computer People.

WANG DEUTSCHLAND GMBH, LYONER STR. 26, D-6000 FRANKFURT/MAIN 71, TEL.: 0611-66750. WANG AG, TALACKER STR. 7, CH-8152 GLATTBRUGG, SCHWEIZ. WANG GESELLSCHAFT M.B.H., LINKE WIENZEILE 234, A-1150 WIEN, ÖSTERREICH.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Ihre Ferienwohnung in St. Moritz



«Park Salet» in St. Moritz bietet nur noch zwei Ferien- oder Ganzjahreswohnungen für hohe Ansprüche:

→ Aussicht, Ruhe und Erholung direkt an der Skipiste ohne Verzicht auf den Komfort und die Infrastruktur von St. Moritz.
→ Top-Bauqualität, originelle und funktionelle Innenausstattung.
→ Sichere Investition und Wertsteigerung (keine Aparthotels).
→ Grundbucheintrag, auch wenn Sie kein Schweizer sind.
→ 3½ und 4½ Zi Dachwohnungen mit Gallerie.

Überzeugen Sie sich selbst:
Rufen Sie uns in St. Moritz an und besichtigen Sie eine Musterwohnung.
Tel.: St. Moritz 082-3 24 05 oder in Zürich 01-202 81 05.

Lasopart AG
Baumanagement
Freigutstr. 4, Postfach 338
8027 Zürich
Telefon 01-202 81 05

Traumhafte Ferienvillen in den Hügeln der



Cote d'Azur

Hier bietet sich für Interessenten die einmalige Chance. Ihr bevorzugtes Grundstück mit Ihrem Haustyp auszusuchen und zu bestimmen. Testen Sie Ihren zukünftigen 2. Wohnsitz jetzt bei mildem, sonnigem Klima über Ostern – bei kostenloser Unterbringung. Schon ab DM 232.000,– freistehende Villen auf 500 m² herrl. Grundstücken. Fordern Sie Unterlagen und Bilder an. Vereinbaren Sie Ihren Besichtigungstermin.

COUPON
☐ Ich bin an einer Besichtigung über Ostern interessiert.
☐ Senden Sie mir das Informationsmaterial über Cote d'Azur.

Hildenbrandt
Immobilien · Gutenbergstr. 4 · 7000 Stuttgart 1
☎ 07 11/62 70 91

Landhaus
mit jegl. Komfort. Wohnber. mit Kamin, Kachelofen, Fußbodenhzg., vollst. eingerichtet, beh. Sw.-pool, Doppelgar., gr. Terr., Garten, Einl.-Whg., Nähe Köln u. Bonn.
Zuschr. u. E 5527 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

SCHWEIZ
Nähe Montreux u. Top-Skigebieten verk wir: 3-Zi.-Appts. ab Fr. 138 650,-.
H. SEBOLD-SA, Tour-Grise 6
CH-1007 Lausanne
(00 41 21) 25 26 11

Prominentenurlaub Ibiza
Intimurlaub u. optim. Sicherheitsbed. in Luxusvilla, 300 m Strand, Telefon, Swimmingp., traumh. Anlage, 3 Schlafzi., 3 Bäder, auf Wunsch Köchin, DM 350,- p. T.
Tel. 0 68 49 / 4 10

Bad Kissingen
Attraktive Eigentumswohnungen in einem kleinen neu erbauten Mehrfamilienhaus in Bestlage zwischen Salinenstr. und Salinenpromenade. Idealer Altersruhesitz: Wohnungen von 70 bis 83 m². Unterlagen von: Fa. BFT/Abt. Immobilien, Ludwigstr. 1 b, 8700 Würzburg, Tel. 0931-55577

NELDEL
DIE GUTE IMMOBILIE
Neldel GmbH & Co. KG · Wohnungsbauunternehmen
Rühmkorffstr. 1 · 3000 Hannover · 05 11/3 90 20

Göttingen Studenten-Appartements

Investieren Sie im Zentrum des neuen Göttinger Universitätsviertels, Ginsterweg.

Möblierte 1- und 2-Zimmer-Wohnungen von 16 m²-52 m² mit Dusche, Bad, integriertem Küchenblock und teilweise Balkon. Z. B.: 1-Zi-Whg. 18,09 m² mit Balkon, DM 67.837,–. 3-geschossige Bauweise.

Vermietungssicherheit. Fertigstellung zum Herbst 1984.

Top-Kapitalanlage mit Mehrwertsteuererstattung.
Auch für Eigennutzer geeignet!

Kaufphase	
Kaufpreis	DM 67.837,–
Finanzierung	
5,75 % Zins, 90 % Auszahlung, keine Tilgung, 4 Jahre fest	
Fremdmittel	60.263,–
Steuererstattung	
1) aus Werbungskosten bei 56% Steuerprogression	DM 7.007,–
2) MwSt-Erstattung	DM 8.331,–
Steuererstattung gesamt	DM 15.338,–
Effektives Eigengeld	DM 2.071,–

Hier sind Notarkosten, Bauzeitzinsen und Grunderwerbsteuer berücksichtigt.

Mietphase	
Ausgaben AfA und Jahreszinsen	DM 6.067,–
– Mieteinnahme	DM 2.075,–
Verlust aus Vermietung und Verpachtung	DM 3.992,–
Steuererstattung bei 56% Progression	DM 2.235,–
Wirtschaftliches Ergebnis	
Zinsen und Instandhaltungsrücklage	DM 3.501,–
·/· Mieteinnahme	DM 2.075,–
Unterdeckung	DM 1.426,–
Steuererstattung	DM 2.235,–
Überschuß jährlich für die Zeit der Zinsfestschreibung	DM 809,–

Schimmelpfeng Informations-broker NEU!

Ihr Zugriff zu über 1000 Datenbanken und Archiven in aller Welt. Wir beschaffen Ihnen kurzfristig den aktuellen Wissensstand zu beinahe jedem Fachgebiet. Für neue Techniken, Vorstoß in neue Märkte, wissenschaftliche Probleme.

Geben Sie Ihre Informationsbeschaffung außer Haus!

☐ Ich bitte um weiteres Informationsmaterial
☐ Bitte rufen Sie mich an

Name

Firma Adresse

Telefon Datum

Schimmelpfeng GmbH
Abt. Informationsbroker · Postfach 16720
6000 Frankfurt/M. 1 · Tel. 0611/2685-1

Alle Informationen aus einer Hand

15% Festzins p. a.
für 2 stille Gesellschaftereinlagen à 60 000,– DM ab Mai 84, Dienstleistungsunternehmen, abgesichert, Notarabwicklung. Zuschr. unt. R 5536 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Costa Blanca



Denia: Villa in Meeresnähe, 4 Schlafzi., 3 Bäder, Wohn- u. Kaminzi., viele Nebenräume etc. Elegant möbliert, Preis VB.
Javea: Apartment in Strandnähe, 71 400,–.
Guadamar: Luxuswohnung, 3 Schlafzi., Pts. 5 950 000.
Torrevieja: Doppelhaus inkl. Grundst. 58 990,–.
AGENTURA-Immobilie, Gümpel, Markt 6, 495 Minden, Tel. 05 71 / 2 60 81

Werden Sie Wohnungsbesitzer in den Schweizer Bergen mit nur sfr 7500,- und sfr 233,- monatlich
GRATISA 1631 Gruyeres Moléson Telex 940 046 ch mol
Tel. 00 41 2 96 15 78 Herrn Briguet – 00 41 21 56 50 62 (abends)

In der Traumlage
Wiesbaden-Neroberg, Kapellenstraße 54
sind die letzten
4 Eigentumswohnungen zu verkaufen.
In einer modernisierten, stilvollen Altbau-Villa (ges. 5 WE) mit luxuriöser Ausstattung sind sofort bezugsfertig:
1) 3 ZKB, 105 m², inkl. Garage DM 460 000,–
2) 3 ZKB mit ELW, 143 m², inkl. Pkw-Abstellplatz DM 587 000,–
3) 2 ZKB, 66 m², DM 287 000,–
4) 4 ZKB, 122 m², inkl. Garage DM 580 000,–
Besichtigung: donnerstags v. 16–18 Uhr, samstags v. 16–18 Uhr, sonntags v. 10–12 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung. Verkauf ohne Maklergebühren durch Rudi Gräf, 6556 Wöllstein, Telefon 0 67 03 / 6 07

Besitzer-Gesellschaft eines landwirtschaftlichen Betriebs für Viehzucht und Getreideanbau von 5400 Hektar in Venezuela
VERKAUFT
AKTIENANTEILE zu 12 000 US-DOLLARS – AN DIREKT INTERESSIERTE
- Garantierte Rendite
- Starke Aufwertung des Kapitals in kurzer Frist
- Direkter Vertrag mit der Regierung für den Verkauf der Produkte
- Steuererleichterungen
- Möglichkeit, die erworbenen Wertpapiere jederzeit unter Berücksichtigung der entsprechenden Aufwertung weiterzuverkaufen.

Für Informationen wenden Sie sich an:
Vid SA – Via Maggio 23, CH-6906 Lugano, Tel. 0 91 / 52 42 81, Telex 843 175 imlu-ch.

Hausverwaltung Hansen Immob., 1 Berlin 19, Spandauer Damm 119, bietet an: Cuxhaven/Bremerhaven, Walmdachbungalow, krankheitshalber weit unter Verkehrswert für höchste Ansprüche nur DM 310 000,-.

Hotelbetriebs-GmbH
eines 1981 errichteten 100-Betten-Hotelkomplexes mit Konferenzräumen in attraktiver Lage eines Oberbayer. Kurortes zu verkaufen. Anfr. werden vertraul. behandelt.
Zuschr. u. V 5540 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Grundstück
in bevorzugter Lage von Mülheim a. d. Ruhr, für ein Mehrfamilienhaus mit ca. 1830 m² Wohnfläche zu verkaufen. Bebauungsplan ist vorhanden. Zuschr. unt. D 5526 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Gewerbl. Renditeobjekt
Grundstück 1700 m², bebaute Fläche 900 m², umb. Raum 1250 m², feste Mieverträge für 15 Jahre, p. a. DM 78 000,- + MwSt., bei Bedarf freiwerdend, im Raum Wuppertal zu verkaufen.
Zuschr. u. N 5534 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

City Center
Bad Oeynhausen, Herforder Str. 78
in bester Zentrumslage sind zu vermieten
1 gemütliche Weinstube (auch als Restaurant)
1 Ladenlokal von 122 m² (auch teilbar)
geeignet für Kinderladen, Spielwaren, Video-Center, Kunstgewerbe, Friseur, Ausstellungsräume u.a.m.
Parkplätze am Hause – Keine Vermittlungsprovision!
Büro: Große Heide 31 · 4970 Bad Oeynhausen 2
Tel.: 05731/ 51103 (auch am Wochenende).

Super-Supermarkt!
Eine Kapitalanlage, wie es sie nur selten gibt: Gewerbegrundstück mit Supermarkt, vermietet an namhafte Einzelhandelskette bis 1995, Mieteinnahme z. Z. 180 000,- (indexiert), KP nur DM 2 325 000,-, d. h. Rendite 7,5 % zzgl. 5 % Afa.
Thomeczek Immobilien GmbH
Berliner Allee 46
4000 Düsseldorf 1
Tel. 02 11 / 13 21 85

Hannover-Stadtmitte
Bekanntes u. gut gef. Eros-Center m. Gaststätte, Netto-ME p. a. 225 000,-, VP nur 1,5 Mio.
Zig-Immobilien GmbH
Tel. 05 11 / 61 09 74 (VIM)

LAND- U. FORSTOBJEKT
12,5 ha, zwischen Iserlohn/Altena, erneuerungsbedürftig. Gebäude, rd. 7 ha Wald, 5 ha Land, Talhang-Alleinlage, Kaufpreis. DM 500 000. Näheres Landgüter-Vermittlung F. SEVERIN, Lippstädt. Str. 3, 4840 Wiedenbrück, Tel. 0 52 42 / 53 28.

Ladenlokale
in sehr guten Lagen Duisburg, Oberhausen, Dortmund und Hamm – maklerfrei – sofort zu vermieten.
Tel.: 0 21 36 / 3 42 89 od. 3 68 84

Liegenschaften
in 4300 Essen zu verkaufen. Zus. ca. 4150 m², Dreistraßenanschl., ca. 500 m zum Hauptbahnhof u. z. Stadtzentr., voll erschl.; optimal geeign. f. Verwaltungsgeb., Hotel, Schule evtl. auch umweltfreundl. Fertigungsbetrieb etc. Auch Teilverwertung mögl.
Zuschr. u. X 5542 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Von Privat zu verk.
Gewerbe- u. Wohnobjekt im Raum Düsseldorf/Essen, mit Bahnanschluß, verkehrsgünstig gel., Nähe Autobahn u. Flughafen Düsseldorf. Gesamtfl. ca. 7000 m², Wfl. ca. 760 m², Bürofl. ca. 900 m², Hallenfl. ca. 2650 m², Überdachung ca. 1500 m², alles vermietet. Preisvorstellung 6,5 Mio.
Zuschr. u. U 5539 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

city büros hamburg
Repräsentanzen mit Telefon- u. Postservice, Telex, Telefax, Schreibbüro
Kompl. möblierte Büros mit Empfang / Sekretariat für Kurz- und Langzeit-Mieter
Schulungs- und Konferenzräume
City Büros Hamburg GmbH, Spaldingstr. 1, 2000 Hamburg 1,
Tel. 0 40-23 11 75, Tx. 2 174 311 Koop

Hannover-Zentrum
lukrat. Vergnügungscenter m. div. Nutzung (Bierbar, Kinobar, Parkhs., Zi.-Vermietung), gut eingef., beste Lage, äußerst interess. f. Anleger, DM 350 000,- Nettorendite p. a., VP 3,5 Mio.
Zig-Immobilien GmbH
Tel. 05 11 / 61 09 74 (VIM)

Ibiza
dir. am Strand, Terr.-Haus, 4 Pers., 2 Bäder, ab sof., Preis 75,- bis 150,- DM p. T.
Tel. 0 68 49 / 4 10

Herrliches Jagdgebiet
6½ Mio. m², Malaga/Spanien, RP DM 320 000,-.
Zuschr. erb. u. P 5335 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

IFFEZHEIM
Das aufstrebende „Renndorf" von Baden-Baden. Der Schwarzwald, das badische Rebland und das Elsaß liegen vor „Ihrer Tür".
Hier bieten wir Ihnen in solider Bauausführung
Einfamilien-Reihenhäuser
ca. 130 qm Wohnfläche + ca. 55 qm Nutzfläche.
Festpreis einschl. Garage ab **DM 328 500,–**
Fordern Sie unsere Unterlagen an oder vereinbaren Sie mit uns einen Besichtigungstermin.
Wir bauen – Sie wohnen
AROB GMBH + CO. AREAL + OBJEKT KG
7570 Baden-Baden
Balzenbergstraße 63 · Tel. 07221/62078

Für Anzeigen von
Gewerblichen Maklern und Wohnungsvermittlern
gebräuchliche Abkürzungen

Hsm.	Hausmakler
Mkl.	Makler
RDM	Ring Deutscher Makler
VDM	Verband Deutscher Makler
VHH	Verein. Hambg. Hausmakler von 1897 e. V.

Wir suchen Partner für
Industriedarlehensfonds über 1.000.000,– DM
Garantie 15% p. a. – Teilsumme mind. 50.000,– DM
Rückzahlungsgarantie durch Grundbucheintragung
Anwaltliche Betreuung – Auskunft durch:
W+L Immobilienverwaltung GmbH
Kaiser-Friedrich-Ring 61
6200 Wiesbaden. Tel.: 0 61 21/81 29 46

Investieren Sie in ein Paradies



Cap Monastir. Tunesien. nur zweieinhalb Stunden Flug entfernt.

Ein brandneues Projekt von allerhöchstem Rang. Exclusive Wohnanlage im maurischen Stil mit 251 Luxusappartements an einer Marina mit über 300 Bootsliegeplätzen. Einkaufszentrum und Sportanlagen.(*)

Attraktive Finanzierungsmodelle und Vermietung über eigene Verwaltung.

Lassen Sie sich dieses einmalig günstige Investitionsangebot nicht entgehen und fordern Sie noch heute mit dem untenstehenden Coupon die komplette Dokumentation von:

Wolf D. Ernt.
Abt. Ferienimmobilien
Cronstettenstrasse 6a
6000 Frankfurt 1.
Telefon 0611-15082 50

(*) Animation unter Assistenz des Club Méditerranée

Wöchentlich Besichtigungsflüge mit Lufthansa.

CAP MONASTIR

Coupon
Bitte senden Sie sofort und unverbindlich Ihre Dokumentation "Investieren in ein Paradies" an:
Name
Straße, Hausnummer
PLZ / Stadt
Telefon
Beruf WM 46

Ostsee/Harrislee
Baureife Grundstücke an der Flensburger Förde – einmalige Strandlage – voll erschlossen für Wohn- und Reihenhausbauten, 2898 m², Kaufpreis DM 475 000,- und 4033 m² mit unverbaubarem Blick für DM 1,15 Mio.
Verwaltungsgesellschaft Katharinenhof mbH
Große Bergstraße 174
2000 Hamburg 50
Tel.: 0 40 / 38 43 86–88

Hochsauerland
Willingen u. Willingen-Schwalefeld, Kneippheilbad u. Wintersportplatz (600 B., 843 m), Nähe Diemelsee, Komf.-ETW von 49,55 bis 80 m², DM 126 000,–, DM 129 000,– bis DM 189 000,–, 2½ Zi. u. 3½ Zi., Südhangl.
Inform. u. Berat. Bauträger H. Olschewski, T. 0 56 32 / 52 14

Kapitalanlage Mehrfam.-Haus
Bremerhaven, 8 WE, voll saniert, Wfl. 505 m², ME 41 550,– p. a., zentrale Lage, DM 490 000,–
Heinz G. Luehrs Immob.
BGM.-Martin-Donandt-Pl. 26
2850 Bremerhaven
Tel. 04 71 / 41 30 66 od. 2 23 16

Ingrid Vahle ab 15% p. a. Vermögensberatung
Zuschriften unter S 9214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Hausverwaltung Hansen Immob., 1 Berlin 19, Spandauer Damm 119, T. 030/3 02 45 17 sucht für Berliner Interessenten bebaute u. unbebaute Grundstücke/Existenzen.

Hamburg, City-Nord
ca. 4500 m²
moderne Bürofläche (Großräume) auf einer Etage, auch Teilflächen von ca. 1000 m² vermietbar, vollklimatisiert, auf Wunsch möbliert. Mitbenutzung der Konferenzräume, der Kantine, der Cafeteria, des Shops, der Hausdruckerei, der medizinischen Abteilung etc. möglich, gute Verkehrsverbindungen, Pkw-Abstellplätze vorhanden.

Weitere Auskünfte und erste Kontaktaufnahme während der üblichen Dienstzeit unter 0 40 / 6 35 26 22

DIE WELT / WELT am SONNTAG **Die Große Kombination**

Sonderthemenplan Immobilien – Kapitalanlagen 1984

7./8. 4. 1984 Ostern besichtigen Immobilien in europäischen Ferienzentren

Anzeigenaufträge schicken Sie bitte an:
Anzeigen-Expedition
Postfach 10 08 64
4300 Essen 1
Tel. (0 20 54) 101-511, -513
FS 8-579 104
Telefonische Anzeigen-Annahme:
Essen: (0 20 54) 101-5 24, -1
Hamburg: (0 40) 3 47-43 80, -35 06, -1

Immobilien- und Kapitalien-Anzeigen erscheinen in der Samstag-Ausgabe der WELT und in WELT am SONNTAG.

Anzeigenaufträge und Druckunterlagen dafür schicken Sie bitte an:

DIE WELT/WELT am SONNTAG
Anzeigenexpedition
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1
Tel. (02054) 101-511, -513
FS 08-579 104



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Thema Anschnallpflicht

„Leserbrief: Ursachen des Massakers": WELT vom 28. März

Sehr geehrte Redaktion,

Sie veröffentlichten in den letzten Tagen mehrere Leserbriefe von Gegnern der Anschnallpflicht, die m. E. nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Daß die Gegner der Anschnallpflicht es nicht gern hören, wenn sie als „Gurtmuffel" bezeichnet werden, ist verständlich. Gleichviel sollten sie so viel Einsicht besitzen, daß angesichts der großen Gefahren des Verkehrs das Anlegen des Gurts in ihrem eigenen Interesse liegt. Das Anschnallen *wird nicht* dadurch entbehrlich, daß man – wie der Leser H. Mohr – auf die vielen Rowdys im Straßenverkehr verweist. Selbst die beste Polizei und die strengsten Gesetze sind nicht in der Lage, alle Rowdys vom Verkehr fernzuhalten.

Auch beruht ein großer Teil der Verkehrsunfälle auf menschlicher Unzulänglichkeit oder gar auf unglücklichen Zufällen, an denen kein Kraftfahrer die Schuld trägt. Ich erwähne nur das Platzen eines Reifens durch einen auf der Fahrbahn liegenden Nagel oder Glasscherben, das Ausweichen vor einem die Fahrbahn unvorhersehbar überquerenden Tier sowie das Rutschen des Fahrzeugs auf einer vorher nicht erkennbaren glatten Stelle.

Im übrigen macht jeder Kraftfahrer – auch der sich für voll fahrtüchtig haltende – mal einen Fehler, und dieser Fehler führt häufig nur deshalb nicht zu einem Unfall, weil gerade niemand im Wege war. Kein Gegner der Anschnallpflicht kann deshalb mit gutem Gewissen behaupten, daß ihm unter keinen Umständen etwas passieren könne. Wenn er gleichwohl auf den Gurt verzichtet, setzt er sich bewußt einer vermeidbaren Gefahr aus und schädigt möglicherweise durch sein schlechtes Beispiel auch andere Kraftfahrer oder die Insassen seines Fahrzeugs, wenn er diese nicht zum Anlegen des Gurtes anhält, wie es seine Pflicht wäre.

Beruft sich der Gurtgegner aber darauf, daß er bei einem Zusammenstoß evtl. Quetschungen durch den Gurt erleiden könne, so ist ihm entgegenzuhalten, daß nach allen bisherigen Erfahrungen ohne Gurt die Gefahr schwerer und schwerster Verletzungen ungleich größer ist, insbesondere die Gefahr, mit dem Kopf gegen die Windschutzscheibe zu prallen und schwere Kopfverletzungen oder gar den Tod zu erleiden.

Wenn es aber gilt, sich vor unterschiedlichen Gefahren zu schützen, wird jeder verständige Mensch sich gegen die größere Gefahr schützen, auch wenn er dabei kleinere Gefahren in Kauf nehmen muß. Welcher Seefahrer wird wohl auf Rettungsringe oder Schwimmweste verzichten, weil er sich unter Umständen im kalten Meerwasser eine Erkältung oder einen Herzschlag zuziehen könnte?

Mit freundlichem Gruß
Dr. D. Himer,
Hamburg 65

*

„Leserbrief: Besser als Gurt"; WELT vom 28. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

Amerika – gemeint sind wohl die USA – läßt *auf seinen Autobahnen* nicht eine Geschwindigkeit von 100 km/h, sondern nur eine solche von 88 km/h (= 55 Meilen) zu.

Durch die niedrige Geschwindigkeitsbegrenzung werden lange Überlandfahrten in den Vereinigten Staaten zur nervtötenden Prozedur, sofern man sich nicht durch die überwältigende Schönheit mancher Landschaften von der Speed-limit-Misere ablenken läßt. Der Himmel möge uns davor bewahren, eines Tages unsere *Aufmerksamkeit statt auf* den Verkehr ständig auf den Tacho richten zu müssen, damit wir nicht schneller fahren, als das Gesetz es befiehlt.

Gurtmuffel hingegen soll der Blitz in Unterhosen erwischen. Die von ihnen verursachten Kosten, zu tragen von der Gesamtheit der Kranken- und Haftpflichtversicherten, sind überhaupt nicht zu verantworten. 40 Mark Buße sind da noch eher zu wenig.

Mit freundlichen Grüßen
E. Köster,
Bonn 3

Ohne Ansehen

„Ironie ist Glückssache": WELT vom 19. März

Sehr geehrter Herr Schell,

Ihre politischen Aussagen lese ich seit vielen Jahren immer mit großem Interesse. Und so habe ich es auch mit o. a. Artikel getan.

Gestatten Sie mir bitte eine kritische Bemerkung: Herr Wörner, der – Affäre hin oder her – nach wie vor bei den Soldaten hohes Ansehen genießt. Das ist schlichtweg falsch. Ihre Verbindungen zu hohen Ministerialen in Zivil oder in Uniform mögen aus recht verständlichen Gründen diese Meinung durch entsprechende Äußerungen bei Ihnen bewirkt haben.

Horchen Sie doch mal als Mäuschen in die „Truppe" in Offiziers- und Unteroffiziersheimen oder bei einer Übungspause. Welche ironischen, bedenklich stimmenden Gespräche werden da geführt. Als Kommandeur in verschiedenen Positionen habe ich auch noch Jahre nach meiner Pensionierung viele sehr persönliche Verbindungen zur aktiven Truppe. Und was ich dabei in Gesprächen, die den „Fall" betreffen, mitbekomme, ist oftmals mehr als peinlich.

Der Oberbefehlshaber Wörner genießt weder Achtung noch Vertrauen. Die Entscheidung von Herrn Kohl war keine gute! Und das sage und vertrete ich als Mitglied der CDU.

Hochachtungsvoll
J. Siebert,
Aachen

Vereinfachungen

„Von Arabern bedroht, von Germanen gerettet"; GEISTIGE WELT vom 24. März

Sehr geehrte Redaktion,

Voraussetzen möchte ich, daß ich „die Geschichte der Stadt" noch nicht gelesen habe, daß die Rezension durch Pierre Bertaux jedoch nicht minder „frei von großen Vereinfachungen" ist – was Benevolo vorgeworfen wird und „historische Tatsachen geradezu ins Gesicht schlagen" – wenn man diesen Aufsatz liest.

Ich halte es für arrogant, in Absatz 3 zu schreiben, daß es ein dialek*tisch-ideologischer Unfug ist, die* Stadt als den „Sitz der herrschenden Klasse" hinzustellen.

Der Autor sollte wissen, daß es keine absolute Wahrheit gibt – auch Bertaux' Thesen sind es nicht, bei weitem nicht.

Es ist müßig auf Einzelheiten einzugehen, wie auf das Ende des 2. Absatzes z. B. oder darauf, daß das römische Reich aufhörte zu funktionieren, weil Papyrus fehlte. Mit den Ursachen des römischen Unterganges haben sich berufenere Leute auseinandergesetzt wie Gibbon, Suck, Westermann, Belock, Toynba u. v. a. mehr und haben ihre Thesen nicht „vereinfacht".

Daß aber Tacitus nach den Karolingern zitiert wird, ist mehr als ein Fauxpas. Es hört sich so an, als ob Tacitus die städtische Kultur nach dem Jahre 1000 beschrieben hätte.

Mit freundlichen Grüßen
E. Meyer-Bothling,
Hamburg 52

Einkommen und Gebühren

„Leserbrief: Wie bisher"; WELT vom 28. März

Im Leserbrief vom 28. März nimmt Dr. med. dent. Meurer an, daß im Durchschnitt das 2,3fache der neuen Gebührenordnung für Ärzte dem 6fachen der alten GOÄ entsprechen würde, durch entsprechende Anhebung der Einfachsätze. Leider unterliegt er dabei einem schwerwiegenden Irrtum, da dies nur für verschwindend wenige Leistungen zutrifft wie z. B. einige endoskopische Untersuchungen.

Zahlreiche Leistungen wurden in ihrem Ansatz nicht wesentlich erhöht, viele Untersuchungen wie z. B. Laboruntersuchungen in ihrem Einfachsatz gegenüber 1965 sogar erniedrigt. Außerdem hat man für zahlreiche ärztliche Leistungen den Schwellenwert auf das 1,8fache herabgesetzt mit der Begründung, es handelt sich um technische Leistungen.

In der überwiegenden Mehrzahl haben die Ärzte bei Privatliquidationen einen Einkommensschwund von 10 Prozent bis etwa 50 Prozent hinzunehmen. Bei unserer Praxis liegt er bei etwa 40 Prozent. Dabei haben wir niemals das 6fache der GOÄ 1965 verrechnet, sondern zuletzt das 4fache. Dies entsprach einer Anhebung unserer Honorare von 1965 bis 1982 um 100 Prozent. Die jetzige Absenkung um 40 Prozent wirft uns in etwa auf den Honorarstand von 1968 zurück. Wie in der Zwischenzeit die Preisentwicklung war, der Anstieg der Gehälter etc. brauche ich im einzelnen wohl nicht zu schildern.

In unserer Praxis mußten als Konsequenz zwei Halbtagsarbeitsplätze eingespart werden, um wenigstens teilweise den Einnahmerückgang auszugleichen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. med. Klaus Reichel,
Dr. med. Eckart Düker,
Hersbruck

Insolvenzen

„Insolvenzrecht: Industrie kritisiert die bisherigen Vorschläge"; WELT vom 28. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Tat bedenklich muten an die in vorerwähntem Artikel wiedergegebenen Vorschläge zur „Verbesserung" des Insolvenzrechtes. Der vernünftige Warenlieferant wird im Falle geschmälerter Sicherungsmöglichkeiten strengere Maßstäbe bei der Auswahl seiner Geschäftspartner ansetzen, mit beeinträchtigenden Folgen für Produktion und Handelsverkehr.

Auch würden in unerträglicher Weise vergrößert Spielraum und Anreiz für den insolventen Schuldner, vor Entdeckung seiner Zahlungsunfähigkeit zum Schaden der Gläubiger sich heimlich zu bereichern. Ein weiteres Anwachsen der Zahl oft selbst in Bedrängnis geratener Gläubiger, die zusehen müssen, wie „vermögenslose" Schuldner nicht nur ungeniert ein aufwendiges Leben führen, sondern auch ungestraft immer neue Opfer prellen, kann unsere Rechts(staats)ordnung aber nicht verkraften.

Mit freundlichen Grüßen
L. Kentmann,
Rechtsanwalt,
Frankfurt/Main

Wort des Tages

„Die köstlichsten, ja die einzig festen Grundsätze sind die, welche man sich durch die eigene Erfahrung, durch eigene Überzeugung erworben hat. Mit welcher Sicherheit, mit welchem Glück wendet man nicht die eigenen Erfahrungen an, indem die fremden, wenn noch so lange gepredigten nur mechanisiert, ohne lebhaftes Begreifen befolgt werden."

Gottfried Keller, Schweizer Autor (1819–1890)

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Otto Rudolf Kissel, Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und Bundesarbeitsgerichtspräsident, ist vom hessischen Ministerpräsidenten **Holger Börner** für seine Verdienste um die soziale Gestaltung des Rechtsstaates und um das Verhältnis von Kirche und Staat mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

*

Rund 75 000 Kilometer sind auch im Jet-Zeitalter eine beachtliche Zahl – diese Strecke hat die Zeitungsträgerin **Anna Margaretha Thorn** aus dem hessischen Beilstein im Dienst ihrer Kunden zurückgelegt: Täglich fünf bis sechs Kilometer in 58 Jahren. Hessens Ministerpräsident **Holger Börner** überreichte der 71jährigen in Wiesbaden für ihre besondere Pflichterfüllung das Bundesverdienstkreuz. Anna Margaretha Thorn trägt seit ihrem 12. Lebensjahr die in Dillenburg erscheinende „Dill-Zeitung" aus.

JUBILÄUM

Sein 50jähriges Arbeitsjubiläum feierte der Prokurist **Erwin Mannschreck** aus Bad Cannstatt, wo dieser seit 1934 in der Dr. Cantz-Druckerei tätig ist. Die Druckerei gehört in Deutschland zu den führenden Druckereien von Kunstkatalogen und Kunstbüchern.

*

Gestern feierte der in Essen beheimatete **Josef Stratmann** ein in unserer Zeit immer seltener werdendes Dienstjubiläum. Der Oberingenieur steht seit 50 Jahren im Dienste der Th. Goldschmidt AG und ihrer Tochterfirma Elektro-Thermit GmbH Essen. Im Alter von 14 Jahren begann Stratmann seine Schlosserlehre bei der Firma. Danach war er im Konstruktionsbüro des Chemieunternehmens tätig. Nach 1945 nahm er seine alten Aufgaben diesmal im Konstruktionsbüro der Goldschmidt-Tochter, Elektro-Thermit wieder auf. Als Anwendungstechniker und als Leiter der bundesweit operierenden Schweißabteilung der Firma hat sich Josef Stratmann bei der Beratung der Bahngesellschaften auf dem Gebiet der Thermit-Schienenschweißung einen Namen gemacht. Im Juni tritt er in den Ruhestand.

ERNENNUNG

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Dr. **Ottfried Hennig**, ist vom Rundfunkrat des Deutschlandfunks in den Verwaltungsrat des Senders gewählt worden.

VERANSTALTUNG

In Givatain – einer kleinen Stadt bei Tel Aviv – wurde am 31. März der 229. Geburtstag von Johann Sebastian Bach gefeiert. Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel, Dr. **Nils Hansen**, spielte in einem Konzert aus diesem Anlaß den Flötenpart.

BMW 745i. Sonderausstattung: Beifahreraußenspiegel. Scheinwerfer-Wisch-Wasch-Anlage.



In der automobilen Spitzenklasse BMW zu wählen, ist nicht nur Zeichen eines besonderen technischen Sachverstandes.

Sondern auch Ausdruck einer neuen geistigen Einstellung.

Neben seinen vielen positiven Auswirkungen trägt das Automobil ohne Zweifel auch zur Belastung der Umwelt bei. Ein Problem, das sich jedoch lösen läßt:
mit höherer technischer Intelligenz beim Triebwerk.
Denn würden bereits heute alle Automotoren mit anspruchsvoller Elektronik arbeiten, wären wichtige Umweltschutz-Ziele schon erreicht.
Auch das ist ein Grund dafür, daß BMW so frühzeitig und konsequent wie kein anderer in leistungsfähige Automobil-Elektronik investiert hat –
mit dem Ergebnis, daß wir heute eine Führungsrolle bei dieser Zukunfts-Technologie übernommen haben.

BMW Automobil-Elektronik bietet entscheidend mehr als die Optimierung konventioneller Leistungsdimensionen. Sie fügt eine neue hinzu: Verantwortungsbewußtsein.
In den Ballungszentren, in denen ja bekanntlich vielfältige Belastungen der Umwelt durch Schadstoffe auftreten, werden Automobile praktisch ausschließlich im Teillastbereich gefahren.
Durch intensive Forschung und konsequenten Einsatz intelligenter Elektronik ist es BMW gelungen, Triebwerke zu entwickeln, die gerade in diesen Teillastbereichen mit so mageren Kraftstoff-Luft-Gemischen, also mit so geringer Schadstoffbelastung im Abgas arbeiten, wie es herkömmliche Ottomotoren nicht können.

Betrachten Sie die innovative BMW Technik auch unter dem Blickwinkel der Umweltfreundlichkeit.
Selbst bei sehr anspruchsvollen Automobilen arbeiten heute noch viele Triebwerke mit einfachen mechanischen Steuerungen. Doch deren begrenzte Möglichkeiten können die Bedingungen ganz unterschiedlicher Fahrzustände und unterschiedlicher Temperaturen nicht optimal berücksichtigen und dadurch auch nicht automatisch die günstigsten Verbrauchswerte und Abgasmengen erzielen.

Die viel höhere elektronische Intelligenz bei modernen Computersteuerungen dagegen, wie sie z.B. Triebwerke der großen BMW besitzen, kann sehr viel genauer die jeweiligen Bedingungen berücksichtigen. Der Computer arbeitet dafür mit verschiedenen Kennfeldern, in denen die für jede Situation besten Steuerungsanweisungen gespeichert sind.
So werden z.B. in Abhängigkeit von Drehzahl, Last und Temperatur des Kühlmittels für jede Kurbelwellenumdrehung die optimalen Werte für den Zündzeitpunkt und die Gemischzusammensetzung bestimmt.
Damit arbeitet das Triebwerk stets mit der geringstmöglichen Kraftstoff- und damit auch Abgasmenge.

Mit der Entscheidung für BMW Triebwerkselektronik sichern Sie sich folglich nicht nur ein technologisch außerordentlich anspruchsvolles Automobil.
Sie machen damit vor allem deutlich, daß man schon heute mit einem so zeitgemäßen Konzept ebenso viel für sich wie auch für die Umwelt tun kann.

Fahren Sie einen großen BMW. Auch der Fortschritt braucht Vorbilder. Geben Sie eins, indem Sie auch beim Umweltbewußtsein vorausfahren.

Die BMW der 7er Reihe.
Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.





Der Anschluß an die digitalen Informationstechniken von morgen kommt heute schon von Nixdorf: Das digitale Telefonvermittlungssystem Nixdorf 8818.
Ihr Griff zum Nixdorf Telefon ist Ihr Zugriff auf die Milliardeninvestitionen der Post in digitale Kommunikationstechnik. Mit Nixdorf haben Sie jetzt die Möglichkeit, „inhouse" ein einheitliches Kommunikationsnetz für Text, Daten und Sprache aufzubauen und anzuschließen an künftige digitale Postdienste, an ein weltweit wachsendes Informations-Netzwerk. Dabei sind Sie verbunden mit einem Computerhersteller, bei dem alles aus einer Hand kommt: Von der Beratung und Planung über die Installation bis zum weltweiten Fernbetreuungsservice.

Digitale Postdienste

Die Bundespost investiert in digitale Zukunftstechnologien. So wird neben dem verhandenen IDN-Netz für Daten, Teletex und Fernschreiber das Fernsprechnetz weiter digitalisiert. Mit dem Ziel einer einheitlichen Übermittlung von Sprache, Daten, Text und Bild.

Wenn Sie heute in Telefonsysteme investieren, sollten Sie deshalb die Veränderungen von morgen und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten berücksichtigen. Die Investition in ein digitales Vermittlungssystem bietet Ihnen die Basis für die Nutzung der neuen Dienste öffentlicher Netze.

Sprache

Mit dem digitalen Vermittlungssystem 8818 von Nixdorf können Sie nicht nur mit allem Komfort telefonieren, wie z. B. mit Konferenz- und Teamschaltung, Chefsekretärin-Funktion oder Wahlwiederholung.

Sie können Sprachinformationen speichern und im Unternehmen verteilen. So übermitteln Sie gesprochene Nachrichten auch an Mitarbeiter, die zur Zeit nicht erreichbar sind oder an mehrere Mitarbeiter gleichzeitig.

Texte

Digitale Kommunikation mit dem Vermittlungssystem 8818 von Nixdorf heißt neben der Übermittlung von Sprache und Daten auch das Übermitteln von Texten.

So können in Ihrem Unternehmen beliebig viele Teletex-End-Geräte miteinander verbunden sein. Über das vorhandene Telefonnetz werden von Abteilung zu Abteilung Briefe und Nachrichten verschickt. Und das kostenlos.

Bei der externen Teletex-Kommunikation von mehreren Teletex-End-Geräten brauchen Sie nur wenige Leitungen. Das Vermittlungssystem 8818 konzentriert alle Informationen und verteilt sie an die Empfänger. Und das spart Geld.

Daten

Über ein einheitliches digitales Kommunikationsnetz des Vermittlungssystems 8818 von Nixdorf lassen sich Daten der EDV in alle Bereiche des Unternehmens übertragen.

Das DVS 8818 übernimmt die Vermittlung von Bildschirmarbeitsplätzen. Und damit übernimmt das Telefonnetz problemlos die Transportleistung für die EDV.

Durch die Sammel-, Steuerungs- und Übermittlungsfunktion kann der Computer effektiver genutzt werden. Gleichzeitig wird die direkte Kommunikation mehrerer EDV-Systeme möglich.

Mit dem Nixdorf Telefon kommt jetzt alles aus einer Hand

Nixdorf auf der Hannover-Messe,
Halle 1 CeBIT, Stand B 4703/4803,
C 6101/6401
Nixdorf Computer AG
Fürstenallee 7, 4790 Paderborn
Telefon 05251/506130



NACHRICHTEN

Fan erhielt Geldstrafe

Berlin (dpa) – Wegen Verwendens nationalsozialistischer Embleme beim Fußball-Länderspiel Deutschland – Türkei am 26. Oktober 1983 in Berlin ist ein 21 Jahre alter Wachmann zu einer Geldstrafe von 1 500 Mark verurteilt worden. Der junge Mann hatte beim Abspielen der deutschen Nationalhymne den rechten Arm zum Hitler-Gruß erhoben und dabei „Sieg Heil" sowie „Deutschland den Deutschen" gerufen.

Nach Spielende totgetreten

Belem (dpa) – Zwei brasilianische Fußballspieler werden von der Polizei verdächtigt, nach dem Meisterschaftsspiel zwischen Belem und Uberlandia (0:0) einen Fußball-Fan der Gastgeber-Mannschaft zu Tode getrampelt zu haben. Nach Spielende wurden die Spieler von Uberlandia von Zuschauern tätlich angegriffen. Zwei von ihnen sollen, als sie sich wehrten, den Zuschauer Emanuel da Silva tödlich verletzt haben.

Gault wieder Amateur?

Chicago (dpa) – Willie Gault, Mitglied der 4 x 100-m-Weltmeisterstaffel und Bronzemedaillengewinner über 110-m-Hürden, will in einem Gerichtsverfahren erwirken, daß ihm der Amateurstatus zurückgegeben und damit die Teilnahme an den Spielen in Los Angeles ermöglicht wird. Der Amerikaner hatte nach der Weltmeisterschaft 1983 in Helsinki einen Vertrag als Football-Profi mit den Chicago Bears abgeschlossen.

Abschied von Gregorz Lato

Warschau (sid) – Der polnische Fußball-Nationalspieler Gregorz Lato feiert am 17. April in Warschau beim Länderspiel zwischen Polen und Vize-Europameister Belgien seinen Abschied aus der Nationalmannschaft. Lato, der am 8. April 34 Jahre alt wird, bestreitet dann sein 104. Länderspiel. Mit sieben Treffern wurde Lato bei der Weltmeisterschaft 1974 in Deutschland erfolgreichster Torschütze.

Ernst van Aaken gestorben

Schwalmtal-Waldniel (dpa) – An Herzversagen ist im Alter von 73 Jahren Dr. Ernst van Aaken gestorben. Der „Lauf-Doktor", wie van Aaken genannt wurde, machte sich in der Leichtathletik einen Namen durch seine Bestrebungen, die Langstrekken auch für Frauen als Wettkampfdisziplin einzuführen. Ihm ist es auch zu verdanken, daß in diesem Jahr in *Los Angeles* der *Marathonlauf* der Frauen zum erstenmal als olympischer Wettkampf zugelassen ist. 1973 organisierte van Aaken in seinem Wohnort Schwalmtal-Waldniel den ersten Marathonlauf der Welt für Frauen.

Tödlicher Motorradsturz

Groningen (sid) - Der holländische Motorradrennfahrer Jack Middelburg (31) ist gestern in der Universitätsklinik Groningen seinen schweren Gehirnverletzungen erlegen, die er sich bei einem Unfall am Sonntag in einem Rennen zugezogen hatte. Der zweimalige Grand-Prix-Sieger war auf einem Straßenkurs in Tolbert zu Fall gekommen.

Ausnahme-Hengst gekauft

Mühlen (sid) - Olympiasieger Alwin Schockemöhle (Mühlen) erwarb den zehn Jahre alten amerikanischen Ausnahmetraber Keystone Patrol. Der Hengst kam auf eine Gewinnsumme von über 700 000 Mark. Keystone Pastrol, dessen Schwester Keystone Pioneer über 1,2 Millionen Dollar ertrabte, soll etwa 40 Stuten im Traber-Gestüt von Schockemöhle decken.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: SG Hemsbach – SV Waldhof-Mannheim 0:9 (0:2).

VOLLEYBALL

Endrunde Deutsche Meisterschaft, Damen: USC Münster – SV Lohhof 3:1 (9:15, 13:13, 15:7, 18:6).

TENNIS

Turnier in Boston. Damen: Finale: Mandlikova – Sukova (beide CSSR) 7:5, 6:0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 969 836,50 Mark, 2: 105 526,90, 3: 9593,30, 4: 143,30, 5: 10,00. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 11 052,40, 2: 49,70, 3: 6,00. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 248 209,50 Mark, 2: 16 547,30, 3: 3960,70, 4: 53,60, 5: 5,30. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 23,30 Mark, 2: 10,70, Rennen B: Klasse 1: 1169,30, 2: 292,30. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 271 623,20. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / WELT-Interview mit dem Präsidenten des 1. FC Nürnberg über die weitere Entwicklung – Trainer Höher verlängerte um zwei Jahre

Schmelzer: „Es wurde zuviel Porzellan zerschlagen"

BERND WEBER, **Nürnberg**

In der Fußball-Bundesliga besitzt der 1.FC Nürnberg kaum noch Chancen auf den Klassenerhalt. Deshalb wird bereits jetzt schon die nächste *Saison geplant. Trainer Heinz Höher* hat sich für zwei weitere Jahre an den 1.FC Nürnberg gebunden. Mit der Weiterverpflichtung von Höher wurde der Neuaufbau einer jungen Mannschaft eingeleitet. Die WELT sprach mit Gerd Schmelzer, mit 32 Jahre der jüngste Präsident der Bundesliga, über die weitere Entwicklung.

WELT: Als Sie sich vor zehn Tagen zum Präsidenten des 1. FC Nürnberg wählen ließen, waren Sie sich sicherlich darüber im klaren, daß Sie nun Kapitän auf einem Schiff sind, das untergeht …

Schmelzer: So kann ich das nicht bestätigen. Richtig ist wohl, daß wir den Abstieg aus der 1. Bundesliga aller Voraussicht nach nicht mehr verhindern können. Das bedeutet aber noch lange nicht den Untergang dieses ruhmreichen Vereins.

WELT: Welche Chancen sehen Sie denn, den Club vor dem totalen sportlichen und finanziellen Verfall zu retten?

Schmelzer: Zunächst zum finanziellen. Es gibt eine ganze Reihe Bundesliga-Vereine, denen es viel dreckiger geht als uns. Natürlich sind die finanziellen Engpässe groß. Das liegt auch daran, daß wir von meinem Amtsvorgänger, Michael A. Roth, keine laufende Sponsorenhilfe mehr zu erwarten haben, weil er im vergangenen Jahr – und sozusagen im Vorgriff – bereits alle seine Gelder in den Verein gesteckt hat.

WELT: Wie hoch ist der derzeitige Schuldenstand des 1. FC Nürnberg?

Schmelzer: Ich sagte, daß der uns gesteckte finanzielle Rahmen mehr als eng ist. Aber wir haben keine Schulden.

WELT: Die aber sehr schnell auflaufen können, wenn Ihnen das frustrierte Nürnberger Publikum bis zum Saisonende die kalte Schulter zeigen sollte …

Schmelzer: Ich klammere mich da an einen Strohhalm. Nämlich an den, daß sich unsere Mannschaft am Samstag beim 1. FC Köln wenigstens einigermaßen brauchbar verkaufen wird. Das wäre dann gewiß für viele eine Motivation, sich für unser nächstes Heimspiel eine Karte zu besorgen – *das ist gegen Bayern München.* Ich bin sogar ausgesprochen optimistisch und ich glaube, daß wir da unser Stadion ziemlich voll haben werden.

WELT: Ihr Optimismus in Ehren, aber wie können Sie Ihrer Mannschaft in Köln ein 'brauchbares Abschneiden' zutrauen, wenn andererseits Ihr Trainer Heinz Höher seit Tagen damit hausieren geht, *daß die Verfallserscheinungen im* Team nicht mehr zu übersehen sind?

Schmelzer: Er hat bestimmte Leute gemeint und die spielen ja nun in Köln nicht mehr mit.

WELT: Sagen wir es konkreter: Sie haben ihre Pseudo-Stars Rüdiger Abramczik, Reinhold Hintermaier und Werner Heck sozusagen an die frische Luft gesetzt.

Schmelzer: Ich darf die drei Fälle ein wenig differenzierter darstellen. Hintermaier haben wir per sofort gekündigt. Ich gehe davon aus, daß der Österreicher akzeptieren wird. Heck darf sich bereits jetzt als neuer Arbeitnehmer beim SVW Mannheim fühlen, wohin wir ihn vor elf Tagen transferiert haben. Die beiden Vereine haben eine Vereinbarung getroffen, daß Heck schon in Mannheim mittrainieren wird – ich halte das für eine saubere Lösung.

WELT: Bleibt der Flankengott aus dem Kohlenpott …, wie Rüdiger Abramczik genannt wurde.

Schmelzer: … das war der vielleicht einmal. Bei uns hat er in allen März-Spielen so katastrophale Leistungen gezeigt, daß ich ihm das gesamte März-Gehalt gestrichen habe.

WELT: Ist das nicht arbeitsrechtlich sehr bedenklich, um nicht zu sagen, kaum haltbar?

Schmelzer: Das ist eine knifflige Frage. Fest steht, daß sich hier alle über eines einig sind – darüber, wie Abramczik letzten Samstag gegen Mönchengladbach übers Spielfeld spazieren gegangen ist, gibt es nur einen Ausdruck: Das war glatte Arbeitsverweigerung. Und deshalb wurde er zunächst einmal aus dem Mannschaftskader entfernt. Er wird in den nächsten Tagen ein strammes Einzelprogramm mit unserem Co-Trainer Hart*mann absolvieren.*

WELT: Wie sieht Ihre Konzeption für die neue Saison aus?

Schmelzer: Die steht im Moment natürlich erst in Umrissen. Wir werden mit unserem jetzigen Trainer Heinz Höher weiterarbeiten und zwar in den nächsten beiden Jahren.

WELT: Kann Höher auch in der 2. Liga auf solche Leistungsträger wie Manfred Burgsmüller und Rudi Kargus zurückgreifen?

Schmelzer: Das ist zum jetzigen Zeitpunkt wirklich sehr schwer zu beantworten. Burgsmüller hat zu Beginn der Saison einen Vertrag unterschrieben, der nur für die 1. Liga Gültigkeit besitzt. Wenn er sich also einen anderen Verein sucht und ihn findet, haben wir keine Möglichkeit, ihn zu halten. Bei Kargus sieht das anders aus. Aber grundsätzlich gilt für die beiden, und natürlich auch *für alle* anderen: Man muß abwarten, inwieweit sie bereit sind, die finanziellen Beschneidungen, die garantiert kommen werden, hinzunehmen.

WELT: Wird es beim 1. FC Nürnberg in der nächsten Saison den Manager Klug, wird es überhaupt noch einen Manager geben?

Schmelzer: Die Frage wird erst in den nächsten Tagen entschieden. Doch wie es aussieht, wird sich der Klub von Manager Klug zum Saisonende trennen.

WELT: Die Aufräumarbeiten, die Sie derzeit zu bewältigen haben, machen bestimmt nicht allzu viel Spaß. Wo liegt Ihre ganz persönliche Motivation für das Amt, das Sie übernommen haben?

Schmelzer: In Nürnberg ist in den vergangenen Jahren von allen möglichen Leuten verdammt viel Porzellan zerschlagen worden. Dennoch, man spürt, daß der Fußball in Nürnberg eine Riesenchance hat. Ich behaupte immer, daß der Löwe nur schläft. Ich werde meine ganze Kraft daran setzen, ihn zu wecken. Vielleicht gelingt es.



Schumacher und der nette Präsident

Herzlich umarmen sich der deutsche Nationaltorwart Harald Schumacher und Italiens Staatspräsident Sandro Pertini bei einem Empfang in Rom. Schumacher entschuldigte sich bei dieser Gelegenheit bei Pertini, daß er ihm nach der 1:3-Endspielniederlage gegen Italien bei der WM in Spanien nicht die Hand gegeben hat. Zum Zeichen der Vergebung umarmte der 87 Jahre alte Staatsmann den 30 Jahre alten Torwart des 1.FC Köln. Schumacher war von dem Staatsoberhaupt begeistert: „Was für eine Überraschung, daß Politiker so nett und herzlich sein können."

STANDPUNKT / *Nostalgie*

Der Tenor, in dem sich die Kassierer der Fußball-Bundesliga in den vergangenen Monaten geäußert haben, ist nahezu einheitlich. Sie alle bejammern die finanzielle Not ihrer Vereine, sie klagen über den Zuschauerschwund und waren sich allenfalls lange uneins über die Reihenfolge der Gründe, weshalb sich das Publikum mehr und mehr reserviert verhält.

Freilich, nach dem bekannten Motto, daß es sich wohl immer leichter macht, den Splitter im Auge des anderen als den Balken im eigenen Auge zu entdecken, hat die Schuldzuteilung zuletzt neue Prioritäten gesetzt bekommen: Jupp Derwall und seine ins Schlingern gerate Nationalmannschaft wurden als Hauptsündenböcke für die Krise ausgemacht.

Aber sicher ist auch, daß sich die Vereine mit dem, was sie selbst bieten, sehr viel kaputtmachen. Daß der Zuschauer aber mit Begeisterung dort erscheint, wo statt magerer Kost erste Sahne zu erwarten ist. Wie heute abend im Dortmunder Westfalen-Stadion, wo (Anstoß 19.00 Uhr) die Stars vergangener, aber mehr denn je unvergessener Tage zu wohltätigen Zwecken, nämlich für die Dortmunder Kinderferien-Party, aufspielen werden. Und zwar ganz ohne Gage.

Die Namen der Spieler, die zu dieser Fußball-Nostalgie aufgeboten werden, sind illuster: Franz Beckenbauer, Wolfgang Overath, Uwe Seeler, Günther Netzer, Paul Breitner, Eusebio, Guiseppe Mazzola, Kevin Keegan. 25 000 Karten haben die Organisatoren im Vorverkauf abgesetzt, 45 000 Zuschauer wurden für heute abend hochgerechnet. Die Zahlen zeigen auf, welche Faszination die Stars vergangener Tage auslösen. Ob man das später auch von der heutigen Spielergeneration sagen kann?

BERND WEBER

Streit um Fritz Walter

sid, **Mannheim**

Das Derby der Fußball-Bundesliga zwischen dem SV Waldhof-Mannheim und dem 1. FC Kaiserslautern am kommenden Samstag hat neuen Zündstoff erhalten. Das Mannheimer Präsidium sagte ein für *Donnerstag* geplantes zweites Treffen der beiden Klub-Vorstände aus Verärgerung über das Verhalten der Kaiserslauterer ab. Streitpunkt ist der Spieler Fritz Walter, der bei beiden Klubs einen Drei-Jahres-Vertrag unterschrieb.

Auslöser für den Verzicht der Gesprächsrunde war nun ein Inserat in der Stadion-Zeitung „Hinein", in dem der 1. FC Kaiserslautern „für *seinen Lizenzspieler Fritz Walter* eine 4-Zimmer-Wohnung oder ein Reihenhaus" suchte. Waldhof-Präsidiumsmitglied Manfred Göth erklärte: „Dadurch wurde ein weiterer Unruhe-Faktor in die Angelegenheit gebracht. Das hat uns sehr mißfallen." Beide Klubs pochen auf ihre Verträge mit dem Spieler.

Unterschrift im Hotel

dpa, **München**

Der bislang teuerste Transfer der Fußball-Bundesliga wird morgen endgültig unter Dach und Fach gebracht: Karl-Heinz Rummenigge unterzeichnet in einem Münchner Hotel seinen Drei-Jahres-Vertrag mit Inter Mailand. Rummenigge wechselt für eine Ablösesumme von zehn Millionen Mark plus Mehrwertsteuer von Bayern München zum italienischen Erstligaklub. Der Nationalspieler soll rund zwei Millionen Mark netto im Jahr in Mailand verdienen. In München verdiente Rummenigge rund 800 000 Mark jährlich.

Zur Vertragsunterzeichnung schickt Inter Mailand den millionenschweren Präsidenten Ernesto Pellegrini, Manager Sandro Mazzola und Vorstandsmitglied Gianni Sartori. Die Bayern sind durch Präsident Willi O.Hoffmann, Manager Uli Hoeneß, Schatzmeister Fritz Scherer, Vize-Präsident Pfab sowie Geschäftsführer Hopfner vertreten.

MOTORSPORT / Lancia unterläßt die Hilfe

Porsche hat zu leiden. Balestre auf Wahlreise

K. Bl., **Bonn**

„Dieser unglaubliche Vorstoß ist die krasseste Form des Ausbootens, die ich kenne." Das sagte Manfred Jantke, damals Porsche-Rennleiter, als 1980 die amerikanische Rennsport-Vereinigung USAC das deutsche Werk durch eine kurzfristige Regeländerung vom Indianapolis-Wettbewerb ausschloß. „Das sind Wildwest-Methoden." Das sagte Manfred Jantke, inzwischen Sprecher des Hauses Porsche, als die internationale Motorsportbehörde FISA einen guten Monat vor dem ersten Rennen um die Langstrecken-Weltmeisterschaft das Reglement änderte (die WELT berichtete).

Geändert hat sich in den letzten vier Jahren nicht viel, wenn es darum geht, dem allzu erfolgreichen schwäbischen Sportwagenbauer das Siegen zu vermiesen. Der Ausgangspunkt 1980 war die Angst der Amerikaner vor einem überlegenen Fahrzeug aus Übersee. Damals erhob sich sogar der legendäre „AJ", also Anthony Joseph Foyt, Amerikas populärster Rennfahrer aller Zeiten, zum Wortführer gegen Porsche. Als die schnellen flachen Flundern aus Zuffenhausen beim größten Langstrecken-Spektakel der Motorsportgeschichte, bei den 24 Stunden von Le Mans, unentwegt gewannen, mokierte sich die angesehene *französische Sportzeitung* „L'Equipe", daß „Porsche schließlich im besiegten Land rollt".

Damals wie heute befehden in erster Linie Amerikaner und Franzosen die Zuffenhausener. Der französische FISA-Präsident Jean-Marie Balestre – wegen seiner umstrittenen SS-Vergangenheit im Dritten Reich im eigenen Land in die Schußlinie geraten (die WELT berichtete) – möchte gern im Herbst wiedergewählt werden. Und dafür braucht er die Stimmen der Amerikaner. So änderte Balestre die Formel für die sogenannten Gruppe-C-Autos im Sinne der Amerikaner kurzerhand ab. Cesare Fiori, der italienische Rennleiter des Porsche-Konkurrenten Lancia, sprach sich gegen diese Regeländerung aus und kündigte an, ebenso wie Porsche, die 24 Stunden von Le Mans in diesem Jahr zu boykottieren.

Doch aus dem angekündigten Versprechen wurde nichts – damit blieb Fiori schließlich auch im Fahrwasser üblicher italienischer (sport-)politischer Praktiken. Auf Anfrage bei Lancia erfuhr die WELT: „Herr Fiori wird zwei Lancia-Werkswagen nach Le Mans schicken. Er behält sich vor, die FISA-Beschlüsse zu prüfen und 1985 eventuell daraus Konsequenzen zu ziehen."

Warum Cesare Fiori diesen Sinneswandel vornahm, wird wohl niemand wirklich erfahren. Womöglich war die Hürde des französischen Sponsors Martini zu hoch. *Lancia* gibt jedenfalls keinerlei Erklärungen dafür ab. Die englischen Firmen Jaguar und Aston Martin haben zwar ebenfalls einen Byokott des Rennens in Le Mans ins Auge gefaßt – doch angesichts der bröckelnden Front der Konstrukteure ist es nun fraglich, ob Porsche in England noch Weggefährten findet.

Zurück zu den Beschlüssen des *Monsieur* Jean-Marie Balestre: Fritz Huschke von Hanstein, das deutsche FISA-Mitglied, sagt: „Balestre will in Amerika auftreten wie der Weltpräsident." Und über das 20köpfige Exekutivkomitee der FISA, das Balestres Porsche-Coup ratifizierte, weiß von Hanstein zu berichten: „Die kommen aus Ländern, wo nicht einmal Autos gebaut werden. Doch Balestre war klug, hat sie alle um sich geschart, *erzählt ihnen* Sachen, *die nicht* richtig sind, und die stimmen ihm dann wie die Schafe zu."

BELGIEN / Urteile im Bestechungsskandal: Sperren und Geldstrafen

Lebenslang für Goethals und Petit

sid, **Brüssel**

Sperren und Geldstrafen gegen zwei Spieler, einen Trainer, einen Klub-Präsidenten und den Verein Standard Lüttich hat die Untersuchungs-Kommission des Belgischen Fußball-Verbandes im Bestechungsskandal von 1981/82 verhängt. Lüttich hatte für umgerechnet rund 21 000 Mark einen 3:1-Erfolg über den *FC Waterschei* und damit den Titel gekauft.

Roger Petit (früher Präsident von Lüttich) und Raymond *Goethals* (früher Trainer in Lüttich) wurden lebenslang von jeder Funktion im belgischen Fußball ausgeschlossen. Erich Gerets, der zuletzt beim AC Mailand spielte und damals als Geldbote fungierte, erhielt eine dreijährige Sperre. Roland Janssen, Kapitän des FC Waterschei, der den Handel mit Gerets perfekt gemacht hatte, darf zwei Jahre lang in Belgien nicht Fußball spielen. Eine Geldstrafe von rund 55 000 Mark muß der Klub Stan*dard Lüttich* an den Verband bezahlen.

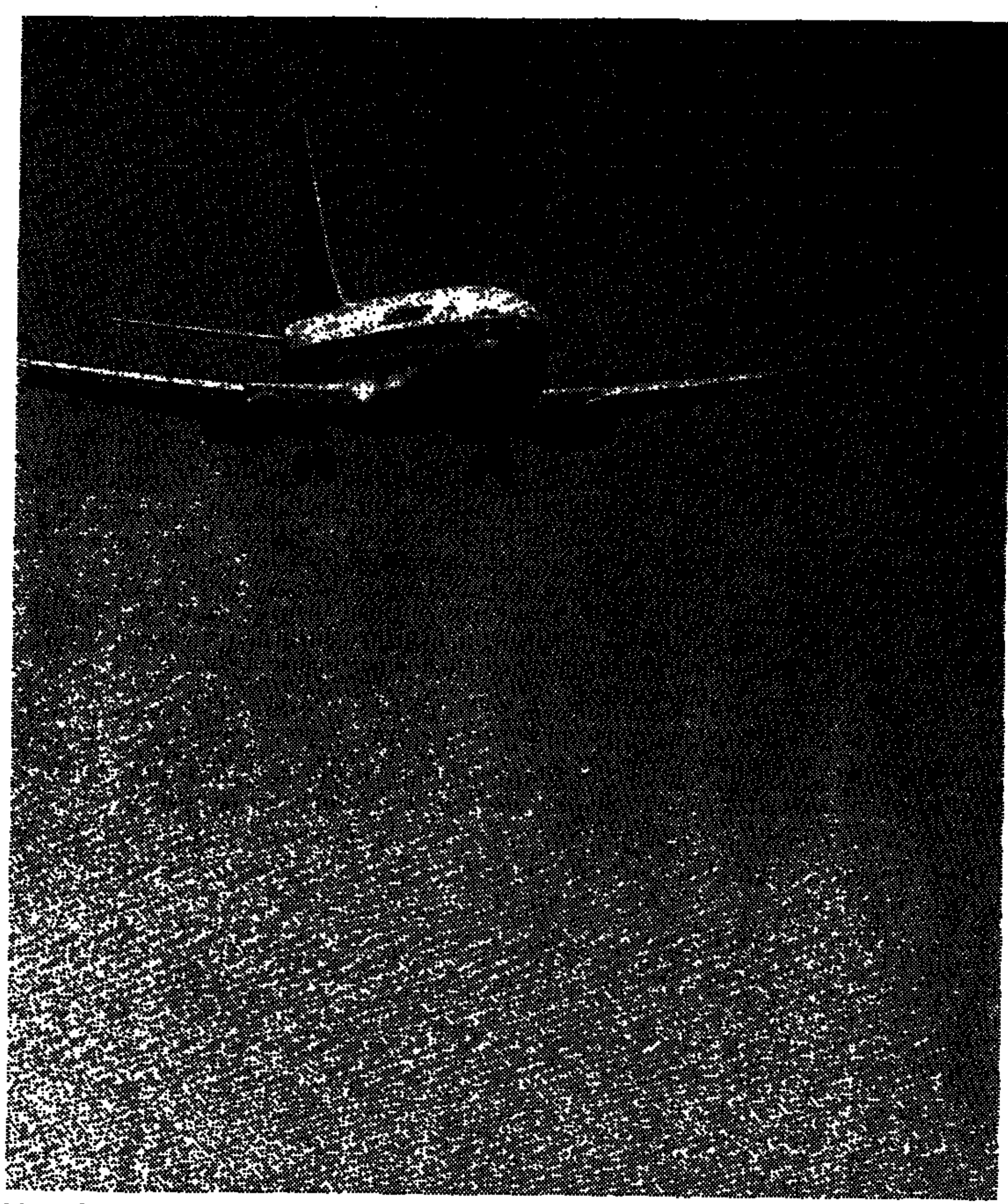
Zu denjenigen, die umgerechnet eine Geldstrafe von rund 1400 Mark bezahlen müssen, gehören auch zwei deutsche Spieler: Klaus Pudelko (früher FK Pirmasens) und Heinz Gründel (früher Hertha BSC Berlin). Beide spielten zuletzt bei Waterschei.

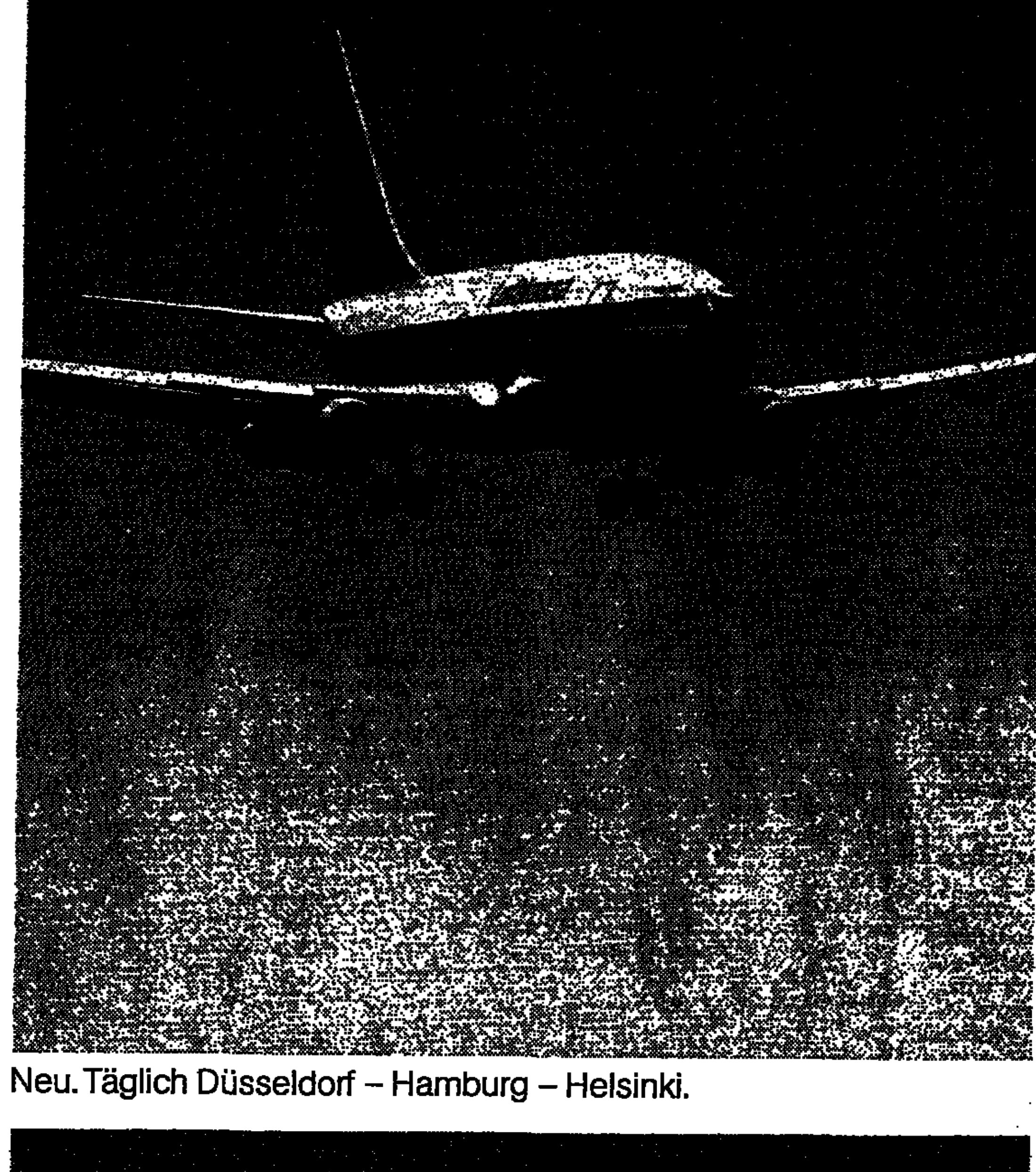
Da sich die Sperren nur auf Belgien beziehen, dürften sich einige der Verurteilten um Verträge im Ausland bemühen.

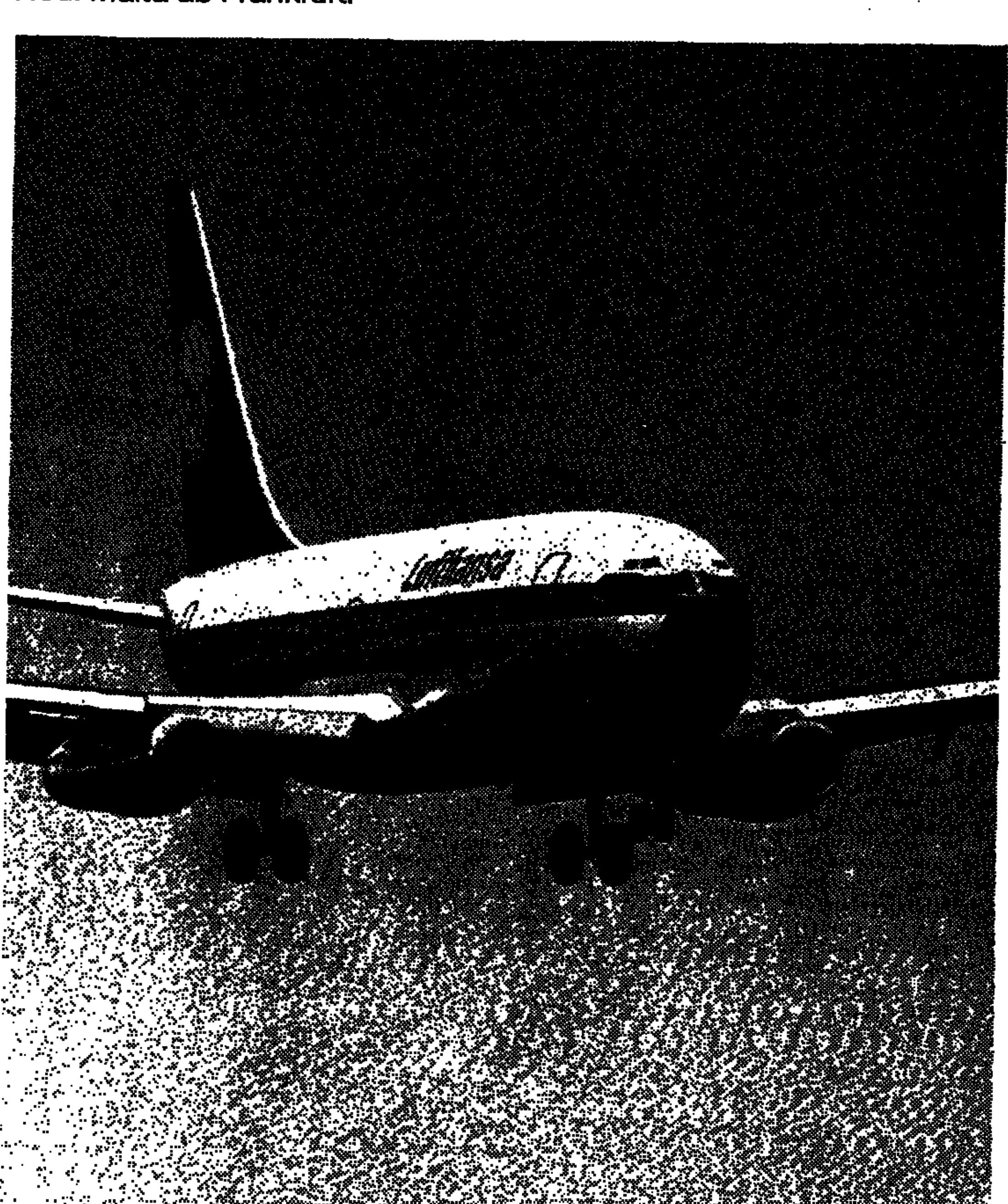
Blutdruck-Selbstkontrolle.
Das empfiehlt
Stiftung Warentest:



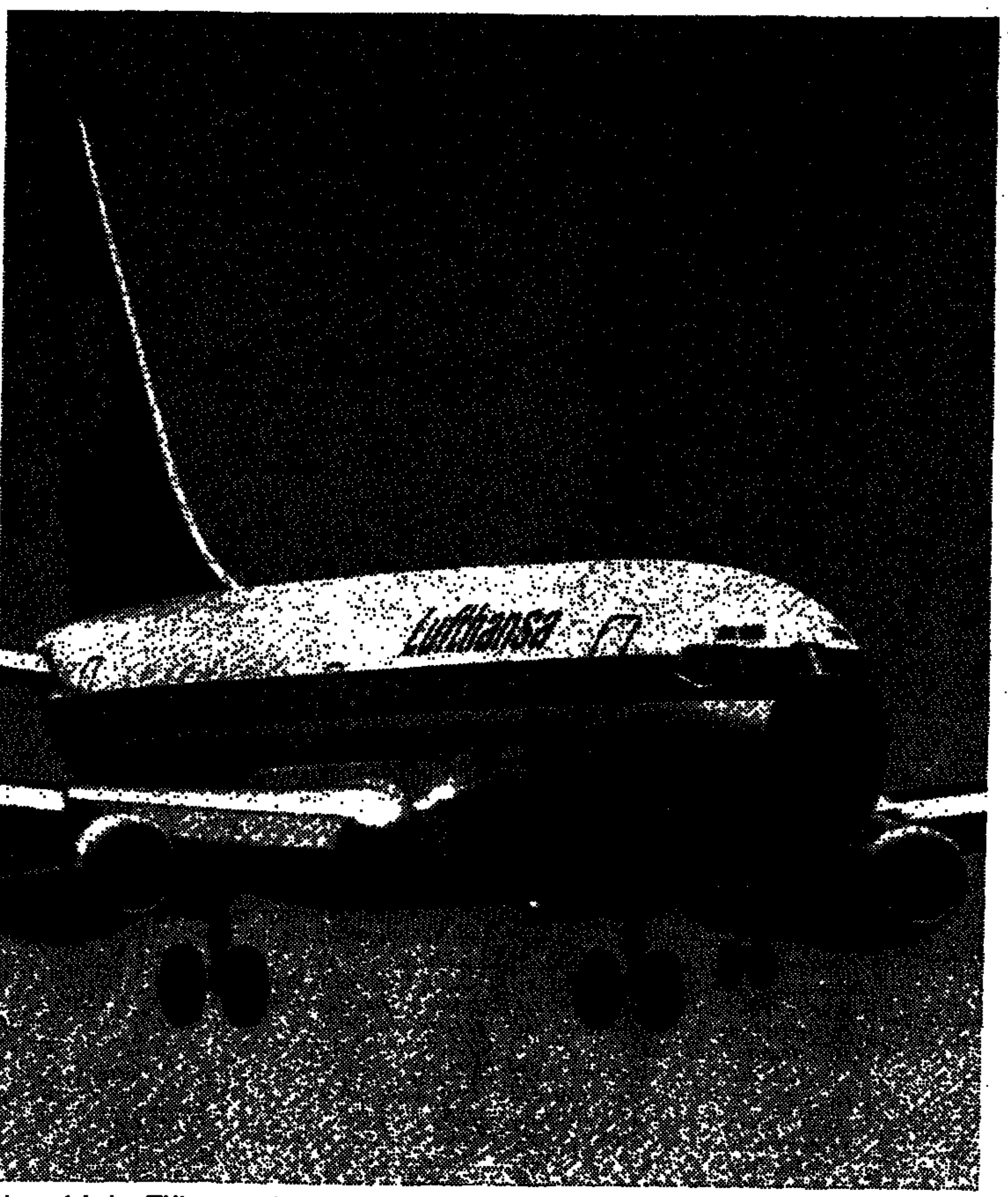
Neues auf der ganzen Linie.


Neu. Malta ab Frankfurt.


Neu. Täglich Düsseldorf – Hamburg – Helsinki.



Neu. München – Moskau und München – Leningrad.

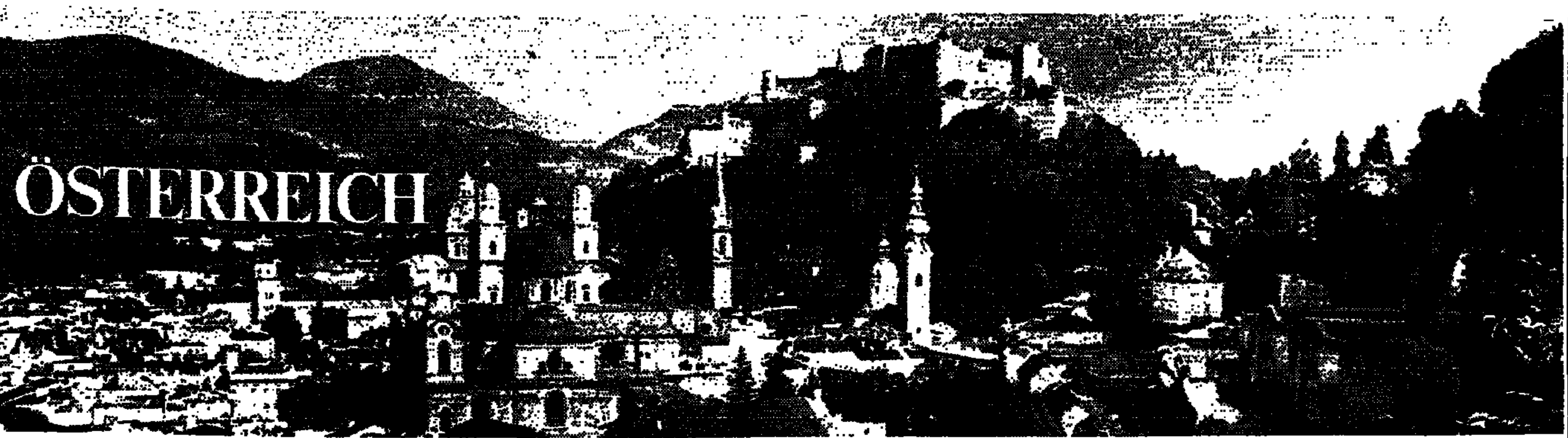


Neu. Mehr Flüge auf der ganzen Linie.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur



Salzburg, Stadt der Musik und Mittelpunkt einer zauberhaften Ferienregion zu jeder Jahreszeit

Noch immer gilt das Wort von „felix Austria", wenn auch heute in einem moderneren Sinn. Das glückliche Österreich ist zwar nach dem emotionalen Höhenflug der Kreisky-Ära auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt worden; noch immer aber ist es ein vitales Industrieland, Drehscheibe des Handels, liberaler und lukrativer Finanzplatz und eines der liebsten Reiseziele der Deutschen. Hier verbindet es ein umfangreiches kulturelles Angebot, wie die Wiener und Salzburger Festspiele, mit den Schätzen aus Österreichs Kellern und Küchen, so das diesjährige Motto. Übertrieben wird indes nichts, und so zieht es nach wie vor, wie Norbert Hofbauer von der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung versichert, die meisten in die Alpenrepublik, um dort zu wandern oder einfach zu bummeln.

Beliebter Standort deutscher Firmen

Von ROLF SCHÄFER

Im Verhältnis zu Österreich ist die Bundesrepublik Deutschland sowohl als Abnehmer- als auch Lieferland die „Nummer 1". Österreich steht für die Bundesrepublik immerhin an 8. bzw. 9. Stelle als Abnehmer bzw. Lieferer. Schon seit Jahren kämpft Österreich mit seinem Problem des Außenhandelsdefizits, wobei die Bundesrepublik Deutschland dasjenige Partnerland ist, demgegenüber Österreich das größte Defizit (1983: 56,7 Mrd. oeS, also über 8 Mrd. Mark) zu verzeichnen hat. Die deutschen Touristen, wichtigste Gruppe der Ausländer in Österreich, helfen mit ihren Devisen, dieses Defizit wenigstens zum Teil abzubauen.

Darüber hinaus sind deutsche Direktinvestitionen in Österreich gerne gesehen. Über 1100 deutsche Unternehmen machen in Österreich Umsätze von ca. 20 Mrd. Mark und beschäftigen über 100 000 Arbeitnehmer.

Insgesamt exportierte Österreich Waren im Wert von 277,14 Mrd. oeS, importierte dagegen aber für 348,34 Mrd. oeS, davon in Höhe von 144,6 Mrd. oeS aus der Bundesrepublik Deutschland, was einem Anteil von 41,51 Prozent der Gesamtimporte entspricht. Den zweiten Platz hält Italien, das nach Österreich Waren im Werte von 30,9 Mrd. oeS exportierte und damit als zweitwichtigster Partner auf der Importseite 8,7 Prozent der österreichischen Gesamtimporte hält.

Für die Bundesrepublik Deutschland, die ein Gesamtexportvolumen in 1983 von 432,34 Mrd. (Import: 390,4 Mrd. Mark) aufwies, steht Österreich als Abnehmer- und Lieferland mit etwa 5 Prozent Anteil an den deutschen Gesamtausfuhren bzw. mit 3,2 Prozent Anteil an den Gesamteinfuhren an 8. bzw. 9. Stelle.

Betrachtet man die hauptsächlichen Warenströme zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich, so fällt auf, daß vor allem gleichartige Waren ausgetauscht werden, wenn man von Kraftfahrzeugen einmal absieht, da es in Österreich keine eigene Pkw-Produktion gibt.

Unterteilt man den Handelsverkehr der Bundesrepublik Deutschland nach den Ziel- bzw. Herstellungsländern im Bundesgebiet, so zeigt sich, daß nur der Handelsverkehr zwischen Österreich und Bayern relativ ausgeglichen ist. Den österreichischen Exporten nach Bayern in Höhe von 4,7 Mrd. Mark stehen bayerische Exporte nach Österreich von 4,8 Mrd. Mark entgegen.

Im Bundesdurchschnitt beläuft sich der Deckungsgrad auf 174,7 oder, anders ausgedrückt, die österreichischen Importe aus der Bundesrepublik Deutschland werden nur zu 59,5 Prozent von entsprechenden Exporten abgedeckt.

Damit ist gleichzeitig das permanente Problem Österreichs, insbesondere zur Bundesrepublik Deutschland, gekennzeichnet: Das Außenhandelsbilanzdefizit, das 1983 insgesamt 71,2 Mrd. oeS (zur Bundesrepublik 56,7 Mrd. oeS) betrug.

Dieses Defizit wurde gemildert durch die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr.

Insgesamt flossen aus den Einnahmen aus dem Fremdenverkehr Devisen im Werte 83,2 Mrd. oeS nach Österreich, womit rechnerisch das Gesamt-Außenhandelsdefizit abgedeckt werden könnte, wenn nicht auch Österreicher gerne reisen würden – und reisen müßten: Sie ließen über 43 Mrd. oeS im Ausland, so daß nur knapp 40 Mrd. oeS zur Defizitabdeckung übrig blieben.

Die enge Verflechtung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich dokumentiert sich auch darin, daß etwa ein Drittel der österreichischen Auslandsinvestitionen in die Bundesrepublik gegangen ist. Kumuliert seit 1965 bis 1982 (die Zahlen für 1983 liegen noch nicht vor) hat die österreichische Wirtschaft insgesamt 432,5 Mill. Mark in der Bundesrepublik investiert. Ein deutlicher Einschnitt ist ab 1980 zu verzeichnen, wo 30 Mill. Mark investiert wurden, 1981 gar 59 Mill. Mark und 1982 dann 63,9 Mill. Mark.

Kumuliert seit 1952 sind bis Ende 1982 insgesamt 93,7 Mrd. Mark aus Deutschland als Direktinvestitionen ins Ausland geflossen, davon knapp 2,6 Mrd. nach Österreich.

Rund 262 Mill. Mark waren es allein im Jahre 1982, wobei bereits im 1. Halbjahr die Rekordsumme von 190,5 Mill. Mark vorlag.

Auf ca. 1700 schätzt die deutsche Handelskammer in Österreich die Anzahl der deutschen Unternehmer in Österreich. Die Kammer weiß gleichzeitig, daß diese Zahl mit Vorsicht betrachtet werden muß. Zieht man den Kreis der „überwiegend deutsch-bestimmten" Unternehmen in Österreich eng, wie es die Deutsche Bundesbank tut, die naturgemäß nur die kapitalmäßige Beteiligung als entscheidend beurteilt, so kommt man auf eine Zahl von 1124 Unternehmen (Stand Ende 1981), die 105 000 Arbeitnehmer beschäftigen und knapp 20 Mrd. Mark umsetzen.

Vor wenigen Wochen erfolgte eine Umfrage der deutschen Handelskammer unter den in Österreich ansässigen Mitgliedsunternehmen, bei denen eine irgendwie geartete deutsche Beteiligung vermutet werden konnte.

Die überwiegenden Motive, sich in Österreich zu engagieren, waren: Bearbeitung des österreichischen Marktes (80 Prozent), Zutritt zum Efta-Markt (16 Prozent), 40 Prozent wollten via Österreich die Osteuropamärkte erreichen. Darüber hinaus war für 15 Prozent die politische und sozialpolitische Stabilität sowie das Vorhandensein von Fachkräften für die Entscheidung, sich in Österreich zu engagieren, ausschlaggebend. Fast 100 Prozent „bereuen es nicht", allerdings der Anreiz, über Österreich zu besseren Kontakten zu den Osteuropamärkten zu gelangen, hat abgenommen.

Letzte Äußerung sieht die deutsche Handelskammer in Österreich differenziert: Die Einkäufer aus den Oststaaten haben in den letzten Jahren viel gelernt und sind „beinhart". Aber es lassen sich durchaus weiterhin hervorragende Geschäfte machen.

Rolf Schäfer ist Hauptgeschäftsführer der Deutschen Handelskammer in Österreich

NACH-KREISKY-ÄRA / Psychologische Wende

Sinowatz hat Probleme mit den Erblasten

Von C. G. STRÖHM

Die Ära Kreisky, die dem Lande dreizehn Jahre lang ihren Stempel aufgedrückt und zu erheblichen Veränderungen auch im allgemeinen Bewußtsein geführt hat, ist nun seit einem Jahr zu Ende.

Aus der Distanz der Zeit wird deutlich, daß Kreisky – der Weltpolitiker auf dem Ballhausplatz – innenpolitisch viele Probleme durch seine bloße Existenz überdeckt und verdrängt hat, ohne sie wirklich lösen zu können. Seine Glanzzeit fiel in die weltwirtschaftliche Hochkonjunktur, als Österreich Anschluß an den westeuropäischen Wohlstand fand und als die regierenden Sozialisten aus einer scheinbar unerschöpflichen Quelle immer neue Wohltaten und soziale Leistungen an die Bevölkerung verteilen konnten.

Unter dem neuen Bundeskanzler Fred Sinowatz und unter der Koalitionsregierung aus Sozialisten und freiheitlicher Partei ist zumindest eines klar: Die Zeit des Verteilens und der wachsenden sozialen Leistungen ist vorbei, die Staatskassen sind leer, das Haushaltsdefizit macht der Regierung großes Kopfzerbrechen. Nur durch zusätzliche Steuerbelastungen – das sogenannte „Belastungspaket" – konnte die Regierung Sinowatz wenigstens die größten Löcher im Haushalt stopfen.

Die Stabilisierung des Haushalts hat Vorrang

Diese Maßnahmen – unter anderem eine Erhöhung der Mehrwertsteuer – mußten einen Preisschub zur Folge haben, der nicht wie früher üblich durch höhere Lohnforderungen der Gewerkschaften abgegolten werden kann. Anders gesagt: Die Stabilisierung des Haushalts, die Einschränkung der Staatsausgaben werden jetzt vom österreichischen Bürger mit einer Verringerung des Lebensstandards bezahlt. Auch das markiert eine politische, vielleicht sogar psychologische Wende: Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Zu verteilen gibt es nichts mehr – außer eben Belastungen.

Ein Problem, das auf die Regierung Sinowatz zukommt, ist die verstaatlichte Industrie. Dieses Erbstück aus dem Zweiten Weltkrieg und der Zeit des „Anschlusses" (es handelt sich zu einem großen Teil um ehemaliges deutsches Eigentum) hat dazu geführt, daß Österreich unter allen westlich-demokratischen Ländern den höchsten Anteil an staatseigenen Banken und Industriewerken aufzuweisen hat. Ein großer Teil dieser Werke beschäftigt sich mit der Herstellung von Stahl und Edelstahl.

Für Österreich stellt sich das Problem, wie es seine Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten behaupten oder wiedergewinnen kann. Hier aber muß die Produktions- und Wirtschaftspolitik notwendigerweise in einen gewissen Konflikt mit einigen Aspekten der Sozialpolitik geraten. Noch immer gehört Österreich zu den sozial stabilsten Ländern Westeuropas. Hier wird so gut wie gar nicht gestreikt.

Durch unpopuläre Taten ans rettende Ufer

Die Regierung Sinowatz hofft, durch eine massive Anstrengung und durch unpopuläre Maßnahmen schließlich doch das rettende Ufer zu erreichen: die Haushaltsstabilisierung, die Sanierung der verstaatlichten Industrie, die Rettung einer möglichst großen Zahl von Arbeitsplätzen.

Es ist also alles in allem ein nicht mehr so idyllisches Bild, das sich heute dem Betrachter der österreichischen Entwicklung darbietet. Da ist schließlich auch noch der Generationenschub, der sich in allen Bereichen ankündigt: Der Konflikt des österreichischen Kanzlers mit seinen eigenen Jungsozialisten ist dafür nur ein Symptom. Immer mehr entschwindet jene österreichische Generation, die nach 1945 die zweite Republik aufbaute und die das Klima der Zusammenarbeit zwischen den großen politischen Lagern geschaffen hat, aus der aktiven Politik.

Die junge politische Generation – durchaus befähigt – hat kaum noch Vorstellungen darüber, wie das alles damals war – und aus welchen Gefahren heraus damals gehandelt werden mußte.

gut gekauft in Österreich

Auf Qualität aus Österreich kann man sich verlassen. Ob es Maschinen oder komplette Industrieanlagen sind, ob Erzeugnisse der Elektroindustrie, der Chemie, der Textil- und Bekleidungsindustrie, Sportartikel, Fahrräder und Mopeds, feine Glas- und Porzellanwaren und vieles andere mehr. Aber nicht nur die Industrie, auch das österreichische Gewerbe hat vieles anzubieten - vor allem kunstgewerbliche Erzeugnisse, modischen Schmuck und viele Dinge des sogenannten gehobenen Bedarfes, die einfach hübsch sind und Freude machen.

*

Freude für alle Gäste bereiten auch Ferien in Österreich - im Sommer und im Winter. Da gibt es noch klare Luft und sauberes Wasser, viel Wald, Seen und Flüsse zum Baden, und natürlich Berge. Für erstklassige Unterkunft und Verpflegung ist gesorgt.
Auch hier: Qualität, auf die man sich verlassen kann.
Man kommt gerne wieder.

gut erholt in Österreich

DER ÖSTERREICHISCHE HANDELSDELEGIERTE FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Bockenheimer Landstr. 2/18. Stk.
D-6 Frankfurt a. M.

DER ÖSTERREICHISCHE HANDELSDELEGIERTE IN DÜSSELDORF
Heinrich-Heine-Allee 22
D-4 Düsseldorf



DER ÖSTERREICHISCHE HANDELSDELEGIERTE IN HAMBURG
Poststraße 23
D-2 Hamburg 36

DER ÖSTERREICHISCHE HANDELSDELEGIERTE IN MÜNCHEN
Promenadenplatz 12
D-8 München 2



INVESTIEREN UND FINANZIEREN IN ÖSTERREICH – MIT DER GIROZENTRALE

„Investieren und Finanzieren in Österreich" ist der Titel einer umfassenden Broschüre der Girozentrale Wien – Österreichs zweitgrößter Bank.

Dieses Spitzeninstitut des Sparkassen-Sektors ist ausschließlich auf das Groß- und Projektgeschäft spezialisiert. Sie werden das zu schätzen wissen.

Was Österreich als Investitionsstandort so attraktiv macht und was Sie bei Ihren Investitionsvorhaben in Österreich alles beachten sollten, welche Förderungen es dafür gibt und wie Ihnen die Girozentrale dazu verhilft, ist Inhalt dieser Publikation.

Nutzen Sie die Chance und senden Sie uns Ihre Geschäftskarte mit diesem Kupon. Sie erhalten dann umgehend und kostenlos unsere Broschüre „Investieren und Finanzieren in Österreich".
Girozentrale Wien
Schubertring 5, A-1011 Wien, Tel. (0222) 72 94-0.

GZ

Girozentrale Wien

Die Bank der Sparkassen.
Die Bank der Wirtschaft.

GZ AD 2 83

KAPITALANLAGE / Auch im Reich des Geldes eine Insel der Seligen

Erfolg der Notenbank durch eine konsequente Hartwährungspolitik

Von H. SCHMID

Papst Paul VI. hat Österreich eine „Insel der Seligen" genannt. Gilt dieses positive Statement auch für die Geldanlagen?

Den internationalen Anleger interessieren neben den Anlagemöglichkeiten vor allem steuer- und devisenrechtliche Bestimmungen, die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Sicherheit der Anlagen.

Als Voraussetzungen für eine gute Geldanlage ist zunächst die politische und wirtschaftliche Stabilität Österreichs hervorzuheben. Die aktive Neutralitätspolitik trug Österreich weltweit Anerkennung ein, die unter anderem auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß Wien zum Sitz internationaler Organisationen (z.B. UNO, UNIDO, IAEA, Opec) und zum Treffpunkt politischer Gipfelgespräche wurde. Träger der inneren Stabilität ist die Institution der „Sozialpartnerschaft", die auch im Ausland bereits Nachahmung findet.

Der Konsens zwischen den Interessenvertretungen, der auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten zustande kam, findet seinen Ausdruck im weltweiten Rekord an Streikenthaltsamkeit (1982: 3,5 sec./Arbeitnehmer) und in der vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenrate.

Die auf der Sozialpartnerschaft beruhende Preisdisziplin hat gemeinsam mit der Einkommens- und Hartwährungspolitik Österreich zu einem der preisstabilsten Ländern gemacht.

Die Banken müssen schweigsam sein

Bei internationalen Anlagen spielt die Währungsentwicklung eine wesentliche Rolle. Die österreichische Notenbank betreibt seit mehr als einem Jahrzehnt eine konsequente Hartwährungspolitik. Aufgrund der damit erzielten Erfolge sieht der Notenbankpräsident Koren keinerlei Grund, diesen währungspolitischen Kurs zu verlassen.

Eine Besonderheit, die Österreich als Anlageland von anderen unterscheidet, ist das gesetzlich verankerte Bankgeheimnis und die Anonymität. Den österreichischen Banken ist es nicht nur gestattet, das Bankgeheimnis als eine Art Privileg oder aus Tradition heraus zu pflegen; sie sind zu seiner Wahrung gesetzlich verpflichtet.

Eine einmalige österreichische Spezialität ist die Anonymität. Ausländer können völlig anonym in- und ausländische Wertpapiere erwerben. In diesen Fällen stellt die Bank etwa durch bloßes Herzeigen des Reisepasses die Devisenausländereigenschaft des Anlegers fest, seinen Namen kennt sie jedoch nicht und kann daher niemandem Auskünfte erteilen.

Ausländische Investoren können Guthaben in freien Schilling und in jeder frei konvertierbaren Fremdwährung in unbegrenzter Höhe unterhalten. Zu Lasten dieser können unbegrenzt in- und ausländische Wertpapiere von österreichischen Kreditunternehmungen erworben werden. Ein Transfer der Guthaben und der Wertpapiere sowie der Tilgungs- und Verkaufserlöse und der Erträgnisse daraus ist jederzeit möglich.

Als Devisenausländer unterliegt man in Österreich weder der Einkommen- noch der Vermögensteuer, ausgenommen der Kapitalertragsteuer auf Aktiendividenden und Zinsen von Wandelanleihen. Allerdings wurde mit Wirksamkeit 1. 1. 1984 auf Zinserträge aus Schillingguthaben und aus Wertpapieren österreichischer Emittenten, sofern diese in Schilling nach dem 31. 12. 1983 begeben wurden, eine Zinsertragsteuer eingeführt.

Ihre Höhe ist mit 7,5 Prozent im Vergleich zur deutschen Kuponsteuer mit 25 Prozent oder zur Schweizer Verrechnungssteuer von 35 Prozent gering. Zusätzlich haben ausländische Investoren die Möglichkeit, die Zinsertragsteuer im Rahmen von Doppelbesteuerungsabkommen geltend zu machen.

Die Anlagepalette ist in Österreich genauso vielfältig wie in der Bundesrepublik Deutschland. So kann man in Renten, Pfandbriefen, Kassenobligationen, Aktien und Investmentanteilen investieren. Der Kapitalmarkt verzeichnete seit Anfang der 70er Jahre eine starke Expansion. Träger dieser guten Entwicklung ist der Rentenmarkt, während der Aktienmarkt keine große Rolle spielt. Wie der Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von knapp 500 Mrd. S. zum Ende 1983 zeigt, ist auch der Sekundärmarkt gut ausgeprägt.

Österreichische Anleihen rentierten mit Ausnahme des Jahres 1983 – Sondersituation wegen Einführung der Zinsertragsteuer – in der Regel höher als DM-Anleihen, wodurch sich aufgrund der Währungsstabilität echte Renditevorteile ergaben. Diese dürften sich im Verlauf des Jahres 1984 wieder einstellen.

Spezielle Produkte für Devisenausländer

Die österreichischen Großbanken mit ihrer speziellen Ausrichtung auf internationale Kapitalmärkte bieten aber auch spezielle Produkte für Devisenausländer an. So findet sich etwa in der Produktpalette der Girozentrale Wien neben dem bereits erwähnten Nummernkonto für die anonyme Geldveranlagung ein anonymes Goldkonto. Dabei verbindet man zwei Vorteile: Man kauft erstens als Devisenausländer in Österreich mehrwertsteuerfrei Goldmünzen und kann sie nach außen hin anonym auf diesem Depotkonto verwahren lassen. Darüber hinaus wird auch für Wertpapierveranlagungen ein Management angeboten, das ebenfalls anonym durchgeführt werden kann.

Dieser Service, der der treuhändigen Vermögensverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland entspricht, ist gerade für ausländische Anleger bequem, weil es die räumliche Trennung zwischen Bank und Investor gut überbrückt.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß Österreich durch

- die politische und wirtschaftliche Stabilität,
- die liberalen Devisen- und Steuerbestimmungen,
- das gesetzlich fundierte Bankgeheimnis und
- die Möglichkeit, Geld anonym anzulegen

eine „Insel der Seligen" für Kapitalanlagen ist.

H. Schmid ist leitender Mitarbeiter der Abteilung „Kundeneinlagen und Anlageberatung" der Girozentrale Wien

Auf einen Blick

WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Botschaft der Republik Österreich, Johanniterstraße 2, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228 / 23 00 51-53.

Der Österreichische Handelsdelegierte für die Bundesrepublik Deutschland, Bockenheimer Landstraße 2, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611 / 72 13 51.

In Hamburg, Glockengießerwall 14, 2000 Hamburg, Tel.: 040/33 68 60.

Österreichische Fremdenverkehrswerbung in:

Roßmarkt 12, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611 / 2 06 98.

Tauentzienstraße 16, 1000 Berlin 30, Tel.: 030 / 24 80 35.

Tesdorpfstraße 19, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040 / 4 10 20 13.

Komödienstraße 1, 5000 Köln, Tel.: 0221 / 23 32 38.

Rosental 21, 8000 München 2, Tel.: 089 / 2 60 70 35.

Rotebühlplatz 20 D, 7000 Stuttgart, Tel.: 0711 / 22 60 82

IN ÖSTERREICH

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Metternichgasse 3, A-1037 Wien, Tel.: 00 43 222 / 73 65 10-18.

Deutsche Handelskammer in Österreich – Deutsch-Österreichische Außenwirtschaftskammer – Wiedner Hauptstraße 142, A-1150 Wien, Tel.: 0 04 32 22 / 55 45 65.

Zweigstelle in: Getreidegasse 13, A-5020 Salzburg, Tel.:0 04 36 62 / 4 79 52.

Mit der Mark stabil

Von HANNES ANDROSCH

Ab 1973 wurde von den österreichischen Währungsbehörden autonom die europäische „Währungsschlange" als Orientierungsgröße für die Wechselkurspolitik herangezogen. Seit 1976 zielt die österreichische Wechselkurspolitik im wesentlichen auf ein stabiles Verhältnis zwischen Schilling und Mark ab.

Das explizite Ziel der österreichischen Hartwährungspolitik ist ein dreifaches:

1. der Wirtschaft überhaupt, besonders aber der Exportwirtschaft möglichst stabile bzw. vorhersehbare währungspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen;

2. durch eine relative Verbilligung der Einfuhren Stabilität zu importieren und die Inflationsrate niedrig zu halten;

3. auf den exponierten, der internationalen Konkurrenz ausgesetzten Sektor der Wirtschaft einen laufenden Druck zur strukturellen Anpassung und Rationalisierung auszuüben.

Rückblickend kann festgestellt werden, daß diese drei Ziele in sehr hohem Maße erreicht wurden: Der Schilling-Mark-Kurs bewegt sich in einem ganz engen Bereich, Österreich gehört zu den preisstabilsten Ländern unter den Industriestaaten, schließlich hat es in den letzten Jahren im Export deutliche Marktanteilsgewinne verzeichnen können und weist nun wieder eine ausgeglichene bis positive Leistungsbilanz aus.

Hannes Androsch ist Generaldirektor der Creditanstalt Bankverein, Wien

INDUSTRIEANSIEDLUNG / Standortvorteile

47 Prozent in Firmen mit Fremdbeteiligung

Von ERICH SCHMIDT

Mit Österreich verbindet man oft die Vorstellung von einem beliebten Reiseland. Ein Umstand, der sicher wichtig ist, denn der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftssektor für unser Land.

Aber, und diese Vorstellung verbindet man schon weniger oft mit Österreich, unser Land ist auch ein moderner, und wie ich glaube, sehr erfolgreicher Industriestaat. Österreichs Wirtschaftswachstum liegt im Spitzenfeld der europäischen Industriestaaten, die Produktivitätssteigerungen in Industrie und Gewerbe waren in den letzten Jahren stets über jenen vergleichbarer Industrieländer.

Was veranlaßt Österreich, sich um die Ansiedlung ausländischer Unternehmen zu bemühen?

Vorerst muß erwähnt werden, daß wir schon eine lange Tradition und Erfahrung mit ausländischen Investoren haben. Ca. 47 Prozent der Industriebeschäftigten arbeiten in Unternehmen, die zur Gänze mehrheitlich im Besitz ausländischer Gesellschaften sind.

Schwerpunkt in der technischen Industrie

10 Prozent der in Österreich unselbständig Erwerbstätigen sind in Betrieben mit mehrheitlich ausländischer Beteiligung beschäftigt. Haben sich die Firmenneugründungen in den 60er Jahren hauptsächlich auf die Konsumgüterindustrie beschränkt, so haben heute Auslandsinvestitionen ihren Schwerpunkt in den technischen Industriezweigen.

Das Bemühen um Betriebsansiedlungen ist heute eine Aktivität, die nicht nur auf Österreich beschränkt ist. Vielmehr bemühen sich fast alle Industriestaaten, und hier vor allem die kleineren Länder, Investoren in ihr Land zu bekommen. Diese Werbung um Auslandsinvestitionen ist also keineswegs ein Charakteristikum wirtschaftlich weniger entwickelter Staaten, sondern im Gegenteil ein Teil wesentlicher industriepolitischer Tätigkeiten.

Der wirtschaftspolitische Grundgedanke, der die österreichische Regierung veranlaßte, hier besondere Maßnahmen zu setzen, basiert auf der Überlegung, daß ausländische Direktinvestitionen die Wirtschaftsintegration fördern, die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung verstärken und schließlich auch dazu beitragen, handelspolitische Spannungen zu mildern.

Eine Reihe von Vorteilen für den Investor

Letztlich geht es bei der Investorenwerbung darum, eigene Standortvorteile mit den internationalen Interessen aller Beteiligten bestmöglich zu kombinieren. Ich bin davon überzeugt, daß Österreich den ausländischen Investoren eine Reihe von Vorteilen zu bieten hat.

– Österreich bietet ein hervorragend ausgebildetes Potential an Arbeitskräften,
– eine gut ausgebaute Infrastruktur, ein leistungsfähiges Verkehrsnetz und moderne Kommunikationstechniken,
– ein durch die Wirtschaftspartnerschaft garantiertes, ruhiges soziales Klima, in welchem Streiks äußerst selten sind,
– und schließlich bietet der österreichische Staat allen Investoren eine Reihe von Vergünstigungen.

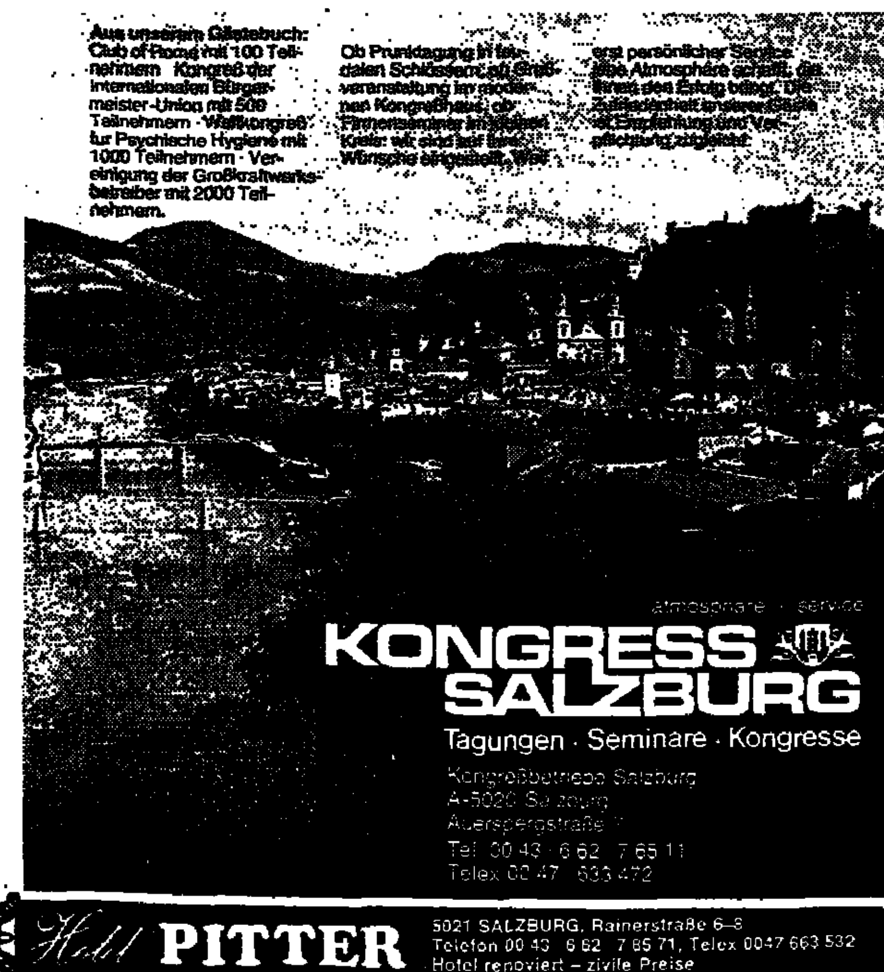
Neben der Möglichkeit einer hohen vorzeitigen Abschreibung (bis zu 50 Prozent im ersten Jahr), billigen Krediten und Haftungsübernahmen kann für verschiedene Regionen auch eine 40prozentige Investitionsprämie in Anspruch genommen werden.

Da diese Förderungen in der Regel kumulativ sind, sind alle mit der Investorenwerbung betrauten Stellen bemüht, dem Investor ein auf ihn maßgeschneidertes Förderungspaket anzubieten.

Die Werbung um Auslandsinvestitionen betreibt aber nicht nur der Bund, der hierfür eine eigene Industrieansiedlungsgesellschaft, die ICD, gegründet hat, sondern auch die Länder und Gemeinden. Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesstellen vorbildlich. Die Förderungen des Bundes werden in der Regel von den Ländern und Gemeinden ergänzt.

E. Schmidt ist Staatssekretär im Handelsministerium

ZEIT DER PUPPEN
WIENER FESTWOCHEN 1984



Hotel PITTER 5021 SALZBURG, Rainerstraße 6–8
Telefon 00 43 · 6 62 · 7 85 71, Telex 0047 663 532
Hotel renoviert – zivile Preise

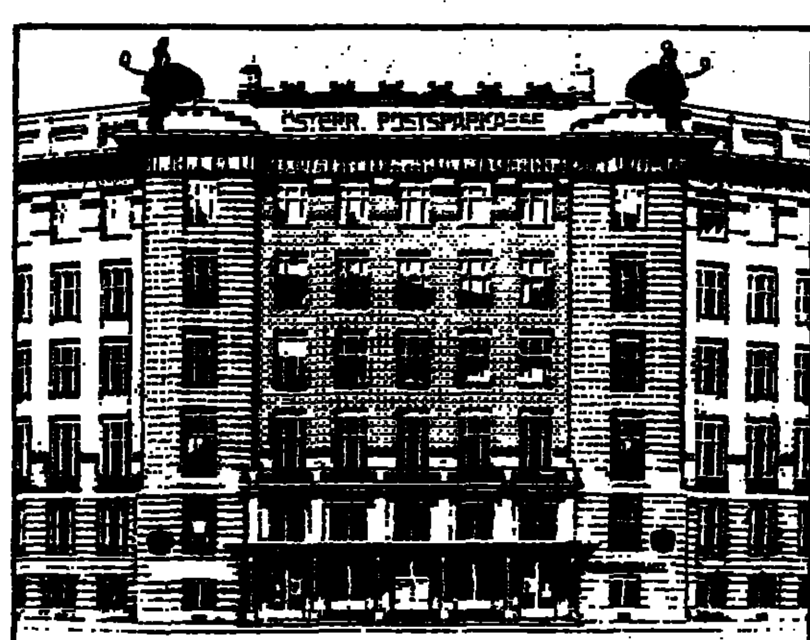
Informationen über Anzeigen in Sonderveröffentlichungen und Dokumentationen

erhalten Sie bei:

DIE ● WELT
Anzeigenabteilung

Kaiser-Wilhelm-Straße 1
2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 3 47 41 28
oder 3 47 44 40

Wir bieten internationalen Bankservice – für deutsche Gäste noch einiges mehr



Wir sind eines der größten Geldinstitute Österreichs. Und das nicht nur was die Bilanzsumme betrifft. Auch unsere Leistungen und unser Filialnetz können sich sehen lassen.

Wir sind die Sparkasse mit dem zusätzlichen Service, die Sparkasse mit dem Service der Post. Und das 2.300 mal in Österreich. Mit kundenfreundlichen Öffnungszeiten.

Unsere Tradition und reiche Bankerfahrung, die bis ins Gründungsjahr 1883 zurückreichen, sowie die daraus entwickelte Leistungsvielfalt machen uns zum geeigneten Partner für Ihre Österreich-Kontakte!

Unsere Leistungsbreite im internationalen Bankgeschäft:
- Internationale Bankverbindungen
- Rasche Durchführung der Überweisungen durch Teilnahme am SWIFT-Datenfernübertragungssystem
- Schnellste Verbindung zu allen Postscheckämtern
- Import-Export-Finanzierungen, Wechselfinanzierungen in in- und ausländischer Währung
- Dokumentengeschäfte

Speziell für deutsche Gäste im Postamt bieten wir:
- Ankauf von DM und anderen Valuten
- Rückzahlungen aus deutschen Postsparbüchern
- Einlösung von deutschen Postschecks

Die P.S.K. Ihre Sparkasse in allen österreichischen Postämtern A-1018 Wien, Georg Coch-Platz 2, Tel. 52 04-0

Ballett bestimmt die Wiener Festwochen. „Zeit der Puppen" ist vom 13.–27. Mai 1984. FOTO: DIE WELT

KÄRNTEN

Ideales Land

Von A. SCHATZMAYR

Das südlichste Bundesland Österreichs gilt seit Jahrzehnten bei in- und ausländischen Investoren als ein Gebiet, in dem ein investitionsfreundliches Klima besteht.

- Arbeitsmarkt
- Arbeitskosten
- Preiswerte Industriegrundstücke
- das typische „Kärntner Klima", das seinen Ausdruck in einem unvergleichlichen sozialen Frieden findet.
- die überdurchschnittlich guten Verkehrsverbindungen, vor allem nach Süd- und Südost-Europa
- ein Expertenteam, in dem alle entscheidenden Institutionen vertreten sind
- Förderungsmöglichkeiten
- Vielfalt der Kärntner Landschaft, die einen hohen Freizeitwert bietet

Interessenten haben die Möglichkeit, während der Hannover Messe 1984 in der Zeit vom 4. bis 8. April weitere Details am Stand der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zu erfahren.

A. Schatzmayr ist Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung der Kärntner Wirtschaft

POSTSPARKASSE / Institut mit Tradition

Eng verbunden mit der Republik Österreich

Die österreichische Postsparkasse (P.S.K.) ist eines der traditionsreichsten- und erfolgreichsten Geldinstitute Österreichs. Die Bilanzsumme von voraussichtlich 126,25 Mrd. S 1983 unterstreicht diese Position. Wenngleich sich das Institut speziell im Mengengeschäft nur unwesentlich von anderen Kreditinstituten unterscheidet, kommt ihm in der österreichischen Bankenlandschaft eine besondere Bedeutung zu.

Sowohl in geschäftspolitischer als auch in betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Hinsicht besteht heute – wie seit der Gründung – ein enges Verhältnis zur Republik Österreich, wenngleich diese nicht mehr Eigentümer der Postsparkasse ist. Die Republik Österreich haftet für alle Verbindlichkeiten des Instituts, andererseits hat der Bund Anspruch auf die Hälfte des jährlichen Reingewinns. Der Vorstand der Postsparkasse – der Gouverneur und die beiden Vizegouverneure – ist verpflichtet, die Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen, hat jedoch hierbei auf die Finanzpolitik des Bundes Bedacht zu nehmen und die Österreichische Nationalbank bei der Erfüllung ihrer währungs- und kreditpolitischen Aufgaben zu unterstützen.

Speziell für den deutschen Urlauber in Österreich halten die Österreichische Postsparkasse und die 2300 Postämter des Landes einen umfangreichen Service bereit. So kann der deutsche Gast bei seinem Besuch im Postamt, wenn er nach Hause telefoniert, Briefmarken kauft oder Postsendungen aufgibt, gleich auch Mark in Schilling wechseln, vom deutschen Postsparbuch Geld abheben und deutsche Postschecks einlösen.

Brachten das P.S.K.-Gesetz 1969, die Novelle 1981 (Emissionsrecht und Garantiegeschäft) und die Novelle 1983 (Überziehungsmöglichkeit auf Geschäfts- und Gehaltskonten) dem Institut passivseitig weitgehende Chancengleichheit mit anderen Kreditinstituten, so ist die Postsparkasse aktivseitig nach wie vor wesentlichen Anlagebeschränkungen unterworfen: Darlehen und Kredite dürfen nur an Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) oder an Kreditnehmer gewährt werden, die über eine Bundes- oder Landeshaftung oder über Wertpapierdeckung verfügen.

S. H.



STEIERMARK

Das Unternehmerland Steiermark bietet ideale Industrie- und Gewerbestandorte mit bester Infrastruktur.

Die Steiermark ist durch den Einsatz modernster Technologien und überdurchschnittliche Innovationsbereitschaft ein zuverlässiger Partner für alle Industriezweige.

Der Fleiß, das hohe Ausbildungsniveau und Qualitätsbewußtsein der Bevölkerung ermöglichen eine rentable Produktion für nationale und internationale Märkte.

Investoren finden durch geeignete Förderungsmaßnahmen und Sonderförderungsaktionen von Land und Bund beste Voraussetzungen vor.

Industrie- und Gewerbeparks stehen mit maßgeschneiderten Betriebsstätten zu günstigsten Bedingungen zur Verfügung.

Initiative Unternehmer wissen: Investieren in der Steiermark lohnt sich!

Es informiert und berät Sie:

BEA STEIERMÄRKISCHE GESELLSCHAFT FÜR BETRIEBSERWEITERUNGEN UND BETRIEBSANSIEDLUNGEN



A-8010 Graz, Radetzkystraße 1. Telefon (0316) 82 4 03, Telex: 032373 bea-gr-a

KÄRNTEN

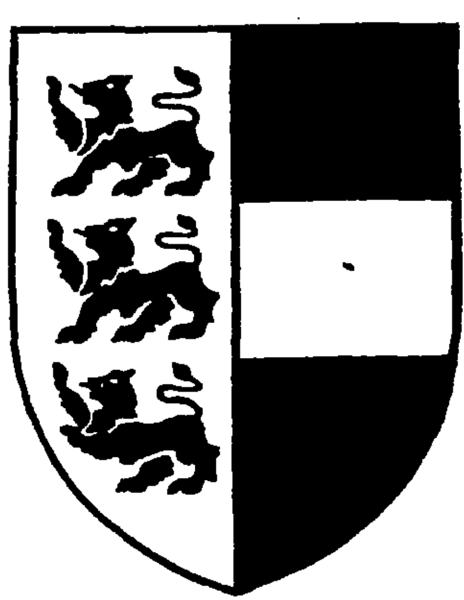
KÄRNTEN bietet

- eine gesunde Wirtschafts- und Infrastruktur
- qualifizierte Arbeitskräfte
- gesicherte Energieversorgung
- landschaftliche Schönheit
- *ausgeglichenes Klima*
- hohen Freizeitwert

NÄHERE INFORMATIONEN:

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER KÄRNTNER WIRTSCHAFT

9010 Klagenfurt, Arnulfplatz 1
Telefon: 0 42 22 / 5 36 - 3 04 15 DW
Fernschreiber Nr. 4 22 393

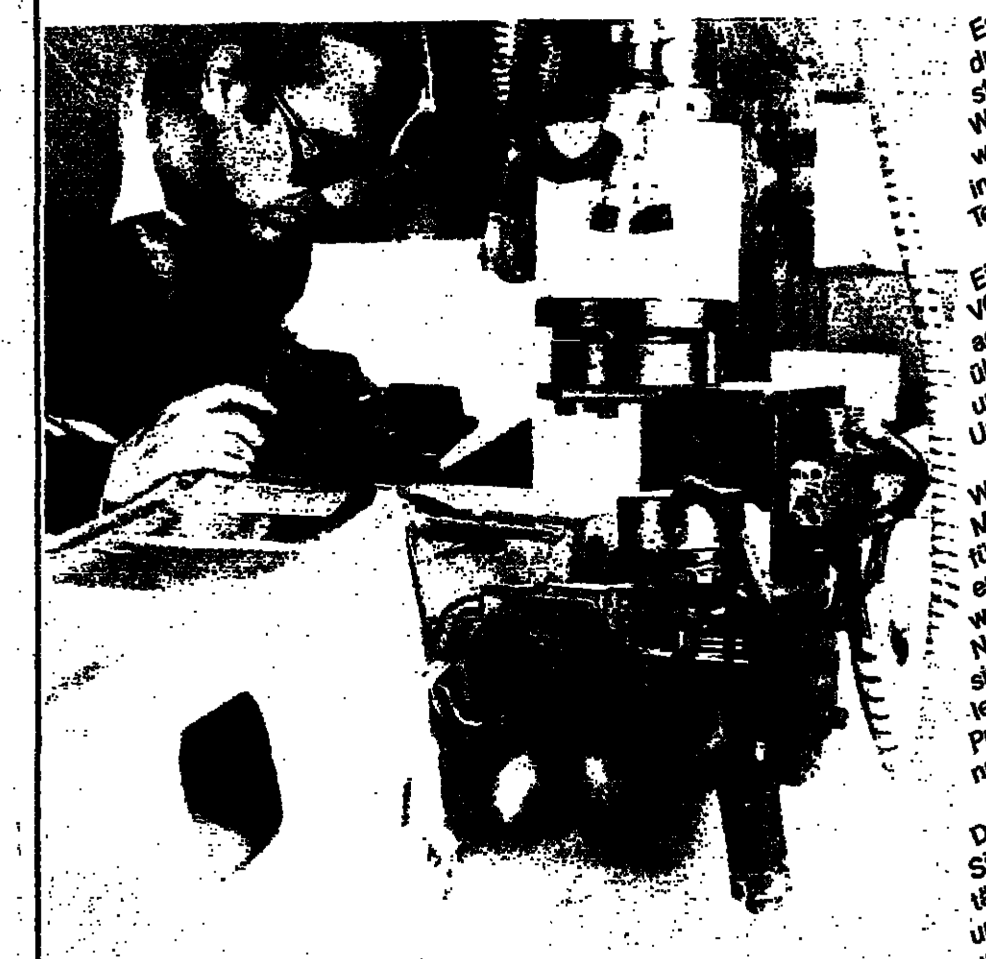


ES GIBT GUTE GRÜNDE, SICH HIER NIEDERZULASSEN:

FÖRDERUNGSMASSNAHMEN:

- Arbeitsplatzprämie
- begünstigte Kredite
- Zinsenzuschüsse
- Bürgschaften
- Kapitalbeteiligungen auf Zeit
- verlorene Zuschüsse für Investitionen in entwicklungsfähigen Gebieten
- verbilligte Industriegrundstücke
- umfassende kostenlose Beratung durch ein Team von Fachleuten in allen Fragen der Industrieansiedlung
- Hilfe bei der Standortwahl und Grundbeschaffung
- Sicherung von Führungspersonal und Arbeitskräften aller Qualifikationen
- Auskünfte über Gesellschafts-, Zoll- und Steuerrecht u. a.

Unsere Botschaft heißt LEISTUNG



Es gibt viele Österreicher, die durch ihre hervorragenden Leistungen den Namen „Austria" in alle Welt getragen und damit zu einem unverwechselbaren Begriff gemacht haben: in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Technik, Politik, Sport und Wirtschaft.

Einer dieser „Österreicher" ist die VOEST-ALPINE Gruppe. Eine weltweit agierende Unternehmensgruppe, die mit über 100 Ländern Geschäftsbeziehungen unterhält. Mehr als zwei Drittel ihres Umsatzes werden im Ausland gemacht.

Wir haben in den letzten Jahren durch Milliardeninvestitionen die Weichen für eine zukunftssichere Programmerneuerung gestellt: durch ständige Ausweitung im Export, Gründung zahlreicher Niederlassungen in fernen Ländern, massive Verstärkung von Handel und Dienstleistungen sowie Umstrukturierung von Produktionen bzw. Diversifizierung in viele neue Produktions- und Leistungsbereiche.

Die Welt schenkt uns ihr Vertrauen. Sie vertraut auf die anerkannt hohe Qualität unserer Produkte, unserer Lieferungen und Leistungen. Und dies nicht von ungefähr.

Denn die Bereitschaft zur Innovation und der Mut, ständig neue Wege zu beschreiten, prägten unser Denken und Handeln.

Sprechen Sie mit den Leuten der VOEST-ALPINE Gruppe: das sind Partner, auf die Sie sich verlassen können.

VOEST-ALPINE GRUPPE: weltweit
ein Name für Leistungen mit bester Empfehlung

VOEST-ALPINE AG
Postfach 2, A-4010 Linz/Austria
Tel. (0732) 585-1, Telex 2207-449 va a

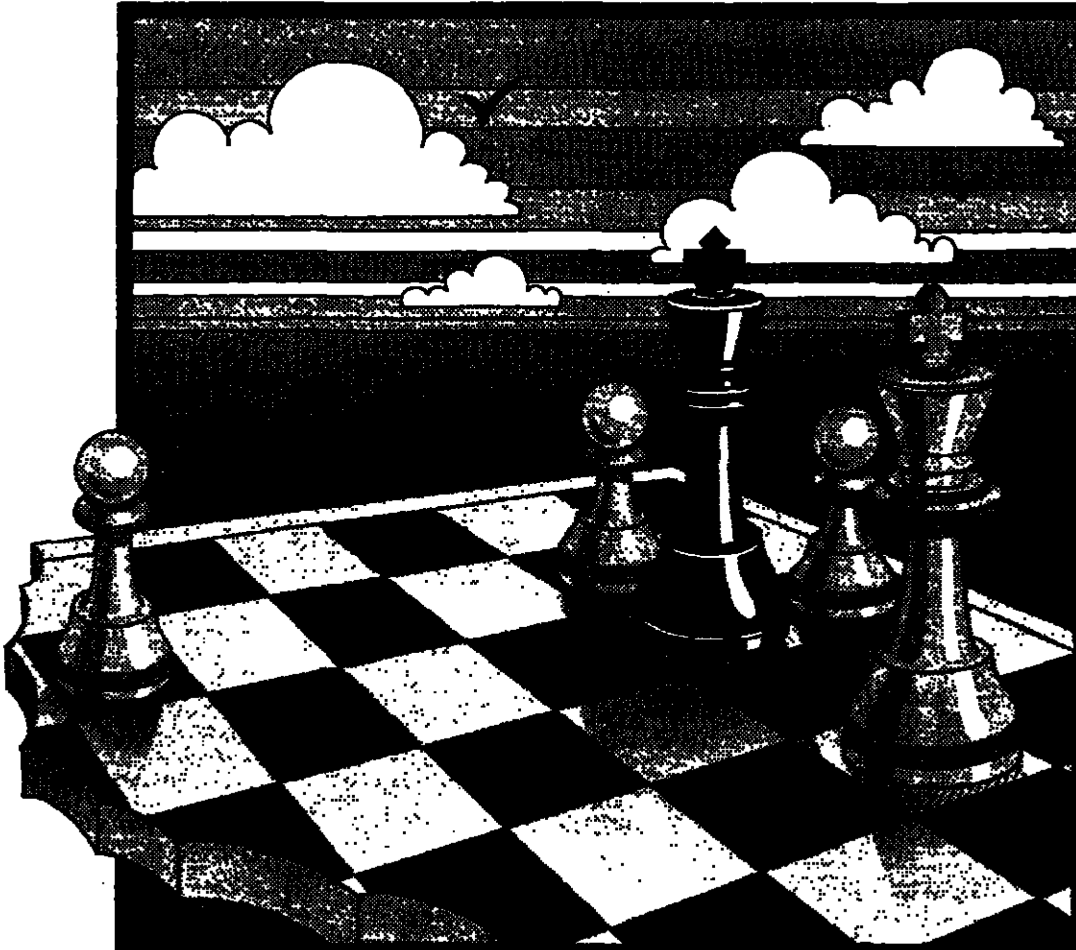
Ein Unternehmen der VOEST-ALPINE GRUPPE
VEREINIGTE EDELSTAHLWERKE AG.

Generalrepräsentanz für die Bundesrepublik Deutschland: VOEST-ALPINE GmbH
Postfach 210324
Eisenheimerstraße 59
D-8000 München 21
Tel. (089) 58 99-1
Telex 05-212702



VOEST-ALPINE AUSTRIA

Lösen Sie es: Weiß ist am Zug und setzt Schwarz in drei Zügen matt.



Wir lösen es: Wie man im internationalen Geschäft zum Zug kommt

Je sorgfältiger die Strategie, desto überlegener die Position. Dies gilt im internationalen Geschäft wie im Schach. *Wir, die Creditanstalt, Österreichs führende internationale Bank,* sind Profis in sämtlichen Sparten des internationalen Geschäfts. Deshalb können Sie von uns als Partner auch außergewöhnliche Leistungen erwarten.

Wir können Ihnen mit einer Reihe von Dienstleistungen helfen, die wesentlichen Anteil an der erfolgreichen Entwicklung der österreichischen Wirtschaft haben.

Fachleute, auf deren Know-how bereits 90 der 100 führenden Unternehmen des Landes zurückgreifen, *stehen zu Ihrer Verfügung.*

Und Sie können auf die volle Unterstützung einer Bank bauen, die im vergangenen Jahr für 40% der gesamten österreichischen Exportfinanzierung verantwortlich zeichnete: eine Bank mit der nötigen Stabilität, Stärke und Erfahrung, um Transaktionen jeder Größenordnung abzuwickeln.

Die internationale Leistungsfähigkeit der Creditanstalt erhält noch eine zusätzliche Dimension durch ihre Präsenz auf den wichtigsten internationalen Finanzplätzen: durch ihre Filialen in London und New York zum Beispiel, ihre Beteiligung an zahlreichen internationalen Unternehmen wie die Wirtschafts- und Privatbank, Zürich, und durch ihre Mitgliedschaft in der EBIC.

Wenn Sie also professionelle Hilfe brauchen, um etwa das Kursrisiko aus Ihrem Exportgeschäft abzusichern, um die Forderungen aus Ihrem Export*geschäft ohne Regreß gegen Sie zu verkaufen,* oder um die Finanzierung eines Großprojektes durch einen syndizierten Eurokredit sicherzustellen (oder auch zur Lösung des Schachproblems), wenden Sie sich an die Creditanstalt.



CREDITANSTALT
Österreichs führende internationale Bank

Creditanstalt-Bankverein, Schottengasse 6, A-1010 Wien. Telefon: (0222) 6622-2560. Telex: 133030.
Filiale London: 29 Gresham Street, London EC2V 7AH. Telefon: 01-726 4511. Telex: 894612.
Filiale New York: 717 5th Avenue, New York, NY 10022. Telefon: (212) 308 6400. Telex: 239895/424700.

Mehr Rußland-Deutsche dürfen in die „DDR"

Die meisten Antragsteller möchten lieber in den Westen

WERNER KAHL, Bonn

Die Sowjetbehörden genehmigen neuerdings – offenbar nach einem mit der SED-Führung abgestimmten Plan – verstärkt die Aussiedlung von Deutschen in die „DDR". Nach Angaben zuständiger Stellen in Bonn gibt es Anzeichen für erhöhte Ausreisen deutschstämmiger Familien vor allem aus asiatischen Sowjetprovinzen nach Mitteldeutschland. Mehrere hundert Familien wurden in den vergangenen Wochen im Bezirk Dresden in leerstehende Wohnungen ehemaliger „DDR"-Bewohner, die im gleichen Zeitraum in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen durften, eingewiesen.

Ob es sich dabei um eine Aktion parallel zu der am Jahresbeginn angelaufenen Ausreise für „DDR"-Bürger in den Werten handelt, war in der Bundeshauptstadt gestern nicht bekannt. Der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Jürgen Schilling, hatte vor kurzem darauf hingewiesen, daß von rund 50 000 Rußland-Deutschen Anträge zur Zusammenführung mit Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland vorliegen. Im vergangenen Jahr erhielten jedoch nur 1447 Deutsche die Genehmigung zur Ausreise in den Westen. Dies sei der niedrigste Stand seit zwölf Jahren, betonte der DRK-Generalsekretär.

Vor die Wahl gestellt

Deutsche, die in der UdSSR teilweise seit mehr als einem Jahrzehnt und länger ihre Ausreise fordern, werden jetzt zunehmend vor die Wahl gestellt, den künftigen Wohnsitz innerhalb der „DDR" zu nehmen oder ihren Antrag zurückzuziehen. Die Alternative Bundesrepublik Deutschland gebe es nicht, wurde aus Kasachstan bekannt.

Politische Beobachter der Vorgänge um die derzeitige Ausreiseaktionen wollten gestern nicht ausschließen, daß die SED-Führung mit der Übersiedlung von Rußland-Deutschen zwei Erwartungen verbindet. Die an entbehrungsreiches Leben in größter Armut gewöhnten arbeitsamen Neubürger könnten in Mitteldeutschland seßhaft werden und Lücken füllen oder im Fall hartnäckigen Bestehens auf Ausreise in die Bundesrepublik gegen materielle Gegenleistungen der Bundesregierung an Bonn „verkauft" werden. In diesem Fall wäre die Ostberliner Regierung eine Art Zwischenhändler in der Familienzusammenführung.

Aussiedler aus der Sowjetunion, die unter Druck zunächst einer Ausreise in die „DDR" zustimmen, es aber nach der Ankunft ablehnen, die „DDR"-Staatsbürgerschaft anzunehmen, erwarten drakonische Strafen.

Drakonische Strafen

In Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) wurden nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) bereits im Vorjahr Angehörige der Familie Lukas zu Freiheitsstrafen zwischen einem und zwei Jahren verurteilt. Die Eltern, sowie beide Kinder und eine Schwiegertochter hatten die Entlassung aus der Sowjet-Staatsbürgerschaft erreicht, aber die Annahme der „DDR"-Staatsbürgerschaft verweigert. Sie wollen in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen.

Als schwere Belastung der Bemühungen um humanitäre Regelungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bezeichnete die IGfM-Sprecherin Wanda Wahnsiedler gestern auf Anfrage der WELT den Fall der Familie Dewiwję in Moskau. Die Familie bemühe sich seit fünf Jahren um die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland zu hier lebenden Verwandten. Mehr als 150 Gesuche blieben ohne Antwort, Absagen wurden lediglich mündlich erteilt.

In der vergangenen Woche habe sich eine Moskauer Chirurgische Klinik außerstande erklärt, den an einem akuten Herzleiden erkrankten Ehemann Bruno Dewiwje zu behandeln, teilte die IGfM mit. Nach telefonischer Auskunft der Ehefrau sei die Familie gleichzeitig obdachlos geworden, weil ein Moskauer Hotel bei einem Todesfall Schwierigkeiten mit den Behörden fürchtete. Auf das Angebot einer Tübinger Klinik, den Patienten sofort zu behandeln, hat das sowjetische Innenministerium bisher nicht reagiert.

Kollektivierung durch die Hintertür?

JOACHIM GÖRLICH, Bonn

Eine Zusammenfassung der knapp 3 Millionen freien Bauernbetriebe zu 450 000, etwa 16 Hektar großen Landwirtschaftsbetrieben hat in einer „Polarisierungsstrategie" der Direktor des „Instituts für Agrarwirtschaft" in Warschau, Professor Augustyn Wos, vorgeschlagen. Wos, der bereits persönlicher landwirtschaftlicher Berater des früheren Parteichefs Gierek war, hat heute dieselbe Funktion unter KP-Chef General Jaruzelski inne. Der Agrarwissenschaftler will die rund 1 Million Kleinbetriebe, die bis zu 3 Hektar groß sind, völlig liquidieren. Die Zahl der bereits bestehenden 16 Hektar großen Landwirtschaftsbetriebe beträgt heute 150 000.

Sowohl die Untergrundzeitung „Glos Wolnego Robotnika" (Stimme des freien Arbeiters) als auch das polnische Bauernorgan im Exil, „Jutro Polski" (Tomorrow of Poland) in Harrow bei London, weisen darauf hin, daß Wos seit den siebziger Jahren einer Verstaatlichung der polnischen Landwirtschaft durch die Ausdehnung der Staatsgüter das Wort redet. Zudem lasse er völlig offen, was mit der Million Kleinbauern und ihren Familien werden soll.

Rote Flotte übt im Nordatlantik

dpa, London

Im Nordatlantik wird derzeit der größte sowjetische Flottenverband zusammengezogen, der jemals in dieser Region beobachtet worden ist. Dies hat das britische Verteidigungsministerium am Dienstag mitgeteilt. Das Kampfgeschwader soll offensichtlich zwischen Norwegen und Island operieren. Die sowjetischen Schiffe sind offensichtlich während der vergangenen zwei Tage aus der Ostsee und aus Positionen im Nordmeer zusammengezogen worden. Sie manövrierten gestern in einer Region nördlich der Shetland-Inseln sowie vor Grönland und dem Nordkap. NATO-Kreise vermuten, daß hier möglicherweise das größte Flottenmanöver eingeleitet worden ist, „das man je in atlantischen Meeren gesehen hat". Westliche Geheimdienste beobachten die Flotte, sie schienen jedoch von dem Aufmarsch überrascht worden zu sein.

USA entwickeln Satelliten-Killer

Bericht Reagans an Kongreß: Sowjets besitzen solche Waffen schon seit zehn Jahren

TH. KIELINGER, Washington

In einem Bericht an den Kongreß hat US-Präsident Ronald Reagan jetzt angekündigt, daß seine Regierung energisch an die Entwicklung eines amerikanischen Anti-Satelliten-Systems herangehen werde. Gleichzeitig erklärte der Präsident, daß er keine umfassenden Abrüstungsgespräche mit den Sowjets in diesem Bereich anstreben werde. Ein vollständiges Verbot aller Weltraum-Waffen sei nicht erreichbar, weil nicht verifizierbar, betonte er. Ein solches Verbot hatte die Sowjetunion im März vorgeschlagen.

Der Kongreß hatte die vom Pentagon für das laufende Haushaltsjahr verlangten 20 Milliarden Dollar Forschungsmittel für das amerikanische Anti-Satelliten-System eingefroren, solange die Regierung nicht bis Ende März eine Beschreibung ihrer Pläne und der möglichen Abrüstungsschritte vorgelegt habe.

In dem Bericht, der vom 31. März datiert ist, wird betont, daß die Sowjetunion bereits seit über zehn Jahren über eine Anti-Satelliten-Waffe (auch „Killer-Satellit" genannt) verfüge. Außerdem arbeiten die Sowjets an bodengestützten Laser-Waffen mit möglicher Anti-Satelliten-Anwendung sowie an nuklearbestückten Abfangraketen, die von der Erde aus gegen Systeme im Weltraum abgefeuert werden können.

Das am weitesten fortgeschrittene amerikanische Forschungsprojekt der Anti-Satelliten-Entwicklung Asat konzentriert sich auf den Abschuß einer Rakete, die von einem F-15-Kampfbomber bis an den Rand der Atmosphäre getragen wird. Die Rakete entläßt aus ihrer Bahn schließlich ein Miniaturgerät mit Infrarot-Sensoren, die es genau in das anvisierte Ziel hineintragen.

Das gegenwärtige Anti-Satelliten-System der Sowjets sowie das geplante amerikanische Gegenstück dazu operieren beide bisher noch in niedriger Erdumlaufhöhe. In diesem Bereich kreisen sowjetische Aufklärungssatelliten, die die Bewegung und Dislozierung der Kontingente des Westens verfolgen und Raketen gegen sie dirigieren könnten. Aber auch die Entwicklung sowjetischer Anti-Satelliten in großer Erdumlaufhöhe kann nach Meinung der Amerikaner nicht ausgeschlossen werden. Dies wäre die bei weitem gefährlichste Situation, da die USA in Erdumlaufbahnen von über 5000 Metern Höhe jene Satelliten kreisen lassen, die Raketentests und die Einhaltung bestehender Raketen-Abrüstungsverträge beobachten können.

In diesem Bereich ist Washington daher bereit, mit den Sowjets über eine Begrenzung des „Killer"-Satelliten-Potentials zu sprechen. Asat-Systeme oberhalb dieser Grenze wären dann geächtet, unterhalb dagegen beiden Seiten erlaubt.

Die Administration will sich nicht ihr ambitioniertestes Projekt nehmen lassen, die Erforschung der Möglichkeit neuer Defensivtechnologien gegen feindliche Raketen. Dieses Konzept, zurückgehend auf Präsident Reagans „Krieg-der-Sterne"-Rede vom März 1983, sieht unter anderem Raketen-Abfangsysteme vor, die mit Hilfe von aus dem Raum reflektierten Laser- oder Teilchenstrahlen feindliche Sprengköpfe bekämpfen, ehe sie das eigene Territorium erreichen.

Schmidt rät von baldigem Gipfel ab

TH. KIELINGER, Washington

Im Gegensatz zu seinem Nachfolger im Kanzleramt hat Altbundeskanzler Helmut Schmidt auf einem deutsch-amerikanischen Symposium in der Nähe Washingtons davon abgeraten, gerade jetzt nach einem Gipfeltreffen der beiden Supermächte zu rufen. „Ich würde nicht darauf drängen", sagte Schmidt am ersten Tag eines dreitägigen Seminars, das die Universitäten Tübingen und Maryland (College Park) gemeinsam abhielten.

Schmidt begründete seinen Rat mit Unsicherheiten auf beiden Seiten, die erst ausgeräumt werden müßten, ehe ein Kontakt auf der höchsten Ebene sinnvoll sein könne. Die Sowjets, so sagte er, könnten zur Zeit ihr amerikanisches Gegenüber nicht richtig einschätzen, da Washington mit seinen rüstungspolitischen Vorschlägen vor allem zur Satelliten-Forschung und zum ABM-Vertrag neue Fragen aufwerfe.

Tschernenko andererseits sei in den Augen der Amerikaner kein mit großer Machtfülle versehener Gesprächspartner, wie sie ihn vor anderthalb Jahren in Andropow gefunden hätten. „1984 wäre ein Gipfeltreffen weniger ergiebig, als das Ende 1982 der Fall gewesen wäre", argumentierte Schmidt.

Der Altbundeskanzler wiederholte seine kürzlich in einer Entgegnung auf den Kissinger-Aufsatz vorgetragene Ansicht, daß eine Verringerung der US-Truppen in Europa „kein Unglück" zu sein brauche, vorausgesetzt, die deutsch-französische Zusammenarbeit sei bereits weit genug erstarkt, um sicherheitspolitisch den Abzug der Amerikaner aufzufangen.

Ein Unglück wäre es nur, wenn die Amerikaner mit dem Abzug als Drohmittel operieren wollten, wie Kissinger es selber in seinem „Time"-Aufsatz andeutete. „Ich würde die USA nicht mehr auf Knien bitten, ihre Truppen in Europa zu belassen", sagte Schmidt, „nur um mir dann sagen zu lassen, ich täte aber nicht genug für meine eigene Verteidigung."

Die Tagung in Maryland überschnitt sich mit einem Zusammentreffen der „Trilateralen Kommission" in Washington, wo rund 200 Teilnehmer aus den USA, Europa und Japan ein gemeinsames Papier verabschiedeten, das der industrialisierten Welt aus ihrer gegenwärtigen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Problematik heraushelfen soll. Den Japanern wird darin eine verstärkte Rolle bei der Hilfe für die Dritte Welt, die Entwicklung der eigenen Verteidigung und die Bereitstellung von Kapital und Technologie für die Überholung der westeuropäischen Industrien geraten.

Die Europäer müßten sich verstärkt der „Rationalisierung" ihrer Industrien zuwenden, da sie sonst „technologische Rückständigkeit" in Kauf nehmen müßten. Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit schlägt der Bericht auch vor, die Europäer sollten auf eine kürzere Arbeitszeit der Werktätigen hinarbeiten, entweder durch längere Ausbildungsfristen, eine verkürzte Arbeitswoche, längere Ferien, frühere Pensionierung oder eine Kombination dieser Elemente.

Sieg Reagans bei Hilfe für El Salvador

AP/rtr, Washington

US-Präsident Reagan hat im Senat in Washington bei seiner Politik gegenüber El Salvador einen wichtigen Abstimmungssieg errungen. Mit 63 gegen 25 Stimmen lehnte der Senat einen Antrag des demokratischen Senators Edward Kennedy ab, die Militärhilfe für El Salvador um weitere 21 Millionen Dollar zu kürzen.

Das Weiße Haus und Vertreter des Senats hatten sich zuvor auf eine Kompromißsumme von 61,7 Millionen Dollar geeinigt. Ursprünglich hatte die Regierung 93 Millionen Dollar gefordert. Nach ihren Angaben wird das Geld dringend dafür gebraucht, eine Störung oder gar Verhinderung der Präsidentschaftswahlen in El Salvador zu vermeiden.

„Was bisher mit Militärhilfe erreicht werden konnte, ist schon erreicht", sagte Kennedy vor der Abstimmung im Hinblick auf die Militärhilfe in Höhe von mehr als 262 Millionen Dollar, die von den USA insgesamt seit 1980 mit Zustimmung des Kongresses El Salvador gewährt wurde. „Durch weitere Eskalation der Militärhilfe würden wir den Einsatz (im salvadorianischen Bürgerkrieg) nur noch mehr eskalieren und damit auch den Konflikt noch ausweiten", fügte er hinzu.

Mehr Agenten aus dem Ostblock

ms. Bonn

Der Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz für das Jahr 1983, den Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) am Freitag in Bonn vorlegen wird, registriert eine Zunahme östlicher Spionageaktivitäten. Vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Technologie sind in verstärktem Maß Spionagebemühungen der „DDR" und der osteuropäischen Staaten bekanntgeworden.

Unverändert ist die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Aspekt Extremismus und Terrorismus. Hier vermerkt der Bericht, daß sich neue Gruppen gebildet haben und verdeckt operieren. Es gebe aber keinen Anlaß zur Dramatisierung. Die Grenzen zwischen Extremismus und Terrorismus werden als „fließend" bezeichnet.

4-158

Im Zeichen des Tigers in Malaysia investieren.

Der Tiger ist das Symbol von Malayan Banking, Malaysias größter Bankengruppe. Wenn es um Malaysia geht, nutzen Sie uns als Ihren Finanzberater. Wir bieten Ihnen einen umfassenden Service. Wir besitzen die Stärke, die Größe und die genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Sie brauchen. Wir verfügen über einen Stab von Experten, die mit allen Bereichen der malaysischen Industrie und den großen internationalen Finanzzentren bestens vertraut sind. Sie können die für Sie richtige Finanzierungsart sicherstellen, Sie über regierungsamtliche Verfahren beraten und Ihnen weiteren Finanzservice bieten. Wenn Sie also Investitionen planen oder in Malaysia Geschäfte abwickeln: Nutzen Sie die Stärke von Malayan Banking. Wir sind in Deutschland vertreten.

INSGESAMT ÜBER 6,6 MILLIARDEN U.S.$ AKTIVA
•
ÜBER 180 ZWEIGSTELLEN IN MALAYSIA UND IM AUSLAND
•
ÜBER 1,5 MILLIONEN KONTOINHABER
•
DIE GRÖSSTE BANKENGRUPPE IN MALAYSIA
SIE UMFASST GESCHÄFTS- UND MERCHANTBANKEN, FINANZIERUNGS-, LEASING- UND VERSICHERUNGS-GESELLSCHAFTEN

MALAYAN BANKING BERHAD
Malaysias größte Bankengruppe

Malayan Banking Berhad • Niederlassung Hamburg
Ballindamm 13 · 2000 Hamburg 1
Telefon: (040) 308002-0 · Telex: 213049
Geschäftsleitung: Dr. jur. E. A. Bleibaum · Kurt B. Stahl

Journal für Informationsverarbeitung

online plus

Management des modernen Papieroutput.

online plus zeigt Ihnen den Weg. Sagt Ihnen, wie der EDV-/ORG-Leiter die Logistik des Output-Managements in den Griff bekommt, den Schichtbetrieb koordiniert und den Output verteilt.

»Modernes Management hebt die Wirtschaftlichkeit der EDV.« Das ist das Schwerpunkt-Thema dieses Sonderdrucks.



Aus dem Inhalt:

- Output steuern von der Quelle bis zur Mündung
- Papierberge wachsen trotz Bildschirm
- Dialog zwischen Mikro und Mainframe
- Wann und warum überhaupt Computerdaten auf Mikrofilm
- Wirtschaftlicher EDV-Output
- Am Ende steht die Poststraße

Bestell-Coupon

Ja, ich bestelle hiermit _____ Exemplare der Sonderausgabe online plus zum Preis von DM 6,50/Stück (inkl. Versandspesen).

Name/Vorname

Firma

Straße/Ort

Datum/Unterschrift

Bitte den Coupon ausschneiden und einsenden an:

Verlagsgesellschaft Rudolf Müller GmbH
Postfach 410949
5000 Köln 41

Alter Hut

cd. – Ein Schauer läuft vielen Bundesbürgern – auch Kleinstsparern – über den Rücken bei dem Gedanken, daß es ihnen nicht mehr selbst überlassen bleibt, Einkommensteuer auf Zinsen aus Sparbüchern und festverzinslichen Papieren an den Fiskus abzuführen, sondern daß sie statt dessen nur noch die um die Steuer gekürzte Zinszahlung bekommen. Dennoch wird die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) nicht müde, diesen alten Hut, der selbst von der sozialliberalen Bundesregierung zu den Lumpen geworfen wurde, wieder zu verkaufen.

Mit einer Quellensteuer sei eine bessere Erfassung „risikoloser Kapitaleinkünfte" möglich, so die ASU, und sie glaubt, auf diese Weise bekäme der Finanzminister mehr Geld zur Umverteilung bei der Steuerreform in die Kasse. Zwar gäbe eine Gleichbehandlung von Kapitaleinkünften einen Sinn, denn Aktionäre müssen ihre Dividenden schon immer sofort versteuern. Aber es ist mehr als fraglich, ob ein Quellensteuerabzug bei Zinseinkünften mehr Bürger animieren würde, Erspartes in Risikokapital statt festverzinslich anzulegen.

Die ASU macht eine Milchmädchenrechnung auf. Man kann es doch an fünf Fingern abzählen, daß die ohnehin weit verbreitete Steuerverdrossenheit Geld ins Ausland abwandern läßt, was nur mit strenger Devisenkontrolle zu verhindern wäre. Und manchem würde die Lust am Sparen vergehen. Der Finanzminister bekäme dann auch nicht mehr in die Kasse, und zudem drohten die Zinsen zu steigen, womit weder dem Fiskus gedient wäre noch den Unternehmen; denn beide sind auf Kredite angewiesen. Man sollte lieber alles lassen wie es ist.

Gesetzes-Flut

gtm (Stockholm) – Schwedens Parlamentarier haben 1983 einen unrühmlichen Rekord aufgestellt. Sie verabschiedeten 85 neue Gesetze, die der Wirtschaft zusätzliche Kosten auferlegen oder bereits bestehende erhöhen sowie neue Verbote brachten. Damit wurde die bisherige Bestleistung von 1974 (58) erheblich überboten. Dies ermittelte der frühere Direktor im Arbeitgeberverband, Björn Tarras-Wahlberg, der vor einigen Jahren die provozierende Frage stellte: „Stirbt Schweden an der Gesetzesflut?" Er hat seine früheren Untersuchungen ergänzt und stellt jetzt fest, daß von 1971–1983 an jedem neunten Tag ein Gesetz oder eine Verordnung in Kraft trat, die der Wirtschaft das Leben schwerer machte, insgesamt 545. 272 gingen auf das Konto der sozialdemokratischen Regierung (1971–1976) und 211 auf das der Bürgerlichen (1977–1982). Dies nimmt Tarras-Wahlberg als Beweis, daß die Sozialdemokraten bereit sind, die Handlungsfreiheit der Unternehmen einzuschränken.

HANNOVER-MESSE / Bei der Eröffnung zeigt sich Lambsdorff optimismistisch

Der Erholungsprozeß hat seit letzten Herbst erheblich an Kraft gewonnen

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Voraussetzungen dafür, daß sich der Anstieg der Weltkonjunktur weiter fortsetzen wird, sind günstig. Diese Ansicht vertrat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestern abend bei der Eröffnung der Hannover-Messe. In den meisten Industriestaaten, so der Minister, habe sich der „hausgemachte Kostendruck" erheblich vermindert. Gleichzeitig sei die Inflationsrate auf dem niedrigsten Stand seit über zehn Jahren. Ausgesprochen günstig beurteilt Lambsdorff die Entwicklung in der Bundesrepublik. Der konjunkturelle Erholungsprozeß habe seit dem Herbst „erheblich an Kraft und Breite gewonnen".

Die jüngsten Zahlen deuteten darauf hin, daß die im Jahreswirtschaftsbericht genannte Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts von 2,5 Prozent deutlich übertroffen würden. Lambsdorff: „Würden wir den Bericht heute geschrieben haben, hätten wir – bei ebenso vorsichtiger Einschätzung wie damals – eine höhere Rate hineingeschrieben." Nach dem privaten Verbrauch seien inzwischen auch vom Export deutlich verstärkte Impulse für die konjunkturelle Wende ausgegangen. Schließlich sei auch die Investitionsgüternachfrage angesprungen. Dies alles sei ohne staatliche Nachfrage-Anstöße in Gang gekommen, so daß von einem sich selbst tragenden Aufschwung gesprochen werden könne.

Bei allen wirtschaftspolitischen Erfolgen bleibt nach den Worten des Ministers mit der hohen Arbeitslosigkeit „ein kräftiger Schatten". Dieses Problem bleibe die große Herausforderung der achtziger Jahre. In diesem Zusammenhang widersprach Lambsdorff der Auffassung, die Arbeitslosigkeit lasse sich primär durch Arbeitszeitverkürzung oder Umverteilung der Arbeit lösen. Zwar könne Arbeitszeitverkürzung bei flexibler Anwendung durchaus hilfreich sein; die Vorruhestandsregelung sei ein Schritt in die richtige Richtung. Angesichts der Dimensionen der Probleme auf diesem Gebiet würden aber solche „defensiven Strategien" keinen wirklich wesentlichen Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsfrage leisten können. Das Konzept einer Beschleunigung in Richtung 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich halte er für „gänzlich verfehlt".

Um die Arbeitslosigkeit zusätzlich bekämpfen zu könen, würde mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt benötigt. Hier seien vor allem die Tarifparteien gefordert. Er plädiere nicht für das „simple und falsche Konzept" der Herabsetzung von Löhnen. Künftige Lohnsteigerungen aber müßten Raum lassen für die Stärkung der Finanzkraft der Unternehmen, um deren Investitionskraft zu stärken. Ferner sei eine Auflockerung von Gesetzen notwendig, die die Beweglichkeit des Arbeitsmarktes einengten. Zahlreiche Schutzvorschriften gingen zu Lasten von Arbeitsuchenden. Die Bundesregierung halte es für erforderlich, über Änderungen nachzudenken und zu entscheiden. Dabei gehe es keineswegs um die Demontage sozialer Schutzrechte.

Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, forderte auf derselben Veranstaltung die Bundesregierung auf, den Kurs der Konsolidierung der Staats- und Sozialfinanzen fortzusetzen. Um dynamische Wachstumskräfte in der Wirtschaft zu aktivieren, müßte der durch unzählige Gesetze erhöhte Verwaltungsaufwand entlastet werden. Auch das Arbeitsrecht bedürfe einer größeren Flexibilität.

Auch Esser bezeichnete das derzeitige wirtschaftliche Klima als gut. Wenngleich in verschiedenen Branchen noch Probleme zu beobachten seien und außen- und binnenwirtschaftliche Risiken bestünden, sei es durchaus realistisch, ein Wachstum von eher mehr als 2,5 Prozent zu veranschlagen. Entscheidende Bedeutung aber komme der Lohn- und Tarifpolitik dieses Jahres zu. Für die Arbeitgeber sei die Ablehnung der 35-Stundenwoche kein Dogma, sondern allein an der wirtschaftlichen und sozialen Vernunft orientiert. Esser ließ keinen Zweifel, daß sich die Arbeitgeber einem denkbaren Arbeitskampf stellen und ihn mit Geschlossenheit führen würden.

IFO-PROGNOSE

Wachstumskräfte haben den Investitionsbereich erfaßt

DANKWARD SEITZ, **München**

Die konjunkturelle Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik steht weiterhin im Zeichen des Aufschwungs. Nach einer Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung kann die deutsche Industrie im laufenden Jahr mit einem Produktionsanstieg um voraussichtlich vier Prozent rechnen, nachdem 1983 ein Plus von einem Prozent und seit Herbst 1982 eine Zunahme von etwa sieben Prozent zu verzeichnen war. Bei bis in jüngster Zeit kräftig zunehmenden Bestellungen haben sich die Absatzaussichten dieses Wirtschaftszweiges fortschreitend verbessert. Sehr wesentlich sei dabei, daß sich diese sehr günstige Entwicklung sowohl auf das Inlands- wie auf das Auslandsgeschäft erstreckt und fast die ganze Breite des verarbeitenden Gewerbes erfaßt habe.

Während der bisherige Aufschwung im wesentlichen aber vom Produktionsgütergewerbe getragen worden sei, wird nach Ansicht des Ifo-Instituts die weitere, wenn auch abgeschwächte Konjunkturerholung 1984 von der Nachfrage nach Investitionsgütern getragen. Schon seit Herbst 1983 erhole sich auf diesem Gebiet die Inlandsnachfrage spürbar, nachdem sie über weite Teile des vergangenen Jahres als Reaktion auf den Nachfrageschub, den die Investitionszulage ausgelöst hatte, sehr zurückhaltend war. Auch die Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen lasse eine weitere Belebung der Investitionsneigung erwarten.

Gewisse Risiken sieht das Ifo in der Auslandsnachfrage, dennoch dürfte sie in den meisten Branchen so kräftig bleiben, *daß sie eine* – wenn auch deutlich schwächere – Expansion der Ausfuhren im Jahresverlauf zuläßt. Rückschläge müßten für die nächste Zeit vor allem in den Bereichen des verarbeitenden Gewerbes in Rechnung gestellt werden, die bisher von der Stärke des US-Dollar stark begünstigt wurden. Schließlich würden sich aber die positiven und negativen Elemente der Festigung der D-Mark zugunsten der Binnenkonjunktur saldieren, so daß mit zusätzlichen Impulsen für die Produktionstätigkeit zu rechnen sei.

Als einen wichtigen Indikator dafür, daß sich die Investitionsneigung verstärkt, wertet das Ifo die Inlandsnachfrage im Maschinenbau. Befürchtungen, daß es nach dem Auslaufen der Investitionszulage an Anschlußaufträgen fehlen würde, hätten sich als gegenstandslos erwiesen. Im Durchschnitt der Monate November 1983/Januar 1984 hätte die Nachfrage das zweite Quartal 1983 real um knapp fünf Prozent übertroffen und bereits das durchschnittliche Umsatzniveau von 1983 erreicht. Zudem spreche auch die konjunkturelle Entwicklung im Ausland dafür, daß das Exportgeschäft weiter anzieht. Insgesamt könne die Branche mit einem um mindestens drei Prozent höheren Produktionsergebnis rechnen.

Gründungs-Welle

Von HEINZ STÜWE

Die Zahlen für sich betrachtet bieten eigentlich Grund zur Zufriedenheit: Die Welle von Unternehmensinsolvenzen ist im vergangenen Jahr bei knapp 12 000 zum Stillstand gekommen. Zudem seit Mitte letzten Jahres werden wieder mehr Unternehmen gegründet. Die Liste der Neueintragungen ins Handelsregister, 1982 recht bescheiden ausgefallen, hat sich um etwa 13 Prozent verlängert. Die für den gleichen Zweck gewährten Finanzierungshilfen des Bundes sind in den letzten Monaten gefragter denn je.

Ist damit die erhoffte Existenzgründungswelle bereits da, die oft beschworene Erneuerung der Wirtschaft durch junge und innovative Unternehmen längst in Gang? Solch vorschnelle Euphorie dämpfen vor allem jene, die tagtäglich mit gründungswilligen Unternehmern zu tun haben. Die Masse der Gründungen lasse keinen Schluß auf die Qualität zu, heißt es übereinstimmend bei Kammern und Unternehmensberatern. Nicht nur Kapital fehlt den Neu-Unternehmern, bei vielen hapert es auch an kaufmännischen Fähigkeiten und Marktkenntnissen. Ein Mangel, der das Abenteuer Selbständigkeit zuweilen schnell beendet.

Die Sorge der Kammern, daß die hohen Gründungszahlen von heute die Insolvenzen von morgen programmieren könnten, macht erst den derzeitigen Streit um die Existenzgründungsförderung verständlich. Wird nicht durch Programme wie die Eigenkapitalhilfe des Bundes, die nur zwölf Prozent an Eigenmitteln des Gründers voraussetzt, erst ein Arbeitsloser dazu verleitet, sich selbständig zu machen, obwohl er keine Voraussetzungen dafür mitbringt? Und wie soll das junge Unternehmen, so schwer mit Schulden belastet, nach zwei oder drei Jahren die erste Erweiterung finanzieren? Berechtigte Fragen, die den kritischen Punkt eines Förderinstruments beleuchten, das den Zweck hat, im Gründungszeitpunkt fehlendes Eigenkapital zu ersetzen.

Mit dem Darlehen von höchstens 400 000 Mark, ohne Sicherheiten auf 20 Jahre gewährt, können die eigenen Mittel auf bis zu 40 Prozent der Investitionssumme aufgefüllt werden. Die Konditionen, zwei zinsfreie Jahre, danach zwei, drei und fünf Prozent, vom sechsten Jahr an schließlich der Marktzins sowie zehn Jahre ohne Tilgung, zeigen eine schlüssige Konzeption. Der Gründer soll mit künstlichem Eigenkapital in die Lage versetzt werden, die Anlaufverluste zu verkraften und erst dann zur Kasse gebeten werden, wenn sich das Unternehmen gefestigt hat.

Gewiß gibt es unter den 7 600 im letzten Jahr Geförderten, obwohl ein fachliches Gutachten einer Kammer oder Unternehmensberatung gefordert wird, manchen Subventionskünstler und sicher ist an den Konditionen einiges verbesserungsfähig. Deshalb jedoch auf ein ganz anderes Pferd zu setzen ist wenig sinnvoll. Das vieldiskutierte Existenzgründungssparen kann die bisherigen Instrumente allenfalls ergänzen, mit Sicherheit jedoch nicht ersetzen. Das Ziel, den Firmengründern eine solidere Eigenkapitalbasis zu verschaffen, ist zwar richtig gesteckt, doch wäre eine Ansparsumme von 30 000 Mark für viele Firmengründer nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Ob bei gründungswilligen jungen Leuten, die sich in der Ausbildung befinden, für eine solche staatlich geförderte Sparform überhaupt großes Interesse und vor allem die erforderliche Sparfähigkeit vorausgesetzt werden können, ist mehr als zweifelhaft. Eine Planungs- und Ansparzeit von sechs bis zehn Jahren ist ohnehin unrealistisch, ja vielleicht nicht einmal wünschenswert. Denn Jungunternehmer mit neuen Ideen sollten sich in ihrem eigenen Interesse nicht so lange Zeit lassen.

Neben dem sachlichen Pro und Contra schwingt in der Diskussion um die Ansparförderung noch manches andere mit. Schließlich ist das Eigenkapitalhilfe-Programm, obwohl kurz nach dem Wechsel von der neuen Regierung entscheidend verbessert, ein Kind der sozial-liberalen Koalition. Da nimmt es nicht wunder, daß die Spitze des Wirtschaftsministeriums und die FDP daran festhalten wollen und nicht müde werden, Kontinuität und Beständigkeit zu fordern. Ein Appell, der beim Koalitionspartner auf wenig Gegenliebe stößt. Die Mittelstandspolitiker der Union favorisieren das Ansparmodell. Schließlich wollen sie nicht nachstehen, wenn es darum geht, eigene Leistungen zur Erneuerung der Marktwirtschaft vorzuweisen.

AUF EIN WORT



„Eine konjunkturelle Belebung beseitigt keineswegs die strukturellen Probleme unserer Volkswirtschaft und draußen in der Welt."

Gert Becker, Vorstandsvorsitzender der Degussa AG, Frankfurt.
FOTO: SVEN SIMON

Finanzmärkte mehr beansprucht

J.Sch. **Paris**

Die Mittelaufnahmen an den internationalen Finanzmärkten erreichten im März nach provisorischen Angaben der OECD 13,5 Milliarden Dollar. Sie übertrafen damit das Februar-Volumen um 1,9 Milliarden Dollar, jedoch blieben sie um 4,2 Milliarden Dollar hinter denen von März 1983 zurück. Für das 1. Quartal 1984 (1983) ergab sich auf ein Jahr hochgerechnet eine Steigerung auf 167 (129) Milliarden Dollar. Daran waren die Bankkredite mit 64 Milliarden Dollar (plus 35 Prozent) beteiligt. Dieser Zuwachs berücksichtigt aber die Umschuldungskredite. Die neuen Kredite der Banken an die Entwicklungsländer schrumpften dagegen auf einen Jahreswert von 38 Milliarden Dollar gegenüber 50 Milliarden 1983 und noch 115 Milliarden Dollar 1982.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Höhere Freigrenzen im Reiseverkehr beschlossen

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Höhere Freigrenzen haben die Finanzminister der EG für den innergemeinschaftlichen Reiseverkehr beschlossen. Dabei konnten sie sich allerdings nicht zu der von der Brüsseler Kommission angeregten großzügigen Geste (aus Anlaß der Europawahlen) durchringen.

Vom 1. Juli an sollen „Reisemitbringsel" im Gesamtwert bis zu 280 Ecu (ca. 630 DM) von der Mehrwertsteuer befreit werden verglichen mit bisher 210 Ecu (ca. 475 DM). Dies bedeutet, daß die Freigrenzen praktisch nur an die Inflationsraten angeglichen werden. Die Mitgliedsstaaten fürchten nicht nur den Steuerausfall, sondern auch wirtschaftliche Rückwirkungen auf den grenznahen Einzelhandel.

So hat sich Dänemark seit seinem Beitritt im Jahre 1973 lange Übergangsfristen ausbedungen. Sonderregelungen gelten außerdem für Reisen nach Irland. Griechenland braucht seine Bestimmungen erst bis Mitte kommenden Jahres voll anzugleichen.

Die Freimengen für Zigaretten, Tabak, Spirituosen, Wein und andere Erzeugnisse bleiben unverändert. Bonn hatte u. a. eine Aufstockung der Menge für Kaffee, Tee und Wein vorgeschlagen.

Kaum weitergekommen sind die Minister bei der Ausarbeitung des geplanten Korrekturmechanismus für den britischen und deutschen Finanzbeitrag. Die noch offenen Fragen des Systems können nach ihrer Meinung erst dann geklärt werden, wenn die politische Entscheidung über das Ausgangsniveau – also die für 1984 und 1985 vorgesehene Beitragsentlastung – gefällt ist.

ENERGIEFORSCHUNG

Riesenhuber für zügigen Abbau von Subventionen

HANS BAUMANN, **Köln**

„Ich habe die Absicht, die Ausgaben für die Energieforschung zügig zurückzuführen", sagte der Minister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber, auf einer internationalen Arbeitstagung des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln. „Es kann nicht Sinn staatlicher Förderung sein, alte Besitzstände zu erhalten". Wenn Objekte eine hohe Reife erreicht haben, wie die Kernenergie, müsse sich der Staat aus der Förderung zurückziehen.

Auch die Technik der Kohleverbrennung sei so weit gediehen, daß die deutsche Kohle mehr und mehr allein in den Wärmemarkt zurückkehren könne. „Gigantische Zuwachsraten" dürfe sie dort allerdings nicht erwarten. Von Bedeutung sei aber, daß Kohletechnologie dann zur Verfügung stehe, wenn sie kurzfristig benötigt werde. Dies ist nach Riesenhuber dann der Fall, wenn die Weltkonjunktur wieder kräftiger anzieht und das Öl im Preis wieder davoneilt.

Aus Gründen der Zukunftssicherung engagiere sich der Staat auch bei der Kohleverflüssigung, denn es sei sicher, daß dieser Bereich des Treibstoffes künftig der größte Engpaß am Markt des Öles sein werde. Daher frage er sich, ob es nicht sinnvoll sei, die Verflüssigung der Braunkohle voranzutreiben.

Energisch wandte sich Riesenhuber gegen eine diskutierte Schwefelabgabe-Steuer. „Wenn eine solche Steuer kurzfristig greifen soll, so ist sie eine reine Strafsteuer", sagte der Minister. Statt einer neuen Steuer habe man sich für das Modell der Großfeuerungsanlagen-Verordnung entschieden. Hier habe die Industrie eine kalkulierbare Größenordnung in kostenmäßiger und zeitlicher Hinsicht.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Gibt Kiel seine HDW-Beteiligung ab?

Kiel (rtr) – Das Land Schleswig-Holstein soll seine 25,1prozentige Beteiligung an der Howaldtswerke - Deutsche Werft AG nach dem Vorschlag einer unabhängigen Sachverständigenkommission zur Überprüfung von Subventionen des Landes zum „nächstmöglichen Zeitpunkt" abgeben. In dem Abschlußbericht äußert die Kommission Zweifel, ob das mit einer weiteren Kapitalzuführung gekoppelte Konzept zur Neuorientierung der HDW erfolgreich sein wird. Auch halte die Kommission die Aufgabe der Beteiligung an der staatlichen Großwerft schon deshalb für geboten, um sich daraus ergebende Wettbewerbsverzerrungen für die mittelständischen Werften im Lande künftig zu vermeiden.

Verfahren gestoppt

Berlin (AP) – Das Bundeskartellamt hat das seit Sommer 1982 schwebende Verfahren wegen des Verdachts des Preismißbrauchs gegen die Hersteller des umsatzstärksten Medikaments für Zuckerkranke, „Euglucon", gestoppt. Das Amt sehe keine Veranlassung, die Untersuchungen gegen die Konzerne Boehringer Mannheim GmbH und Hoechst AG wegen überhöhter Preise fortzusetzen. Als Grund führte das Kartellamt die Entscheidung der Unternehmen an, „aufgrund der Marktentwicklung" die Preise für „Euglucon" zum 15. Mai um 30 Prozent zu senken.

Preisaushang bleibt

Bonn (dpa/VWD) – Die genossenschaftlichen Banken wollen auch weiterhin im Interesse ihrer Kunden am Preisaushang in den Schalterräumen festhalten. Mit dieser Entscheidung reagierten die Genossenschaftsbanken in Bonn auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die Pflicht zur Preisauszeichnung im Einzelhandel für nichtig erklärt hatte.

Deutsch-Kanadischer Tag

Mainz (VWD) – Starkes Interesse aus Unternehmenskreisen verzeichnete der 2. Deutsch-Kanadische Wirtschaftstag, den die kanadische Botschaft zusammen mit der Landesvereinigung Rheinland-Pfälzischer Unternehmerverbände (LVU) und dem Carl-Dursberg-Arbeitskreis am Montag in Mainz veranstaltete. Rund 100 Unternehmensvertreter aus vielen Teilen der Bundesrepublik nutzten die Gelegenheit, sich von 40 kanadischen Wirtschaftsexperten über Möglichkeiten des Ausbaus der Handelsbeziehungen informieren zu lassen. Schwerpunkte zeigten sich dabei im Maschinenbau, in der chemischen Produktion und im Fahrzeugbau.

Aktienumsätze gesunken

Frankfurt (dpa/VWD) – An der Frankfurter Wertpapierbörse gingen die Aktienumsätze im März gegenüber dem Vormonat um 32,8 Prozent auf rund 3,41 Mrd. DM (davon 2,82 Mrd. DM deutsche Aktien) zurück. Im 1. Quartal gab es nach Mitteilung des Börsenvorstands ein Plus gegenüber dem bisher umsatzstärksten 1. Quartals 1983 um 15,1 Prozent auf 14,5 Mrd. DM. Bei festverzinslichen Wertpapieren wurden im März 6,62 Mrd. DM (minus 9,3 Prozent gegenüber Februar) umgesetzt.

Autoexport geschrumpft

Paris (J.Sch.) – Die französische Automobilindustrie hat mit zunehmenden Absatzschwierigkeiten im Ausland zu kämpfen. Nachdem ihr Pkw-Export 1983 um 10,3 Prozent gestiegen war, ging er im Januar um 0,8 und im Februar um 12,4 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat zurück. Obwohl der Inlandsabsatz sogar um 10,7 Prozent abnahm, wurde die Pkw-Produktion in dem Zwei-Monats-Abschnitt nur um 3,1 Prozent gedrosselt. Offensichtlich wollte man die Vorräte aufstocken.

Niedersachsen-Anleihe

Hannover (VWD) - Das Land Niedersachsen begibt eine 400 Mill. DM-Anleihe mit einem Normalzins von acht Prozent und einer Festlaufzeit von zehn Jahren sowie einem Auszahlungskurs von 99,75 Prozent. Wie die Norddeutsche Landesbank Girozentrale (Nord-LB), Hannover, mitteilte, sei Emission erstmals eine Wertrechtsanleihe und deshalb der Erwerb für den Anleger Spesen- und Börsenumsatzsteuerfrei.

PERTEC 3200: Programmiert Computerhändler auf Gewinn

Wer überlegt handelt, handelt mit PERTEC 3200 von IMK.* Denn PERTEC 3200 ist die wirtschaftliche Alternative für alle Software-Häuser, Computer-Vertriebsgesellschaften und Bürofachhändler.
PERTEC 3200 ist der kostengünstigste Einstieg in den BBIII-Markt. Und volle MAI-Kompatibilität bedeutet den direkten Zugriff auf das umfangreichste Software-Angebot. In deutscher Sprache.
Damit ist PERTEC 3200 die gewinnbringende Verbindung von leistungsstarker Hardware und verfügbarer Software. Denn ein Leistungsvergleich (von neutraler Stelle) der wichtigsten MAI-kompatiblen Systeme beweist: Bei PERTEC 3200 stimmt das Preis/Leistungsverhältnis.
Mit PERTEC 3200 ist der Erfolg vorprogrammiert. Und wo Erfolg ist, ist Gewinn.

IMK liefert seinen Vertriebspartnern Komplett-Systeme. Und unterstützt sie in allen Aufgabenstellungen, damit sie ihren Kunden immer die passende Lösung bieten können: Komplette Hard- und Software-Ausstattung der PERTEC 3200-Systeme, Bildschirm-Terminals und Drucker, DÜ-Geräte und die notwendigen Kabelverbindungen. Praktisch alles aus einer Hand. Und zwar zu einem Preis, den Sie nicht für möglich halten.

IMK

IMK GmbH
Gutenbergstr. 22
4044 Kaarst 2
Tel. 02101/51755
Ttx. 2101310

Neu: FTZ-Zulassung für DCX-Serie!

IMK ist der einzige autorisierte Distributor, der für die DCX-Serie – DCX 725, 815, 817, 825, 830, 840, 850 – seit dem 28. März 1984 die FTZ-Zulassung (Nr. 03344D) hat.

Das derzeit auf dem Markt angebotene Equipment entspricht nicht mehr den Post-Bestimmungen. Deshalb hat IMK die komplette DCX-Serie modifiziert und ist damit zur Zeit der einzige Anbieter, der DCX auch installieren darf.
DCX, das sind statische Netzwerk-Multiplexer und Netzwerk-Knoten neuester Generation und fortschrittlichster Technologie für weltweite Kommunikation.

* IMK vertreibt die Computer-Systeme von PERTEC (Tochtergesellschaft von VW/USA) exclusiv auf dem deutschen Markt.

Schalten Sie uns ein.

GRIECHENLAND / Kreditprogramm beschlossen

Werben um Privatfirmen

dpa/VWD, Athen

Die griechische Regierung bemüht sich derzeit, für die Wirtschaft des Landes den Anschluß an die sich belebende Konjunktur der westlichen Industrieländer zu erreichen. Dabei muß sie mit Spannungen kämpfen, die sich aus dem sozialistischen Anspruch ihrer Politik und dem Unmut der Privatwirtschaft über diesen Kurs ergeben. Hinzu kommt von außen der Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu strengen Maßnahmen zur Wirtschaftssanierung. Die griechischen Sozialisten scheinen jetzt bereit zu sein, der Privatwirtschaft ein Stück entgegenzukommen.

Zwar kündigte Wirtschaftsminister Gerassimos Arsenis an, die griechische Regierung werde die IWF-Empfehlungen zur „einseitigen Sparsamkeit" bei den öffentlichen Ausgaben, die die Einkommen der Arbeitnehmer erheblich schmälern und zu höherer Arbeitslosigkeit führen könne, nicht befolgen. Dennoch können sich die Verantwortlichen in Athen den Wünschen ihrer privaten Wirtschaft nicht ganz verschließen. Der griechische Industrieverband, der keine Gelegenheit ausläßt, auf die „Inkonsequenz" und „Widersprüche" der offiziellen Politik hinzuweisen, bekommt seit einigen Wochen immer milder klingende Töne des Ministerpräsidenten zu hören.

Papandreou erklärte kürzlich vor Exporteuren, er glaube, es sei die Stunde gekommen, um alle Mißverständnisse zu beseitigen, die bisher Regierung und Privatindustrie auseinanderhielten.

Ein staatliches Kreditprogramm im Umfang von rund 830 Mrd. Drachmen (20,75 Mrd. DM) steht an erster Stelle der von Wirtschaftsminister Arsenis angekündigten Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes. Damit werden 25 Prozent mehr staatliche Mittel in die öffentlichen und privaten Unternehmen gepumpt als 1983. Von der Gesamtsumme sollen 280 Mrd. Drachmen (das sind stolze 18 Prozent mehr als 1983) auf die Privatwirtschaft und 500 Mrd. Drachmen (plus 4,4 Prozent) auf den öffentlichen Sektor entfallen. 50 Mrd. Drachmen sind als Rücklagen vorgesehen. Die Kreditvergabe soll sich auf die drei Hauptbereiche der griechischen Wirtschaft konzentrieren: Landwirtschaft (plus 24 Prozent), Verarbeitungssektor (plus 18 Prozent) und Wohnungsbau (plus 19 Prozent).

Ein weiterer Schwerpunkt der griechischen Anstrengungen liegt darin, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit mehr durch eigene Leistungsfähigkeit als durch Protektionismus zu erreichen. Dazu wäre mittelfristig der Einsatz neuer Technologien, verstärkte Investitionen und eine bessere Organisation notwendig. Auch hier will die Regierung offensichtlich die private Initiative stärker fördern.

Sozusagen im Vorgriff auf ein solches Handeln erwartet die griechische Regierung im laufenden Jahr ein Wachstum von 1,5 Prozent. Damit liegt die Regierung im Trend der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erstellten Prognose für 1984. Unterdessen bleibt die Inflation, die 1983 einen Wert von 20,5 Prozent erreichte, das große Problem. Erklärtes Ziel der Regierung in diesem Bereich sind 18 Prozent für 1984. Die Regierung hat eine Preis- und Einkommenskommision ins Leben gerufen. Vom Erfolg der Anti-Inflationspolitik dürften die wirtschaftlichen Fortschritte grötenteils abhängen.

Anzeige

Abonnieren Sie Erfolg

Früher mehr zu wissen als andere – das ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln: Die WELT informiert Sie täglich schnell, umfassend, präzise, weltweit. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen Informationsvorsprung.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: ____
Straße/Nr.: ____
PLZ/Ort: ____
Beruf: ____
Telefon: ____ Datum: ____
Unterschrift: ____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36 01-535

Unterschrift: ____

JAPAN / Öffnung des Kapitalmarktes soll zu realistischerem Wechselkurs führen

Tokio läßt jetzt Euroyen-Bonds zu

FRED de LA TROBE, Tokio

Das Finanzministerium in Tokio hat den japanischen Kapitalmarkt um einen Spalt weiter geöffnet. Die neuen Liberalisierungsmaßnahmen, die von diesem Monat an gelten, erfolgten auf starken Druck der USA und der Europäischen Gemeinschaft. Den Amerikanern und Europäern ging es vor allem darum, auf einen realistischeren Kurs des Yen hinzuwirken.

Bei den neuen Maßnahmen handelt es sich zunächst um die Genehmigung für befugte japanische Firmen, Euroyen-Bonds auszugeben. Ferner ist der Vertrieb ausländischer Geldmarktpapiere in Japan erlaubt. Insgesamt 108 japanische Großunternehmen mit einem Nettovermögen von mindestens 1,7 Mrd. DM dürfen im Ausland konvertierbare Euroyen-Anleihen emittieren, weitere 30 Gesellschaften mit einem Nettovermögen ab 3,5 Mrd. DM dürfen einfache Euroyen-Anleihen ausgeben.

Der Vertrieb ausländischer Geldmarktpapiere – kommerzielle Papiere und Depositenzertifikate – ist japanischen und in Japan akkreditierten ausländischen Kreditunternehmen unter der Bedingung gestattet, daß sie dem Finanzministerium eimal im Monat über ihre Transaktionen Bericht erstatten.

Bisher war es nur in Ausnahmefällen erlaubt, Euroyen-Bonds zu emittieren. Die japanischen Behörden hielten in diesem Bereich bisher die Kontrollen aufrecht, da sie meinten, ein unbehinderter Zugang zum Euroyen-Markt mit seinen frei fluktuierenden Zinssätzen könne das Gefüge der japanischen Zinsraten stören.

Als Einschränkung bleibt auch jetzt noch ein halbjähriges Embargo für den Zufluß von Kapital nach Japan bestehen, das durch den Verkauf der Euroyen-Anleihen anfällt. Im japanischen Finanzministerium hieß es dazu, daß diese Regelung nötig sei, um eine „Belästigung" des inländischen Kapitalmarkts zu verhindern. Ausländische Kreditinstitute und Broker dürfen vorläufig noch nicht führend bei der Vermittlung der Euroyen-Bonds mitwirken. Aus dem Finanzministerium verlautete jedoch, daß diese Einschränkungen in Zukunft voraussichtlich fallen würden.

In ausländischen Bankkreisen Tokios wird bezweifelt, daß die neue Liberalisierung zu einem realistischeren Wechselkurs des Yen führt; der Yen würde dann bei 180 bis 200 zum Dollar liegen. Da die großen japanischen Handelsgesellschaften 60 Prozent des Außenhandels Japans beherrschen – können sie – nach sogenannter „administrativer Führung" des Finanzministeriums – mit Dollarkäufen ein zu starkes Steigen der Währung verhindern. Die japanischen Großbanken stützen dabei mit entsprechenden Transaktionen.

Außerdem wird nur ein geringer Teil des japanischen Handels in Yen fakturiert. Das künstliche Niedrighalten der japanischen Zinsen sorgt ferner für einen starken Kapitalabfluß aus Japan. (SAD)

EG / Kommission drängt Tokio zur Liberalisierung

Forderungs-Liste überreicht

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Kommission drängt weiter auf eine stärkere Öffnung des japanischen Marktes. In einer Note, die in dieser Woche dem Botschafter Tokios bei den Gemeinschaften übermittelt wurde, legte sie erneut eine lange Liste von Forderungen vor, die zu einem besseren Gleichgewicht im Handel führen sollen.

Der Katalog bezieht sich sowohl auf makro-ökonomische Maßnahmen zur Stimulierung der Inlandsnachfrage als auch auf Zollsenkungen, administrative Erleichterungen und eine schrittweise Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs. Er geht auf einen ausdrücklichen Wunsch der japanischen Regierung zurück, die europäischen Wünsche zu konkretisieren.

Nach Meinung der Kommission sollte Japan zum Beispiel steuerliche Anreize für den Import von industriellen Verarbeitungserzeugnissen schaffen, günstigere Abschreibungsbedingungen für Kapitalgüter einführen und die Finanzierung von Einfuhren erleichtern. Angeregt wird in der Note ferner eine Begünstigung von ausländischen Investitionen.

Als weitere Maßnahmen schlägt die EG-Behörde die Öffnung des staatlichen Auftrags- und Beschaffungswesens für ausländische Firmen vor, zum Beispiel in den Sektoren Luft- und Raumfahrt, Verteidigung, Umweltschutz und Öltechnologien.

Der japanische Handelsüberschuß gegenüber der EG ist in den ersten beiden Monaten von 1984 mit 389 Mill. Dollar zwar um zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgegangen. Bei einigen „sensiblen" Erzeugnissen wurden jedoch erneut erhebliche Exporterfolge Japans deutlich. So stiegen die Pkw-Importe in die Bundesrepublik um 61 Prozent, die von Werkzeugmaschinen um 38 und die von Videogeräten um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

STAHL / Chinas modernstes Werk entsteht in Shanghai

Deutsche erhoffen Aufträge

DIETMAR SCHULZ, Shanghai

In Chinas modernstem Stahlwerk, das mit deutscher Beteiligung in Baoshan östlich von Shanghai gebaut wird, geht der erste Bauabschnitt seiner Vollendung entgegen. Nachdem politische Entscheidungen der chinesischen Führung die Bauarbeiten um zwei Jahre verzögert haben, werden der Hochofen und zwanzig andere Anlagen nun im September fertiggestellt. Ein Jahr später soll in Baoshan die erste Tonne Stahl „gekocht" werden.

Deutsche Firmen hegen große Hoffnungen auf neue Aufträge für den späteren Ausbau von Baoshan. Vorgesehen ist neben der Errichtung einer Gießerei – ein 500-Mill.-DM-Projekt – der Bau eines Warmwalzwerks im Wert von umgerechnet einer Milliarde DM. Um diesen Auftrag bewerben sich neben deutschen auch japanische Firmen. Die Entscheidung, wer den Auftrag bekommt, soll im Juni fallen.

Berichte, wonach kürzlich beim China-Besuch des Tokioter Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone der Auftrag Japan zugesagt worden sei, hält man auf deutscher Seite für falsch. „Wir sind gut im Rennen", heißt es. Die chinesische Außenhandelsministerin Chen Muhua hatte im Februar eine deutsche Beteiligung am weiteren Ausbau von Baoshan in Aussicht gestellt und angedeutet, daß China sich bei Großprojekten nicht nur auf Japan und die USA stützen wolle.

Deutsche Firmen haben für Baoshan bisher Aufträge für ein Röhrenwerk (Fertigstellung: 1986) und für ein Kaltwalzwerk bekommen im Gesamtwert von 1,5 Mrd. DM. Das Kaltwalzwerk war vor drei Jahren ebenso wie mehrere Großaufträge für japanische Firmen von der chinesischen Führung gestoppt worden. Nach heftigen internen Auseinandersetzungen hatte sich Peking unter Hinweis auf die sogenannte Wirtschaftsregulierung nämlich entschlossen, die Verträge mit den ausländischen Firmen zu stornieren oder zu kündigen. Dieses Vorgehen, so geben chinesische Funktionäre heute offen zu, hat dem Ansehen Chinas, ein zuverlässiger Vertragspartner zu sein, schwer geschadet. Ende 1981 lockerte Peking dann wieder angesichts der hohen Entschädigungsforderungen der ausländischen Firmen die Importdrosselung. Die zunächst aufgekündigten Verträge mit dem Ausland lebten wieder auf. (dpa/VWD)

Strompreise sollen moderat steigen

J. SCH. Paris

Die französischen Strompreise sollen künftig nicht mehr über die Inflationsrate hinaus steigen, hat jetzt die Electricite de France (EDF) angekündigt. Gleichwohl will das staatliche Elektrizitätsmonopol für dieses Jahr einen ausgeglichenen Geschäftsabschluß vorlegen. 1983 war ein Verlust von 5,7 Mrd. Franc entstanden, nach minus acht Mrd. Franc 1982. Ohne die Dollar-Hausse hätte das Defizit nach Angaben von EDF-Präsident Marcel Boiteux aber nur 2,5 Mrd. Franc erreicht. Diese bedeutende Differenz zu dem effektiven Verlust erklärt sich aus den hohen Zins- und Tilgungszahlungen für die gewaltige Auslandsverschuldung, die 44 Prozent der gesamten EDF-Verbindlichkeiten von 189 Mrd. Franc erreicht. Das waren 177 Prozent des auf 101,4 (87,7) Mrd. Franc gestiegenen Umsatzes.

Andererseits wurden die Strompreise um 10,9 Prozent erhöht, der Stromverbrauch nahm um 5,6 Prozent zu. Gleichzeitig gingen die Selbstkosten der EDF wegen des verstärkten Einsatzes von Atomkraftwerken zurück, wo der Einstandspreis je Kilowattstunde jetzt nur noch 23 Centimes beträgt, gegenüber 33 Centimes bei den Kohlen- und 43 Centimes bei den Ölkraftwerken.

FRANKREICH / Zusatz-Ausgaben von elf Milliarden

Haushalt wird nicht belastet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Zusätzliche Staatsausgaben sollen dieses Jahr in Frankreich erstmals nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch die Kürzung anderer Ausgaben ausgeglichen werden. Die Regierung will damit das Budgetdefizit auf dem Stand von 125,8 Mrd. Franc halten, der im Haushaltsgesetz für 1984 festgeschrieben ist und der drei Prozent des Bruttosozialprodukts entsprechen soll. Im letzten Jahr hatte das Defizit 129,8 statt 117,8 Mrd. Franc bzw. 3,3 (3,0) Prozent erreicht.

An neuen Ausgaben wurden im bisherigen Verlauf dieses Jahres 11 Mrd. Franc beschlossen, davon vier Mrd. Franc für nachträgliche Gehaltserhöhungen der Staatsbediensteten, 3,7 Mrd. Franc für zusätzliche Staatshilfen an den Schiffbau und der Rest für soziale Zwecke, darunter die durch den industriellen Restrukturierungsplan geschaffenen Rekonversionsprämien so wie die Staatsbeteiligung an der Rückkehr von Gastarbeitern.

Dagegen gestrichen wurden 4,4 Mrd. Franc bei den anderen Subventionen, 2,7 Mrd. Franc bei den staatlichen Investitionsausgaben, eine Mrd. Franc bei der Entwicklungshilfe, 0,9 Mrd. Franc bei den laufenden Verwaltungsausgaben. Weitere zwei Mrd. Franc sollen durch eine „rigorosere Staatsverwaltung" eingespart werden. Dazu gehört der Abbau des in den ersten beiden Jahren der sozialistischen Amtszeit gewaltig aufgeblähten Beamtenapparats.

Für je drei durch Erreichen der Altersgrenze oder Todesfall frei werdenden Planstellen wird künftig nur noch eine neu besetzt. Diese Regelung soll auch im nächsten Jahr gelten. Aber noch einschneidendere Sparmaßnahmen werden erforderlich, wenn die Regierung den Auftrag Präsident Mitterrand erfüllen will, den Anteil der Steuern und Sozialabgaben am Sozialprodukt von 1984 auf 1985 um einen Prozentpunkt zu senken, ohne daß das Budgetdefizit drei Prozent des Sozialprodukts überschreitet.

In Finanz- und Wirtschaftskreisen hält man dieses Ziel für zu hoch gesteckt. Denn das französische Wirtschaftswachstum dürfte auch im nächsten Jahr sehr schwach ausfallen, während die Arbeitslosigkeit schon infolge der industriellen Umstrukturierung verstärkt zunimmt. Außer den Soziallasten werden auch Subventionen den Haushalt zusätzlich belasten.

Der TRS-80 Modell 12.

Durch ein Steckkartenmodul ganz auf die Zukunft Ihres Unternehmens programmiert.

Buchführung, Inventur, Fakturierung, der Microcomputer TRS-80 Modell 12 eignet sich für die verschiedensten Anwendungen und Unternehmensbereiche. Mit der Gewißheit für Sie, daß dieses heute so leistungsfähige Gerät auch morgen noch schnell, sicher und präzise alle Ihre Probleme löst. Der TRS-80 Modell 12, für leichte Ausbaufähigkeit entwickelt, wächst mit Ihrem Unternehmen.

Für Unternehmer, die auf Rentabilität und Produktivität wertlegen, gibt es kaum einen effizienteren Helfer. Modell 12 - eine Investition, die sich auszahlt. Jetzt und später.

Überzeugen Sie sich selbst. Fordern Sie mit dem untenstehenden Coupon ausführliche Informationen an, oder wenden Sie sich für eine persönliche Vorführung an Ihr nächstgelegenes Computer-Center, eine spezialisierte Tandy-Filiale oder einen Vertragshändler.



• Beispielhafte Zuverlässigkeit: der TRS-80 ist der in der Welt am häufigsten eingesetzte Microcomputer.
• Leistungen und Entwicklungsmöglichkeiten auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten.
• Leistungsfähiger Kundendienst: Wartungsvertrag in 2 Versionen (vor Ort bzw. im Werk).
• Hilfe und Beratung in allen unseren Computer-Center bzw. spezialisierten Tandy-Filialen und Vertragshändlern (ca. einhundert in Europa!).

TRS-80, ein Microcomputer für jeden Beruf.

* Unverbindliche Preisempfehlung. Preise ab 1. November 1983, unter Vorbehalt von Verkaufsprogramm- oder Preislistenänderungen. Bei den Vertragshändlern können die Preise differieren.

Tandy® TANDY CORPORATION · Marketing Department (Herrn G. Michielin) Christinenstraße, 11 · 4030 RATINGEN 1 · Tel. 02102/471096
Ich möchte Näheres erfahren über ☐ den Modell 12 ☐ alle TRS-80 Produkte
Name ____ Nr. ____
Gesellschaft ____
Straße ____
Postfach ____ Postleitzahl ____
Ort ____
Tel. ____
W TC 27 G

Wohnungsbau wird wieder gefördert

J.Sch. Paris

Die französische Bauwirtschaft hat die von der Regierung beschlossenen neuen Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus begrüßt. Sie wären geeignet, die durch die verschärfte sozialistische Mieterschutzgesetzgebung ausgelöste Flucht aus den Immobilien zu stoppen und neues Kapital für Bauvorhaben anzulocken. Die der persönlichen Initiative Mitterrands zu verdankende Aktion würde 15 000 Arbeitsplätze retten.

Die wichtigste Maßnahme ist die von den Banken finanzierte Zinssenkung für Wohnungsbaudarlehen von 13 ¾ auf 12½ Prozent. Dieser Satz wird bei einem allgemeinen Zinsniveau von über 15 Prozent als attraktiv bezeichnet. Auch dürfen künftig Vermieter von Neubauwohnungen den Anfangsmietzins im Unterschied zur bisherigen Gesetzgebung völlig frei festsetzen. Die (staatlichen) Versicherungsgesellschaften sind angewiesen, verstärkt in den Mietwohnungsbau zu investieren.

ASEAN-STAATEN / Wachstum über Durchschnitt

Auslandsinvestoren gesucht

KAREN SÖHLER, Bonn

Ausländische Investoren sollen in den Asean-Staaten – Indonesien, Theiland, Singapur, Malaysia, Philippinen, Brunei – die Zukunft sichern helfen. Aus diesem Grund hat eine Delegation Paris, London und als letzte Station Bonn besucht. Auf der Anfang dieser Woche vom Deutschen Industrie- und Handelstag veranstalteten Asean-Investment-Konferenz berichteten Experten der Länder über die wachsenden Investitionsmöglichkeiten in der Region.

Das Interesse der Asean-Staaten an Europa beruht nicht zuletzt auf der Tatsache, daß die Direktinvestitionen der Europäischen Gemeinschaft im vergangenen Jahr nur 9,5 Mrd. DM betrugen, in den USA hingegen zwölf Mrd. und in Japan sogar 13,2 Mrd. DM. Bei ihrem Werben verwiesen die Landesvertreter vor allem auf das relativ hohe Wachstum zwischen 1972 und 1982 von durchschnittlich sechs Prozent und auf das Potential, das die dort lebenden 270 Millionen Menschen bieten.

Verständlicherweise haben höchstens Singapur und Malaysia auch kapitalintensive Investitionen im Visier; die anderen Asean-Staaten legen vor allem auf arbeitsintensive Investitionen Wert. Denn die Bevölkerungsexplosion in diesem Raum einerseits und die beginnende Mechanisierung der Landwirtschaft andererseits – verbunden mit einer zunehmenden Landflucht – haben die Arbeitslosigkeit drastisch ansteigen lassen. Rund 30 Prozent der Arbeitskräfte in den südost-asiatischen Städten sind unterbeschäftigt oder arbeitslos.

Arbeitsintensive Auslandsinvestitionen könnten freilich Abhilfe schaffen. Wichtig sei allerdings, daß die Wirtschaftssysteme die notwendige Offenheit aufwiesen, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Ferrostaal AG, Hans Singer. Hemmnisse könnten durch Investitionsförderungen nicht ausgeglichen werden.

SCHWEIZ / Rechtshilfe bei Strafverfolgung nur unter engen Voraussetzungen

„Bankgeheimnis hat keine Löcher"

rtr, Zürich

Das Ausland hat die Schweiz im vergangenen Jahr in etwa 8000 Fällen um Rechtshilfe bei der Verfolgung bestimmter Straftaten ersucht. Die Schweiz hat auf der Grundlage zwischenstaatlicher Verträge und internationaler Abkommen darüber entschieden, ob sie den Rechtsbeistand gewährt. Dazu kämen 26 Fälle, bei denen es sich nach Auskunft des Sektionsleiters für Internationale Rechtshilfe beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, Lionel Frei, um den Tatbestand des „Abgabebetruges" handelte. Bei insgesamt 17 akzeptierten Ersuchen wurde in sechs Fällen bei Banken ermittelt. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres sind nach Auskunft Freis vier weitere Fälle hinzugekommen.

Wegen dieser noch nicht einmal 0,5 Prozent aller Rechtshilfeersuchen, von denen im vergangenen Jahr 14 aus der Bundesrepublik Deutschland, je drei aus Frankreich und Schweden, je zwei aus Dänemark und Großbritannien und je eines aus Belgien und Italien stammten, sind nun mancherorts Zweifel an der Zuverlässigkeit des Schweizer Bankgeheimnisses angemeldet worden.

Nach den Angaben von Sektionschef Frei sind sie unbegründet. Richtig sei, daß das Bankgeheimnis Kriminellen keinen Schutz biete. Aus der Existenz des Rechtshilfegesetzes jedoch den Schluß zu ziehen, das Bankgeheimnis sei so löchrig geworden wie ein Emmentaler Köse, sei schlicht falsch. Frei schildert die Prozedur: Voraussetzung für ein Rechtshilfeersuchen sei zunächst die Einleitung eines Strafverfahrens im Ausland. Anfragen von Finanzämtern würden hingegen von vornherein nicht beantwortet.

Gehe bei der zuständigen Kantonsbehörde ein Ersuchen ein, so werde das Bundesamt für das Polizeiwesen um eine Überprüfung und Stellungnahme gebeten. Falls diese für den Antragsteller positiv ausfällt, so werde das Verfahren an die zuständige kantonale Justizbehörde zur Weiterverfolgung übergeben. Wolle diese nun aufgrund des vorliegenen Beweismaterials Einsicht in Bankkonten nehmen, so kann die Bank gegen einen entsprechenden Gerichtsbeschluß Einspruch erheben. Letzte Instanz sei das Bundesgericht, dessen Spruch verbindlich sei. Dieser ganze Vorgang dauert nach Angaben Freis mindestens neun Monate.

Bisher sei noch kein Fall rechtskräftig abgeschlossen und noch nie aufgrund von Zwangsmaßnahmen Akteneinsicht durchgesetzt worden. In drei der 26 Ersuchen des vergangenen Jahres hätten die Banken hingegen Konten auf den ausdrücklichen Wunsch der Beschuldigten hin offengelegt.

Nach dem schweizerischen Verwaltungsstrafrecht handelt es sich bei Abgabebetrug um ein „arglistiges Verhalten, durch das dem Gemeinwesen unrechtmäßig und in einem erheblichen Betrag eine Abgabe, ein Beitrag oder eine andere Leistung vorenthalten oder daß es sonst am Vermögen geschädigt wird". Das Strafmaß bewegt sich zwischen 30 000 Franken Geldbuße und einem Jahr Gefängnis. Zur Begründung eines solchen Delikts reichen nach den Angaben Freis vage Andeutungen nicht aus; da müssten schon handfeste Beweise her. Außerdem müsse man sich schon einiges einfallen lassen, um die Schweizer Steuerprofis zu täuschen. Aber auch ertappte Steuerschwindler brauchen künftig nicht am Bettelstab zu gehen. Womöglich müssen sie ihre in die Schweiz geschafften Gelder nachversteuern. Auf jeden Fall aber können sie das zinsbedingte Wachstum ihrer Franken-Bestände weiter genießen: Beschlagnahmung auf ausländische Anforderung hin gibt es nicht bei Abgabebetrug. Frei wies darauf hin, daß die Schweiz kein Rechtshilfeersuchen gegen einen steuerflüchtigen Eidgenossen laufen habe. Dies müsse wohl am System liegen.

WIRTSCHAFT

HANOMAG

Landesregierung engagiert sich

dos. **Hannover**

Die niedersächsische Landesregierung, an ihrer Spitze Ministerpräsident Ernst Albrecht, hat ihr Engagement um die Fortführung der Produktion beim hannoverschen Baumaschinenhersteller Hanomag wieder verstärkt. Dabei wird, wie aus informierten Kreisen verlautet, der Einstieg der Arabian General Investment Corp. (Agico) mit der General Motors-Tochter Terex favorisiert gegenüber dem „Verwertungsangebot" des Hamburger Unternehmers Ulrich Harms. Offenbar ist es der Landesregierung aber noch nicht gelungen, die Gläubigerbanken dazu zu bewegen, das bis zum 6. April limitierte Harms-Angebot zunächst einmal auszusetzen.

Alternativ wird derzeit eine weitere Möglichkeit diskutiert. Dabei geht es darum, den Harms-Vertrag mit einer Option, die eine spätere Beteiligung von Agico/Terex vorsieht, abzuschließen. In den nächsten Tagen sollen Gespräche zwischen der Landesregierung, den Gläubigerbanken und dem Konkursverwalter stattfinden.

Wachstum über dem Durchschnitt

VWD, München

Ein überdurchschnittliches Wachstum von nominal 15,3 Prozent auf [illegible] Mill. DM Umsatz verzeichnete die achtgrößte deutsche Pharmagroßhandelsfirma Wiveda eG, Planegg, 1983. Der gesamte Pharmagroßhandel in der Bundesrepublik wuchs um zehn Prozent. In beiden Raten ist die Steigerung der Arzneimittelpreise um 5,8 Prozent enthalten. Die Umsatzexpansion schwächt sich 1984 ab. Wie Wiveda-Vorstandschef Jürgen Brink in München sagte, rechnet er nicht damit, das im ersten Quartal 1984 erzielte Wachstum von zehn Prozent über das ganze Jahr halten zu können.

Der politische Druck auf Ärzte und Arzneimittelindustrie werde die Nachfrage bremsen. Wiveda beliefert derzeit 2600 Apotheker in Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Berlin. 2300 von ihnen sind bereits Genossenschaftsmitglieder, bei den anderen steht die Mitgliedschaft bevor. Die Marktdurchdringung (Anteil der Mitgliedsapotheken an der Gesamtzahl der Apotheken im Einzugsgebiet) wird mit 35 Prozent angegeben. Eine regionale Ausweitung ist laut Brink nicht geplant. Die an der Branche gemessene überproportionale Umsatzsteigerung wird auf den Gewinn von Marktanteilen vor allem der Niederlassungen Berlin und Mainz zurückgeführt. Wiveda hat rund 70 000 in der Bundesrepublik industriell gefertigte Arzneimittel im Sortiment. Davon sind 20 000 homöopathische Mittel.

NAMEN

Dr. Hans Knebel, langjähriger Vorsitzender der Geschäftsleitung der Deutsches Reisebüro GmbH (DER) und Aufsichtsratsvorsitzender der Touristik Union International (TUI), wird *am 5. April 75 Jahre.*

Dr. Hans W. Messing (59), Chairman der Werbeagentur Benton & Bowles, Frankfurt, verläßt am 31. März die Agentur.

Franz-Josef Sitta ist ab 1. April weiterer Geschäftsführer der Hapag-Lloyd Fluggesellschaft mbH. **Claus Wülfers** wurde Sprecher der Geschäftsführung.

Rudolf Heß wurde per 1. April zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Bayerischen Handelsbank AG, München, ernannt.

Dr. Heiko Körnich wurde zum 1. April in den Vorstand von Thyssen Henschel, Kassel, berufen. Er ist Nachfolger von **Winfried Haastert**, der ab 1. April bei der Thyssen Industrie AG, Essen, als Vorstandsmitglied tätig ist.

Dr. Thomas Scheuermann hat am 1. März 1984 die Leitung der Filiale Hamburg der The Royal Bank of Canada AG, Frankfurt, übernommen.

Herbert Weichert, Geschäftsführer der Bauunternehmung *Grünzig* GmbH, Aachen, wurde am 2. April 65 Jahre alt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Bernhard Uhr; **Bergisch Gladbach:** Begema Handwerkerservice u. Maschinenbau GmbH; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Friede Emilie Welk geb. Abend; **Dortmund:** Bauunternehmung Groth & Co. GmbH KG; Groth & Holdinghausen Verwaltungsges. mbH; Heinz Menken, Bauingenieur; **Freudenstadt:** Nachl. d. Otto Schuler jun. Dornstetten; **Homburg (Saar):** Reinhold Jung, Omnibusunternehmer, Blieskastel; **Mayen:** Nachl. d. Josef Görres, Mendig; **Offenburg:** Karl Haas KG, Straßenbau; **Remscheid:** Rolf Kirschsieper, Inh. d. Hugo Kirschsieper; **Trier:** Nachl. d. Helmut Lutz; Jürgen Schimmelfeder, Kaufmann, Inh. d. Jürgen Schimmelfeder, Leiteinrichtungen; **Verden:** Max Neumann, Kaufmann, Alleininh. d. Mörtel-Werk Max Neumann, Holtum-Geest; **Wuppertal:** Kurt Altenburg, Dachdeckermeister.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Wuppertal: Rudolf Homberg, Beteiligungsges. mbH.

Vergleich beantragt: Hannover: Staba Verwaltungsges. mbH; **Verden:** Herbert Hermann GmbH u. Co. KG.

SIEMENS

Siemens hat die ersten privaten Breitbandnetze fürs Bildtelefonieren installiert

Lichtwellenleiter sind die Basis für die neuen Breitbandnetze, die bereits in Betrieb sind. Beispielsweise das SIKONET in München. Es überträgt Gesprächspartner live. Und sorgt auch dafür, daß – gesprächsbegleitend – schriftliche und grafische Unterlagen von Schreibtisch zu Schreibtisch überspielt werden können. Bildtelefonieren hilft also mit, sich noch klarer und schneller zu verständigen. So, als säße man sich gegenüber. Kommunikation mit Licht ist ein Beispiel dafür, wie facettenreich Siemens die Bürokommunikation sieht.

Siemens im Büro: Elektronik, die uns weiterbringt.



BVI LUXEMBURG / Rücklagen kräftig aufgestockt

Privatkunden im Vormarsch

C. DERTINGER, Luxemburg

Über ein zunehmendes Interesse mittlerer und mittelgroßer Privatkunden an einer im Ausland gemanagten Vermögensverwaltung und -beratung berichtet Peter Reimpell, Vorstandsmitglied der Bayerischen Vereinsbank und Verwaltungspräsident der Tochter Bayerische Vereinsbank International (BVI), Luxemburg. Eine Reihe steuerlicher Vorteile und die von der Bank bedauerte Nichtexistenz von Kontogebühren nannte Reimpell als Hauptmotiv für die Verlagerung von Privatkundengeschäften nach Luxemburg, wo bei der BVI das Wertpapiergeschäft – auch in deutschen Aktien und Renten – und vor allem das Edelmetallgeschäft im Vordergrund stehen.

Diese Aktivitäten trügen zunehmend zum Gesamtertrag der BVI bei, was sich 1983 in einer fast 43prozentigen Steigerung des Provisionsüberschusses widerspiegelten. Mit dem Privatkundengeschäft schafft sich die BVI ein zweites Ertragsbein in einer Zeit, in der das klassische Eurogeschäft wegen der Länderrisiken und schlechter Margen stagniert oder schrumpft, was auch die BVI spürte.

Sie steigerte ihr Kreditvolumen um bescheidene 3,8 Prozent auf gut vier Mrd. DM nur durch erhöhte Ausleihungen an Kunden der Mutterbank, die im kurzfristigen Kreditgeschäft im Mittelpunkt stehen. Insgesamt betrachtet die BVI ihr zu 74 Prozent in westliche Industrieländer verliehenes Kreditvolumen als geographisch und in der Fristigkeit ausgewogen. Die Bilanzsumme wuchs um 9,5 Prozent auf 124 Mrd. lfrs, was in D-Mark einem Anstieg um 6,7 Prozent auf knapp sechs Milliarden entspricht.

Trotz ihrer Zurückhaltung im mittel- und langfristigen internationalen Kreditgeschäft und vorsichtiger Risikobewertung in den Vorjahren hielt die BVI eine weitere kräftige Aufstockung der Rückstellungen und Wertberichtigungen um 65 auf 199 Mill. DM für angebracht, wofür das gesamte um rund 12 Prozent gestiegene Betriebsergebnis verwendet wurde, so daß Dividende und offene Rücklagendotierung entfielen.

KIENZLE / Hoher Auftragsbestand lastet Kapazitäten für fünf Monate aus

Wachstum vor allem mit Großuhren

M. FUCHS, Villingen

Die Kienzle Uhrenfabriken GmbH, Villingen-Schwenningen, Hersteller von Quarz-Weckern, Quarz-Großuhren und -Werken, sowie -Autouhren, setzt auf einen weltweit noch wachsenden Markt von Großuhren und will im Jahr 1984 davon rund 6,4 Mill. Stück produzieren, gegenüber 5,1 Mill. Stück im Jahr 1980. Dabei will Kienzle, die sich vom schrumpfenden deutschen Armbanduhren-Sektor rechtzeitig zurückgezogen hatte und nur noch fünf Prozent ihres Angebots in Kleinuhren umsetzt, das Exportgeschäft weiter ausbauen.

Der Export hatte 1983 einen Anteil von rund 60 Prozent. Zum Ausbau des weltweiten Exportgeschäfts sollen, so der neue Vorsitzende der Kienzle-Geschäftsführung, Horst Rosenbaum, im Hinblick auf die europäische Uhren- und Schmuckmesse (5. bis 12. April 1984 in Basel), die Investitionen erhöht werden.

In Japan wurde jetzt eine Vereinbarung über den Vertrieb von Kienzle-Uhren getroffen. Auch in den USA soll der Markt für Kienzle verbessert werden. Auf dem gesamten Weltmarkt für Großuhren glaubt Kienzle, den hart umkämpften dritten Platz nach zwei japanischen Uhrenherstellern bereits innezuhaben.

Kienzle Uhren, die in Villingen-Schwenningen mit rund 700 Mitarbeitern arbeitstäglich rund 30 000 Quarz-Großuhren und -Großuhrenwerke herstellt, ist aufgrund eines derzeit hohen Auftragsbestandes für die nächsten fünf Monate ausgelastet. Man könne, so Rosenbaum, deshalb bei Preiswünschen der Kunden auch schon mal Nein sagen. Am 15. April 1984 wird Kienzle die Preise um bis zu fünf Prozent erhöhen, nachdem sie 1983 um sechs Prozent zurückgefallen waren.

Für das Jahr 1984 wird in Villingen-Schwenningen eine Umsatzsteigerung von 76 auf 81 Mill. DM geplant. Die gesamte Kienzle-Uhren-Gruppe, zu der neben Kienzle do Brasil mit 200 Mitarbeitern eine Reihe von Vertriebsfirmen im Ausland zählt, erreichte 1983 ein Umsatzvolumen von rund 100 Mill. DM. Das Ergebnis ist „positiv". Die Eigenkapitalquote liege bei 29 Prozent. Das Kapital liegt nach früheren Angaben zu über 75 Prozent bei den Erben des früheren Inhabers Alfred Kreidler.

Nach Abschluß der Verhandlungen mit der Stadt Villingen-Schwenningen und dem Land Baden-Württemberg hat Kienzle Uhren den in Konkurs geratenen Elektrogerätehersteller Wigo, Villingen-Schwenningen, und dessen Tochterfirma Esge Elektrouhren GmbH, Neuffen, übernommen. Beide Firmen werden nun als Kienzle-Tochterfirmen geführt und sollen als zweites Bein bis zum Jahr 1985 mit Diversifikationsprodukten zu 13 Prozent zum Kienzle-Umsatz beitragen. Wigo soll 1984 mit den verbliebenen 110 von ursprünglich etwa 700 Mitarbeitern rund 20 Mill. DM und Esge mit etwa 120 Mitarbeitern rund 19 Mill. DM umsetzen. Esge stellt unter anderem Robotersteuerungen her. Ein 44-Mill.-DM-Investitionsprogramm für Kienzle bis 1988 wurde vor kurzem gebilligt.

MESSER GRIESHEIM / Gutes Gasgeschäft

Basis bleiben starke Märkte

INGE ADHAM, Frankfurt

„Vorsichtig optimistisch" beurteilt die Messer Griesheim GmbH, Frankfurt, die Entwicklung in diesem Jahr. Auf „gesunder finanzieller Grundlage", wie Hans Messer, Vorsitzender der Geschäftsführung des zum Hoechst-Konzern gehörenden Unternehmens, betonte, will man besonders auf den Märkten und Arbeitsgebieten vorankommen, wo Messer Griesheim eine starke Marktstellung hat. Diesem Ziel dienen auch Aufwendungen von 52 Mill. DM für Forschung und Entwicklung.

Investiert werden sollen weltweit in Sachanlagen 123 (92) Mill. DM; die Sparten Industriegase und Schweiß- und Schneidetechnik sollen planmäßig weiter gestrafft werden. Den „anhaltenden Aufwärtskurs" im vergangenen Jahr verdankt Messer Griesheim der Entwicklung des Gasegeschäfts. Dabei wurde das Umsatzplus von weltweit 1,9 Prozent auf 1,63 (1,6) Mrd. DM Umsatz – insgesamt 26 Produktions- und Handelsgesellschaften sowie drei Lizenznehmer – vor allem im Inland erzielt. Export und Eigenleistung der Auslandsgesellschaften blieben mit 681 Mill. DM (oder 42 Prozent vom Umsatz) praktisch unverändert.

Der Umsatz der GmbH stieg auf 1,1 Mrd. DM, davon entfallen 940 (906) Millionen auf das Inland, wo 5253 (5430) der weltweit 7636 (8059) Mitarbeiter beschäftigt sind. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Sparten sehr unterschiedlich: Während Spezialitäten und Produkte für neue Verfahren besonders erfolgreich waren, fiel der Absatz von technischen Gasen für Stahlherstellung und -verarbeitung zurück; in der Sparte Schweiß- und Schneidtechnik, die in der Bundesrepublik auf 5 (8) Betriebe konzentriert wird, wurde teilweise kurzgearbeitet.

Die Gewinn- und Verlust-Rechnung schließt für 1983 mit unverändert 40 Mill. DM Jahresüberschuß; daß es aufwärts gegangen ist, zeigt freilich der auf 235 (222) Mill. DM gestiegene Brutto-Cash-flow. In die freien Rücklagen werden wieder 5 Mill. DM eingestellt. Das Stammkapital wurde um 18 auf 198 Mill. DM erhöht, eine weitere Erhöhung auf 216 Mill. DM folgt in diesem Jahr.

WÜSTENROT-BANK / Auch für 1984 optimistisch

Von Baubelebung profitiert

MANFRED FUCHS, Ludwigsburg

Die Wüstenrot-Bank AG, Ludwigsburg, ist wegen des erheblichen Überhangs an genehmigten Wohnungsneubauten für das Jahr 1984 optimistisch. Schom im abgelaufenen Jahr hat dieses Finanzierungsinstitut der Bausparkasse Wüstenrot, Ludwigsburg, von der vermehrten Neubautätigkeit profitiert.

1983 wuchs die Zahl der Kreditanträge um 22,3 Prozent auf 37 000 Verträge. Bei der Summe ergab sich ein Zuwachs um 26,8 Prozent auf 2,3 Mrd. DM. Bei einem Anstieg der Bilanzsumme um 9,9 Prozent auf 6,2 Mrd. DM wurden die Kundenforderungen um 17,7 Prozent auf rund 2,9 Mrd. DM erhöht.

Die treuhänderisch verwalteten durchlaufenden Kredite, bei denen kein eigenes Kreditrisiko besteht, nahmen um 3,8 Prozent auf 2,9 Mrd. DM zu. Refinanziert wurde nach Angaben von Vorstandssprecher Wolfgang Reiber zu über 90 Prozent am Geld- und Kapitalmarkt. Außerdem konnten die Einlagen privater Anleger, die vom Wüstenrot-Außendienst für die Bank nur als Festgelder mit Laufzeit von zwei Jahren akquiriert werden, um etwa 50 Prozent auf rund 125 Mill. DM aufgestockt werden.

Bei einer Bruttozinsspanne von 2,5 (2,27) Prozent wuchs der Zinsüberschuß um 30,3 Prozent auf 76,7 Mill. DM. Er wurde zum Teil zur Risikovorsorge verwendet. Das Betriebsergebnis lag mit 32,3 Mill. DM um 6,5 Prozent über dem Vorjahresniveau. Vom Jahresüberschuß von 11 (9,8) Mill. DM wurden vorab 4 Mill. DM den Rücklagen zugewiesen.

Die Dividende wurde auf 7,00 (6,50) DM je 50-DM-Aktie erhöht. Am 10. Januar 1984 wurde das Aktienkapital um 8 Mill. DM auf 58 Mill. DM zum Kurs von 400 Prozent aufgestockt. Es wird zu 75 Prozent von der Wüstenrot-Gruppe und zu 25 Prozent von der Allianz Versicherungs AG, München, gehalten. Das haftende Eigenkapital stieg auf 209 (173) Mill. DM.

VAG Kredit Bank: Position ausgebaut

dos. Braunschweig

Die VAG Kredit Bank GmbH, Braunschweig, eine Tochter der Volkswagenwerk AG, äußert sich zufrieden zur Entwicklung im Geschäftsjahr 1983. Die Finanzierungsumsätze der Gesellschaft konnten um 22,5 Prozent auf 18,3 (14,9) Mrd. DM gesteigert werden. Der Umsatz ergibt sich aus der Finanzierung des Einkaufs neuer VW- und Audi-Modelle für VAG-Partner, des Verkaufs von Neu- und Gebrauchtwagen sowie der Durchführung von Reparaturen.

Nach Angaben von VW erhöhte sich die Bilanzsumme per Ende 1983 um 28,8 Prozent auf 2,5 (1,9) Mrd. DM. Die Forderungen an Kunden nahmen um 28,7 Prozent auf 2,47 (1,92) Mrd. DM zu. Die haftenden Mittel in Höhe von 158 Mill. DM – 92,5 Mill. DM Stammkapital und 65,5 Mill. DM offene Rücklagen – machen 6,3 Prozent der Gesamtsumme aus. Die Ertragslage wird als „gut" bezeichnet und habe den Erwartungen entsprochen. Mit VW besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Vögele fährt im Inland besser

VWD, Mannheim

Die Joseph Vögele AG, Mannheim, Hersteller von Straßenbaumaschinen, rechnet 1984 im Inland mit einer anhaltenden leichten Geschäftsbelebung bei zunächst weiter schrumpfenden Exportmärkten. Eine durchgreifende Marktbelebung sei, wie es im Geschäftsbericht heißt, erst in der zweiten Jahreshälfte zu erwarten. Bei weiterer Kostensenkung will Vögele vor allem neue Märkte in Entwicklungsländern erschließen.

Mit Modernisierung und Rationalisierung sowie intensiver Forschung und Entwicklung konnte das Unternehmen 1983 trotz des Umsatzrückganges auf 93,5 (95,7) Mill. DM seine führende Marktstellung behaupten und ein gutes Ergebnis erzielen. Es wird ein auf 1,06 (1,02) Mill. DM verbesserter Jahresüberschuß ausgewiesen, aus dem wieder sechs DM Dividende je Aktie auf 10,0 Mill. DM Grundkapital gezahlt werden sollen (Hauptversammlung am 28. Mai). Aus der Kapitalerhöhung 1983 nehmen daran 2,0 Mill. DM neue Aktien zur Hälfte teil.

6,50 Mark für das erste Börsenjahr

VWD, Frankfurt

Eine Dividende von 6,50 DM je 50-DM-Aktie will die MCS Modulare Computer und Software Systeme AG (MCS-AG), Wiesbaden, für das Geschäftsjahr 1984, das erste Jahr der Börsenzulassung ihrer Aktien, zahlen. Voraussetzung hierfür sind, so Vorstandsvorsitzender Manfred B. Lepiorz in Frankfurt, die Realisierung der angestrebten Umsatzverdoppelung und Einhaltung der Kostenansätze. Parallel zur Gewinnausschüttung sollen die offenen Rücklagen „deutlich dotiert" werden.

Die MCS, die Rechnersysteme für den medizinischen Bereich entwikkelt, bietet vom 5. bis zum 10. April nom. 555 000 DM Aktien über die BHF-Bank zum Preis von 185 DM je nom. 50-DM-Aktie öffentlich zur Plazierung an. Die BHF-Bank behält sich jedoch vor, die Verkaufsfrist im Falle der Überzeichnung vorzeitig abzukürzen. Die neuen Stammaktien sind vom 1. Januar 1984 an gewinnberechtigt. Das Zeichnungsvolumen für bevorrechtigte Zeichner ist auf etwa 20 Prozent begrenzt. DM.

ZEISS IKON / Umsatzverluste aufgeholt

Wieder optimistischer

dpa/VWD, Berlin

Die Zeiss Ikon AG, Stuttgart, ist wieder zuversichtlicher, die gesteckten Ziele für das laufende Geschäftsjahr zu erreichen. Wie es in dem in Berlin vorgelegten Geschäftsbericht für 1982/83 (30. 9.) heißt, würden dazu die Ausweitung des Umsatzes wie auch die Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage beitragen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr steigerte das Unternehmen seinen Umsatz um 5,3 Prozent auf 105,5 (100,3) Mill. DM.

Das Inlandsgeschäft erhöhte sich dabei um 5,1 Prozent, womit der Rückgang des Vorjahres mehr als ausgeglichen werden konnte. Die Exportanteil am Umsatz lag dagegen mit 28,6 Prozent nur leicht über dem Vorjahreswert. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages mit dem Großaktionär Carl Zeiss, Oberkochen, werden 677 000 (125 000) DM Jahresüberschuß abgeführt. Die freien Aktionäre, die etwa 5 Prozent am Kapital halten, bekommen die Garantiedividende von 10 Prozent.

Die Mitarbeiterzahl wurde von 1470 auf 1423 reduziert. Die Anlagenzugänge 1982/83 werden mit 10,1 Mill. DM angegeben, wobei 3,4 Mill. DM auf ein Grundstück in Berlin zur Erweiterung des Geländes entfallen. Bei Abschreibungen von 13,0 (4,9) Mill. DM wurden 4,2 Mill. DM Sonderabschreibungen nach dem Berlin-Förderungsgesetz vorgenommen.

In den einzelnen Geschäftszweigen wurden bei Sicherheitsschlössern mit neuen Produkten Erfolge erzielt. Bei Beleuchtungen hat es nach dem Umsatzeinbruch des vorangegangenen Jahres eine Belebung – insbesondere im Auslandsgeschäft – gegeben. Bei Stehbildwerfern gingen die Erlöse dagegen zurück. Gesteigert wurde der Umsatz der Kunststoff- und Feingerätefertigung, auch die Druckguß-Fertigung wies Zuwachsraten auf, während bei Lederwaren die Umsätze nur gehalten werden konnten.

FINANZANZEIGEN

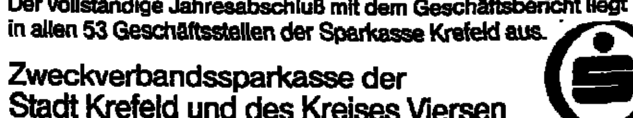
Sparkasse Krefeld '83

Ihr leistungsfähiger Partner in Krefeld und im Kreis Viersen

Aus unserer Bilanz '83:

Geschäftsvolumen	3.914 Mio DM
Bilanzsumme	3.798 Mio DM
Einlagen	3.366 Mio DM
Kreditvolumen	2.287 Mio DM
neu bewilligt	870 Mio DM
Eigenkapital	164.513 Mio DM
Kundenkonten	701.000 Stück
Mitarbeiter	1181
davon Auszubildende	157

Der vollständige Jahresabschluß mit dem Geschäftsbericht liegt in allen 53 Geschäftsstellen der Sparkasse Krefeld aus.



Zweckverbandssparkasse der Stadt Krefeld und des Kreises Viersen

mcs

Verkaufsangebot

über

DM 555 000,– neue, auf den Inhaber lautende Aktien

der

MCS Modulare Computer und Software Systeme Aktiengesellschaft

Wiesbaden

mit Gewinnanteilberechtigung ab 1. 1. 1984
– Wertpapier-Kenn-Nr. 658 280 –

Die Gesellschaft hat ihr Grundkapital um DM 555 000,– auf DM 4 500 000,– unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre erhöht. Diese Stück 11 100 neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– werden in der Zeit

vom 5. bis 10. April 1984 einschließlich
zum Preis von DM 185,– je Aktie zu DM 50,–

von der

Berliner Handels- und Frankfurter Bank

freibleibend zum Kauf angeboten.

Kaufanträge werden während der üblichen Schalterstunden von sämtlichen Niederlassungen der vorgenannten Bank entgegengenommen. Gedruckte Verkaufsangebote mit einem Bericht über das Unternehmen sind dort erhältlich.

Der Kaufpreis zuzüglich Börsenumsatzsteuer und üblicher Effektenprovision ist von den Erwerbern am 12. April 1984 zu entrichten.

Die Aktien sind zunächst in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Frankfurter Kassenverein AG, Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Den Erwerbern werden die Aktien nach Zahlung des Kaufpreises zunächst auf Girosammeldepotkonto gutgeschrieben. Bis zur Auslieferung gedruckter Aktienurkunden können Ansprüche auf Auslieferung effektiver Stücke nicht geltend gemacht werden. Die zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Einzelaktien über je DM 50,– und Sammelaktien über 10 und 50 Aktien zu je DM 50,– werden mit Gewinnanteilscheinen Nr. 1–20 und Erneuerungsschein ausgestattet sein.

Die Einbeziehung des gesamten Grundkapitals der Gesellschaft in den geregelten Freiverkehr an der Frankfurter Wertpapierbörse ist beantragt. Die Preisfeststellung wird voraussichtlich am 16. April 1984 aufgenommen.

Wiesbaden, im April 1984 Der Vorstand

VERSTEIGERUNG

Im Zusammenhang mit der Stillegung der Werft versteigern wir im Auftrag des Vorstandes die Maschinen und Werftanlagen sowie die Betriebsausstattung der

AG „WESER"

D-2800 BREMEN-GRÖPELINGEN, Werftstraße 160

Dienstag/Mittwoch, 10./11. April 1984
Beginn jeweils 10 Uhr

Zur Versteigerung gelangen u.a.: TISCHLEREI: Dickenhobel, Fabr. Carstens; Oberfräse, Fabr. Comag; Furnierpresse, Fabr. Fritz; ROHRBAU: Rohrkaltbiegemasch., Fabr. Hilgers, Rohrbiege-ø 220 mm; Rohrkaltbiegemasch., Fabr. Hungs-Robie, Rohrbiege-ø 50 mm; STAHLBAU: Brennschneidmaschine, Fabr. Kjellberg, NC-gesteuert; div. Schutzgasschweißgeräte u. Schweißtransformatoren; MASCHINENBAU: Portal-Fräswerk, Fabr. Waldrich, Durchgangsbreite 4 m, Durchgangshöhe 4,7 m; 2-Ständer-Karusselldrehmasch., Fabr. Froriep, größter Dreh-ø 5,3 m; Platten-Bohr- und Fräswerk, Fabr. Collet u. Engelhard, Plandreh-ø 2,8 m, Spindelhub 1,5 m; Zahnradfräs- und Schabemasch., Fabr. David Brown, Fräs-ø 5 m, Fräsbreite 1,7 m; Vertikal-Fräsmasch., Fabr. Uzima, Tischgröße 1,5 m x 0,3 m; div. Schleifböcke, Blechscheren, Werkbänke, Werkzeugschränke; SCHIFFBAU: Portal-Plattenpresse, Fabr. Bakker Typ HSPB 800; Leistung 8000 KN, Portalweite 8,1 m, lichte Höhe 3 m; Brennschneidmasch., Fabr. Kjellberg, NC-gesteuert; Kantenstrahlanl., Fabr. Gietart, Profildurchschub 450 x 900 mm; Bohlenprüfmaschine, ca. 70 Krane zwischen 1 u. 750 t Tragkraft, zahlreiche Transportfahrzeuge bis 60 t Tragkraft sowie eine umfangreiche Betriebsausstattung.

Besichtigung: Fr., 6. 4., 9-16 Uhr; Mo., 9. 4., 9-18 Uhr a. d. Versteigerungstagen, 8-9.45 Uhr. Ausführl. Katalog auf Anford.

ANGERMANN AUKTION KG HAMBURG D-2000 Hamburg 11 Mattentwiete 5

Tel. 040-367691, Telefax 040-364273, Telex 213665 / 213303





Holländische Barockvitrine

mit feiner Wurzel-Nußbaum-Marketerie, handeingelegten Intarsien und massiver Handschnitzerei, 163 × 58 × 243 cm, bei uns nur

DM 11 990,-

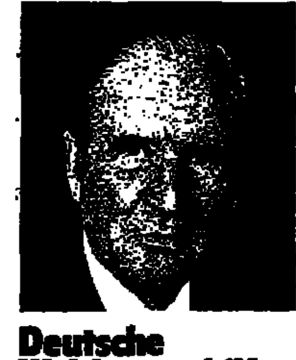
Möbel der europäischen Spitzenklasse





4600 Dortmund 1 · Brüderweg 14–16

Aufruf zur „Woche der Welthungerhilfe"



„Jedes vierte Kind in den Entwicklungsländern ist unterernährt. Täglich sterben 40.000 Jungen und Mädchen an Nahrungsmangel. Eine halbe Milliarde Mitmenschen haben ständig zu wenig zu essen. Diese Not darf uns nicht gleichgültig lassen. Wir müssen ihr begegnen."

Bundespräsident Karl Carstens
Schirmherr der Deutschen Welthungerhilfe

Deutsche Welthungerhilfe · Bonn, Adenauerallee 134

111 Spendenkonto
Postscheckamt Köln · Sparkasse Bonn
Volksbank Bonn · Commerzbank Bonn
Einzahlungen sind überall möglich.

WELT-Leser sind näher dran

Sie haben den entscheidenden Informationsvorsprung. 90 Korrespondenten sind an 35 Plätzen des In- und Auslandes für die WELT tätig. Sie berichten aktuell aus nächster Nähe von den Brennpunkten des Weltgeschehens.

W 3449



WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Mannesmann – Loewe Opta – Krupp - UdSSR



Das äußere Umfeld läßt kaum Wünsche offen: Die Hannover-Messe '84, die heute ihre Tore öffnet, bringt alle Voraussetzungen mit, eine Messe der Superlative zu werden. Das konjunkturelle Klima – dies wurde auf der Eröffnungsveranstaltung am Vorabend deutlich – war lange nicht so gut wie diesmal. Und auch unter den Ausstellern überwiegt der Optimismus. Die Tatsache, daß mit über 6400 Direktausstellern ein neuer Rekord für die Messe aufgestellt wurde, spricht für sich. Nicht zuletzt die Belebung in wichtigen *Abnehmerländern der* Bundesrepublik, die zu einem Ansteigen der Exporte in den letzten Monaten geführt hat, stimmt zuversichtlich. Lediglich im Investitionsgüterbereich wird die derzeitige Situation etwas zurückhaltender kommentiert. Auch dort aber, so ein prominenter Aussteller in Hannover, ist 1984 eine kräftige Nachfrageausweitung denkbar, wenn die Investitionstätigkeit in den Industrieländern weiter zunimmt und wenn die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer sich verbessert. Partiell sind aber diese Voraussetzungen heute schon gegeben. Ein wichtiges Thema in den Messehallen in Hannover ist die Frage, ob die deutsche Wirtschaft auf dem Gebiet der technologischen Entwicklung noch mithalten kann. (dos)



Mit optimistischeren Erwartungen als in den letzten Jahren kommen über 6400 Aussteller zur Messe FOTO: FRITZ RUST

Keine Technologie-Lücke

Die weltweite Flaute bei Investitionsgütern hat den deutschen Maschinen- und Anlagenbau stark in Mitleidenschaft gezogen. Nach Angaben von Klaus Czeguhn, Mitglied des Vorstands der Mannesmann AG, drückte das Schrumpfen der realen *Auftragseingänge vor allem aus dem* Ausland den Auftragsbestand der Branche auf fünf Produktionsmonate. Drei aufeinanderfolgende Jahre mit sinkender Produktion ließen die Kapazitätsauslastung der Unternehmen auf 78 Prozent absinken. 85 Prozent gelten im Maschinen- und Anlagenbau als Normalauslastung.

Auch gegenüber der ausländischen Konkurrenz, so Czeguhn auf der *Hannover-Messe, habe sich die Position* der Branche verschlechtert. Ihr Anteil an der Inlandsmarktversorgung sei von 77 Prozent im Jahr 1980 auf 75 Prozent in 1983 zurückgegangen. Schlecht sieht es für die deutschen Maschinenbauer ebenfalls am Weltmarkt aus. „Gegenüber der ausländischen Konkurrenz haben wir an Boden verloren", meinte Czeguhn.

Wenn dabei auch Wechselkursverschiebungen *mitspielten*, es sei vor allem die Wettbewerbsfähigkeit, die nachgelassen habe. Der Mannesmann-Vorstand wollte dies jedoch nicht in Zusammenhang mit dem zuletzt so emsig hochgespielten „technologischen Abseits" setzen. Damit wäre der Kern nicht getroffen. „*Unser Problem ist nicht in erster Linie* technologischer Natur", erläuterte Czeguhn, „sondern liegt vor allem im Bereich der Kosten." Preisunterschiede gegenüber ausländischen Konkurrenten von bis zu 30 Prozent seien aus diesen Gründen heute nicht ungewöhnlich.

Angesichts des hohen Leistungsstandards zeigte sich Czeguhn jedoch zuversichtlich über die nahe Zukunft des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus. Das in diesem Jahr auf der Hannover-Messe vorgestellte Leistungsangebot zeige, daß die Branche den Weg der Produkt- und Verfahrensinnovation eingeschlagen hat. Für das laufende Jahr könne deshalb im Inland ein Wachstum von real 3 Prozent, im Export sogar von 4 Prozent erwartet werden.

HENNER LAVALL

Kräftige Erholung denkbar

Bereits von einem selbsttragenden Aufschwung zu sprechen, sei zwar noch zu früh, eine kräftige Nachfrageausweitung bei Investitionsgütern hält Wilhelm Scheider, Vorstandsvorsitzender der Fried. Krupp GmbH, Essen, in diesem Jahr jedoch für „denkbar". Zwei wesentliche Voraussetzungen seien partiell bereits gegeben: die anziehende Investitionstätigkeit in den Industrieländern und eine Entspannung der Verschuldungssituation in der Dritten Welt.

Die Hoffnungen bei Krupp richten sich vor allem auf den Maschinen- und Anlagenbau, auf den 1983 fast 7 Mrd. DM von insgesamt 17,1 (16,7) Mrd. DM Konzernumsatz entfielen. Hier rechnet Scheider mit einer „deutlich besseren" Nachfrage.

Die Zahlen für das erste Quartal 1984 bestätigen diesen Optimismus. Der Anlagenbau verbuchte ein Auftragsplus von 113 Prozent, zu dem vor allem zwei Großaufträge für Zementfabriken der Krupp Polysius in Beckum beigetragen haben. Der absolute Tiefpunkt im Großanlagenbau sei im Sommer letzten Jahres überwunden worden, versicherte Scheider. Im Maschinenbau – mit Mehrbestellungen von 19 Prozent im ersten Quartal – sowie beim langjährigen Sorgenkind Stahl (plus 10 Prozent) setzte sich die bereits 1983 begonnene Nachfragebelebung fort. Weltweit holte der Konzern in den ersten drei Monaten mit 4,7 Mrd. DM 19 Prozent mehr Aufträge herein, der Umsatz kletterte auf 3,4 Mrd. DM (plus 2 Prozent).

Schwerpunkt der Krupp-Präsentation in Hannover ist in diesem Jahr die Umwelttechnik zur Rauchgasentschwefelung und Entstickung sowie zur Reinhaltung des Wassers. Die Krupp-Tochter Walther & Cie. zeigt ein neuentwickeltes Verfahren zur Verminderung des Ausstoßes von Schwefel und Stickoxiden bei Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken. Die Meßwerte der ersten in Mannheim installierten Anlage lägen deutlich unter denen von der Großfeuerungsanlagenverordnung vorgeschriebenen Grenzwerten, betonte Schneider. Hauptvorteil der neuen Technik sei, daß sie abwasserfrei arbeite. Als Endprodukt der Entschwefelung fällt ein besonders umweltfreundlicher Stickstoffdünger an, der einen außergewöhnlich niedrigen Schwermetallgehalt aufweist.

HEINZ STÜWE

„Professioneller" Chip-Decoder

Helmut Ricke, Geschäftsführer der Loewe Opta GmbH, Kronach, macht sich keine großen Sorgen um den Verbleib jenes 15-Prozent-Anteils an den 45 Mill. DM Stammkapital seiner Gesellschaft, zu dessen Veräußerung der Philips-Konzern vom Bundeskartellamt „verdonnert" wurde. „Wir vertrauen darauf, daß sich eine Lösung im Kreise der übrigen Gesellschafter finden wird", meint Ricke optimistisch.

Für das Unternehmen sei das Wichtigste, auch weiterhin unabhängig zu bleiben: „Wir fühlen uns unserer Sache sehr sicher und bemühen uns schon seit längerem, deutlich zu machen, daß man auch außerhalb eines Konzernverbunds leben kann." Das hat Loewe Opta auch im schwierigen Unterhaltungselektronik-Jahr 1983 wieder unter Beweis gestellt.

Zwar stieg der Umsatz nur um knapp 3 Prozent auf 253 (246) Mill. DM, wobei – branchenübliche – Schwächen im Export durch eine „deutliche Steigerung der Inlandsumsätze" (und dabei sogar der Anteile am Farbfernseh-Markt) mehr als ausgeglichen wurden. Trotz der geringen Expansion, die mit einem unveränderten Personal von 1500 Mitarbeitern erreicht wurde, gelang es, wieder besser zu verdienen. Der nicht genannte Gewinn fiel höher aus als geplant und übertraf auch den Wert des Vorjahrs, in dem Loewe gut zwei Prozent vom Umsatz verdient hatte.

Das gute Abschneiden führt Ricke nicht nur auf die Maßnahmen zur „Fertigungsoptimierung" zurück, in die ein guter Teil der 11 Mill. DM *Sachinvestitionen des vergangenen* Jahres geflossen ist: „Hierzu beigetragen hat auch unsere exponierte Position im Bereich des neuen Mediums Bildschirmtext." Loewe stuft sich bis heute als „einziger Lieferant konsumgerechter Farbfernsehgeräte für Bildschirmtext nach dem neuen CEPT-Standard" ein und wird es wohl auch noch bleiben, bis die Philips-Tochter Valvo ihren lange angekündigten *Ein-Chip-Decoder „Eurom" auch an*deren Herstellern in ausreichenden Mengen zur Verfügung stellt.

Bei Loewe geht man derweil schon einen Schritt weiter. Nachdem die Kronacher bereits vor gut einem Jahr einen Decoder aus eigener Entwicklung vorgestellt hatten, der sich bislang recht einsam im Markt tummelt, haben sie nun eine neue Version entwickelt, in der 35 der rund 70 Schaltkreise der ersten Auflage ebenfalls auf einem einzigen Chip zusammengefaßt sind.

Der Neuling soll freilich keineswegs in Konkurrenz zum Eurom treten: „Der Eurom zielt auf den niedrigpreisigeren Markt der Konsumenten-Geräte. Unser 'Lotus', der sehr viel flexibler ist und über entsprechende Software *auch an* unterschiedliche Peripheriegeräte angepaßt werden kann, peilt dagegen – wie schon unser erster Decoder – die professionelle Bildschirmtext-Anwendung an."

Lotus-Geräte werden, wie es auch von den Eurom-Fernsehern erwartet wird, gegen Ende des Jahres auf den Markt kommen. Auch ohne Lotus erwartet Ricke einiges an Schub, nicht zuletzt aus dem nun doch endlich anlaufenden btx-Geschäft. So soll der Umsatz 1984 um stolze 15 Prozent steigen, und trotz erhöhter Investitionen von 12,5 Mill. DM und eines Entwicklungsaufwandes von 11 (10) Mill. DM soll auch unter dem Strich wieder etwas stehenbleiben.

JOACHIM WEBER

Stabile Handelsbeziehungen

Die Bedeutung der Hannover-Messe für den deutsch-sowjetischen Handel unterstrichen gestern zahlreiche Redner der UdSSR. Anläßlich der Präsentation des sowjetischen Gemeinschaftsstandes (2500 Quadratmeter, *2000* Exponate, *16* Außenhandelsvereinigungen) bezeichnete Wladimir Nowikow, Leiter der Handelsvertretung in der Bundesrepublik, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten als stabil, langfristig abgesichert und vorteilhaft. Die UdSSR als wichtigster deutscher Handelspartner im Ostblock sichere mit ihren Aufträgen Arbeitsplätze für rund 300 000 Menschen.

Andererseits nehme Deutschland seit mehr als zehn Jahren unter den westlichen Ländern den ersten Platz als Handelspartner der UdSSR ein. In den letzten fünf Jahren ist der Warenverkehr zwischen den beiden Staaten nach Nowikows Ausführungen im Jahresdurchschnitt um 13,4 Prozent gestiegen, während der Welthandel pro Jahr nur um 2,5 Prozent gewachsen sei. 1983 habe der Warenaustausch zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik 23,1 Mrd.DM erreicht. Der Zuwachs sei aber allein auf die Steigerung der deutschen Lieferungen zurückzuführen (plus 14,7 Prozent auf 11,2 Mrd. DM). Der sowjetische Export habe im vergangenen Jahr mit 11,8 Mrd. DM stagniert.

Nowikow verwies ferner auf die qualitativen Veränderungen in den Handelsbeziehungen. Einen beachtlichen Platz würden heute Projekte auf Kompensationsbasis einnehmen. Auf sie entfielen wertmäßig mehr als 20 Prozent des Warenverkehrs. Und auch die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und sowjetischen Unternehmen auf Drittmärkten funktioniere ausgezeichnet.

HENNER LAVALL

Werfen Sie einen Blick in die Zukunft: NEC auf der Hannover Messe '84 CeBit-West (Halle 18) 1. = G. Stand 1702/1802

Die Zukunft kommt von NEC.

NEC, das Computer- und Kommunikationsunternehmen, spielt im Bereich der Digitalelektronik eine führende Rolle. Die Produktpalette umfaßt mehr als 15.000 Produkte und deckt eine Bandbreite von Halbleitern bis hin zu Großcomputer-Anlagen ab. Als einer der größten Hersteller von Mikroprozessoren weltweit, in der Spitzengruppe der japanischen Hersteller von Digitaltelefonen, Personal Computern, Satelliten und weiterer Übertragungssysteme (microwave) ist NEC ein Wegbereiter zukünftiger Technologien.
Eines der umfangreichsten Glasfaser-Kommunikationsnetze der Welt wurde von NEC gebaut. In Argentinien.
Höchste Qualität und Zuverlässigkeit gilt bei NEC als oberstes Gebot. Daraus resultiert der weltweit gute Ruf des Unternehmens.
Basis des Erfolges ist nicht zuletzt die Unternehmensphilosophie, deren Ziel es ist, Spitzenprodukte herzustellen, die auch vom Endverbraucher einfach zu bedienen sind. Außerdem sind wir immer bestrebt, unseren Kunden ein ausgewogenes Preis-Leistungsverhältnis zu bieten. Und zwar bei allen Produkten, die von NEC hergestellt werden.

Hannover Messe '84

INFORMATIONSVERWALTUNGSSYSTEM
SPRACHSPEICHERSYSTEM
TELETEX TERMINAL
ELEKTRONISCHES TASTENTELEFONSYSTEM
TELEFONANLAGE
FERNKOPIERER
LAUFWERK
DRUCKER
PERSONAL COMPUTER
LOKALES NETZWERK AUF GLASFASERBASIS
MONITORE
STIMMEINGABE-/-AUSGABE-TERMINALS
MOBILES TELEFON
DATENMODEN
PROJEKTIONSFERNSEHER

NEC
NEC Corporation
Tokyo, Japan

Uns hat am 25. März dieses Jahres Herr

Dipl.-Ing. Klaus Rudolf Klinkner

Geschäftsführer der VEBA Wohnungsbau gGmbH

für immer verlassen.

Er starb im Alter von 47 Jahren durch einen tragischen Unglücksfall. Wir nehmen bewegt von ihm Abschied.

Nach Studium der Architektur und verantwortlicher Tätigkeit in verschiedenen Unternehmen der Wohnungswirtschaft wurde er 1973 in die Geschäftsführung unserer Gesellschaft berufen.

Klaus Rudolf Klinkner haben wir als einen vornehmen Menschen, engagiert und loyal in der Sache wie zur Person, schätzengelernt. Vorzügliche Kenntnisse in technischer wie in wirtschaftlicher Aufgabenstellung zeichneten ihn besonders aus. Bei Betriebsräten, Gewerkschaften, Verbänden und staatlichen Stellen war sein wohnungswirtschaftliches Fachwissen, weil qualifiziert und konstruktiv, sehr gefragt.

Sein weitaus zu früh beendetes Berufswerk und sein hervorragender Arbeitsbeitrag bewahren ihm über die sichtbaren Ergebnisse hinaus bei den Menschen, mit denen und für die er gewirkt hat, ein ehrendes Gedenken.

Wir, die ihn beruflich begleitet haben, betrauern den Verlust dieser Persönlichkeit. Wir verneigen uns in Dankbarkeit vor dem guten Freund und geschätzten Kollegen.

Bochum, im April 1984

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Mitarbeiter

VEBA Wohnungsbau gGmbH

Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt,
der froh von ihren Taten, ihrer Größe,
den Hörer unterhält und still sich freuend
ans Ende dieser schönen Reihe sich geschlossen sieht.
J. W. von Goethe

Statt Karten

In Liebe und Dankbarkeit trauern wir über den Heimgang von

Wilhelm Eiffe

* 15. 8. 1894 † 21. 3. 1984

Im Namen seiner Angehörigen und Freunde

Annelore Schärfe geb. Caulier

Sonnenau 1
2 Hamburg 76

Auf Wunsch des Verstorbenen fand die Trauerfeier in aller Stille statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80, – 39 42 oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Existenzgründung!

Angebot zum Kauf
– eines alteingesessenen, bestens eingeführten Handelsunternehmens für Arbeitsschutzkleidung in Hamburg
– kein Ladengeschäft

Vorteil für den Erwerber
– gute, in Fachkreisen bekannte Firma (Name wird mitverkauft!)
– jahrelange Kundenverbindungen in Industrie und Handwerk
– Einarbeitung und Einführung bei Kunden etc. wird gewährleistet
– geringe feste Kostenbelastung

Günstiger Kaufpreis
– für das Unternehmen (ohne Forderungen) TDM 125
– für aktuellen Warenbestand (saisonabhängig) TDM 50–100

Kontakt und Auskunft über
– TWP-Treuhand, Wedeler Landstraße 43, 2000 Hamburg 56, Tel. 0 40 / 81 75 25

Suchen Sie Absatzmöglichkeiten in dem Markt Saudi-Arabiens oder anderer Golfstaaten?

Verkaufsstarker Partner

(s. unten als Generalagentur!)

Stock Commodities! Ost-Kontakte vorhanden?

Barter-Geschäfte im Dreiecksverhältnis erwünscht!

Unsere Firma hat seit dem 1. 1. 84 eine saudische Mehrheitsbeteiligung. Die Träger verfügen über ausgezeichnete Beziehungen zum Königshaus sowie zu vielen Bereichen der privaten Wirtschaft.

Ihr Partner: **IDEA-IMPORT/EXPORT**
Postfach 11 05, 4600 Dortmund 1
Tel. 02 31 / 82 73 88, Telex 8 22 225, idea d

PHARMAZIE

Eines der bekanntesten Pharmaunternehmen bietet dem selbständigen, seriösen

Verkaufsmanager

die Möglichkeit mit einem millionenfach bewährten Sortiment freiverkäuflicher Pharmazeutika höchste Renditen bei geringem Kapitaleinsatz zu erzielen. Vorkenntnisse nicht erforderlich.
Bioferm GmbH, Max-Brauer-Allee 22, 2000 Hamburg 50, Tel. 0 40 / 38 76 80

Wir kaufen
Konkursposten, Havarieschäden und Überhänge,
Haushaltsgeräte, Werkzeuge, Textilien, Elektrogeräte etc.
Angebote an:
Ahlborn-Koch, Groß- und Einzelhandel, Import – Export, 6050 Offenbach, Waldstr. 264, Tel. 06 11 / 87 19 33 + 85 50 68, Telex: 4 185 402

GENERAL DEALER

Offered 5 x 60 outstanding action video. Not previously shown in Europe. Garantee of US-$ 1 million required. Reply with RWA to:
Box No. 60 30, Polacks Reklamebureau A/S, 103 Gothersgade, DK-1123 Copenhagen K., DENMARK

Größerer Industriebetrieb
aus **Ostwestfalen** sucht für die **Fertigung**

neue Artikel

Vertrieb, Organisation und Kapital vorhanden.

Angebote unter G 5639 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Nachfolger gesucht

Kleiner Herstellungsbetrieb von Spezialanfertigungen aus Alu für die weltweite Energiewirtschaft mit Sitz in der Schweiz – Grenznähe Deutschland/Österreich – sucht einen technisch und kaufmännisch versierten jungen Mann – egal, welcher Nationalität – mit finanzieller Beteiligung zum weiteren Ausbau und zur Modernisierung des Betriebes bei späterer Übernahme.
Deutsch und Englisch in Sprache und Schrift sind Voraussetzung, französische Sprache wäre von Nutzen.
Ang. erb. u. F 5638 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Wir eröffnen Ihnen IHR Schweizer Bankkonto
Firma Finanzservice
Tel. 0 72 22 / 61 00

Für neues attraktives Einbauleuchtenprogramm, italienisches Design, suchen wir gut eingeführte

Handelsvertreter

im Bereich Lichttechnik.
Bewerbungen unter E 5637 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verlage/Druckereien

Erhebliche Kostensenkung mit unseren preiswerten Vierfarblithos, hergestellt auf modernen Scannern.
Lassen Sie sich Vergleichsangebote von uns unterbreiten!
Litho-Service H. Schell
Beckergrube 18 – 24 Lübeck
Tel. 04 51 / 7 48 91, Tx. 2 6 533

Wir suchen 4 selbständige
Verkaufsrepräsentanten
für Hamburg – Bremen – Hannover und Ruhrgebiet für unser Video-Lernprogramm „Verkaufstraining am Arbeitsplatz" zu allerbesten Provisionen.
Helmut Kratky GmbH, Oberlaaer Str. 72, A-1100 Wien, T. 00 43 / 2 22 / 68 48 58.

Wir kaufen alle Sorten Elektroerzeugnisse, auch Dreifachstecker.
Tel. 00 31 / 1720.35760 NL

Spezialist

f. schwierige Kurieraufträge u. andere Problemaufgaben im In- u. Ausland, nur anspruchsv. Einsätze erwünscht, die entspr. professionelles Vorgehen erfordern.
Zuschriften unter K 5641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

IHR BÜRO im Rhein-Main-Gebiet
- Telefon-Telex-Post-Service
- Geschäftsadresse, Sekretariat
- Büro- und Konferenzräume

BÜROBASIS Rhein-Main, 6500 Mainz
Rheinallee 7, Tel. 0 61 31 / 67 40 03

Fachdetektei

Wirtsch.- u. Privatdetektei. Ehem. Polizei-Kriminal- u. Geheimdienstbeamte.

Ermittlung, Überwachung, Beobachtung.
Beweismaterial aller Art, Vertrauensangelegenheiten sowie Aufklärung u. Abwehr von Industrie- u. Wirtschaftsspionage.

Spez.-Abt. für Aufspürung im Ausland verschwundener Personen.

Kurierdienste, Tätigkeit jederzeit im In- u. Ausland.
Seriöse, korrekte Ausführung, strengste Diskretion.

Tel. 0 22 38 / 4 36 53

Wir sind ein international tätiges Touristik-Unternehmen. Guten Leuten aus Verkauf und/oder Organisation bieten wir eine wirkliche Lebensexistenz durch den Auf- und Ausbau von

Länder-Vertriebs-Repräsentanzen

in a) Niedersachsen/Bremen, b) Schleswig-Holstein/Hamburg, c) Berlin. Mit unserem neuen, einmaligen Dienstleistungs-Programm sind schon kurzfristig Einkünfte weit über 100 000,– erzielbar. Start mit oder ohne Eigenkapital möglich.

Ihre aussagekräftige Zuschrift erbitten wir an Direktor Rolf G. Sauer, Card domicil GmbH, Am Sonnenrain 17, 7263 Bad Liebenzell.

Vertrieb für Ferienwohnungen „Nordseeküste"

Wir suchen noch engagierte Vertriebsgesellschaften für komfortable Ferienimmobilien (z. B. Cuxhaven) in Strandnähe. Die Konzeption erlaubt Bauherren- oder Erwerbermodelle. Vorsteuererstattung auch nach dem 31. 12. 1984 gesichert.
Bitte schreiben Sie uns, wir setzen uns dann umgehend mit Ihnen in Verbindung. Angebote erb. unt. H 5640 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Postfachmitbenützeradresse in Zürich
für Versandfirmen und Privatpersonen. Ihre Post wird durch uns zuverlässig an Sie weitergeleitet.
IVM, Abt. Tras, Postfach, CH-8042 Zürich

Dreherei
sucht festen Kunden für Dauerauftrag. Tel. 0 23 51/7 94 65

Büroreinigungsfirma hat noch Kapazitäten frei. Zuschr. erb. u. PT 47912 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Partnervermittlung
sucht Geschäftspartner(in). Wissenschaftl. fundierte Partnertest und Computerrüstzeug für den Vertrieb vorhanden.
E & P, Postfach 13 72, 5308 Rheinbach
Tel. 0 22 26 / 34 06

Spielkasino-Beteiligung 70% in Hannover zu verk. Beteiligung ab 10% mögl. Zuschr. u. S 5537 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Handelsvertreter/innen
Silber + Modeschmuck

zum Besuch von Geschenkboutiquen, Drogerien, Parfümerien und Friseure zu besten Vertragsbedingungen gesucht. Auch als Zweitvertretung.

Aussagefähige Bewerbungen unter D 5636 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

FINANZANZEIGEN

— Wertpapier-Kenn-Nr. 648 300 — **Linde Aktiengesellschaft · Wiesbaden**



Wir berufen hiermit unsere diesjährige

ordentliche Hauptversammlung

auf Donnerstag, den 17. Mai 1984, 10.00 Uhr

in die Kongreßhalle auf dem Messegelände, München, Theresienhöhe 13 ein.

Tagesordnung

1. **Vorlage des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983 mit dem Bericht des Aufsichtsrats und dem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns**
   Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983
2. **Verwendung des Bilanzgewinns**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn von 32 400 000 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 9 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM zu verwenden.
3. **Entlastung des Vorstands**
   Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, dem Vorstand für das Geschäftsjahr 1983 Entlastung zu erteilen.
4. **Entlastung des Aufsichtsrats**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1983 Entlastung zu erteilen.
5. **Ersatzwahl zum Aufsichtsrat und Wahl von Ersatzmitgliedern**
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, anstelle von Herrn Dr. jur. Winfried Werner, der nach dem Ausscheiden von Herrn Dr. Götte als von der Hauptversammlung gewähltes Ersatzmitglied interimistisch in den Aufsichtsrat nachgerückt war,
   Herrn Professor Dr. mont. Franz Josef Weisweiler, Vorsitzender des Vorstands der Mannesmann AG, Düsseldorf,
   für den Rest der Amtszeit in den Aufsichtsrat zu wählen.
   Der Aufsichtsrat schlägt ferner vor,
   Herrn Dr. jur. Winfried Werner, Direktor mit Generalvollmacht der Deutschen Bank AG, Königstein/Ts.,
   sowie
   Herrn Dr. jur. Helmut Becker, Chefjustitiar der Commerzbank AG, Bad Soden/Ts.,
   in dieser Reihenfolge auch zu Ersatzmitgliedern für das neue Aufsichtsratsmitglied zu wählen.
   Der Aufsichtsrat setzt sich nach § 96 Absatz 1 des Aktiengesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 des Mitbestimmungsgesetzes zusammen. Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden.
6. **Ermächtigung zur Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen und Schaffung bedingten Kapitals**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, folgende Beschlüsse zu fassen:
   a) Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Optionsschuldverschreibungen (Teilschuldverschreibungen mit beigefügten Optionsscheinen, die Optionsrechte auf Aktien der Linde Aktiengesellschaft verbriefen) mit längstens *15jähriger Laufzeit auszugeben oder Optionsrechte mit längstens 15jähriger Laufzeit auf Aktien* der Linde Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit der Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen zu gewähren, die durch unmittelbare oder mittelbare 100%ige ausländische Beteiligungsgesellschaften der Linde Aktiengesellschaft unter Garantie der Linde Aktiengesellschaft ausgegeben werden. Die Optionsschuldverschreibungen können in Deutscher Mark oder in US-Dollar ausgegeben werden. Der Gesamtnennbetrag der Optionsschuldverschreibungen ist auf den Gegenwert von 150 000 000 DM begrenzt. Die Optionsschuldverschreibungen können in der Zeit bis zum 30. April 1989 begeben werden. Die Optionsschuldverschreibungen und die Optionsrechte sollen deutschem Recht unterliegen.
   Die Ermächtigung kann in Teilbeträgen ausgenutzt werden, und zwar auch in der Weise, daß ein Teil des Gesamtnennbetrags der Optionsschuldverschreibungen von der Linde Aktiengesellschaft, ein anderer Teil von unmittelbaren oder mittelbaren 100%igen ausländischen Beteiligungsgesellschaften unter der Garantie der Linde Aktiengesellschaft ausgegeben wird. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen, soweit Optionsrechte auf Aktien der Linde Aktiengesellschaft im Zusammenhang mit Optionsschuldverschreibungen ausländischer Beteiligungsgesellschaften der Linde Aktiengesellschaft gewährt werden.
   Die Teilschuldverschreibungen werden auf den Inhaber lauten und in Nennbeträgen von je 1 000 DM oder je 1 000 US$ ausgegeben. Jeder Teilschuldverschreibung werden Inhaber-Optionsscheine zum Erwerb von Aktien der Linde Aktiengesellschaft beigefügt, die den Inhaber nach näherer Maßgabe der Optionsbedingungen berechtigen, je Deutsche-Mark-Schuldverschreibung bis zu 3 Linde-Aktien und je US-Dollar-Schuldverschreibung bis zu 9 Linde-Aktien im Nennbetrag von je 50 DM zu beziehen.
   Der Optionspreis für eine Aktie der Linde Aktiengesellschaft im Nennbetrag von 50 DM entspricht dem Durchschnitt der amtlichen Einheitskurse der Frankfurter Wertpapierbörse für Linde-Aktien an den 10 Börsentagen, die der Beschlußfassung über die Ausgabe der Teilschuldverschreibungen vorausgehen; der so ermittelte Optionspreis wird auf den nächsten vollen DM-Betrag aufgerundet. Der Optionspreis wird aufgrund einer Verwässerungsschutzklausel ermäßigt, wenn die Linde Aktiengesellschaft während der Laufzeit der Teilschuldverschreibungen unter Einräumung eines Bezugsrechts an ihre Aktionäre entweder ihr Kapital erhöht oder Wandel- oder Optionsrechte begründet und den Inhabern der Optionsscheine kein Bezugsrecht eingeräumt wird. § 9 Absatz 1 des Aktiengesetzes bleibt unberührt.
   Die Optionsrechte können frühestens einen Monat nach Ausgabe der Teilschuldverschreibungen bis längstens einen Monat nach Ende der Laufzeit der Teilschuldverschreibungen mit Ausnahme bestimmter in den Optionsbedingungen festzulegender Zeiträume ausgeübt werden.
   Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats und gegebenenfalls im Einvernehmen mit den Organen der die Optionsschuldverschreibungen ausgebenden ausländischen Beteiligungsgesellschaften alle weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Optionsschuldverschreibungen festzulegen.
   b) Das Grundkapital wird um bis zu 25 000 000 DM durch Ausgabe von 500 000 Stück auf den Inhaber lautenden Aktien im Nennbetrag von je 50 DM zur Gewährung von Optionsrechten nach Maßgabe der Optionsbedingungen an die Inhaber der Optionsscheine aus den von der Linde Aktiengesellschaft oder von unmittelbaren oder mittelbaren 100%igen ausländischen Beteiligungsgesellschaften der Linde Aktiengesellschaft bis zum 30. April 1989 ausgegebenen Optionsschuldverschreibungen bedingt erhöht. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zu dem unter a) angegebenen Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, als die Optionsschuldverschreibungen ausgegeben werden und die Inhaber der Optionsscheine von ihren Optionsrechten auf Bezug von Aktien der Linde Aktiengesellschaft Gebrauch machen. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie durch Ausübung von Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzulegen.
   c) In § 6 der Satzung wird folgender neuer Absatz 5 angefügt:
   „Das Grundkapital ist um bis zu 25 000 000 DM, eingeteilt in 500 000 Stück auf den Inhaber lautende Aktien im Nennbetrag von je 50 DM, bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber von Optionsscheinen aus den von der Linde Aktiengesellschaft oder von unmittelbaren oder mittelbaren 100%igen ausländischen Beteiligungsgesellschaften der Linde Aktiengesellschaft bis zum 30. April 1989 ausgegebenen Optionsschuldverschreibungen von ihren Optionsrechten auf Bezug von Aktien der Gesellschaft Gebrauch machen. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie durch Ausübung von Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzulegen."
7. **Weitere Satzungsänderungen**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, folgende Beschlüsse zu fassen:
   a) In § 6 der Satzung wird folgender Absatz 6 angefügt:
   „Bei Kapitalerhöhungen kann die Gewinnbeteiligung der neuen Aktien abweichend von § 60 Absatz 2 des Aktiengesetzes geregelt werden."
   b) In § 10 Absatz 2 der Satzung wird folgender Satz 3 angefügt:
   „Ersatzwahlen für vorzeitig ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglieder erfolgen für den Rest der Amtszeit der Ausgeschiedenen."
8. **Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984**
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984 die
   Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft
   Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main
   zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bei einer der nachbezeichneten Stellen spätestens am 10. Mai 1984 hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Hinterlegungsstellen sind die Geschäftsstelle der Linde Aktiengesellschaft in Wiesbaden, Abraham-Lincoln-Straße 21 sowie folgende Banken und deren Niederlassungen in Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, München und Wiesbaden:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Commerzbank AG
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank AG
Dresdner Bank AG
Merck, Finck & Co.
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Bank AG
Deutsche Länderbank AG

Die Aktien sind auch dann ordnungsgemäß hinterlegt, wenn sie mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.
Die Aktien können auch bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank hinterlegt werden. Die von diesen auszustellende Bescheinigung über die Hinterlegung hat die hinterlegten Aktien nach Nummern und Stückzahl zu bezeichnen und ist spätestens am 11. Mai 1984 bei einer der übrigen Hinterlegungsstellen einzureichen.
Über die hinterlegten Aktien werden den Aktionären oder deren ordnungsgemäß ausgewiesenen Vertretern Eintrittskarten ausgestellt.
Für die Ausübung des Stimmrechts verweisen wir auf § 15 unserer Satzung. Diese auf § 134 des Aktiengesetzes beruhende Bestimmung lautet:

„1) In der Hauptversammlung gewährt jede Aktie eine Stimme. Die Stimmenzahl, die auf eine Sammelaktie (vgl. § 6 Absatz 1 Satz 2) entfällt, ist also gleich der Anzahl von Aktien, die durch die Sammelaktie verbrieft werden.

2) Ist ein Aktionär mit Aktien im Gesamtnennbetrag von mehr als 10% des Grundkapitals beteiligt, so wird abweichend von Absatz 1 sein Stimmrecht auf die Anzahl von Stimmen beschränkt, die Aktien im Nennbetrag von insgesamt 10% des Grundkapitals gewähren. Zu den Aktien, die einem Aktionär gehören, rechnen auch die Aktien, die einem anderen für seine Rechnung gehören. Ist der Aktionär ein Unternehmen, so rechnen zu den Aktien, die ihm gehören, auch die Aktien, die einem von ihm abhängigen oder ihn beherrschenden oder einem mit ihm konzernverbundenen Unternehmen oder einem Dritten für Rechnung eines solchen Unternehmens gehören. Bei der Berechnung einer nach Gesetz oder Satzung erforderlichen Kapitalmehrheit bleiben diese Beschränkungen außer Betracht."

Der in § 15 Absatz 2 der Satzung genannte Anteil von 10% des Grundkapitals entspricht zur Zeit einem Nennbetrag von 18 000 000 DM = 360 000 Aktien zu je 50 DM.

Wiesbaden, im April 1984

Der Vorstand

Riedel-de Haën

Riedel-de Haën Aktiengesellschaft · Seelze/Hannover
Wertpapier-Kenn-Nr. 704 900

Die Aktionäre unserer Gesellschaft laden wir hiermit zu der

Ordentlichen Hauptversammlung

am Donnerstag, dem 17. Mai 1984, 11.00 Uhr, in den Räumen der Deutsche Bank AG, Hannover, Georgsplatz 20, ein.

Näheres über die Tagesordnung, die Teilnahme an der Hauptversammlung, die Ausübung des Stimmrechtes und die Hinterlegung der Aktien bitten wir, der Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 67 vom 4. April 1984 sowie den Unterlagen, die den Aktionären über die Depotbanken zugesandt werden, zu entnehmen.

3016 Seelze 1, den 4. April 1984

Riedel-de Haën AG
Vorstand

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken! W 285

Ich will ein Mensch sein

Dieser Ruf kommt aus Südafrika, dem Land, in dem die ungerechten Gesetze der Apartheid politisches Mandat und Wohlstand den Weißen, Unmündigkeit und Armut den Schwarzen zuordnen. Ein Land extremer Gegensätze: Weiße und Schwarze, Reichtum und Armut, Hochhäuser und Baracken, blühende Industrie und karge Landwirtschaft.

MISEREOR
Mozartstraße 9, 5100 Aachen
Spendenkonto:
556-505 Postscheckamt Köln
556 Stadtsparkasse Aachen
(BLZ: 390 500 00)

STELLENANGEBOTE



„Nutzen Sie wie ich KIS als Sprungbrett für eine nationale oder internationale Karriere"

Ludwig Schmidt, 36 Jahre

Situation: Der deutsche Fotomarkt mit einem Umsatzvolumen von über 5 Milliarden DM ist in Bewegung geraten. Der wohl interessanteste Teilmarkt, der 1-Stunden-Farbbilderservice entwickelt sich aufsehenerregend. Das von KIS entwickelte und verkaufte Tageslicht-MINILAB macht Furore. Alte, verkrustete Branchenstrukturen brechen auf, neue, zukunftsweisende Technologien und Vertriebssysteme gewinnen rapide an Bedeutung. Fast 2 Milliarden Farbbilder werden jährlich in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt und geprintet. In der gesamten westlichen Welt sind dies z. Z. rd. 20 Milliarden Farbbilder p. a. Es geht darum, wer in diesem weltweit wachsenden Markt in Zukunft Gewinne erzielen wird! Hier liegen die immensen Zukunftschancen von KIS-Photo. Auch Ihre, denn als einer unserer neuen, erfolgreichen

MANAGER

wird diese Aufgabe nur eine Durchgangsposition zu unserem internationalen Produkt-Management sein.

Unser Erfolg ist Ihr Erfolg: Sie werden in einer der am schnellsten wachsenden, internationalen Gesellschaften mitarbeiten: 7 Produktionsstätten und 80 Tochterunternehmen weltweit, Expansion 1983 +75%. Mit dem marktrevolutionierenden und von KIS-Photo verkauften MINILAB für den zukunftsträchtigen 1-Stunden-Farbbilderservice wurden innerhalb von nur 24 Monaten, international rd. 50% Marktanteil erreicht.

Ideale Entwicklungschancen: Für Sie wie bereits für Ludwig Schmidt, 36 Jahre. Am 5. Dezember 1983 begann seine Karriere bei KIS Deutschland, Einsatzgebiet Bayern. Am 4. März 1984 flog er in die USA, um dort neue Managementaufgaben zu übernehmen. Sein Einkommen hat sich bereits verdoppelt. Seine Karriere geht weiter.

Wir wachsen dynamisch weiter. Sind Sie der Managertyp mit „Frontgeist", der unseren Erfolgsweg mitgeht?

Ihr Background
Hochschul-Abschluß oder eine ähnliche Ausbildung. Jung, engagiert. Eine Persönlichkeit, Durchsetzungsvermögen in der Führung und Motivation von Mitarbeitern.
Ihr Trainee-Programm
3 Monate theoretische und praktische Einarbeitung in der Bundesrepublik Deutschland. Überzeugende Erfolge in unserer Verkaufsorganisation.
6 Monate Delegierung als District-Manager in die USA.
Danach Führungsaufgaben national oder international. Leitung von Niederlassungen, Neugründungen etc.

Senden Sie uns Ihre vollständigen Bewerbungs-Unterlagen mit Lichtbild und Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins. Wir werden uns umgehend mit Ihnen in Verbindung setzen.
KIS-Photo, Oberbilker Allee 167, 4000 Düsseldorf 1





Die Kommunikation ist unser faszinierender Wachstumsmarkt. Fast 4000 Mitarbeiter sind darin für uns tätig. Rank Xerox bietet erfahrenen Fachleuten aus der Branche, möglichst mit betriebswirtschaftlichem oder Informatik-Studium, die Position als

Verkaufsleiter Fachhandel

mit praktischen Verkaufserfahrungen im expansiven Markt der

Mikrocomputer

Unser Vertrieb erfolgt über mehr als 60 Fachhandels-Unternehmen. Die Anzahl der Vertriebsstellen wird in 1984 mehr als verdoppelt und branchenbezogen ausgebaut.

Unsere Vertragspartner erwarten von uns verkaufsorientierte Unterstützung und Lösungsvorschläge für die vielfältigen Kundenprobleme. Hier müssen wir beratend zur Seite stehen.

Wir erwarten neben der *beruflichen Qualifikation persönliche Merkmale*, wie Motivationsstärke, Freude am planvollen, systematischen Arbeiten und zielorientierte Durchsetzungskraft von Ihnen.

Sie erreichen uns unter 0211-5993230 – Herr Schumacher / Leiter Personalabteilung – oder Rank Xerox GmbH, Hauptverwaltung Personal, Emanuel-Leutze-Straße 20, 4000 Düsseldorf-Lörick. Oder aber Sie informieren sich gleich an Ort und Stelle auf der Hannover-Messe, CeBIT 1, Stand 4007, Rank Xerox-Galerie (1. Etage), bei Herrn Horst Eickert / Leiter Marketing Vertriebsstrategien.

Kopieren · Vervielfältigen · Telekommunikation
Drucksysteme · Textverarbeitung · Qualitätspapiere

RANK XEROX

Sekretär/in

Erfahren in allen Sekretariatsarbeiten sowie Englisch und evtl. Französisch.
Bewerbungen bitte schriftl. in Englisch mit Referenzen an das
Ägyptische Generalkonsulat
Harvestehuder Weg 50, 2000 Hamburg 13.
Telef. Auskünfte nur zw. 9.00 u. 10.00 Uhr. Tel. 0 40 / 4 10 10 31

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 08 579 104 aufgeben

---

Wir bieten in Deutschland

erstklassigem VERKÄUFER

außerordentliches Programm von 2000 **BUNGALOWS – VILLEN – DUPLEX**, gelegen in **SPANIEN**/Alicante, zum Verkauf an.

- Außerordentlicher Gewinn.
- Werbliche und kaufmännische Unterstützung von hoher Qualität.
- Permanentes Training.

Im Besitz von Wagen und Telefon.

Mindest-Investierung von DM 16 500,– notwendig.

Bitte schreiben an:

COSTA EURO – Rue de Courtrai 22 D – 8600 **MENIN** (Belgien)

Im Auftrag unseres Klienten suchen wir für den Innendienst einen erstklassigen

Export-Kaufmann

der Englisch und Französisch in Wort und Schrift perfekt beherrscht. Reisetätigkeiten, die für die Abwicklungen des Innendienstes notwendig sind, geben Ihnen einen interessanten Background für den weiteren Ausbau dieser Position – nach einiger Zeit – zum Export-Leiter.

Von Vorteil wäre es, wenn Sie Erfahrungen aus der ***Möbelindustrie*** *mit nach* Ostwestfalen bringen könnten und um die 30 Jahre alt sind.

Sie werden der Geschäftsleitung direkt unterstellt sein und somit die Exportsituation unseres Klienten wesentlich auf den internationalen Märkten weiter ausbauen.

Wir bitten Sie um Ihre aussagefähigen kompletten Bewerbungsunterlagen und sichern Ihnen absolute Vertraulichkeit *ebenso wie Berücksichtigung* von Sperrvermerken zu.

WAS
Werbeagentur & Personalberatung Bernd Schlingmann GmbH
Postfach 36, 4930 Detmold

Sol., mittelständischer Bauträger in Norddeutschland sucht einen dynamischen

Allroundkfm.

mit Schwerpunkt Vertrieb als tätigen *Teilhaber*.

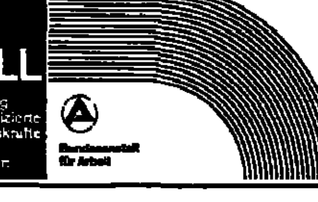
Angeb. erb. u. B 5634 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

US publication seeks

bilingual journalist

for fulltime position in its Bonn office.
Must have complete fluency in written English.
Excellent career opportunity.
Applicants please reply in English with curriculum vitae to C 5171, WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE



Erfahrener Diplom-Wirtschafts-Ing.

Ertragsorient., Praktiker, bes. Stärken im analyt. Bereich: Langfristplanung, Marketingkonzeption, Strategie und -Umsetzung. Engl. und Dän. Sprachkts.; sucht vertriebsorientierte Führungsposition im Raum Norddeutschland.

Auskünfte erteilt: Herr Fenger
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-343, FS 292673

Vertriebsingenieur

Bereich MSR-Geräte und -Systeme (mech., pneum., elektr.), langjährige Berufspraxis bei führenden Unternehmen (Akquisition, Beratung, Angebots- und Auftragsabwicklung), engl. Grundkenntnisse; sucht neuen Wirkungskreis mögl. Großraum Hannover oder Niedersachsen, aber nicht Bedingung.

Auskünfte erteilt: Herr Pein
Fachvermittlungsdienst Hannover, Hanomagstraße 9
3000 Hannover 91, ☎ 0511/4737-209, FS 921428

Produktionsleiter Ernährungsindustrie

Dipl.-Molkereiwesen (Dipl.-Ing. agr.), Molkereifach-Lehre, Studium Fachrichtung Milchwirtschaft, mehrjährige Erfahrung in der milch- und nahrungsmittelverarbeitenden Industrie als Laborleiter, Produktionsleiter und im Produktmanagement; sucht verantwortungsvolles Aufgabengebiet im Bereich der Milch- oder Nahrungsmittelverarbeitung, aber auch bei Instituten, Behörden oder in angrenzenden Bereichen.

Auskünfte erteilt: Herr Pein
Fachvermittlungsdienst Hannover, Hanomagstraße 9
3000 Hannover 91, ☎ 0511/4737-209, FS 921428

Betriebswirt (grad.)

42, mit Berufserfahrung und Kenntnissen in den Bereichen Marketing, DV-Organisation, Btx, Rechnungswesen.

Auskünfte erteilt: Herr Jung
Fachvermittlungsdienst Hannover, Hanomagstraße 9
3000 Hannover 91, ☎ 0511/4737-263, FS 921428

Kreativer und leistungsstarker

Betriebswirt (grad.)

Industriekaufmann, 34 J., mit mehrjähriger Praxis in Verwaltung, Handel u. Industrie. Schwerpunktbereiche: Personalwesen, Beschaffung u. Vertrieb. Ausbaufähige Kenntnisse in Arbeits- u. Wirtschaftsrecht, techn. Verständnis, RKW-Mitglied, gut im Maschinenschreiben. Besonderes Interesse f. Kommunikation u. Design. Ich suche ausbaufähiges Tätigkeitsfeld in Berlin. Kleines Büro ($60 m^2$) kann eingerichtet werden.
Angeb. erb. u. X 4770 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Bauwesen

Bietet: Erfahrungen in Statik und Konstruktion; Akquisition, Kalkulation, Angebotserstellung für schlüsselfertige Anlagen im In- und Ausland; Projekt- und Bauleitung; Auslandserfahrung in Ägypten, Libyen, Algerien, Saudi-Arabien u. a. m.; englische, französische, arabische Sprachkenntnisse.

Sucht: Komplexen Verantwortungsbereich im **Bau-Management Naher Osten** mit langfristigem Einsatz in Nahost für Baufirma oder Consulting.

Daten: 37 J., verh., 2 schulpfl. Kinder, Ist-EK ca. 75 TDM p. a.

Kontakt unter N 5158 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Reisender

34 J., ungek. Stellung, sucht neues Betätigungsfeld im Food- oder Non-food-Bereich, *mögl. Großraum PLZ 28–29.*
Freundl. Angebote u. N 5378 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter – Einkäufer

35 Jahre, verheiratet, Betriebswirt, jetzt Prokurist und Leiter *eines namhaften Großhandelsbetriebes, breite Warenkenntnisse*, besonders Hausrat, Eisenwaren, kreativer und dynamischer Praktiker, firm in Planung, Organisation, Personal- und Menschenführung, verhandlungssicher, in ungekündigter Stellung, sucht zum **1. Januar 1985** eine Topaufgabe als **Verkaufsleiter oder Einkäufer**, die er als neue Herausforderung anpacken will.

Bitte Kontaktaufnahme bei absoluter Vertraulichkeit unter L 5376 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing., Nachrichtentechnik, 42 J., langjährige, erfolgreiche Tätigkeit in leitenden Positionen

Projektleitung/Produktmanagement/Vertrieb

auf den Gebieten Elektromechanik, Elektronik, Prozeßtechnik, Systemtechnik, Software-Engineering, DV, Meß- und Regeltechnik.
Erfahrungen: Entwicklung, Produktion, Service, technische Beratung, Vertrieb, Projektmanagement, kaufm. und betriebsw. Kenntnisse, Vertragswesen; Auslandserfahrungen, Englisch verhandlungssicher.
Sucht: vielseitige Aufgabe mit vertrieblicher, technischer und kaufmännischer Verantwortung.
Angeb. erb. u. S 5381 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Export/Import-Kaufmann

48, mit langj. Erfahrung im internationalen Stahlhandel, vertraut mit allen Phasen der Akquisition u. Abwicklung von Export- u. Importgeschäften sowie Aufbau/Leitung von Werksvertretungen/Niederlassungen im In- u. Ausland, verhandlungssicheres Englisch, sucht neue Aufgabe in Handel oder exportorient. Industrie. Raum Düsseldorf-Köln bevorzugt.

Angebote erbeten unter U 5383 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hum.-Pharma-Hersteller-Vet.

Erfolgreicher Geschäftsführer, ppa, Anfang 40, verh., örtl. ungebunden, Vertr. L. AMG, sucht *leitende* Aufgaben, mögl. südd. Raum, Erfahrung m. BGA, Bez.-Reg., Patentamt, Pharma-Großh., Apoth., Landh., Exp., Außendienst, Finanzen, Personal, Werbung, Produkt, BW OTL. d. R., evtl. mit Kontrolleiter AMG.

Angeb. erb. u. Y 5631 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

KUNDENDIENST
für Maschinen- und Fahrzeugbau

Dipl.-Ing. (FH), 49 J., verh., Lehre und Ing.-Prüfung für Landmaschinen, (SIS Köln 59), übernimmt Verantwortung im after-sales-Geschäft.
Erfahrung: 5 J. Versuchs-Ing., für Schlepper, 19 J. verantwortungsvolle Positionen im Werkskundendienst für Land- u. Baumaschinen. Geordneter Werdegang über kaufm. Abwicklg., Technik, techn. Schulung u. Dokumentation.
Angeb. unt. N 5644 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Maschinen- u. Wirtschafts-Ing. (grad.)

47, Engl., Franz., langjähr. Auslandserfahrung Baugeräte und Anlagenbau. Familär Export u. Import, wünscht Ausland-Management-Position, Niederlassung in relevant. Industrie- oder Bauunternehmen.
Angeb. erb. unt. P 5645 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Innovationstalent, Dipl.-Ing. (TU)

Langjährige Führungspraxis in EDV-Organisation, Projektmanagement, Projektsteuerung, Fertigung, Unternehmensplanung, hauptsächlich Bau-, Bauträgerbranche, breite Kenntnisse moderner Managementtechniken, 44 J., fließend Englisch. Arbeitsweise: analytisch, problemorientiert, zielkonzipiert, sucht innovationsorientierte Führungsposition.
Kontakte bitte unter PD 47 880 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Russisch/Sowjetunion
Dipl.-Bau-Ing. (TH)

31 Jahre, 5 Jahre Berufserfahrung (Inland und Ausland), perfekt Russisch + Englisch, sucht neuen Wirkungskreis.

Angeb. erb. u. M 5377 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Bankkaufmann

34, mehrj. Industrieerfahrung, HBV, exportorientiert, Engl. verhandlungssicher im Projektgeschäft, führungsstark, unternehmerisch denkend, sucht mittelfristig adäquaten Wirkungskreis, evtl. tätige Teilhabe in *Handel/Dienstleist.* im Großraum HH.
Ang. u. PH 47 903 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Einsatzfreudige Lehrerin

36 J., sucht neuen Wirkungskreis. Studienfächer VWL, Engl., Deutsch, vorher 4jähr. Tätigkeit als Fremdsprachenkorresp. f. Franz.
Angeb. erb. u. Z 5632 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandsmontage

von Klempn.-Installateur gesucht. 44 J., verh., 5 J. Auslandserfahrung in Saudi-Arabien. Sprachkenntn.: Englisch.
Angeb. erb. u. A 5633 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH)

29 J., in ungek. Stellung als Architekt, sucht neuen Wirkungskreis in Ber. Grundlagenermittlung bis Abrechnung von Hochbauten u./od. auch im Statikbüro, Zusatzausb. vorh. als Dipl.-Tiefbau-Ing. Raum HH, RZ, OD u. HL.
Angeb. erb. unter PP 47 890 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Fachmann für betriebliche Altersversorgung

Dipl.-Math., 38 J., verh., langjährige Erfahrungen in der Betreuung und Begutachtung betrieblicher Altersversorgungswerke und Pensionskassen, EDV-Anwenderkenntnisse vorhanden, sucht neue Position.
Angebote unter P 5379 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplomsekretärin/ Industriekauffrau

25 J., 6 J. Berufspraxis, sucht zum 1. 5. neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. unter PW 47 895 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Dipl. agr. Ing.

i. ungek. Stellung, led., 31 J., 2½ J. Ausl.-Erfahr. i. Canada, Austr. u. N.Jemen, Sprachen: Engl. gut, franz. Grundkenntn., bes. Interes: Saatzucht, Saatgutaufber., Pflanzensch. u. Landtechnik, sucht z. Herbst 84 pass. Wirkungskr.
Angeb. u. T 5382 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Nautiker

Englischkenntn., 3 J. Berufspraxis, sucht Beschäftigung an Land
Zuschr. erb. u. PU 47 913 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Techn. Kaufmann

43 J., Außendiensterf. im Objektgeschäft, Bereich Alu- u. Kunststoffenster, möchte sich verändern.
Angeb. unt. M 5643 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Als junger, dynamischer

Vertriebsmann mit Auslandstätigkeit

in USA, U. K. u. Vorderer Orient (3½ J.) suche ich mich zu verändern, die angestrebte Position ist eine Länderverantwortung, od. auch für mich denkbar Assistent des Vertriebsleiters m. Aufstiegschancen. Zuschr. unt. W 5541 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Prakt. Betriebswirt

30 J., z. Zt. als Gruppenleiter tätig, möchte sich verändern. Fachgeb. Planung/Materialwirtsch., Engl., Franz., Holländisch. Angeb. u. PT 47836 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

Englischer Anwalt

34 Jahre alt, seit 3 Jahren in Deutschland, sehr gute Deutschkenntnisse, sucht interessante Tätigkeit Raum Hamburg.
Angeb. erb. u. R 5380 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Architekt

Dipl.-Ing. TU, 5 J. Praxis, sucht neues Aufgabengeb. in nordd. Kleinstadt.
Angeb. erb. unter RR 47 891 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Verkaufsleiter, Investitionsgüter/Fördertechnik, Anfang 40, verh., ungek., Engl., sucht leitende Tätigkeit, auch Niederlassung. Raum Hannover. Zuschriften erbeten unter L 5642 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

01-805

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

______ mm hoch; ____ spaltig zum Preis von DM ______
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ______

Straße/Nr.: ______

PLZ/Ort: ______

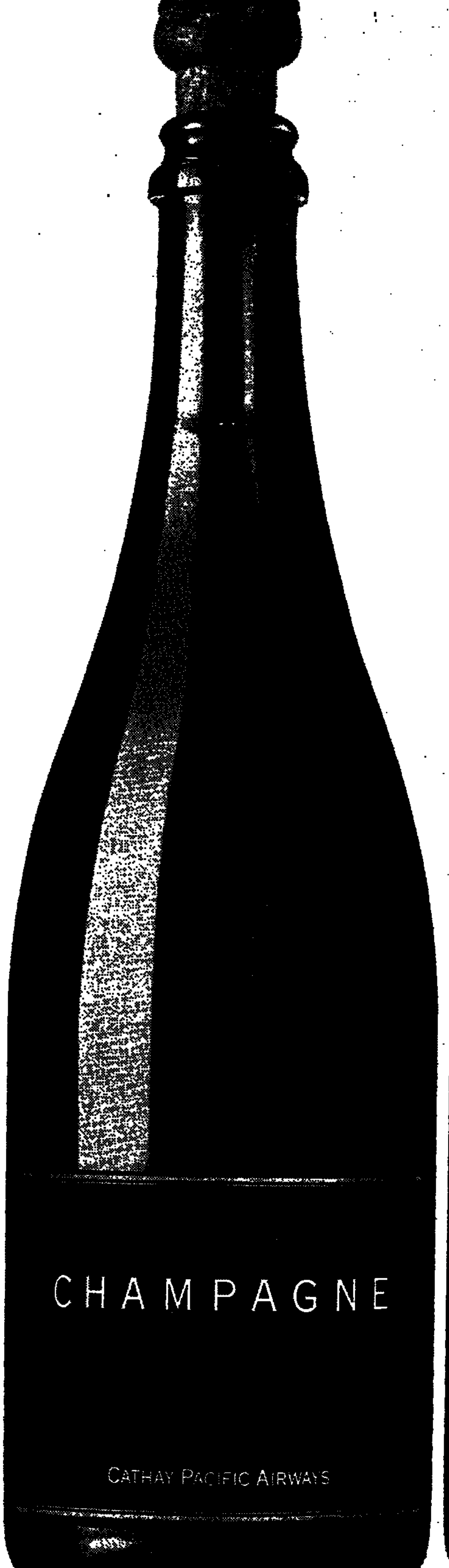
Vorwahl/Telefon: ______

Unterschrift: ______

Der Anzeigentext:

Welcome







CX 280	FRANKFURT	HONG KONG
MI., FR., SO.	13.45	9.40*

CX 281	HONG KONG	FRANKFURT
DI., DO., SA.	22.30	7.30*

Neu ab 1. April – Holiday Tarif: DM 2.399,00

*Ankunft am nächsten Tag

ABU DHABI, AUCKLAND, BAHRAIN, BANGKOK, BOMBAY, BRISBANE, DUBAI, FRANKFURT, FUKUOKA, HONG KONG, JAKARTA, KOTA KINABALU, KUALA LUMPUR, LONDON, MANILA, MELBOURNE, OSAKA, PENANG, PERTH, PORT MORESBY, SEOUL, SHANGHAI, SINGAPORE, SYDNEY, TAIPEI, TOKYO, VANCOUVER.

Cathay Pacific und Lufthansa sind Partner auf der Strecke Frankfurt – Hong Kong. Beide Flugpläne zusammen bieten Ihnen 8 Flüge in der Woche.

on board.



Heute fliegt die erste 747 von Cathay Pacific Airways pünktlich um 13.45 Uhr von Frankfurt nach Hong Kong. Und am Freitag wieder. Und am Sonntag noch einmal. Und weiter mit First und Business Class von Hong Kong nach Bangkok, Brisbane, Fukuoka, Jakarta, Kuala Lumpur, Manila, Melbourne, Osaka, Penang, Perth, Seoul, Shanghai, Singapore, Sydney, Taipei, Tokyo.

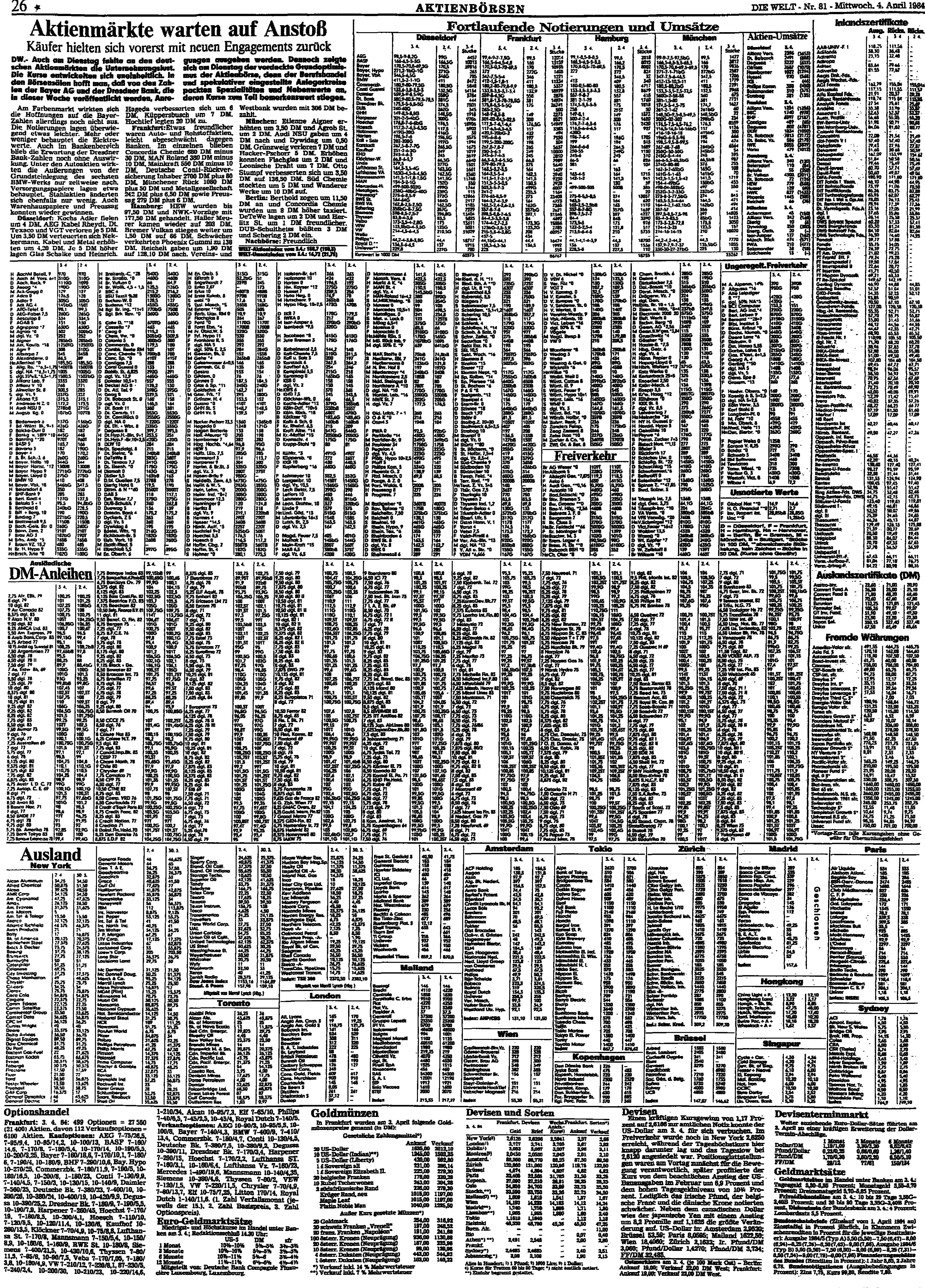
CATHAY PACIFIC. IM GEISTE MARCO POLOS.

Vor 700 Jahren war Marco Polo der erste Geschäftsreisende zwischen West und Ost. Er vereinigte westliche Effizienz mit fernöstlicher Lebenskunst. Heute gibt es diese glückliche Verbindung wieder. Als Fluglinie.

CATHAY PACIFIC

The Swire Group

L,C&LB



Aktienmärkte warten auf Anstoß

Käufer hielten sich vorerst mit neuen Engagements zurück

DW.- Auch am Dienstag fehlte an den deutschen Aktienmärkten die Unternehmungslust. Die Kurse entwickelten sich uneinheitlich. In den Börsensälen hofft man, daß von den Zahlen der Bayer AG und der Dresdner Bank, die in dieser Woche veröffentlicht werden, Anregungen ausgehen werden. Dennoch zeigte sich am Dienstag der verdeckte Grundoptimismus der Aktienbörse, denn der Berufshandel und spekulativer eingestellte Anlegerkreise packten Spezialitäten und Nebenwerte an, deren Kurse zum Teil bemerkenswert stiegen.

Am Farbenmarkt wirkten sich die Hoffnungen auf die Bayer-Zahlen allerdings noch nicht aus. Die Notierungen lagen überwiegend etwas leichter. Mehr oder weniger behauptet die Elektrowerte. Auch im Bankenbereich blieb die Erwartung der Dresdner Bank-Zahlen noch ohne Auswirkung. Unter den Autoaktien wirkten die Äußerungen von der Grundsteinlegung des sechsten BMW-Werks nur zeitweise nach. Versorgungspapiere lagen etwa behauptet. Stahlaktien änderten sich ebenfalls nur wenig. Auch Warenhauspapiere und Preussag konnten wieder gewinnen.

Düsseldorf: Kochs Adler fielen um 4 DM. AEG Kabel Rheydt, Dt. Texaco und VGT verloren je 5 DM. Um 3,50 DM verteuerten sich Neckermann. Kabel und Metal erhöhten um 4,20 DM. Je 5 DM höher lagen Glas Schalke und Heinrich. Hageda verbesserten sich um 6 DM, Küppersbusch um 7 DM. Hochtief legten 20 DM zu.

Frankfurt: Etwas freundlicher waren Auto- und Rohstoffaktien, leicht abgeschwächt dagegen Banken. Im einzelnen blieben Concordia Chemie 680 DM minus 30 DM, MAN Roland 380 DM minus 10 DM, Mainkraft 550 DM minus 10 DM, Deutsche Conti-Rückversicherung Inhaber 2700 DM plus 80 DM, Münchener Rück 1080 DM plus 50 DM und Metallgesellschaft 242 DM plus 6,50 DM sowie Preussag 279 DM plus 6 DM.

Hamburg: HEW wurden bis 97,50 DM und NWK-Vorzüge mit 177,50 DM gehandelt. Haller Meurer kamen wieder auf 203 DM. Bremer Vulkan stiegen weiter um 1,50 DM auf 66 DM. Schwächer verkehrten Phoenix Gummi zu 138 DM. Reichelt gaben um 1,90 DM auf 128,10 DM nach. Vereins- und Westbank wurden mit 306 DM bezahlt.

München: Etienne Aigner erhöhten um 3,50 DM und Agrob St. um 2 DM. Audi NSU gaben um 4 DM nach und Dywidag um 0,50 DM. Grünzweig verloren 7 DM und Hacker-Pschorr 5 DM. Erhöhen konnten Flachglas um 2 DM und Leonische Draht um 7 DM. Otto Stumpf verbesserten sich um 3,50 DM auf 136,50 DM. Süd Chemie stockten um 5 DM und Wanderer Werke um 10 DM auf.

Berlin: Berthold zogen um 11,50 DM an und Concordia Chemie wurden um 8 DM höher taxiert. DeTeWe lagen um 2 DM und Herlitz St. um 1 DM freundlicher. DUB-Schultheiss büßten 3 DM und Schering 2 DM ein.

Nachbörse: Freundlich

WELT-Aktienindex vom 3.4.: 158,7 (158,8)
WELT-Umsatzindex vom 3.4.: 16,72 (21,76)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	Düsseldorf 3.4.	Düsseldorf 2.4.	Düsseldorf 3.4. Stücke	Frankfurt 3.4.	Frankfurt 2.4.	Frankfurt 3.4. Stücke	Hamburg 3.4.	Hamburg 2.4.	Hamburg 3.4. Stücke	München 3.4.	München 2.4.	München 3.4. Stücke
AEG	98,5-9-8,2G	99G	4457	99,4-9-7-7,5G	99,5	12074	99,1-8,5-8-8,5	99,5	2018	99-9-7,5-97,5bG	99,5	1477
BASF	166-6,5-5-5G	166,5G	10013	166,5-6-4,5-4,8	166	13159	166,5-6,5-5-5,5	166,2	8015	166,5-6,5-5,5-65,3	166	5812
Bayer	170,5-70,8-69,5G	170,5	39816	170,5-0,3-70-69,5	170	10955	170,8-0,5-70-69,5	170,5	8002	170,5-70,8-69,5-69,5	170	9835
Bayer. Hypo	271,2-1bG-1G	271G	263	272	272G	1465	272	272	824	271-2-1-71bG	272bG	2587
Bayer. Vbk.	344,5-6,5G	346G	785	347-7,5-5-4	346	1221	-	346,5	32	347-7,5-6-46,5	347,5	1206
BMW	411,5-2-1-1G	411	8472	412-1,5-1,8-1	411	11234	413	409	340	412-13-10,5-11	411	1779
Commerzb.	180,9-80-79,5G	180,5G	5848	180,2-80-79,8-9,9	180,5	5337	180-0,5-80-80	180,5	4717	180,5-80,2bG	180,5	2191
Conti Gummi	133,6-3,8-5,5-3	132,5G	14134	133,8-3,5-5,1-3,4	132,9	18929	133-3,5-3,5-3,3	132,8	8679	133,3-3,5-2,5-32,5	132,5	3968
Daimler	559,5-9-8,5-9G	558G	3784	559-8-6,5G	558	2876	557-9-8-7	557	418	560G-2-58-58	560	675
Dt. Bank	380,9-80,5-79,5-78,5	381G	444	381,8-1,5-78-78,5G	381	14974	381-2-1-79	381	1760	381-1,5-80	381	7751
Dresdner Bk.	175,5-5-5,8-5G	174,5	7501	175,8-5,5-5-5G	175	26741	174,5-5,5-5-5	175	1818	174,5-5-4,5-75	174,7	1627
DUB	260-60G	262G	345	263-2,5G	-	500	258	255T	50	261-2-1-62	261bG	60
GHH	149-8,5-8,5G	148,5G	1918	148-9-8,5-8	149	2273	149-8,1	149	1572	148,5G-9,5-8,5-49,5	148,5bG	22
Harpener	301-2-5-4bG	300G	9706	301-02-04,5-02,5	300	8521	300-4-2-4	300	1480	300G-02-302	298bG	234
Hoechst	176,8-7-6-6bG	176,5	18906	177,5-7-6,1-6,4	176,5G	14949	176,7-7-6,5-6	176	2420	176,5-7,5-6,5-76,2	176,5	8559
Hoesch	117,2-7-6,5-6,5G	117,5	5902	117-6,5-6,3-6,5	117	3383	116,5-6-6-6,5	117	927	116,5-16,5-16-16bG	117	1126
Holzmann	419G-20G	416G	30	420,5-20bG-2	422	494	420G	-	-	416-18-16-18	415bG	300
Horten	196,5-7-6	196,5G	3575	195-6-8-6	197	7550	196-7-6-5	196G	1705	196G-6-5,5-96	195	666
Kali + Salz	202-200G	197G	1994	199,5-200-200G	198	304	199	194	515	198,5-9,5-8-99,5	194	474
Karstadt	267,5-8-7-7G	265,5G	1675	267,8-7,8-7	265	5657	264-8-6-8	264,5	1689	267-68-7-68	264bG	6564
Kaufhof	251-2-6-3G	249	1019	250-3-6-3	249	10000	250-55	249G	1150	250G-50-50G	245bG	54
KHD	245-4-6-3	245	5619	245-6-7-4-3	245	2810	245-6	245	310	245G-5-4-44	245	395
Klöckner-W.	66,8-6-5,7	66,3G	6640	66,5-6,2-6-5,5G	66,8	7989	66-5	66	826	66-6-5,5-65,5bG	66,5bB	987
Linde	379,5	377G	1501	379-80-79,5	375	5640	381	-	104	374G-80-80	376	255
Lufthansa St.	164,5-3,5-4G	163,5G	1661	163,5-3,2-3,5	164	1409	-	163	-	162-3-2-63bG	163G	108
Lufthansa VA	163G-4,5-5-4,5G	162,5G	5360	164-3,5-5-4	162,5	2940	163-4-5	164	1715	161G-5-1-65	161bG	70
Mannesmann	141,5-1-1,8-1,5G	141,5G	11768	141,5-1,7-2-1,9	141,5	9230	142-1-2	141,3	941	142,5-1,5-1,5-42	141,5	1719
MAN	154-3-2-1G	152G	350	151,5-3-3-0,5	150,5	2928	-	150	39	154-4-49bG	150bG	455
Mercedes-H.	499-500-502G	499G	1744	505,5-5-7-3	499G	6007	499-500-505	500B	385	498-04-502bG	497	350
Metallges.	238G-40bG-40G	239G	115	241-2	255,5	1164	-	-	20	232G-3-2-33G	232bG	-
Preussag*	275-6-8,5-9	272G	12866	276-65-8,5-9	275	23408	275-8-5,5-8,5	274	13037	275-8-5-77,5bG	274	845
RWE St.	164-64G	164G	2117	164-3,7-4-3,9	164	4775	163,5	164	620	165,5-5,5-4-64	164,5	471
RWE VA	162,8-2,5-2,5G	162,5G	1185	162,3-2,4-2,6-2,5	162G	7265	163-2,5-2,5bB	163	1170	164-4-2,1-62,1bG	162bG	494
Schering	358bG-8-7,5G	357G	7229	357-8-7-8	357bG	2621	357-8-7-8G	357G	1639	357-57	356	414
Siemens	398-8,5-7,5-7	396,8G	13404	398,5-8,8-7-6,5	397,1	51546	398-7,5-7-7	397	4227	397,5-8,5-7,5-98	397	14805
Thyssen	83,8-4-3,8	83,5	5825	84-4,3-3,5-3,8	84	4892	84-4	84B	3390	83-4-3-83,5	83bG	1425
Veba	173-3,5-4-2,8G	173	13611	174-4-2,7-2,3	173,3G	15856	173,5-3	173	976	173-3-2,8-72,8	173,5	3050
VEW	123,5bG-4-3,5G	123G	5031	123bG-3,5-3,9	123,2G	2785	122-5-2,5-4	121,8	517	124-4-3-23	123,5	157
VW	214-4,5-6-4,5	210,5G	51029	215-5,8-4-3,8G	208	60957	213,5-6-4-5	210	5735	214-16-14-15	210	10020
Wella	-	-	-	457-5	434	-	-	-	-	-	-	-
Philips**	44,2-4-3,8-3,8G	44,4	18717	44,1bG-44,1	44,4	16474	44,1-4,1-4-3,9	44,3	18700	44,2-4,2-44,2	44,3	7770
Royal D.**	136,3-6-6,5	137	1915	138,3-6,3-36	136,5	1992	136	137	1536	137,9-7,9-7-37	135,5bG	1055
Unilever**	229,8	227G	700	228	-	550	228,5-8	227,5	110	230-30-27-27bG	225	130
Kurswert in 1000 DM			60575			86767			18735			25267

Aktien-Umsätze

	3.4.	
Düsseldorf		
Allianz Vers.	2396	(3653)
Dt. Babcock	2491	(888)
Degussa	5227	(633)
Girmes	2687	(1070)
Hamborner	1022	(1294)
Hussel	970	(548)
IKB	-	(46)
Philips Komm.	350	(450)
Salamander	310	(375)
Strabag	381	(135)
Frankfurt		
Allianz Vers.	1354	(1294)
BBC	1740	(978)
BHF	4597	(2187)
Contigas	489	(65)
Degussa	802	(4781)
DLW	1834	(1050)
Dt. Babcock	7813	(7172)
Dt. Babc. Vz.	586	(2179)
IWK	5055	(3877)
Varta	479	(1012)
Hamburg		
Allianz Vers.	340	(120)
Beiersdorf	110	(84)
Beiola	55	(350)
Br. Vulkan	4300	(2011)
Dt. Babcock	72	(126)
HEW	779	(568)
Hussel	128	(40)
NWK	827	(1433)
Phoenix	1445	(585)
Reichelt	66	(36)
München		
Ackermann	45	(160)
Allianz Vers.	242	(140)
Dierig	10	(6)
Dywidag	250	(300)
Energ. Ostb.	20	(-)
Isar-Amper	127	(162)
Münch. Rück	474	(571)
PWA	210	(437)
Salamander	38	(18)
Südchemie	13	(-)

Inlandszertifikate

	Ausg. 3.4.	Rückn. 3.4.	Rückn. 2.4.
AAR-UNIV.-F. 1	118,25	111,56	-
Adifonds	38,30	36,48	-
Adirenta	23,15	22,40	-
Adiropa	-	-	-
Aditec	83,44	79,44	-
Adiverba	81,55	77,67	-
Aegis Elek.-Fds.	-	-	-
Aegis Wachst.-Fds.	-	-	-
AGI Fonds	162,79	155,84	155,04bD
Aktuafonds	117,15	111,55	111,57
Alfa Kapital Fds.	21,91	20,37	20,28
Allianz Rentenfonds	118,74	115,84	115,35
Analytik Fonds	27,54	25,61	25,87
Aridekа	35,38	33,96	33,87
Assecura I.	52,63	52,57	52,37
Austr. Pazifik	56,68	55,05	55,20
BW-Renta-Univ	51,98	50,71	50,68
BW-Wertberg-Univ.	84,06	81,02	80,77
Colonia Rentenfonds	-	-	-
Concentra	72,08	71,54	71,49
dbi-Fonds V I	57,40	57,40	57,40
Dekafonds	29,45	27,96	27,87
Dekarent	51,60	50,68	50,59
Dekaspezial	162,09	153,99	154,62
Dekatresor	51,84	50,58	50,56
Despa	79,46	75,49	75,49
Devif-Invest	60,70	57,74	57,69
Devif-Rent	50,60	49,07	49,06
DIFA-Fonds	180,90	171,80	171,80
DIT Fonds f. Verm.	46,10	44,90	44,95
DIT Rohstoffonds	73,19	71,06	70,50
DIT Pazifikfonds	86,26	83,75	82,88
DIT Technologiefonds	65,95	67,07	62,79
DIT Fds. f. Wdl. u. Opt.Ant.	78,03	76,13	75,45
Dt. Rentenfonds	78,94	77,39	77,36
Dt. Vermögensb. Fds.A	23,16	22,05	21,99
dgl. I	37,65	35,86	35,86
dgl. R	26,14	25,38	25,37
DWS Bayern Spezial	60,20	57,35	57,41
DWS Energiefonds	83,50	81,24	81,30
DWS Rohstoff Fds.	84,10	82,04	82,64
DWS Technologie Fds.	76,50	74,60	74,95
Fondak	39,77	37,88	-
Fondis	35,75	34,05	-
Fondra	76,39	72,75	-
FT Am. Dynamik	21,02	19,23	-
FT Frankf. Eff. F	79,34	75,28	-
FT Interspezial I	19,50	17,84	-
FT Interspezial II	22,64	20,72	-
FT Interrent	41,71	40,50	-
FT Nippon Dynamik	69,21	65,35	-
FT Re-Spezial	149,67	142,19	-
Gerling Dynamik	46,90	44,88	44,85
Gerling Rendite	53,57	51,04	51,01
GKD-Fonds	54,35	52,23	52,12
Gothaplus	93,85	90,59	-
Grundbesitz-Invest.	70,50	67,10	67,10
Grundwert-Fonds	127,00	120,38	120,30
Hbg.-M. Rentenfds.	55,35	52,71	52,71
Hansainternational	57,70	55,75	55,87
Hansaprofit	33,00	31,43	31,66
Hansarenta	46,12	44,56	44,55
Hansasecur	44,42	42,55	42,71

Optionshandel

Frankfurt: 3. 4. 84: 499 Optionen = 27 550 (21 400) Aktien, davon 112 Verkaufsoptionen = 6100 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-75/26,5, 7-95/9,4, 10-85/14,2, 10-100/13, BASF 7-160/14,6, 7-170/8, 7-180/5,4, 10-170/14, 10-190/5,5, 10-200/3,25, Bayer 7-160/18,6, 7-170/10,1, 7-180/6, 7-190/4, 10-180/9, BHF 7-290/10,6, Bay. Hypo 10-270/25, Commerzbk. 7-180/11,9, 7-190/5, 10-180/16,5, 10-200/8, 1-180/23, Conti 7-130/9,9, 7-140/4,5, 7-150/3, 10-130/15, 10-140/9, Daimler 7-560/25, Deutsche Bk. 7-380/23, 7-400/10, 10-380/26, 10-380/24, 10-400/19, 10-420/9,9, Degussa 10-390/25,2, Dresdner Bk. 7-180/9, 7-190/5,5, 10-190/7,9, Harpener 7-260/45, Hoechst 7-170/19, 7-180/8,5, 10-200/4,1, Hoesch 7-110/10, 7-120/5,5, 10-120/11,4, 10-130/6, Kaufhof 10-280/13,5, Klöckner 7-70/4,9, 10-75/8,8, Lufthansa St. 7-170/8, Mannesmann 7-150/5,4, 10-150/8,9, 10-160/6, 1-160/9, RWE St. 10-180/8, Siemens 7-400/21,5, 10-430/10,6, Thyssen 7-80/11,5, 7-85/6, 10-90/7,5, Veba 7-170/7,05, 7-180/3,8, 10-180/4,9, VW 7-210/12, 7-220/8,1, 87-230/5, 7-240/2,4, 10-200/30, 10-210/23, 10-220/14,6, 1-210/34, Alcan 10-95/7,3, Elf 7-65/10, Philips 7-40/6,5, 7-45/2,5, 10-45/4, Royal Dutch 7-140/5. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-90/3, 10-95/5,5, 10-100/8, Bayer 7-140/4,3, BMW 7-400/9, 7-410/13,4, Commerzbk. 7-180/4,7, Conti 10-130/4,5, Deutsche Bk. 7-380/7,5, 10-380/9,2, Degussa 10-390/11, Dresdner Bk. 7-170/3,4, Harpener 7-290/15, Hoechst 7-170/2,2, Lufthansa ST. 7-160/3,1, 10-160/6,4, Lufthansa Vz. 7-160/23, Mercedes 1-490/19,6, Mannsmann 10-140/4,35, Siemens 10-380/4,6, Thyssen 7-80/2, VEW 7-120/1,5, VW 7-220/11,5, Chrysler 7-70/4,9, 7-80/13,7, Elf 10-75/7,25, Litton 170/14, Royal Dutch 1-140/11,6. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅛–10⅜	5⅜–5¾	3⅛–3¾
3 Monate	10⅝–10⅞	5⅝–5⅞	3⅝–3⅞
6 Monate	10⅞–11⅛	5¾–6	3¾–4⅛
12 Monate	11⅜–11⅝	6⅛–6⅜	4⅛–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 3. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1685,00	2012,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1245,00	1503,35
5 US-Dollar (Liberty)	420,00	502,80
1 £ Sovereign alt	231,00	286,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	225,00	279,30
20 belgische Franken	176,00	230,28
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,28
2 südafrikanische Rand	226,00	279,30
Krüger Rand, neu	1015,00	1197,00
Maple Leaf	1015,00	1197,00
Platin Noble Man	1040,00	1285,50
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	254,00	316,92
20 schweiz. Franken „Vreneli"	197,00	248,52
20 franz. Franken „Napoléon"	191,00	241,68
100 österr. Kronen (Neuprägung)	936,00	1130,88
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,00	235,98
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	120,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	442,00	544,92
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

3. 4. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Ankfs.-Kurs[4])	Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York[3])	2,6125	2,6206	2,5941	2,57	2,66
London[1])	3,727	3,741	3,705	3,67	3,82
Dublin[1])	3,053	3,067	3,007	2,96	3,11
Montreal[3])	2,0450	2,0530	2,045	2,01	2,10
Amsterd.	88,560	88,770	88,55	87,50	89,50
Zürich	120,860	121,060	120,96	119,75	122,50
Brüssel	4,874	4,894	4,807	4,62	4,82
Paris	32,405	32,565	31,785	31,50	33,25
Kopenh.	27,090	27,210	26,91	26,35	28,25
Oslo	34,850	34,700	33,99	33,75	35,50
Stockh.**)	33,590	33,750	33,36	32,75	34,50
Mailand[2]) **)	1,609	1,619	1,541	1,57	1,67
Wien	14,193	14,233	14,183	14,12	14,34
Madrid**)	1,740	1,750	1,698	1,71	1,80
Lissabon**)	1,965	1,985	1,980	1,60	2,40
Tokio	1,1610	1,1640	-	1,12	1,18
Helsinki	46,550	46,750	45,36	45,50	47,25
Buen. Air.	-	-	-	-	11,00
Rio	-	-	-	0,07	0,40
Athen*) **)	2,491	2,545	-	2,00	2,80
Frankf.	-	-	-	-	-
Sydney*)	2,4485	2,4685	-	2,40	2,51
Johannesbg.*)	2,08	2,109	-	1,90	2,15

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Einen kräftigen Kursgewinn von 1,17 Prozent auf 2,6166 zur amtlichen Notiz konnte der US-Dollar am 3. 4. für sich verbuchen. Im Freiverkehr wurde noch in New York 2,6250 erreicht, während der Tageshöchstkurs hier knapp darunter lag und das Tageslow bei 2,6120 angesiedelt war. Positionsglattstellungen waren am Vortag zunächst für die Bewegung verantwortlich, später profitierte der Kurs von dem beachtlichen Anstieg der US-Bauausgaben im Februar um 6,9 Prozent und dem hohen Tagesgeldniveau von 10¼ Prozent. Lediglich das irische Pfund, der belgische Franc und die dänische Krone notierten schwächer. Neben dem canadischen Dollar wies der japanische Yen mit einem Anstieg um 8,2 Promille auf 1,1625 die größte Veränderung auf. US-Dollar in: Amsterdam 2,9530; Brüssel 53,59; Paris 8,0595; Mailand 1622,50; Wien 18,4060; Zürich 2,1632; Ir. Pfund/DM 3,060; Pfund/Dollar 1,4270; Pfund/DM 3,734; FF/DM 32,485.

Ostmarkkurs am 3. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Weiter anziehende Euro-Dollar-Sätze führten am 3. April zu einer kräftigen Erweiterung der Dollar-Termin-Abschläge.

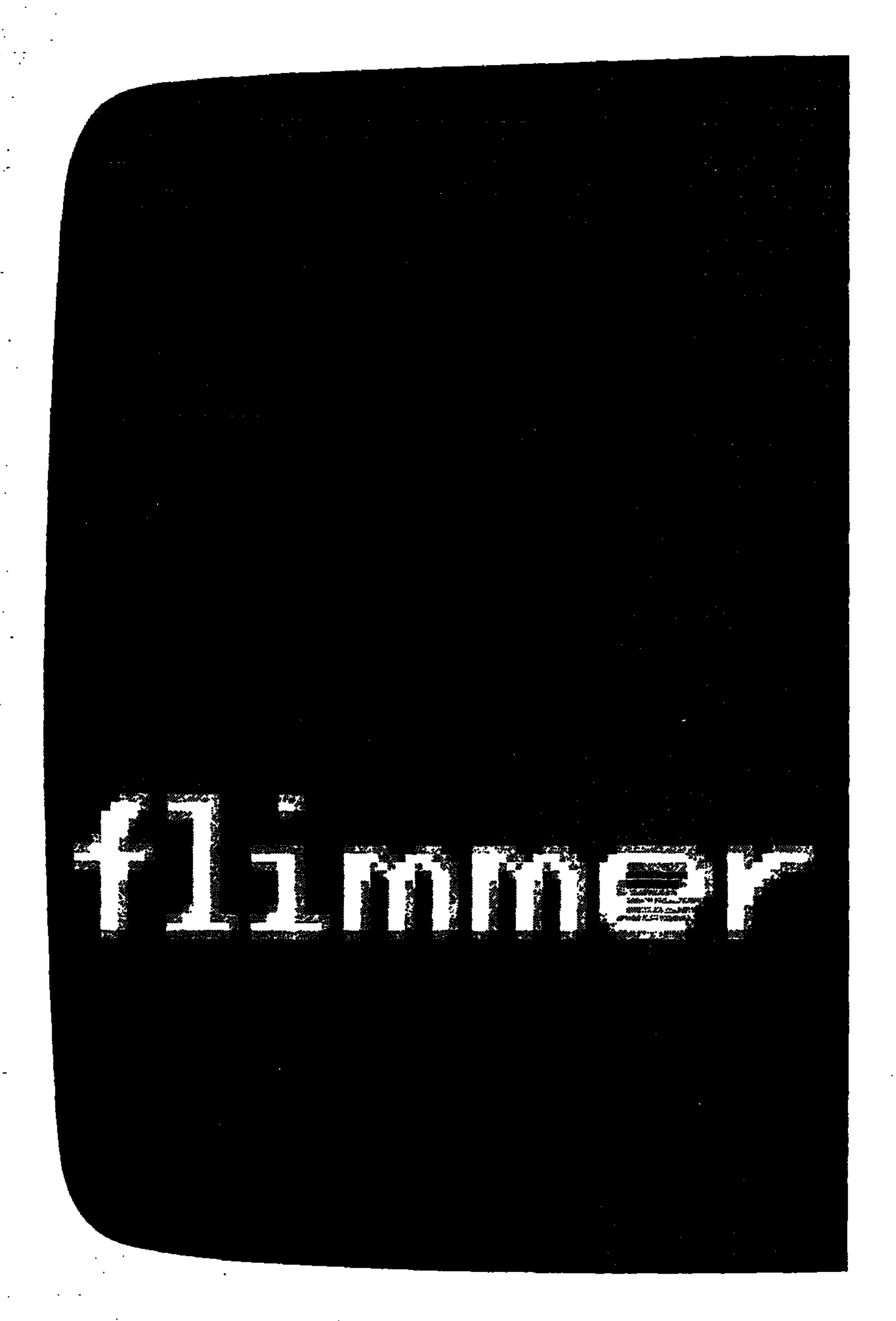
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,19/1,09	3,30/3,20	6,52/6,42
Pfund/Dollar	0,23/0,25	0,66/0,69	1,36/1,40
Pfund/DM	1,70/0,30	3,60/2,20	6,50/5,10
FF/DM	28/12	77/61	150/134

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 3. 4.: Tagesgeld 5,50-5,55 Prozent; Monatsgeld 5,55-5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70-5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 3. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55G-3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G-3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 3. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,75. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,80, Rendite 7,80.







Während andere stolz darauf sind, daß sie endlich ihre ersten Bildschirmtext-Geräte liefern können...

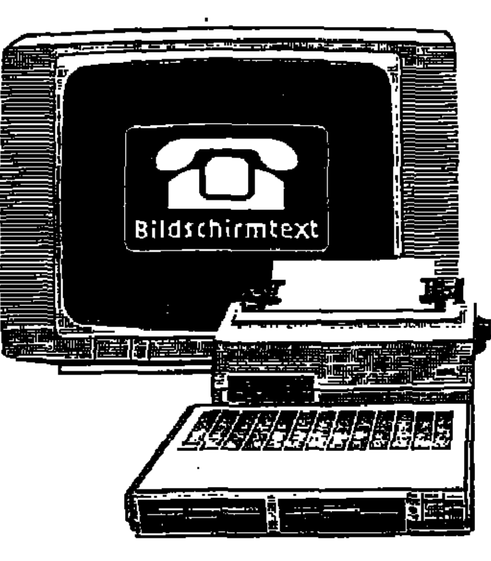
...bietet Loewe schon den nächsten bedeutenden Fortschritt: die einzigartige Flimmerfrei-Automatik für extra-scharfe Btx-Bildqualität.

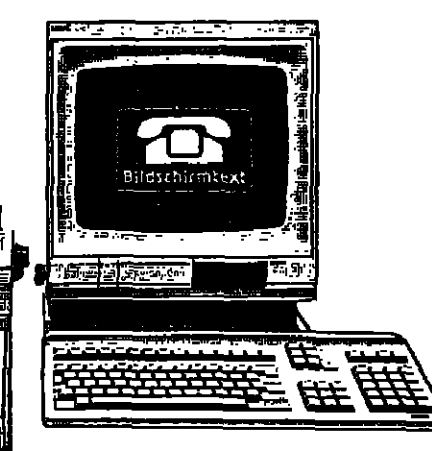
Der Fortschritt durch Btx wird jetzt mit einer Loewe-Neuentwicklung entscheidend komfortabler nutzbar. Mit der Flimmerfrei-Automatik ist es gelungen, den Btx-Seiten auf dem Bildschirm eine einmalig scharfe Wiedergabe ohne Flimmern zu geben. Damit bietet Loewe jetzt Btx-Editier- und Dialog-Terminals, die durch entscheidende Verbesserungen der Ergonomie allen Forderungen entsprechen, die von den Berufsgenossenschaften an Bildschirm-Arbeitsplätze gestellt werden. Dieser Vorteil erleichtert das Lesen auf dem Btx-Bildschirm und entlastet die Augen ganz erheblich.

Das gilt natürlich auch für den Privatmann, der das revolutionierende Kommunikations-System Btx zu Hause nutzt: denn auch die Loewe Btx-Fernseher sind ab sofort mit der Flimmerfrei-Automatik ausgestattet. Es gibt also einen wichtigen Grund mehr, sich bei Btx für Loewe zu entscheiden.

Besuchen Sie Ihren Fachhändler – den Loewe Profi-Partner. Oder schreiben Sie uns:
Loewe »Professionelle Elektronik«, Industriestraße 11, 8640 Kronach, Btx-Nr.: *705 #

Auf der Hannover-Messe finden Sie uns in CeBIT-Halle 1, Stand 6703.





LOEWE.

Renten meist knapp behauptet.

An den Märkten für festverzinsliche Wertpapiere war die Unternehmungslust wie an den Aktienmärkten nur gedämpft. Sowohl öffentliche Anleihen als auch Bundesobligationen und DM-Auslandsanleihen wurden überwiegend bis um 1,5 Prozentpunkte, in der Spitze auch mal um 0,2 Punkte, zurückgenommen, zeigten vereinzelt aber auch Pluskorrekturen bis um einen Zehntelpunkt. Besonders deutlich war der Anstieg bei den ausländischen Rentenwerten. Das Geschäft war äußerst ruhig. Der Pfandbriefmarkt verkehrte tendentiell einen Hauch leichter.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM



Warenpreise – Termine

Deutliche Kursverluste wiesen am Montag an der New Yorker Comex kurz vor Sitzungsschluß Gold, Silber und Kupfer auf. Während Kaffee schwächer bewertet wurde, konnte Kakao kleine Gewinne verbuchen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	2. 4.	30. 3.
Mai	370,00	373,00
Juli	353,00	354,00
Sept.	351,75	356,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif	2. 4.	30. 3.
St. Lawrence 1 CW	234,10	241,80
Amber Durum	243,10	243,50

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	139,00	138,20
Juli	142,50	142,10
Okt.	144,50	–

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	129,50	128,90
Juli	127,00	126,00
Okt.	120,20	–

Hafer Chicago (c/bush)	2. 4.	30. 3.
Mai	187,25	185,50
Juli	184,25	182,00
Sept.	179,00	178,50

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	358,00	353,00
Juli	353,25	348,25
Sept.	323,75	319,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	2. 4.	30. 3.
Mai	132,70	132,00
Juli	133,50	132,50
Okt.	127,40	–

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	2. 4.	30. 3.
Terminkontr. Mai	149,30	151,25
Juli	142,60	143,40
Sept.	138,50	139,25

Kakao New York ($/t)	2. 4.	30. 3.
Terminkontr. Mai	2525	2555
Juli	2557	2577
Sept.	2532	2560
Umsatz	6928	4962

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,80	6,85
Juli	7,22	7,28
Sept.	7,65	7,60
Okt.	7,85	7,89
Jan.	8,49	8,50
Umsatz	7827	11284

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	2. 4.	30. 3.
	8,48	8,51

Kaffee London (£/t) Robusta-	3. 4.	2. 3.
Kontrakt Mai	2045–2046	2062–2064
Juli	1983–1984	2002–2004
Sept.	1937–1939	1957–1958
Umsatz	3042	2488

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1827–1829	1845–1847
Juli	1842–1843	1863–1864
Sept.	1827–1829	1849–1850
Umsatz	3598	5882

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	165,00–178,00	170,00–181,00
Aug.	190,00–192,00	194,00–196,00
Okt.	201,00–203,00	205,00–207,00
Umsatz	0	0

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	3. 4.	2. 3.
schw. Sarawak spez.	327,50	332,50
weißer Sarawak	615,00	620,00
weißer Muntok	622,50	627,50

Orangensaft New York (c/lb)	2. 4.	30. 3.
Mai	174,10	174,20
Juli	173,20	172,70
Sept.	172,20	171,60
Nov.	170,00	169,30
Jan.	168,00	166,75
Umsatz	900	1500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	2. 4.	30. 3.
Südstaaten fob Werk	50,50	51,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,50	28,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	30,30	29,85
Juli	30,25	29,70
Aug.	29,20	28,75
Sept.	28,30	27,70
Okt.	27,05	26,90
Dez.	26,40	26,20
Jan.	26,25	26,05

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,50	30,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	29,00	29,00
Choise white hog 4% fr. F.	22,25	22,25

Talg New York (c/lb)		
top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Apr.	49,80	48,75
Juni	57,62	56,05
Juli	59,72	58,30

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	71,22	69,15
Juli	71,45	69,40
Aug.	69,97	68,05

Häute Chicago (c/lb)	2. 4.	30. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	56,00	56,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	793,00	788,00
Juli	804,50	798,50
Aug.	795,50	792,50
Sept.	767,00	764,50
Nov.	740,00	738,50
Jan.	751,50	750,50
März	763,50	762,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	203,50	203,00
Juli	209,00	208,50
Aug.	210,50	210,50
Sept.	209,50	208,50
Okt.	203,50	203,50
Dez.	205,00	205,00
Jan.	205,50	206,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	2. 4.	30. 3.
Mai	359,00	359,00
Juli	365,00	364,20
Okt.	365,50	–

Kokosöl New York (c/lb)	2. 4.	30. 3.
Westküste fob Werk	50,00	50,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	3. 4.	2. 3.
jegl. Herk. cif	1145,00	1145,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	485,00	490,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	830,00	925,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
rob Niederl. fob Werk	218,50	216,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1160,00	1160,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	297,25	297,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	2. 4.	30. 3.
Mai	82,85	81,70
Juli	81,95	81,35
Okt.	78,30	77,72
Dez.	75,60	75,35
März	76,80	76,45
Mai	77,40	76,95

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS–1:	57,25	57,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	3. 4.	2. 3.
Mai	417–419	422–423
Aug.	440–443	442–443
Okt.	443–445	445–447
Umsatz	302	101

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	3. 4.	2. 3.
Mai	49,20	49,20
Juli	49,70	49,70
Okt.	50,00	50,00
Dez.	50,10	50,10
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	3. 4.	2. 3.
Mai	585,00–587,00	585,00–587,00
Juli	594,00–596,00	595,00–596,00
Okt.	577,00–578,00	576,00–578,00
Umsatz	178	65

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	3. 4.	2. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	3. 4.	2. 3.
April	13 890	13 886
Mai	13 854	13 842

Kautschuk London (p/kg)	3. 4.	2. 3.
Nr. 1 RSS loco	76,75–80,00	78,00–81,25
Mai	76,10–80,00	76,50–79,00
Juni	77,20–81,00	78,50–82,00
Juli/Sept.	80,20–80,50	81,90–82,00

Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	3. 4.	2. 3.
April	246,00–248,00	248,00–250,00
Mai	252,50–254,00	255,50–256,50
Nr. 2 RSS April	246,50–247,50	248,00–249,00
Nr. 3 RSS April	242,00–243,00	243,50–244,50
Nr. 4 RSS April	235,00–236,00	236,50–237,50

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	3. 4.	2. 3.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London	3. 4.	2. 3.
laufend. Monat	127,38–127,57	130,21–130,40
drittfolg. Monat	127,19–127,57	129,84–130,03

Zink: Basis London		
laufend. Monat	268,23–268,60	266,77–267,14
drittfolg. Monat	260,75–260,93	259,12–259,30
Produz.-Preis	285,65	271,98
Reinzinn 99,9%	3575–3610	3589–3625

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	3. 4.	2. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	410,76–412,63	410,41–412,27
Blei in Kabeln	135,00–136,00	138,00–139,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–454,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	3. 4.	2. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	392–401	391–401
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	437	437
MS 63	432–437	432–438

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	3. 4.	2. 3.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	3. 4.	2. 3.
Leg. 225	456–473	456–473
Leg. 226	458–475	458–475
Leg. 231	488–505	488–505
Leg. 233	498–515	498–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	3. 4.	2. 3.
Platin (DM je g)	35,05	34,90
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 600	32 800
Rücknahmepr.	31 850	32 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 430	32 570
Rücknahmepr.	31 920	32 050
verarbeitet	34 030	34 180
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 185	32 180
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	800,00	823,50
Rücknahmepr.	783,80	806,50
verarbeitet	835,50	860,00

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	3. 4.	2. 3.
10.30	381,15	387,25
15.00	380,40	387,20
Zürich mittags	380,50–381,00	387,60–388,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 150	99 550
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	655,80	676,30
3 Monate	668,90	690,30
6 Monate	684,30	705,30
12 Monate	714,90	736,60
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	270,95	271,85
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	111,20	111,75

New Yorker Preise	2. 4.	30. 3.
Gold H & H Ankauf	387,20	388,50
Silber H & H Ankauf	961,50	973,00
Platin fr. Händlerpr.	390,00–391,50	393,50–396,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	161,00–163,00	161,00–163,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
April	930,00	988,00
Mai	940,00	1005,00
Juli	957,90	1027,00
Sept.	976,10	1054,10
Dez.	1004,10	1063,70
Jan.	1013,70	1086,00
März	1038,00	982,00
Umsatz	32 000	27 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	2. 4.	30. 3.
April	69,85	71,20
Mai	70,25	71,70
Juli	71,60	73,00
Sept.	72,90	74,40
Dez.	75,05	76,35
Jan.	75,70	77,05
März	77,00	78,35
Umsatz	12 000	9000

Londoner Metallbörse

	3. 4.	2. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	991,00–992,00	993,50–994,50
3 Monate	1012,5–1013,0	1014,5–1015,5
Blei (£/t) Kasse	341,00–342,00	349,00–350,00
3 Monate	341,50–342,00	348,00–348,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1085,5–1086,0	1087,5–1088,0
3 Monate	1102,0–1102,5	1104,0–1104,5
abends Kasse	1096,5–1097,5	1090,0–1091,0
3 Monate	1103,5–1104,0	1106,5–1107,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1085,0–1087,0	1087,0–1090,0
3 Monate	1095,0–1097,0	1099,0–1101,0
Zink (£/t) Kasse	714,50–716,00	722,50–724,50
3 Monate	695,50–696,00	696,50–697,50
Zinn (£/t) Kasse	8620–8625	8595–8605
3 Monate	8690–8691	8685–8690
Quecksilber ($/Fl.)	310–320	305–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	84–89	84–89

Wir danken unserer Konkurrenz!

Denn: in den letzten Jahren ließen einige Wettbewerber kaum eine Gelegenheit aus, das Original BRATTBERG System in Deutschland zu kopieren. Das rührt uns. Denn Nachahmung ist die aufrichtigste Form der Anerkennung.

Mittwoch, 4. – Mittwoch, 11. April
Hannover Messe '84

Trotzdem vertrauen immer mehr Fachleute bei Kabel- und Rohrdurchführungen auf unseren Sicherheitsstandard, das multifunktionale Original MCT BRATTBERG System und unser Markenzeichen. Vielleicht auch auf das immer noch größte Programm auf diesem Gebiet.

Natürlich sind wir auch in diesem Jahr auf der Hannover Messe und zeigen selbstverständlich weitere interessante Neuentwicklungen. Wir freuen uns auf Ihren Besuch. Halle 13 Stand 902

MCT BRATTBERG Kabel- und Rohrdurchführungen
Mühlendamm 66 · 2000 Hamburg 76
Tel. 040/220 17 59 · FS 211 419 mct hh

Ein Unternehmen der Firmengruppe AB LYCKEÅBORGS BRUK Schweden

Halle

800 m², für 165 900,- DM zuzügl. ges. MwSt. Gesamtpreis 189 126,-

Eine Flachdachhalle frei Baustelle geliefert und in kurzer Bauzeit montiert (Maße: 20 × 40 × 4,5 m). Bestehend aus Konstruktion, Dachdeckung aus Trapezblechen, Warmdachaufbau mit 80-mm-Rollbahn. Wandverkleidung mit 15-cm-GSB-Platten, Profilverglasung (doppelschalig); Lüftungsflügel, Rolltor und Türe inbegriffen. Statik, Fundamentplan, Ansichtszeichnungen und Montage.

YTONG

Die Ausführung entspricht den neuesten Wärmeschutzforderungen sowie den neuesten Flachdachrichtlinien. Eines von vielen Beispielen, Hallen in Fertigbauweise für jeden Zweck schnell und preisgünstig zu erstellen.

SSH Schlüsselfertige System-Hallen
Alte Bottroper Straße 39
4300 Essen 11, Postfach 27 02 08
Telex 08 571 321 SSH D
Telefon (02 01) 68 20 91 – 96 AM 51 142

Gebrauchte Gabelstapler-Sonderschau

ca. 70 Geräte, 0,6 bis 5 t, Diesel/Gas/Elektro/Gelände.
Außerdem: Großer Posten fahrbereiter Stapler zwischen DM 2500,– bis 9900,– DM + MwSt.
Der weiteste Weg lohnt
Keine Transportprobleme – günstige Finanzierung
Freitag, den 6. 4., Samstag, den 7. 4. 1984, jeweils von 9.00 bis 18.00 Uhr
Gabelstapler-Finger-GmbH
Handelsstr. 6 – Industriegebiet
5632 Wermelskirchen
Tel. 0 21 96 / 10 68 – Telex 8 513 340

FERNSCHREIBER neu und gebr. mech. u. elektr. An- u. Verkauf. EUROSIGNAL neu u. gebr. An- und Verkauf. Wir nehmen Ihre alten Geräte in Zahlung. Fa. Dahlem, Pf. 12 53, 6670 St. Ingbert, Tel. 0 68 94 / 5 11 97, Tx. 4 429 436

2 neue Eurosignale
30% unter NP, und
3 Anrufbeantworter
mit Fernabfr. à DM 750,-.
Tel. 0 61 42 / 1 31 64

MULTIPLE SKLEROSE

Helfen Sie mit,
... daß alle neuen Erkenntnisse über Multiple Sklerose Kranke multipliziert werden,
... daß Multiple Sklerose Kranke wieder hoffen und Mut schöpfen können,
... daß es Multiple Sklerose Kranken mehr und mehr gelingt, durch Selbsthilfe unabhängiger zu werden.
Was ist Multiple Sklerose?
Wer ist die M.S.K.e.V.?
Diese und viele andere Fragen beantwortet unser Informationsblatt.
Sie erhalten es kostenlos von der M. S. K. e.V
Initiative Selbsthilfegruppen Multipler Sklerose Kranker
Auf der Höhe 9 · 6803 Edingen 1
Helfen Sie mit durch eine Geldspende auf das PschA Karlsruhe Kto. 11230-759.
Helfen Sie mit, werden Sie Mitglied der M.S.K.e.V.
Der Jahresbeitrag beträgt z. Zt. nur DM 30,-.
Wir sind als gemeinnützige Organisation durch Finanzamt Mannheim Stadt Genehmigung 88/1981-83, anerkannt.
Mitglied im Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt.
Wir danken für die Spende des Anzeigenraumes.

Ran an die Kunden

Reizt es Sie, Direkt-Marketing zu verkaufen? Einer der europäischen Branchenführer fordert auf diesem Gebiet Ihre Kreativität und Dynamik heraus. Sie werden gründlich eingearbeitet. Zu Ihren Kunden zählen dann Versandhäuser, Markenartikel-Hersteller und Industrie-Unternehmen.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 7. April, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT nächsten Samstag – jeden Samstag!

SIE MÜSSEN NICHT WARTEN, UM IHN ZU BEKOMMEN. SIE MÜSSEN NICHT WARTEN UM IHN ZURÜCKZUGEBEN.

Sheraton Towers bietet seinen Gästen einen separaten Ankunfts- und Abreise service. Sie brauchen nie mehr Schlange zu stehen, um Ihren Schlüssel zo bekommen oder Ihre Rechnung zu begleichen. Für eine schnelle Reservierung wählen Sie bitte 0611/29.53.06.

Sheraton Towers
Brussels-Sheraton Hotel
Place Rogier 3
1000 BRÜSSEL BELGIEN.

Hannover-Messe '84

Probleme mit Industriefußböden?

Mit astradur – dem System für Vergütung und Sanierung wird Ihr Boden unverwüstlich und extrem belastbar.

Einfach Dokumentation anfordern:
astra-Chemie Dr. Seidler GmbH
Postfach 380
D-6782 Rodalben/Pfalz
Telefon 0 63 31/5 20 71
Telex 4 52 361

Halle 5, Stand 1412

DLRG
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.
Alfredstraße 73
4300 Essen 1

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt
Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 3 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

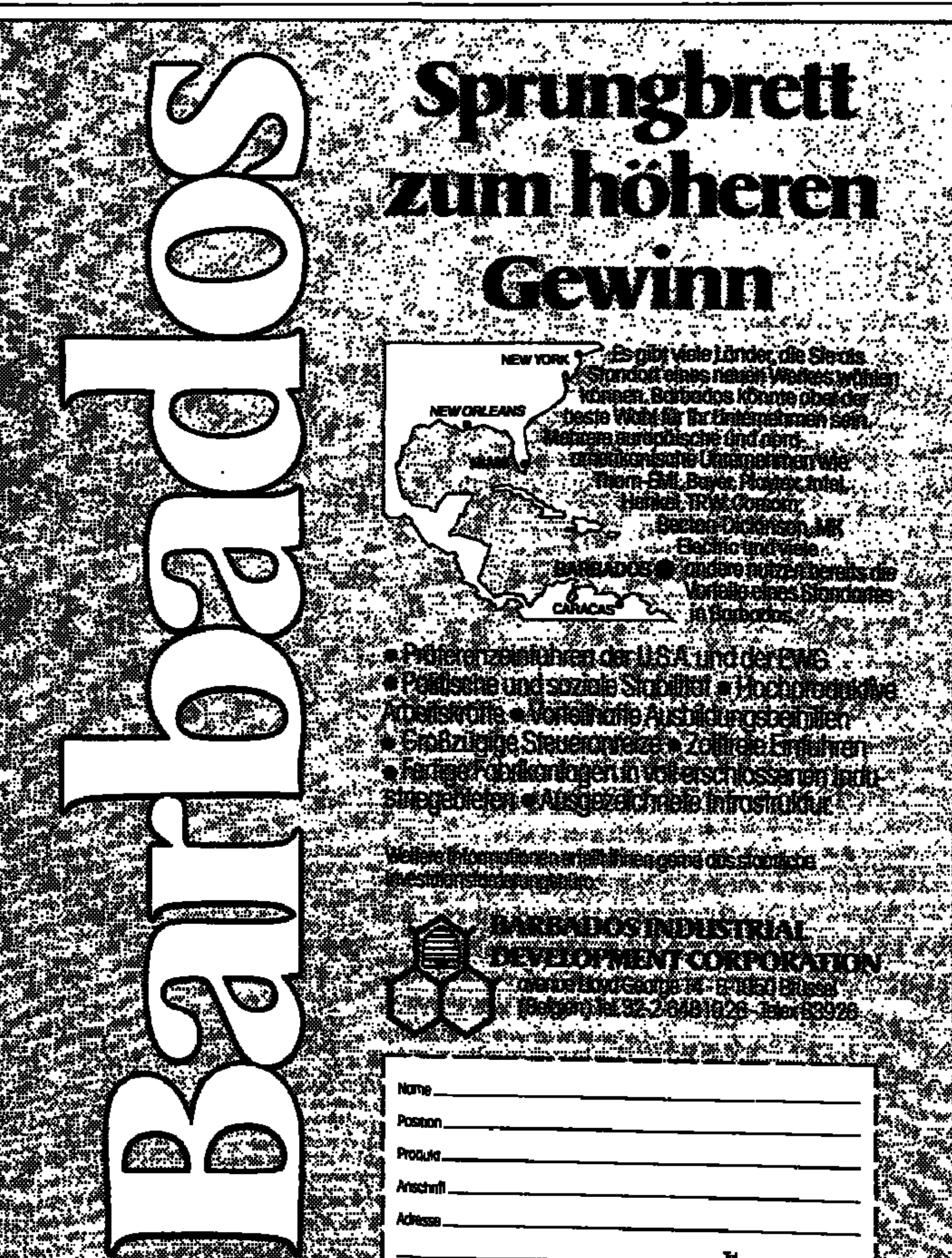
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

buch aktuell

Die neue Ausgabe von „buch aktuell" gibt es jetzt kostenlos im Buchhandel. Auf über 100 Seiten finden Sie Informationen über Neuerscheinungen in diesem Frühjahr. Fragen Sie Ihren Buchhändler nach „buch aktuell" oder fordern Sie das Heft an bei Harenberg Kommunikation, Postfach 13 05, 4600 Dortmund (bitte 2,– DM in Briefmarken als Versandkostenanteil beifügen).



Kostenlos im Buchhandel!



Gerhard Löwenthal oder 500 Mal ZDF Magazin

Er will weitermachen

Zum 500. Mal erklingt heute abend das Grundthema aus Witold Lutoslawskis „Konzert für Orchester". Und der musikalischen Kontinuität entspricht gewiß die publizistische wie auch die politische – dank eines Mannes, der von sich sagen kann: „Ich bin der einzige, der dieses Geschäft 15 Jahre durchhielt, und davon 13 Jahre in Opposition zur Regierung." Tatsächlich: Während anderswo die Chefs und Moderatoren wechselten wie die Ehemänner der Liz Taylor, so übte sich das ZDF Magazin in Beständigkeit. Gerhard Löwenthal ist deswegen aus dem Magazin genauso wenig wegzudenken wie der Lange Eugen aus dem Bonner Regierungsviertel. Und daran wird sich so bald nichts ändern: „Meine Absicht, weiterzumachen, ist ungebrochen. Meine Gesundheit – toitoitoi – läßt nichts zu wünschen übrig. In den 15 Jahren meiner Moderatorentätigkeit kam ich allenfalls auf insgesamt 30 Krankheitstage. Niemals habe ich mich für eine Kur beurlauben lassen."

Das besondere Engagement der Sendung für die deutsche Einheit und für die Freiheit Berlins ergibt sich zwar schon aus dem ZDF-Staatsvertrag und den daraus abgeleiteten Programmrichtlinien. Doch die Leidenschaft in der Sache ist wohl undenkbar ohne den Mann, der dem Magazin seine Handschrift gab.

Innerlich mit dem Schicksal Mitteldeutschlands verbunden fühlen sich auch die anderen aus Löwenthals achtköpfiger Crew. Die meisten sind – wie Löwenthal – Berliner, gebürtige oder doch gelernte. Sie sind zudem überwiegend altgediente Redaktionsleute mit mehr als einem Dutzend Magazin-Jahren. Der gebürtige Eislebener Fritz Schenk, Löwenthals Co-Pilot in Leitung und Moderation seit 1971, muß sich da fast wie ein „Nachzügler" vorkommen. Schenks Eintritt in die Redaktion und die Umstellung des wöchentlichen auf den vierzehntägigen Turnus seit dem 1. Oktober 1973 waren die einzigen kleinen Zäsuren in der Geschichte des ZDF Magazins. Die hier interviewten und porträtierten Personen des öffentlichen Lebens bilden nahezu einen „Gotha" der deutschen und internationalen Politik.

Wenn Gerhard Löwenthal zurückblickt, bereiten ihm einige Beiträge und Aktionen besondere Genugtuung. Fünfmal nutzte das Magazin das alte Reichstags-Gebäude in Berlin für Sendungen mit gesamtdeutschen und Berliner Themen. In den „Hilferufen von drüben" wurden nach der Helsinki-Konferenz von 1975 Menschenrechtsverletzungen in der „DDR" ganz konkret beim Namen genannt. Dazu Löwenthal: „Kein einziger Betroffener sagte: 'Das hat uns geschadet.' Die meisten meinten vielmehr: Je mehr Menschenrechtsverletzungen in die Öffentlichkeit kommen, desto besser." Allein 24 Beiträge zu Afghanistan wurden seit dem sowjetischen Einmarsch produziert. Dabei konnten durch Spendenaufrufe 6 Millionen Mark zugunsten der Flüchtlinge zusammengetrommelt werden.

Dem heutigen Jubiläum – 500 Magazinausgaben, das bedeutet insgesamt 1890 Beiträge oder 22 500 Sendeminuten – ist eine saure Woche vorausgegangen. Am vergangenen Donnerstag flog Löwenthal nach New York, wo er sich mit Henry Kissinger über dessen Vorstellungen zur Revision des Bündnisses unterhielt. Am Montag dann waren Löwenthal und Schenk im Bundeskanzleramt bei Helmut Kohl zu Gast. Im Mittelpunkt des Gespräches stand wiederum das West-Bündnis – und bildet auch heute abend das Grundthema der Sendung.

GISELHER SCHMIDT

Seit 15 Jahren Chef des ZDF Magazins: Gerhard Löwenthal FOTO: ZDF

ZDF Magazin – 20.15 Uhr

Aus dem Osterprogramm von ARD und ZDF

Von Bach bis Ustinov

Zu Ostern bietet das Deutsche Fernsehen/ARD seinen Zuschauern eine ganze Reihe von Spielfilmen, Unterhaltung und – den Feiertagen angemessen – Berichte zu kirchlichen Ereignissen. Am Karfreitag steht zunächst Frank Beyers „DDR"-Spielfilm „Jakob der Lügner" von 1974 auf dem Programm (20.15 Uhr), bevor der Beitrag „Gott in Rußland" Stationen aus dem Leben der russisch-orthodoxen Kirche nachzuzeichnen versucht (21.55) Uhr.

Am Ostersamstag zeigt der englische Agatha-Christie-Krimi „Das Böse unter der Sonne" von 1981 Peter Ustinov als Hercule Poirot und neben ihm Jane Birkin und James Mason. Die Übertragung der Papstmesse mit dem Segen „Urbi et Orbi" vom Petersplatz in Rom am Ostersonntag von 10.30 Uhr an steht in diesem Jahr unter dem Motto „Der Frieden sei mit Euch".

Der Sonntagabend beginnt mit einem spannenden Spielfilm „Giganten am Himmel" (20.15 Uhr). Durch einen Zusammenstoß mit einem Privatflugzeug wird ein Jumbo-Jet in der Luft führerlos, und in einer dramatischen Rettungsaktion soll versucht werden, von einem Hubschrauber aus einen Piloten in das aufgerissene Cockpit abzuseilen. Charlton Heston, Karen Black und Efrem Zimbalist jr. spielen die Hauptrollen.

Zum Abschluß des Ostersonntags ein Krimi in deutscher Erstaufführung. Der kanadische Streifen „Vier heiße Tage" (22.50 Uhr) erzählt von einem Fernsehreporter, dem zufällig ein Paar auf einen Film geraten ist, das es sich etwas kosten lassen will, wenn es aus dem Streifen herausgeschnitten wird. Als der Reporter entdeckt, daß der Mann ein gesuchter Verbrecher ist, versucht er, noch mehr Geld zu erpressen und wird in einen mörderischen Kriminalfall verstrickt.

Am Montagabend wird's nochmal spannend: Im NDR-„Tatort"-Krimi „Haie vor Helgoland" (20.15 Uhr). Manfred Krug, erstmals als Kommissar Stoever, muß einen kniffligen Fall lösen. Das Osterprogramm klingt musikalisch aus mit den Wiener Philharmonikern unter der Leitung von Leonard Bernstein, die die Akademische Festouvertüre c-Moll op. 80 von Johannes Brahms spielen. Sie ist Teil eines insgesamt neunstündigen WDR-Brahms-Zyklus, der am 5. Mai 1983 mit dem Violinkonzert D-Dur op. 77 begonnen hat.

Mit drei Spielfilmen zum Thema Religion beginnt das Zweite Deutsche Fernsehen sein Osterprogramm. Der erste Film „Mandala – Die blinden Augen des Herzens" läuft am 16. April um 22.50 Uhr. Der in Südkorea entstandene Streifen erzählt die Geschichte zweier buddhistischer Mönche, die auf der Suche nach Erleuchtung durch das Land ziehen. Am 17. April bringt es den polnischen Spielfilm „Austeria – Das Haus an der Grenze" von Jerzy Kawalerowicz. Er zeichnet die Situation osteuropäischer Juden zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Am Karfreitag wird in dem Film „Ich glaube ..." (17.25 Uhr) von Jacques Deray die Bedrohung eines Christen in einem kommunistischen Land geschildert.

Ein erster musikalischer Höhepunkt im ZDF-Osterprogramm ist eine Aufführung der Matthäus-Passion von Johann Sebastian Bach am Karfreitag um 09.15 Uhr. Die Hauptpartien dieser in Stereo gesendeten Aufführung singen Peter Schreier (Evangelist), Ernst Gerold Schramm (Jesus) und Siegmund Nimsgern (Judas/Pilatus). Ein weiteres Glanzstück zum Fest verspricht auch die Wiederholung beider Teile der Gala-Veranstaltung anläßlich des 100jährigen Jubiläums der New Yorker Metropolitan Oper an beiden Feiertagen im Vormittagsprogramm zu werden.

Im Nachmittagsprogramm des Ostersonntags ist der englische Spielfilm „Cinderellas silberner Schuh" (1977) zu sehen. Das Abendprogramm startet mit der Kriminalkomödie von Herbert Reinecker „Die Dame und die Unterwelt", in der Inge Meysel die Hauptrolle spielt. Im Spätprogramm wird der französische Spielfilm „Jules und Jim" von François Truffaut (1961) mit Jeanne Moreau, Oskar Werner und Henri Serre gezeigt.

Am Ostermontag sendet das ZDF nachmittags für die Freunde des Tanzsports als Aufzeichnung den 14. Worldcup der Professionals aus der Mainzer Rheingoldhalle. Danach gibt es den amerikanischen Spielfilm aus dem Jahre 1955 „Der Hofnarr" mit Danny Kaye und am frühen Abend den ersten Teil des Fernsehfilms „Der Leutnant und sein Richter". Zum Abschluß des Osterprogramms am Montagabend noch ein amerikanischer Spielfilm: „Little Big Man – Der letzte Held der Indianerkriege" (1971) mit Dustin Hoffmann. (dpa/DW)





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Verkehrsgericht
11.55 Umschau
12.10 Report
Mit G. v. Lojewski
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Deutschland – England
Fußball-Schüler-Länderspiel
16.00 Tagesschau
1gesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Treffer
Fernsehfilm von Christo Flandern
Den Flamen fehlt der Mann, der von allen anerkannt wird und der imstande ist, sie in ihrem Widerstand zu führen. Die Wahl fällt auf Willem van Gullik, Propst von Maastrich, der in Italien lebt. Dirk erhält den Auftrag, ihn für den Kampf Flanderns zu gewinnen.
17.40 Nednik
Flops pflastern seinen Weg
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Treffer
Fernsehfilm von Christoph Fromm
Regie: Dominik Graf
Es sind drei gute Freunde – Albi, der Fighter, Tayfun, der südländische Mädchentyp, und Franz, der clevere Dicke. Ihre Freundschaft ist von der Art, die man eher bei jüngeren Leuten findet, die oft das Erwachsenwerden, wenn es denn kommt, nicht überdauert. Sie zeichnet sich aus durch eine für Außenstehende irritierende Unzertrennlichkeit und das bedingungslose Einstehen für den anderen – auch wenn's manchmal sehr weh tut. Die drei haben noch etwas anderes, das sie zusammenhält: die fast schon fetischistische Liebe zu ihren Motorrädern. Derartige Geräte bescheren höchste gemeinsame Glücksgefühle, aber auch tiefsten Kummer.
22.00 Brennpunkt
22.30 Tagesthemen
23.00 Ohne Filter
Musik pur
Moderation: Frank Laufenberg
0.00 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Doppelt geklebt hält besser
16.35 Berufswahl heute
1. Folge: Orientierung – Bewerbung – Vorstellung
Moderation: Jürgen Haase und Matthias-Johannes Fischer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Audrey Landers, Patto
17.50 Bret Maverick
Das Lied von Bret Maverick
19.00 heute
19.30 Direkt
Die „andere" Form
20.15 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal und Fritz Schenk
21.00 Der Denver-Clan
Stevens Sohn
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
22.10 Vielleicht kommen sie wieder und holen mich
Missionsarbeit im Kriegsgebiet von Namibia
Film von Gernot Schley und Amina Frense
22.40 Eine deutsche Familiengeschichte
Buch und Regie: Birgit D. Urmson
Die Filmemacherin Birgit Urmson lebt seit zwölf Jahren in den USA. Ihr Leben und ihre Arbeit im Ausland haben nicht nur ihr Heimweh verstärkt, sondern auch ihr Nachdenken über ihre Herkunft aus der kleinen fränkischen Stadt, über ihre Familie dort, über die Geschichte ihrer Stadt und ihrer Kultur. Sie ist nun zurückgekehrt und hat eine filmische Familiengeschichte geschrieben.
23.55 Zeugen des Jahrhunderts
Karl Rahner im Gespräch mit Meinold Krauß
1.00 heute



Tayfun Bademsoy, Dietmar Bär und Max Wigger (v.l.) in dem Fernsehfilm „Der Treffer", den die ARD um 20.15 Uhr zeigt FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Gesang: Bata Ilic
Musik: Die Lahn River Jazzband
21.45 Hobbythek
22.30 Das Zeichen des Whistler
Amerikanischer Spielfilm (1944)
Regie: William Castle
23.30 Karl Valentin und Fritz Lang
Dr. Mabuse und Herr Wrdlbrmpfd
0.15 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Welt des Dschungelbuches
1. Teil: Die Nashörner von Kaziranga
19.15 Das neue Mietrecht
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Zeitenwende
6. Teil: Dämonen und Narren
21.45 Unter den Dächern von Paris
Französischer Spielfilm (1930)
23.10 Entr'acte
Französischer Spielfilm (1924)
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Die fabelhafte Familie Ko in der Zauberkiste
19.00 Natur und Freizeit
19.45 Die Tiersprechstunde
Kleine Hamster – große Probleme
20.15 Das aktuelle Thema
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Liebende in der Stadt
Fernsehfilm von Barney Simon
23.00 Frankfurter Poetik-Vorlesung 1984

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Englisch
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Das Fest fand im Freien statt
Die Geschichte der Festivals auf Burg Waldeck
20.15 Sammelsurium
21.00 Über den Todespaß
Amerikanischer Spielfilm (1954)
22.30 Aus dem Reisetagebuch des André Malraux
Teil 7: Afrika und Ozeanien

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '84
19.45 Nur ein Viertelstündchen
20.00 Klimbim
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Alcatraz (5)
Amerikanischer Spielfilm
22.40 Z. E. N.
22.45 Faszination
23.30 News of the Week

»DONAUPRINZESSIN«
Deutsche Kreuzfahrttradition

Ausführliches Programm, Auskünfte und Buchungen in Ihrem Reisebüro

Peter Deilmann · Reederei
Am Hafensteig 19 · 2430 Neustadt/H.
Telefon 04561/60 41 · Telex 26 1225



KREUZFAHRTEN
mit dem neuen deutschen Donauschiff

FAHRPLAN 1984

TAG	HAFEN	ANKUNFT	ABFAHRT
SAMSTAG	PASSAU		19.30
SONNTAG	DÜRNSTEIN	18.00	23.00
MONTAG	BRATISLAVA	08.00	18.00
DIENSTAG	BUDAPEST	09.00	
MITTWOCH	BUDAPEST		11.00
	ESZTERGOM	17.00	20.00
DONNERSTAG	WIEN	09.00	
FREITAG	WIEN		02.00
	MELK	10.00	14.00
SAMSTAG	PASSAU	08.00	

TERMINE

MÄRZ	31.	JULI	07., 14., 21., 28.
APRIL	07., 14., 21., 28.	AUGUST	04., 11., 18., 25.
MAI	05., 12., 19., 26.	SEPTEMBER	01., 08., 15., 22., 29.
JUNI	02., 09., 16., 23., 30.	OKTOBER	06., 13., 20., 27.

Handwerkliche Möbel aus massiver Eiche nach historischen Vorbildern



Unsere Ausstellung mit antiken und neuen Eichenmöbeln ist auch sonntags von 14 bis 18 Uhr geöffnet (keine Beratung, kein Verkauf)
Bitte fordern Sie unverbindlich Prospektmaterial an.

Eichenmöbel Wilmsen
4400 Münster-Amelsbüren, Gewerbegebiet Mühlenfeld
Schadowstraße, Telefon 0 25 01 / 5 80 88





APRIL-HEFT:
Stationen einer Vorhand: wie man sie durch Stroboskop-Fotos verbessern kann ... So läuft man Bälle richtig aus: nur nicht hetzen lassen, sagt Stan Smith ... Wie ein Doppel doppelt Spaß macht: Vic Braden öffnet seine Trick-Kiste ... Raus aus dem Winterschlaf: so stellen Sie sich vom Hallentennis auf die Freiluftsaison um ... Reisetip Ibiza: wo Sie auf der Baleareninsel optimal spielen können Blousons: der schicke Schutz gegen Nässe und Wind ... Tennisschuhe: tm testete 18 Paar der 84er Kollektion ... Die Hochzeit von Kamerun: Yannick Noah kam unter die Haube ... und jede Menge Turniersport.



5,-

Atome für Zoo-Löwen

P.D. – Wenn ein Löwe im Zoo ausbricht, dann ist es sinnvoll, sich in Sicherheit zu bringen. Dann ist Angst berechtigt. Wenn aber jemand nicht in den Zoo geht, weil ein Löwe ausbrechen könnte, dann handelt es sich um eine krankhafte Angst, um eine Phobie.

Dieses Beispiel einer übertriebenen, nicht auf wirklichen Gefahren beruhenden Furcht findet sich in einer Untersuchung von Prof. L. Dupont über die „Nuclear Phobie". Der bekannte amerikanische Psychiater hat Fernsehberichte der drei großen Networks ABC, NBC und CBS zu Kernenergiefragen aus den letzten zehn Jahren analysiert. Dabei stellte er fest, daß das vorherrschende Thema eine solche Phobie war.

In den meisten Berichten wurde außerdem nicht nur gefragt, „Was wäre, wenn ...", sondern der automatisch negativen Antwort wurde sofort eine weitere Frage nach der Potenzierung der Negativa nachgeschoben. So hangelte man sich von einer Katastrophenvision zur anderen – und damit immer weiter von der Wirklichkeit weg.

Das trefflichste Beispiel fand Prof. Dupont bei dem sogenannten Verbraucheranwalt Ralph Nader. Er erklärte in einer Sendung: „Alles, was die Öffentlichkeit wissen muß, ist, daß es im Kernkraftwerk Strahlungen gibt und daß sie tausendmal radioaktiver ist als die Explosion von Hiroshima." Auf das Löwenbeispiel bezogen, heißt das: „Alles, was der Zoobesucher wissen muß, ist, daß im Zoo Löwen sind und daß sie irgendwann einmal in Afrika nicht nur Zebras, sondern auch Menschen angefallen und gefressen haben."

Besser läßt sich die Irrationalität dieser Argumentation nicht in Worte fassen. Aber das irritiert die Produzenten von Kampagnen nicht. Ihnen kommt es schließlich nicht auf Tatsachen, sondern nur auf Wirkungen an. Deshalb wäre es interessant zu erfahren, zu welchen Ergebnissen Prof. Dupont käme, wenn er sich einmal der Darstellung des Themas „Atomenergie" in unseren Medien annähme.

Vom Geiselmord bis zur „Schmutz-hält-warm"-These: Gespräch mit dem Aggressionsforscher F. Hacker

Der Trieb, der sich tausendfach maskiert

Ein Herr von knappen Formen, mit gern amüsierter, gelegentlich gereizter Aufmerksamkeit. Wenn er sich im Restaurant die Speisekarte reichen läßt, studiert er sie mit vorsichtiger Genauigkeit, ohne sich durch die Gegenwart des Kellners (der Stift ist schon auf dem Meldeblock angesetzt ...) drängen zu lassen. Hat er sich entschieden, gibt er rasch und unmißverständlich Auftrag. Ähnlich verfährt der Professor mit dem intellektuellen Präparat, das ihn berühmt gemacht hat: die Definition des Begriffes „Aggression" mit seinen Terrorfolgen. Sorgsam hat er das Auftreten dieser neuesten Großmacht im privaten und offiziellen Bereich geortet, um sie dann, Wort für Wort, Argument gegen Argument, genau zu bestimmen.


Unsere Zeit kommt seinem Genie entgegen: Prof. Friedrich Hacker
FOTO: CHRISTA KUJATH

Der Professor heißt Friedrich Hakker und ist 1914 geboren. Sein Lebensweg vollzog sich mit militanter Zielstrebigkeit. Studium – in Basel promovieren – 1940 schon an die Columbia-Universität nach den USA berufen, zugleich Präsident der Sigmund-Freud-Gesellschaft, Wien. Stadien eines Arbeitsganges, die ihn heute zu einer Kapazität der Psychiatrie an der medizinischen und juristischen Fakultät der Universität von Südkalifornien werden ließen. Sein Buch „Aggression. Die Brutalisierung der modernen Welt" von 1971 ist zum Standardwerk der ganzen Forschungsrichtung geworden. Konrad Lorenz, der berühmte Verhaltensforscher, schrieb das Vorwort dazu.

Als „beeidigter Sachverständiger" der US-Bundesgerichte verfaßte er das grundlegende Psychogramm des Mordfalles Sharon Tate, das den Behörden die Handhabe für die Aufspürung der Täter gab. Das schwierigste Thema hat – könnte man meinen – auf ihn gewartet. Es ging da so etwas wie eine Anziehung auf Gegenseitigkeit vor sich. Unsere Zeit kam mit all ihren erschreckenden, in dieser Form noch nie beobachteten Erscheinungen seiner Scharfsicht, ja, man darf sagen: seinem Genie entgegen.

All diese Symptome, mögen sie nun aus dem Zerfall überlebter Ordnungen resultieren oder mit der Umwertung aller Werte auf ein Neues hin abzielen, sie wurden von ihm der Begreiflichkeit angenähert. Der Professor Dr. med. klärt die Zusammenhänge und entwickelt daraus ein System der Durchschauung und anvertraut es uns, um daraus Schlüsse zu ziehen, anstatt hilflos, kopfschüttelnd und seufzend über den Unsegen der Zivilisation in ihrer „Endphase" zu fabulieren und zu klagen.

Wie also äußert sich der Professor zum Thema. Er sagt: „Aggression ist die dem Menschen innewohnende Disposition und Energie, welche die sexuellen Triebe ergänzt, mit ihnen vermischt oder ihnen entgegengesetzt sein kann und sich in den verschiedensten individuellen und kollektiven, sozial gelernten und sozial vermittelten Formen ausdrücken wird. Das weite Spektrum der Aggression reicht von Aktivität bis zur Zerstörung, von symptomatischer Aggression als Kontrollverlust in allen Schattierungen unbewußter und bewußter Vorgänge bis zur Aggression als geplanter Strategie, von organisierter Struktur bis zur Gewalt als offener, manifester, unmaskierter Ausdrucksform der Aggression."

Und er gibt zu bedenken: „Durch frühe Eindrücke und vor allem durch Erziehungseinfluß wird der Ausdruck freier Aggression entmutigt und verhindert, die Bindung von Aggression ermutigt, erzwungen und organisiert. Kinder werden meist aggressiv erzogen, nicht aggressiv zu sein; besonders die manifesten, für das Kind und die Umwelt gefährlichen, zerstörerischen Äußerungsformen von Aggression werden durch Beispiel, persönliche und kulturelle Modelle und durch Anwendung der Erziehungs- und Dressursysteme von Versprechungen, Belohnungen, Drohung und Strafe als unerwünscht hingestellt."

Und er empfiehlt dazu: „Allerdings kennt das Verbot von Aggression bestimmte Ausnahmen: Freie Aggression ist zur Selbstverteidigung, zur Verteidigung höherer Zwecke, im Dienst, erlaubt und sogar gefordert. Dadurch werden die Ausnahmebestimmungen von Aggression zur Gebrauchsanleitung für Aggression, Aggressionseinschränkung wird zu Agressionsanweisung. Freilich bleibt der weitaus überwiegende Anteil von Aggression nicht frei, wird auch nicht abgeführt, sondern in inneren und äußeren Strukturen aufgefangen und gebunden.

Die vorherrschenden kulturellen Wertvorstellungen, Wirklichkeitsdeutungen und Konfliktlösungsmuster, durch die früheren Bezugspersonen vertreten und dargestellt, werden systematisch mit Hilfe des Erziehungs- und Dressursystems verinnerlicht und organisiert, so daß nach Ausgleich der Konflikte ein vereinheitlichtes, einheitliches Gewissen zustande kommt, das die innere Kontrollfunktion ausübt, die vormals durch äußeren Druck erzwungen war."

Das verwandelt natürlich – wenn es uns überzeugt – unser ratloses Betroffensein in ein ermutigendes Erkennen.

Die Flugzeugentführungen, Attentate, Geiselmorde, Vergewaltigung der „kleinen Masse" durch die größere, und umgekehrt; die Erpressungsaktionen in jeder Richtung, die vorgeblich politischen Motive der Bankräuber; Erschießung eines Säuglings im Arm der Großmutter durch einen 16jährigen Kommunarden; Bewußtseinsveränderung durch Drogen; die „Schmutz-hält-warm"-These der Hippies; Bombenwurf in einer Bank, in der schlichte Arbeitnehmer gerade ihren Lohn abheben; die Zeitbomben in Bahnhöfen, öffentlichen Gaststätten oder Pflegestätten, die helfende Kräfte, Nonnen, ermorden; der Präsident einer Großmacht angeschossen, der Papst – höber gehts schon nicht mehr.

Dazu demonstrative Selbstverbrennungen auch im Abendland; Religionskriege wie im Mittelalter; Stadtguerrillas mit perfekter beim Militär geklauter Waffenausrüstung; Brutalitäten der rivalisierenden Terroristen untereinander; Foltertechniken von wissenschaftlich erklügelter Akribie; Mordserien von Kindern an Kindern, von Kindern an Erwachsenen, von Erwachsenen an Kindern – kurzum, all das, was unser täglich Gift, von den Massenmedien aufgedrängt und auch noch lüstern konsumiert, ausmacht, erscheint in der Sicht des Professors als Konsequenz aus gestrigen und vorgestrigen Ursachen, gesteigert, ja angekurbelt durch die Ungeschicklichkeit der versuchten Gegenmaßnahmen.

Daß wir in allem umlernen müssen, ist der unausweichliche Befund. Wie dieses Umlernen zur Tat werden soll, ist die Frage, die sich der Professor sich selbst und uns stellt. Was also, lieber Herr Professor, wäre tätlich vorzukehren? WERNER HELWIG

Bellinis „I Capuleti e Montecchi" in London

So wollte es Wagner

Romeo und Julia ohne Balkonszene. Romeo von einem Mezzosopran gesungen. Das sind die ersten Hürden für vorgefaßte Meinungen über Vincenzo Bellinis Oper „I Capuleti e Montecchi", die das Königliche Opernhaus Covent Garden mit Riccardo Muti am Pult in einer Neuinszenierung entstaubt hat.

Mit Shakespeare hat diese Oper, die Bellini 1830 als Auftragswerk für Venedig in der Rekordzeit von sechs Wochen schrieb, ebensowenig zu tun wie mit der hochdramatischen Gestaltung der zum Mythos gewordenen veronesischen Liebestragödie durch Berlioz oder noch Prokofieff. Covent Garden ging an der Bearbeitung Abbados aus den sechziger Jahren vorbei, die einen Tenor Romeo singen ließ, und legte im Rückgriff auf die Urfassung die wahren Intentionen Bellinis frei.

Kein geringerer als Richard Wagner hatte die echte Leidenschaft dieser Oper gerühmt und ihren durchschlagenden Erfolg von der richtigen Besetzung abhängig gemacht. Wie recht er hatte, kann man jetzt in London erleben. Edita Gruberova, als Zerbinetta und Königin der Nacht nicht nur in Salzburg viel bewundert, vereinigte ihren feinster Abstufungen fähigen Koloratur-Sopran mit Agnes Baltsas warme Leuchtkraft ausstrahlendem Mezzo zu einem wahren Bellini-Traumklang.

Bellinis empfindsam-zärtliches, so oft elegisch eingefärbtes Idiom, das Muti mit dem in Bestform spielenden Opernorchester nie zu flacher Süßigkeit gerinnen ließ, wurde hier zu einer Feier des verinnerlichten, beseelten Belcanto. Die internationale Starbesetzung ergänzte der italienische Tenor Dano Raffanti als Giuliettas ungeliebter Freier Tebaldo. Raffanti konnte seinen Ruf als ein neuer Pavarotti nicht festigen. Er überzeugte mit brillanter Technik und sehr italienischem Brio, ließ jedoch, zumindest am Premierenabend, Stimmvolumen vermissen. Freilich hatte er nach seiner Cavatina wenig Gelegenheit, sich hervorzutun.

Die Slowakin Gruberova aus Wien und die in Frankfurt und Berlin zu Ansehen gelangte Griechin Agnes Baltsa wirkten in Bellinis von Erotik kaum belasteter Musik wie die zärtlichen Schwestern. Sopran und Mezzo, und Bellinis bevorzugte Solo-Instrumente Klarinette, Cello und Horn vereinigten sich aufs Schönste, um den unerhörten lyrischen Klangzauber dieser Partitur zu entbinden.

Auch der Chor, der zwar nicht die Bedeutung wie in „Norma" erreicht, war in der Einstudierung durch Rainer Steubing ein differenzierter Klangkörper. Covent Garden tat einen guten Griff, sich diesen Deutschen erstmals an die Themse zu holen.

Pier-Luigi Pizzi führte die Sänger mit fast statischer Gemessenheit. Da man die Charakterisierungskunst eines Verdi bei Bellini vergebens suchen würde, war dieser Stil durchaus angemessen. Bellini legt seine Szenen eher als in sich geschlossene Stimmungsbilder an, wobei die ausschwingende Melodie in noch klassisch anmutendem Ebenmaß gehalten wird. Solcher Ästhetik kam Pizzi auch mit seinem Bühnenbild entgegen, das Verona, klassizistisch stilisiert mit versetzbaren Marmorsäulen und Pfeilern, freilich recht konventionell vorführte. Kalte Pracht mit Zypressenvertikalen und goldstrotzenden Kapitellen.

Der zweite, kürzere Akt ist dem ersten an musikalischer Substanz überlegen. Hier bietet Bellini so viel des beseelten Melos, daß die Entscheidung Covent Gardens, diese Oper seit 1848 erstmals wieder zu geben, auch anderen Häusern Mut machen sollte. Zwar steht sie hinter dem Melodienreichtum der „Norma" oder der „Nachtwandlerin" etwas zurück, doch besitzt sie vor den romantischen Verstiegenheiten dieser ihrer berühmten Schwestern den Vorzug einer Handlung von zeitübergreifender, elementarer Wirkung. Das Publikum ist fasziniert und geht leidenschaftlich mit. SIEGFRIED HELM

Zürich: Hans Christian Andersen als Bühnenheld

Saubere Regenwürmer

In Zürich ging es Schlag auf Schlag. Innerhalb von zwei Tagen gab es am Schauspielhaus zwei deutschsprachige Erstaufführungen. Nach einem Werk des jungen Franzosen Koltès kam nun das neueste Stück von Per Olov Enquist heraus: „Aus dem Leben der Regenwürmer". *Enquist*, schwedischer Romancier mit Ausflügen ins Dramatiker-Fach, hatte bei seinem Achtungserfolg von 1975, der „Nacht der Tribaden", Strindberg als Versuchsperson ausgewählt.

Diesmal geht es um den dänischen Märchenautor Hans Christian Andersen und die halbjüdische, in Skandinavien, aber eben nur dort einst bekannte Schauspielerin Johanne Luise Heiberg. Diese hat ein dickbändiges Memoirenwerk hinterlassen, das ebenfalls nie über ihre Heimat hinausgelangt ist, eine Quelle gleichwohl, aus der sich vieles schöpfen lassen könnte.

Auch aus Andersen ließ sich schöpfen. Was nur wenigen bekannt ist: Ein ganz von unten kommender, alsbald gescheiterter Tänzer, Schauspieler, Romancier, wurde er erst durch seine genialen Märchen bekannt. Bis zu ihrer Publikation war Andersen auf milde Gaben durch Mäzene und sogar auf den dänischen König angewiesen. Stets darauf bedacht zu gefallen, auch wenn er oft dazu unerträglich servil werden mußte, und immer in Todesangst davor, daß seine Homosexualität bekannt werden könnte, versagte er sich auch alle „Seitensprünge". In der Tat, der kompromittierende Tatbestand, obwohl eigentlich nie etwas „geschehen" war, kam erst nach seinem Tode heraus.

Ein tragischer Vorwurf, in der Tat. Aber Enquist zieht es vor, Andersen teils als komische Figur, teils als in die Schauspielerin Heiberg verliebt, ihr fast sexuell hörig, vorzuführen. Diese, wenn sie auch nie so berühmt wurde wie etwa nach ihr die Duse oder die Bernhardt, böte durchaus dramatische Möglichkeiten – schon allein wegen ihrer Vergangenheit als Judenkind in einem von Progromen geschüttelten Kopenhagen des beginnenden 19. Jahrhunderts.

Doch leider hat das Stück keine Handlung. Es wird immer nur geredet, geredet, geredet. Vor allem von den vielen Attacken und Verführungen, denen die schon als jüngste Ballettelevin höchst reizvolle, ja, zu sexuellen Tätlichkeiten geradezu herausfordernde spätere Heiberg ausgesetzt war. Dies alles kommt immerfort zur Sprache, man glaubt, einer Psychoanalyse beizuwohnen. Von diesem Gesichtswinkel aus ist wohl auch der ironische Untertitel „Ein Familiengemälde von 1856" zu verstehen. Denn ihre Ehe mit dem Theaterdirektor und Stückeschreiber Heiberg ist alles andere als glücklich. Und am Ende wird auch der rätselvolle Titel verständlich. Es ist eine Stelle aus ihren Memoiren: Sie hat als Kind Regenwürmer aufgelesen und immer wieder gewaschen – „bis sie schließlich vollkommen rein waren". Symbolisch, versteht sich.

Die beiden großen Rollen werden von den exzellenten Akteuren Anne-Marie Kuster und Christoph Bantzer auf sehr eindringliche Weise dargeboten. Der junge Schweizer Regisseur Urs Schaub waltet seines Amtes, geschickt und gescheit. An ihnen allen hat es nicht gelegen, wenn das Stück, zu diskursiv angelegt, letztlich nicht befriedigt. CURT RIESS

Der Maler W. Pramann im Bielefelder Kunstverein

Zerrissene Strukturen

Willi Pramann wird in diesem Jahr 75. Da erwartet man eine Retrospektive. Nicht so bei diesem Maler. Der Kunstverein Bielefeld stellt Gemälde und Aquarelle aus den letzten fünf Jahren aus. Das ist sinnvoll, weil hier ein Künstler eine Reife und innere Geschlossenheit gefunden hat, die seinem Gesamtwerk einen anderen Stellenwert geben.

Pramann, der aus dem Kreis Herfort stammt, in München, Düsseldorf und Berlin studierte, in Berliner Bombennächten sein gesamtes Frühwerk verlor und viele Jahre Kunstprofessor an der Bielefelder Universität war, ist kein spektakulärer Maler. Spröde, zurückhaltend sind diese Bilder. Keine gängige Richtung wird sie unter ihr Programm subsummieren wollen. Nicht einmal die Frage, ob sie gegenständlich oder abstrakt sind, läßt sich ohne weiteres beantworten.

Eine müßige Frage. Wäre „Nature morte" keine Gattungsbezeichnung für Pramann, könnte das ein Begriff sein. Tierschädel zum Beispiel malt er. Felsformationen. Strukturen, Architekturen in der Natur. Nicht realistisch, nein, auch ohne direktes Fühlen. Orte gibt er schon manchmal noch an: Island, Nordfrankreich zum Beispiel. Aber das besagt nichts. Als Landschaften wird man das kaum identifizieren können und wollen. *Tote Natur. Ohne Trauer gesehen.* Ohne den Impetus der Vergänglichkeit. Da ist nichts „gestorben". Pramanns Figurationen erwecken den Anschein des niemals lebendig Gewesenen. Erosionen finden zwar statt. Die Felsen sind brüchig geworden. Die Skelette sind porös. Schichten schieben sich übereinander. Aber das bezeichnet höchstens Veränderungen, Metamorphosen. Pramann sucht gleichsam das Wesen der Natur hinter dem Tode. Und der Tod ist selbst in seinem Vergehen entdeckt. Das Tote bezeichnet kein Ende. Es war für Pramann vor allem, wird ebenso nach allem sein. Und dazwischen verändert es sich, ohne der Illusion seines Gegenteils auch nur für Augenblicke erlegen zu sein.

Pramanns Malweise bestätigt das nachdrücklich. Die trockenen, spröden Kunstharzfarben, oft auf die Leinwand gekratzt und in ihren eigenen Strukturen zerrissen, meiden jeden Anmutungseffekt. Sie sind selbst die Struktur dessen, was sie darstellen wollen. Sie wirken wie aufgetragener Sand, wie pulverisierte Knochenmasse. Daß diese Farben nichts Lockendes haben, nichts Abstoßendes, daß sie von demonstrativer Gleichgültigkeit sind, entspricht ihrem Thema. Diese Art von Malerei hinter allen Affekten und Effekten dokumentiert eine geradezu erschreckende Reife: die Wahrnehmung eines Seins, das der Tröstung nicht bedarf. (Bis 20. 4., Katalog: 12 Mark).

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Moskau zeigt „Römische Kunst" aus Köln

Bilder aus dem Alltag

Wer „Römische Kunst und Kultur" im Moskauer Puschkin-Museum sucht, kann leicht fehlgehen: Das Haus hat mehrere Antiken-Säle. Erst im Obergeschoß verweist das Plakat mit dem Augustuskopf, im Original aus blauem Glas kaum drei Zentimeter groß, auf die „Ausstellung des Römisch-Germanischen Museums der Stadt Köln".

Sie ist im noblen Säulensaal des Hauses untergebracht, dem sie mit ihrem prosaischen Vitrinengestänge hart in die Parade fährt. Die 24 Glaskästen wurden auf schlichten Gerüststangen untergebracht. Ihr mennigeroter Farbanstrich läßt sie so vehement ins Auge springen, daß viele sowjetische Besucher nur zögernd den Raum betreten: Sie glauben, hier werde mal wieder „remont" gemacht, wie der russische Ausdruck für Renovierung lautet.

Was sie dann aber hinter den Scheiben von Spotlampen wirkungsvoll beleuchtet, in raffinierter Schlichtheit aufgebaut vorfinden, bereitet ihnen sichtlich Vergnügen. Es ist der besondere Reiz dieser Ausstellung, die Anfang April nach Leningrad weiterziehen wird, daß sie die kleinen Gegenstände des römischen Alltagslebens übersichtlich ausbreitet und mit knappen Texten beschreibt.

Nichts ist kolossal wie die Kopien griechisch-römischer Kunst in den Sälen des Puschkin-Museums. Alles wirkt „geschmackvoll und elegant", wie zwei Moskauerinnen fast entzückt fanden. Weibliche Besucher sind übrigens in der Überzahl, manche zeichnen, in pädagogischer Absicht, gewissenhaft ab, was ihnen unter den verschiedenen Gebrauchsgegenständen besonders gefällt, um ihren Schülern eine Vorstellung davon zu vermitteln.

Die Schmuckvitrinen sind besonders anziehend, ihr Inhalt könnte heute noch das Schaufenster eines Juweliers bereichern. Kaum weniger ansprechend wirken auch die zahlreichen Keramikgefäße und Gläser aus der römischen Vergangenheit auf ein Publikum, das mit ästhetischen Reizen in seinem Alltag nicht gerade verwöhnt wird. Anerkennung als die Meisterschaft des berühmten Kölner Diatretglases findet auch die Pokalinschrift, deren russische Übersetzung etwa folgenden Sinn ergibt: „Trink und lebe angenehm allezeit!"

Weil die Geschichte des Mittelmeerraumes der russischen einigermaßen fern liegt, wären ausführlichere Hinweise auf das römische Imperium und seine germanischen Randgebiete nützlich gewesen. Vor allem das römische Köln hätte eine wirkungsvollere optische Darstellung benötigt, als sie der ausgehängte antike Stadtplan ergab. Vielleicht enthält sie der 400 Seiten starke Katalog. Er wurde in Russisch verfaßt, traf aber erst gegen Ende der Ausstellung in Moskau ein. FRIED H. NEUMANN


Meisterlich gebaute Kurzromane: Marguerite Duras FOTO: KÖVESDI

Sie schrieb „Hiroshima, mon amour": Marguerite Duras wird 75 Jahre alt

Die Liebe zum Undefinierbaren

Es ist charakteristisch für die am 4. April 1914 geborene Schriftstellerin Marguerite Duras, daß sie Mehrzweck-Werke produziert. Daß eine ganze Reihe ihrer Romane verfilmt worden sind, und zwar von so bekannten Regisseuren wie Rene Cléménť, Jules Dassin und Tony Richardson, braucht nicht weiter zu verwundern; bemerkenswerter ist schon, daß sie ein Fernsehspiel, „La musica", erst selbst zum Bühnenstück, dann zum Roman und dann noch zu einem Drehbuch umgestaltet hat.

Den auch in Deutschland viel gelesenen Roman „Moderato cantabile" hat sie selbst zur Unterlage für einen Film von Peter Brook gemacht. „Détruire, dit-elle" (Zerstören, sagt sie) hat sie 1969 als Roman veröffentlicht, doch in einem Anhang von einer Druckseite gibt sie gleich ein paar Hinweise für eine Theater-Aufführung, einschließlich der geeigneten Bühnenmusik; offenbar traute sie einem Regisseur zu, den an Dialogen reichen Text mit ein paar Handgriffen zu dramatisieren.

Am gleichen Objekt konnte sie gleich darauf – durch ihr Drehbuch für den Alain-Resnais-Film „Hiroshima, mon amour" (1959) war sie inzwischen fast weltberühmt geworden – ihren Wunsch erfüllen, die eigene Vorlage selbst als Regisseurin zum Film zu gestalten. Die Geschichte spielt auf der Terrasse eines eleganten Sanatoriums, angesichts der Tennissätze – das Aufschlagen der Bälle begleitet die gesamte Handlung – unter nur vier Personen, die in sehr komplizierten, vielfach gebrochenen Beziehungen zueinander stehen. Es geht um den Gegensatz von „Haben" und „Sein", und die schroffe Aufforderung des Titels drückt das Verlangen aus, alles Äußere zugunsten einer inneren Wahrhaftigkeit abzulegen.

Obwohl sie schon während des Zweiten Weltkrieges mit einem realistischen Roman hervorgetreten ist, wird Marguerite Duras zu den erst etwas später sich als Gruppe präsentierenden Autoren des nouveau romans gerechnet; ganz an den Ruhm von Michel Budor, Alain Robbe-Grillet und Nathalie Sarraute reicht der ihrige nicht heran. Man kann sie nach der Wahl ihrer Themen auch zu den Existentialisten und dem Kreis um Jean-Paul Sartre und dessen Zeitschrift „Les temps modernes" zählen.

Mit dem Neuen Roman verbindet sie die gläserne Sachlichkeit der Sprache, die ständige Präsenz von kriminalistischen Elementen, die Verunsicherung der zentralen Figuren, die sich sogar auf den Leser überträgt. Mit dem Existentialismus teilt sie das Interesse für philosophische und politische Probleme. Sie ist jedoch eine sehr weibliche Autorin geblieben, die das Schwebende, das Undefinierte und Geheimnisvolle liebt. In den meisterlich gebauten kurzen Romanen, die sie gern in südliche Gefilde bei sommerlicher Hitze verlegt, stehen auch meistens weibliche Gestalten im Mittelpunkt.

HELLMUT JAESRICH

JOURNAL

Älteste Stadt der Sabiner entdeckt

AFP, Rom

Überreste der ältesten Stadt der Sabiner sind bei Ausgrabungen nahe der Ortschaft Passo Corese, rund 40 Kilometer nordöstlich von Rom, freigelegt worden. Damit werden zum ersten Mal die Texte der antiken Geschichtsschreiber über Cures durch archäologische Funde belegt. Zu den Überresten aus dem achten vorchristlichen Jahrhundert gehören eine geräumige Hütte (ein Pendant zu Funden auf dem Palatin in Rom aus der gleichen Epoche), eine Herdstätte, mehrere Brunnen, eine Art Lagerhaus sowie zahlreiche Zeugnisse des täglichen Lebens: Weizen, Gerste, Bohnen, Erbsen, Haustierknochen, bemalte Töpferwaren und Ofenreste.

Ausstellung über das „Bauhaus" in Brüssel

B. J. Brüssel

Im Museum des Brüsseler Stadtteils Ixelles in der Rue Jean van Volsem 71 wird am 4. April eine Ausstellung über das „Bauhaus" eröffnet, die das Institut für Auslandsbeziehungen in Zusammenarbeit mit dem Brüsseler Goethe-Institut zusammengestellt hat. Eine Büchersammlung und der umfangreiche Katalog (25 Mark) geben die Möglichkeit, den Einfluß des Bauhauses auf Kunst und Architektur zu studieren. Im Rahmen der Ausstellung, die bis zum 9. September dauert, findet am 10. Mai eine Tanzaufführung statt, die von Oskar Schlemmers „Triadischem Ballett" inspiriert ist.

Heidelberg-Mensch flog nach New York

D. B. New York

Im American Museum of Natural History in New York werden vom 12. April bis 9. September 1984 mehr als 50 wichtige Urmenschenfunde aus verschiedenen Teilen der Welt gezeigt. Darunter ist auch der Original-Unterkiefer des etwa 550 000 Jahre alten Heidelberg-Menschen von Mauer bei Heidelberg vom Typ Homo erectus (aufrechter Mensch). Dieser Knochenrest des bislang ältesten bekannten Mitteleuropäers reiste per Flugzeug nach New York. Anthropologen in aller Welt betrachten die New Yorker Ausstellung als einen „Großangriff auf Gegner der Evolutionstheorie". Eine derart große Schau mit so vielen Originalstükken hat es bisher nie gegeben.

Gedenkstätte für Albert Schweitzer in Weimar

AFP, Berlin

Eine Gedenkstätte für Albert Schweitzer (1875–1965) ist in Weimar eingerichtet worden, die Mitte dieses Monats ihre Türen für Besucher öffnen soll. Die Gedenkstätte befindet sich in einem unter Denkmalschutz stehenden spätbarocken Bürgerhaus nahe der nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur. In fünf Räumen wird der Lebensweg des Arztes, Philosophen, Theologen und Musikforschers, der sich zeit seines Lebens „dem Gedankengut der deutschen Klassiker und den Idealen des Humanismus verpflichtet" fühlte, nachgezeichnet.

Dali-Stiftung ins Leben gerufen

dpa, Madrid

Der surrealistische Maler Salvador Dali hat in Madrid dem spanischen Königspaar eine Botschaft überreichen lassen, mit der die Gründung einer „Stiftung Gala-Salvador Dali" mit Sitz an seinem Geburtsort Figueras besiegelt wurde. Die Stiftung hat sich „die Verbreitung des Werks und der Gedankenwelt Dalis" zur Aufgabe gemacht. Der Künstler hat der Stiftung 621 Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Graphiken übertragen, zu denen sich die im Dali-Museum in Figueras gezeigten 160 Werke gesellen. Der Gesamtwert des Stiftungsbesitzes wird auf 3,5 Milliarden Peseten (etwa 65 Millionen Mark) geschätzt. Das bisherige Dali-Musueum in Figueras, das um einen „Galatea-Turm" erweitert wurde, zählte im vergangenen Jahr 250 000 Besucher.

Späte Ehrung für einen „anstößigen" Dichter

SAD, London

Als Nöel Coward 1973 starb, lehnten Westminster-Abtei und St. Paul's Kathedrale Gedenkgottesdienste ab. Leben und Werk dieses Meisters der ironischen Gesellschaftskomödie galten noch als gar zu anstößig. Elf Jahre später kam Nöel Coward jetzt in der Westminster-Abtei, unweit der Gedächtnisstätte von Englands Dichterfürsten, der „Poeten-Ecke", zu Ehren. Die Königinmutter enthüllte einen Gedenkstein in Anwesenheit von Graham Payne, dem Lebensgefährten des Dichters, Komponisten und Schauspielers, der auch sein Vermögen erbte. Sir Richard Attenborough rühmte den „Master" von der Kanzel als einen der größten Schöngeister unserer Zeit.

Kollisions-Geräusch falsch gedeutet?

U-Boot-Kapitän sagte überraschend in Dänemark aus

DIETER F. HERTEL, Hamburg

Auch das Seeverhör in Skagen brachte gestern noch keine endgültige Klärung. Doch der Verdacht erhärtete sich, daß das in Kiel für die chilenische Marine gebaute U-Boot „Simpson" am vergangenen Donnerstag einen dänischen Fischkutter an seinem Schleppnetz in die Tiefe gerissen hat. Drei dänische Fischer verloren beim Untergang der „Ane Kathrine" ihr Leben. Zwei Frauen wurden zu Witwen, fünf Kinder verloren ihre Väter.

Der Werftkapitän der Großwerft „Howaldtswerke-Deutsche Werft AG" (HDW), Holger Berndt, hatte sich ebenso wie zwei Schiffsführer des Begleitschiffs „Pegasus" freiwillig dem Verhör durch Zivilrichter Gunnar Vork gestellt. Er sagte, zum Unglückszeitpunkt sei zwar ein „unerklärliches Geräusch", aber kein Ruck des Schiffes registriert worden. Das Geräusch sei von der gesamten Besatzung wahrgenommen worden, als die 1440 Tonnen verdrängende „Simpson" bei ihrer Unterwasser-Erprobungsfahrt auf neun Knoten beschleunigte.

Nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur sagte Kapitän Berndt wörtlich: „Alle haben es gehört, aber wir konnten es uns nicht erklären, und deshalb ordnete ich ein sofortiges Stoppen der Maschinen an. Aber da war nichts Ungewöhnliches. Der Maschinenmeister hat zwar ein 'Wippen' von einem Viertel Grad festgestellt, aber das Boot geriet nicht aus dem Gleichgewicht, und es gab auch keinen Ruck."

Farbreste am Turm

Nach den Worten des Kapitäns hat er anschließend das U-Boot auftauchen lassen. Dabei seien Farbreste und Schleifspuren am Turm festgestellt worden, die während der Fahrt entstanden sein mußten. Vom Begleitschiff „Pegasus" habe er dann erfahren, daß ein U-Boot in Verbindung mit dem Kutter-Untergang gebracht werde. Daraufhin habe er sich mit der „Simpson" an der – vergeblichen – Suche nach Überlebenden beteiligt.

Fachleute der dänischen Universität Arhuss halten es für möglich, daß die Schrammen am Boot von den Stahltrossen des Fanggeschirrs der „Ane Kathrine" stammen können. Sie stellten außerdem fest, daß die Unterwasser-Horchgeräte der „Simpson" beschädigt wurden.

Der zivile U-Boots-Kapitän sagte außerdem, er sei nicht vor den Fischkuttern gewarnt worden. Doch seien diese mit Hilfe der bordeigenen Sonargeräte geortet worden: auf einer Position seitlich der „Simpson" mit ablaufendem Kurs. Berndt wies außerdem darauf hin, daß es in diesem, der Bundesrepublik Deutschland für Probefahrten zugewiesenen Seegebiet keine Regeln über das Verhalten in Fanggebieten gebe.

Wörner kondoliert

Die Tatsache, daß sich drei deutsche Seeleute freiwillig dem dänischen Seeverhör gestellt haben, wird ihnen in der dänischen Öffentlichkeit hoch angerechnet. Sie wird als Ausdruck ihrer aufrichtigen Trauer über die Tragödie gewertet. Auf völliges Unverständnis stößt hingegen das Verhalten der Bauwerft HDW. Sie ist im Besitz der Sonar-Aufzeichnungen der „Simpson". Die dänischen Stellen hoffen, aus ihnen nähere Aufschlüsse über die Beteiligung oder auch Nichtbeteiligung des U-Bootes an dem Unglück gewinnen zu können. Die Werft hat jedoch bereits vor Verfahrensbeginn darauf hingewiesen, daß geschäftliche Papiere und sicherheitsrelevantes Material den Dänen nicht zur Verfügung gestellt werden.

Ebenso unverständlich erscheint es den Dänen, daß nur zwei Tage nach dem Untergang der „Ane Kathrine" ein weiteres deutsches Export-U-Boot zu Probefahrten in dänische Gewässer entsandt worden ist.

Die „San Juan" stammt nicht von HDW in Kiel, sondern von den Thyssen Nordseewerken (TNSW) in Emden. Sie ist wesentlich größter als die „Simpson" und verdrängt bei Tauchfahrt 2300 Tonnen. Ihre Typbezeichnung lautet TR 1700.

Am Rande einer NATO-Tagung in der Türkei hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner seinem dänischen Kollegen Hans Engell sein Bedauern über den Untergang der „Ane Kathrine" und den Tod der dreiköpfigen Besatzung ausgedrückt. Er hat außerdem zugesagt, daß die Bundesregierung sich an der Ausarbeitung neuer Regeln für Erprobungsfahrten von Unterseebooten beteiligen werde.



Das Bild täuscht: Die Hawaii-Vulkane gehören vom Typus her zu den sanft ausbrechenden feuerspeienden Bergen. Den Gegensatz dazu bilden die Explosiv-Vulkane. (Vesuv, Krakatau, Mount Pelée). Das Foto – ein Archivbild – zeigt den Kilauea-Ausbruch vom vergangenen Jahr. FOTO: DPA

Die größte Show der Welt vor leeren Rängen

K. T./ank, Hawaii

Die größte Show der Welt spielt sich vor leeren Rängen ab. Auf der Insel Hawaii spucken die zwei benachbarten Vulkane Mauna Loa und Kilauea gleichzeitig Flammen und glühende Lava aus – ein Ereignis, das so selten ist, daß es amerikanische Seismologen und Vulkanforscher bei Interviews in helle Begeisterung versetzt.

Bis zu 200 Meter hoch schießt der glühende Gruß aus der Unterwelt in den urlaubsblauen Himmel. Ein grandioses Naturschauspiel. Im Augenblick sehen es aber nur wenige gewöhnliche Sterbliche mit eigenen Augen. Hawaii ist zwar die größte Insel des Hawaii-Archipels, aber kaum erschlossen und dünn besiedelt. Es liegt etwa 400 Kilometer südöstlich der dicht bevölkerten Insel Oahu mit ihrer vielbesungenen Hauptstadt Honolulu. Doch der Anmarsch der Vulkan-Fans hat begonnen. Jeder Ausbruch auf der abgelegenen Insel sorgt für einen kurzfristigen Touristen-Boom, auf den die Insel kaum vorbereitet ist. Es fehlt touristisch so gut wie an allem, was vor allem die Amerikaner in ihren Ferienparadiesen erwarten.

Diejenigen freilich, die im Augenblick in den Genuß wenigstens des halben Schauspiels kommen, sind die Einwohner von Hilo, einer Kleinstadt mit 45 000 Einwohnern, die 50 Kilometer vom Vulkan Mauna Loa entfernt liegt. Sie sehen am Tage die Wolke von Rauch, Staub und Asche über dem Krater – mit leichtem Bangen. Nachts aber, wenn der rote Feuerschein über dem Gipfel lodert und die rotglühende Lava sichtbar die Hänge des Vulkans herabfließt, wandelt sich das Gefühl der Beklommenheit in eine Ahnung der Bedrohung, die im Ernstfall niemand aufzuhalten vermag. Zwar ist selbst der nähergelegene Lavastrom immer noch sieben Kilometer von Hilo entfernt und Fachleute glauben nicht, daß die Stadt überhaupt in Gefahr gerät – doch das Schauspiel löst unabhängig davon Schauer des Staunens und Schreckens aus.

Der andere Vulkan, der Kilauea, der als der aktivste Vulkan der Welt gilt, liegt etwa 40 Kilometer südlich vom Mauna Loa. Sein Ausbruch hat noch weniger Zuschauer. Seine Umgebung ist noch spärlicher besiedelt. Einige Dutzend vereinzelt liegende Anwesen in seiner Nähe wurden vorsichtshalber evakuiert.

Wo nichts ist, hat auch ein Vulkan sein Recht verloren, und so haben die beiden feuerspeienden Berge auch bisher keine Schäden angerichtet – wenn man von dem Gestrüpp an den Hängen absieht, das durch die glühenden Lavaströme in Brand gesetzt wurde.

Aber was nicht ist, kann noch kommen. Nahe der Westküste der Insel Hawaii gibt es einen dritten Vulkan, Hualalai, der sich seit langem nicht gerührt hat, aber nach Meinung der Fachleute nicht erloschen ist. „Gott behüte uns, wenn auch Hualalai loslegt", meinte der Wissenschaftler Robert Decker vom Hawaiian Vulcano Observatory. Ein leichtes Erdbeben vor wenigen Tagen könnte ein erster Hinweis sein.

Hawaii ist eine geologische Ausnahme. Die Insel ist nicht, wie man lange glaubte, der sichtbare Endpunkt des unterseeischen pazifischen Vulkangebirges, sondern speist sich aus eigener Magmakammer. Ein autonomer Vulkanspot. (SAD)

67 Giftfässer in der Nordsee aufgespürt

dpa, Den Haag

Mit Hilfe von Tauchrobotern hat der niederländische Minensucher „Haarlem" am Montag auf dem Boden der Nordsee die seit Wochen gesuchten 67 Fässer mit dem giftigen Pflanzenschutzmittel „Dinoseb" aufgespürt. Das wurde gestern in Den Haag mitgeteilt. Ein dänisches Marineschiff soll bereits in den nächsten Tagen mit der Bergung beginnen. 80 Fässer mit dem gefährlichen Gift waren im Januar bei schwerem Sturm vom Deck eines dänischen Frachters gespült worden. Niederländische Fischkutter hatten bereits in der vergangenen Woche 13 „Dinoseb"-Fässer geborgen und die Fundstelle markiert. Hier nahm die „Haarlem" die Suche auf. Umweltschützer hatten davor gewarnt, daß eine Katastrophe drohe, wenn es nicht gelingen sollte, das Gift zu bergen, da die Fässer in absehbarer Zeit durchrosten und zerbersten würden. Die Tauchroboter des Minensuchers haben in Den Haag die restlichen Fässer in einem Gebiet von nur 50 mal 100 Metern verstreut auf dem Boden der Doggerbank gefunden. Erst vor kurzem hatten sich sieben dänische Fischer in der Ostsee schwere Verätzungen zugezogen, als ihnen Restbestände von Senfgas aus deutscher Produktion in die Netze gekommen waren. Der Kampfstoff war nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ostsee versenkt worden.

Haftbefehl storniert

dpa, Düsseldorf

Zwei Gymnansiasten, ein Zivildienstleistender und ein Arbeitsloser aus Düsseldorf haben in den vergangenen zwei Monaten mindestens 94 Kilogramm Haschisch im Wiederverkaufswert von mehr als einer Million Mark aus den Niederlanden nach Deutschland geschmuggelt. Für die beiden Düsseldorfer Gymnasiasten wurden die Haftbefehle, um ihr Abitur nicht zu gefährden, außer Vollzug gesetzt.

Blonde mehr gefährdet

dpa, München

Blonde Menschen haben ein siebenmal größeres Risiko, an Hautkrebs (malignes Melanom) zu erkranken, als Schwarzhaarige. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie eines kanadischen Krebsforschungsinstituts in Vancouver, nachdem man dort 595 an Hautkrebs erkrankte Patienten untersucht hatte. Das berichtet die in München erscheinende „Ärztliche Praxis".

Geheimdienst-Fall?

SAD, Paris

Die französische Boulevardzeitung „France-Soir" berichtete gestern, der mit einem Messerstich im Herzen tot vor der rumänischen Botschaft in Paris aufgefundene Rumäne Nicolai Iusif (52) sei ein Atomspezialist gewesen, der flüchten wollte. Iusif war Sonntag aus einem Fenster im zweiten Stockwerk des Botschaftsgebäudes gestürzt. Die französische Polizei kann den Fall nicht aufklären, da ihr der Zugang zu der Botschaft, die exterritoriales Gebiet ist, nicht gestattet wird.

Massengrab gefunden

dg. Maintal

Ein Massengrab aus dem Österreichischen Erbfolgekrieg (1741–1748) ist bei Verlegung einer Wasserleitung im hessischen Maintal-Bischofsheim zwischen Hanau und Frankfurt entdeckt worden. Bei den etwa 300 Beigesetzten handelt es sich um Opfer aus der Schlacht bei Dettingen am 27. Juni 1743, an der Engländer, Holländer, Hannoveraner und Österreicher auf der einen und Preußen, Bayern und Franzosen auf der anderen Seite teilnahmen.

JET wird eingeweiht

AFP, Brüssel

Das Labor für das europäische Forschungsprojekt zur thermonuklearen Fusion, JET, im britischen Abingdon (bei Culham) wird nach fünfjähriger Bauzeit am kommenden Montag eingeweiht. Das europäische Forschungsvorhaben gilt als „technisch fortgeschrittener" als vergleichbare Programme, die derzeit in den USA und in Japan entwickelt werden. Das auf sieben Jahre angelegte Projekt hat ein Budget von 300 Millionen Dollar, das zu 80 Prozent von der EG bestritten wird.

Geiselnehmer verurteilt

Haftstrafen für Besetzer des türkischen Konsulats

dpa, Köln

Zu vier und viereinhalb Jahren Haft verurteilte das Kölner Landgericht gestern zehn 22 bis 31 Jahre alte türkische Asylbewerber, die im November 1982 das türkische Generalkonsulat in Köln mit Waffengewalt besetzt und 15 Stunden lang etwa 60 Geiseln gefangengehalten hatten. Im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft, die Freiheitsstrafen zwischen sieben und neun Jahren und eine Behandlung der Angeklagten als „gewöhnliche Verbrecher" verlangt hatte, sprach das Gericht von „achtenswerten Beweggründen" der Asylanten. Die Türken hätten auf Foltermaßnahmen in ihrer Heimat aufmerksam machen wollen, sagte der Kammervorsitzende Ernst Liptow.

Die zehn Angeklagten, darunter die als Rädelsführer geltenden Murat Aydin und Oguz Yürü, nahmen die Urteile gefaßt auf. Ayjadin und Yürü erhielten eine Haftstrafe von viereinhalb Jahren, bei allen wird aber die Untersuchungshaft angerechnet. Die Urteilsbegründung wurde für kurze Zeit unterbrochen, als eine Gruppe von Zuhörern mit erhobenen Fäusten „Hoch die internationale Solidarität" rief und auf türkisch gegen die Militärregierung in Ankara protestierte.

Zwei der Anwälte der Verurteilten kündigten bereits an, daß sie gegen die Urteile, die selbst das Gericht als „milde" bezeichnet hatten, Revision einlegen werden. Zwei Türken ist bereits Asyl gewährt worden, bei den übrigen laufen die Verfahren noch.

Richter Liptow billigte den Türken zwar zu, nicht aus niedrigen Beweggründen gehandelt zu haben, andererseits hätten sie ihre Tat aber auch nicht aus einem Notstand heraus begangen.

Mit der Konsulatsbesetzung hatten die Geiselnehmer gegen die türkische Regierung protestieren wollen. Sie verlangten die öffentliche Verlesung einer vorbereiteten Erklärung. Nach stundenlangen Verhandlungen mit deutschen Behörden wurde ihnen lediglich zugesagt, daß sie Asylanträge stellen dürften. Die Angeklagten hätten ein undemokratisches System durch ein kommunistisches System ersetzen wollen, das ebenfalls nicht demokratisch gewesen wäre, sagte Liptow gestern. Die Verteidiger hatten Freisprüche verlangt. Sie werteten die Tat als eine „politische Willenserklärung" und meinten, ein Schuldvorwurf sei nicht zu erkennen. Das dreimonatige Verfahren war unter verschärften Sicherheitsvorkehrungen geführt worden.

LEUTE HEUTE

Wetten, daß . . .?

Wetten um eine mögliche Zwillingsgeburt von **Prinzessin Diana** wurden gestern von der Londoner Bookmaker-Agentur William Hill eingestellt. Die Einsätze waren der Agentur zu hoch und damit verdächtigt. Nach Erklärungen eines Sprechers lagen die Wetten 10 zu eins, während eine Woche vorher nur einer von 50 Wettern mit königlichen Zwillingen rechnete. Zwei Einsätze von umgerechnet 2000 und 2600 Mark wurden gestern zurückgewiesen. Die Agentur führt das Ansteigen der hohen Wetten auf „Indiskretionen" aus dem Buckingham-Palast zurück.

Yoko Ono zahlt

Die Witwe des Ex-Beatle John Lennon, **Yoko Ono**, ist vom Obersten Gerichtshof des Staates New York zur Zahlung von über drei Millionen Dollar an einen Plattenproduzenten verurteilt worden. Das Gericht entschied gestern, daß der Produzent der Lennon-Platte „Double Fantasy", **Jack Douglas**, Anspruch auf einen Prozentsatz am Umsatz hat.

Schadenfreude

Mit kaum verhohlener Schadenfreude gab der kanadische Zoll bekannt, was ihm bei der zollamtlichen Prüfung eines Päckchens aus Frankreich in die Hände gefallen ist: ein Armband aus massivem Elfenbein. Absender: **Brigitte Bardot**. Das Armband im Wert von 700 Mark wurde beschlagnahmt. Kanada ist einer von 86 Staaten, die die Einfuhr von Elfenbein verbieten.

Dänenprinz kämpft ums Taschengeld

Nach 17 Ehejahren redet sich der Mann von Königin Margrethe den Frust von der Seele

R. GATERMANN, Kopenhagen

Dänemarks Prinzgemahl Henrik, seit 17 Jahren mit Margrethe II. verheiratet, fühlt sich in seiner offiziellen Stellung wirtschaftlich frustriert und diskriminiert. Einerseits verbiete ihm die Regierung, einen Beruf zu ergreifen, andererseits sei er verpflichtet, eineinhalb Schritte hinter der Königin für Dänemark zu repräsentieren, ohne dafür eine Apanage zu erhalten. Im übrigen seien die mit Königinnen verheirateten Männer schlechter gestellt als die Frauen, die einen König ehelichen. Prinz Henrik zeigt nach Stockholm, wo die Bürgerliche Silvia Sommerlatt aus Deutschland Königin wurde, als sie „ja" zu Carl XVI. Gustaf sagte, während er, Prinzgemahl Hendrik, wie seine Kollegen in London und Den Haag sich mit dem Prinzentitel zufriedengeben müßten.

Prinz Henrik, der im Juni 50 Jahre alt wird, ließ seinen Gedanken in einem Interview mit der Kopenhagener Zeitung „Berlingske Tidende" freien Lauf. Und obwohl er viel zu sagen hatte, konzentrierte sich die Reaktion von Presse, Politikern und Bürgern auf den einen Punkt, in dem er sich und seine Standesgenossen als Männer ohne eigentliche ökonomische Existenz bezeichnet. Dänemark fehle auf diesem Gebiet noch die Tradition, gibt er zu. Immerhin wurde erst mit der Verfassungsänderung 1953 die Möglichkeit der weiblichen Thronfolge geschaffen, nachdem der damalige König Frederik keinen Sohn, wohl aber drei Töchter hatte.

Der französische Graf an der Seite der dänischen Königin ist zudem noch etwas schlechter als seine europäischen Kollegen dran; diese dürfen mit Extrajobs Geld verdienen, was ihm untersagt ist und weshalb er auf das angewiesen ist, was ihm die Königin, seine Frau, auf das Konto überweist.

Justizminister Erik Ninn-Hansen beeilte sich denn auch einzuräumen, daß der Prinzgemahl eine bedeutende Repräsentationsarbeit für Dänemark leiste. Deswegen sei die Frage einer eigenen Apanage zu diskutieren. Die Politiker sind sich jedoch gleichzeitg einig darin, daß der Anstoß dazu von der Königin kommen muß und an eine Gesamtanhebung des Hofbudgets auch nicht zu denken sei.



Henri-Marie-Jean-André Graf de Laborde de Monzepat, kurz: Prinz Hendrik. FOTO: DPA

Immerhin ist das derzeitige Verfahren vor der Hochzeit der Königin mit Henri-Marie-Jean André Graf de Laborde de Monzepat im Jahre 1967 bewußt so ausgehandelt worden, um bissige Kommentare zu ersticken.

Inoffiziell heißt es, von Margrethes Hofetat müßten 130 Personen plus Prinz Henrik leben. Zwei Drittel der für 1984 bereitgestellten 6,7 Millionen Mark entfallen demnach auf die Personalausgaben.

Während also Prinz Henrik auf keiner offiziellen Gehaltsliste zu finden ist, beziehen neben der Königin drei weitere Mitglieder der Familie eine Apanage: Königin Mutter Ingrid, Erbprinzessin Caroline-Mathilde und Graf Ingolf af Rosenborg. Und in absehbarer Zeit wird nur noch ein Name hinzukommen, der von Kronprinz Frederik, wenn er 1986 18 Jahre alt wird. Dann steht ihm ein eigenes Bankkonto zu, während sein jüngerer Bruder Joachim wie der Papa auf die Zahlungsbereitschaft der Mutter angewiesen bleibt.

Prinz Henrik, der früher keineswegs den Eindruck erweckt hatte, im Familienleben viel von der Emanzipation zu halten, sieht sich jetzt in der paradoxen Situation, die Emanzipation für sich selbst erstreiten zu müssen. Er fühlt sich jedenfalls schlechter behandelt als die eingeheirateten Königinnen früherer Jahrhunderte.

WETTER: Es bleibt kalt

Wetterlage: Das mitteleuropäische Tief füllt sich unter geringer Ostverlagerung nur zögernd auf, so daß wolkenreiche und verhältnismäßig kalte Luft für Deutschland vorerst wetterbestimmend bleibt.



Vorhersage für Mittwoch

Für die gesamte Bundesrepublik: Verbreitet stark bewölkt. Im Tagesverlauf auch Auflockerungen, vornehmlich im Westen. In den östlichen Gebieten noch strichweise leichter Schneefall oder Schneeregen, im Westen einzelne Schneeregenschauer. Temperaturen allgemein um 5 Grad, nachts um null Grad. In den Alpen in 200 Meter Höhe um minus 8 Grad. Schwacher, an der Küste mäßiger Wind aus vorherrschend nördlichen Richtungen.

Weitere Aussichten

Niederschlagsneigung abnehmend, weiter starke Bewölkung, nur zögernder Temperaturanstieg.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	7°	Kairo	21°
Bonn	2°	Kopenh.	2°
Dresden	3°	Las Palmas	18°
Essen	0°	London	6°
Frankfurt	2°	Madrid	16°
Hamburg	1°	Mailand	5°
List/Sylt	1°	Mallorca	14°
München	0°	Moskau	4°
Stuttgart	0°	Nizza	12°
Algier	19°	Oslo	3°
Amsterdam	4°	Paris	5°
Athen	16°	Prag	4°
Barcelona	11°	Rom	8°
Brüssel	4°	Stockholm	1°
Budapest	10°	Tel Aviv	22°
Bukarest	15°	Tunis	14°
Helsinki	0°	Wien	5°
Istanbul	17°	Zürich	1°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 4.49 Uhr, **Untergang:** 18.02 Uhr, **Mondaufgang:** 6.31 Uhr, **Untergang:** 22.39 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Rowdies verderben Moskaus Propaganda-Bild

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Der Jüngste ist elf Jahre alt. Wie die anderen, etwas älteren Insassen der geschlossenen Sonderschule irgendwo im Gebiet von Perm am Ural; galt er als gewalttätiger „Hof-Rowdy", der seine Umwelt terrorisierte.

Die schwer erziehbaren Kinder, meist aus zerrütteten Familien und fast nur sich selbst überlassen, wurden auf Beschluß der Jugendkommissionen ihrer Gemeinden in die abgelegene Spezialschule eingewiesen. Kaserniert und überwacht, sollen sie hier zwei bis drei Jahre lernen und arbeiten. Die Kinderarbeit an Einzelteilen für Fleischwölfe und Handsägen brachte der Schule von Perm eine halbe Million Rubel ein. Sport- und Musikgeräte seien davon angeschafft worden, berichtete die Jugendzeitung „Komsomolskaja Prawda", Geräte, „von denen normale Schulen nur träumen" könnten.

Die „schwierigen Jugendlichen", wie russischer Sprachgebrauch die Älteren nennt, sind zu einem sozialen Problem in der Sowjetunion geworden. Öffentliche Diskussionen über diese „moralischen Krüppel", die allmählich das Propagandaklischee vom fröhlichen Jugendleben durchlöchert haben, schwanken zwischen Empörung und Ratlosigkeit. „Man sollte auch mal zuschlagen", wurde im Fernsehen eine verbreitete Ansicht zitiert.

Schaffen es Eltern, Schulen und Arbeitskollektive jedoch nicht, die Problemfälle auf „Vordermann" zu bringen, greift man zu harten Strafen. Für verurteilte Minderjährige wurde die „Erziehungsarbeitskolonie" eingerichtet – russische Umschreibung des Jugendstraflagers. „Komsomolskaja Prawda" durchbrach jetzt das allgemeine Schweigen darüber.

In einem Wald bei Irkutsk am sibirischen Baikalsee isoliert, von Wachposten auf Türmen umgeben, kahlgeschoren und in Uniformen gesteckt, müssen die Häftlinge dem vorgeschriebenen Tagesablauf „wie auf unentrinnbaren Gleisen" folgen: Nach dem Wecken um sechs bleiben den 15- bis 18jährigen zum Anziehen 35 Sekunden. Arbeiten und lernen, alles geschieht unter Drill. Hinsetzen wird befohlen. Ansonsten hat man zu stehen. Sport bei jedem Wetter im Freien, nach „Feierabend" noch einmal Arbeit zur Verschönerung des Lagers.

„Es gibt keine verlorenen Schicksale. Wir rechnen damit, in die Seelen das Gute einpflanzen zu können." Poetisches Bekenntnis des Lagerleiters. Kostja, der sich mit einer Rasierklinge die Adern aufschnitt, ist sein Paradebeispiel: „Etwas böses ist aus mir verschwunden." Der 17jähige Nikolai, asozial aufgewachsen, lernt lesen und schreiben. Wladimir, der 16jährige Vatermörder, holt die simpelsten Schulkenntnisse nach. Diebstahl, Raub, Körperverletzung sind die häufigsten Delikte der Jugendlichen, die hier leben.

Aggressionshandlungen, wie sie im Westen kaum noch Aufsehen erregen, erschrecken in Moskau noch wegen ihrer Sinnlosigkeit: Vier Jugendliche in Begleitung ihrer Mädchen stoßen einen älteren Mann in den Schnee, nehmen ihm die billige Pelzmütze weg, traktieren ihn mit Schlägen. Warum? Sie zucken die Achseln. Ein 16jähriger fällt brutal über einen Sechsjährigen her und nimmt ihm 20 Kopeken ab, obwohl er fünf Rubel in der Tasche hat.

Der Psychologe eines anderen Lagers nennt auch Vergewaltigungen durch Jugendbanden ein „typisches Verbrechen". Er unterteilt die Täter in verwöhnte, unterdrückte und sich selbst überlassene Kinder ein. In den Familien sieht er die Ursache der Fehlentwicklung. Zu den spezifisch russischen Gründen mag die Alkoholüberflutung gehören, die „doppelte Moral" der Eltern im privaten und öffentlichen Leben ist eher eine sowjetische Erscheinung.

Russischer Tradition wie sowjetischen Prinzipien scheint die Betonung polizeilicher Methoden zu entsprechen, von denen sich Moskau Abhilfe verspricht. Innenminister Fedortschuk, der seine Kompetenz durch die Karriere beim Staatssicherheitsdienst KGB erwarb, ist oberster Jugendschützer. Er rief seine Milizinspektoren dazu auf, „rechtzeitig die unguten Familien ausfindig zu machen", von denen das Verderben ausgeht, und mit Hilfe eines „breiten gesellschaftlichen Aktivs" dafür zu sorgen, daß „kein Jugendlicher unbeachtet bleibt". Zum Haupthelfer der Polizei wurde der Jugendverband Komsomol auserkoren. – Offenbar eine „konzertierte Aktion". Auch die „Prawda" befand plötzlich: Insbesondere bei der Bekämpfung der Trunksucht gehe es im Sowjetstaat „zu liberal" zu.

Anzeige

Das beste ist: eine gute Versicherung.



ZU GUTER LETZT

„Als ich dem Thielen seinen Dialekt hörte, war mir klar, daß ich bei Bayern bleibe." Der Münchner Fußballprofi Klaus Augenthaler in der „tz" zu einem Angebot des 1.FC Köln.